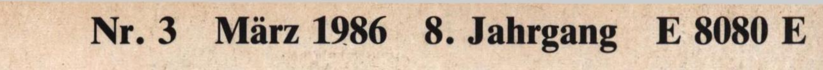
DM 6,–
Österreich 50,– ÖS
Schweiz 6,– sfr


Nr. 3 März 1986 8. Jahrgang E 8080 E

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

George Bush:



Der Mann der Trilateralen nächster US-Präsident?



Falkland-Inseln:

Die Bankers wollen das Öl der Inseln

CIA: Hausputz nach Caseys Ende

USA: Pleiten bei Hypotheken-Banken und vielen Sparkassen



Der bevorstehende Bankrott Amerikas durch Dollar-Kollaps und Schulden wird böse Realität



Oberst Gadaffi:

CIA plant mit Zustimmung Reagans Ermordung und Umsturz in Libyen

FEUER DES LEBENS, das allgemein verständliche radiästhetisch-medizinische Bioenergielehrbuch von Dr. Josef Oberbach fesselt Wissenschaftler, Fachleute, Radiästheten, Ärzte und Heilpraktiker aufgrund seiner revolutionären Forschungserkenntnisse auf den Gebieten der Kosmo- und BIO-Energie sowie der Wunderwelt des BIOPLASMA. Aufgezeigt wird das energetische Zusammenspiel zwischen Kosmos und Erde und die »Wunderkraft des Menschen in seinem strahlenden Lebensraum«. Aus radiästhetischer Sicht vermittelt das faszinierende Buch völlig neue Perspektiven und Erkenntnisse über die Verhütungs-, Entstehungs- und Heilmethoden bei Krebs, Zuckerkrankheit, Kreislaufstörungen, Rheuma, Infarkt u.v.m. Das Buch beinhaltet die einzigartige Methode der praktischen Anwendung des von Dr. Oberbach entwickelten BIOTENSOR – dem Test- und Diagnosegerät zur Auffindung und Identifizierung von klinisch unerklärbaren Gesundheitsstörungen. Ebenso zeigt es auf, wie man die geo- und kosmopathogenen Schadstrahlungen lokalisieren, identifizieren und eliminieren kann. Es gibt praktische Hinweise auf gesundes Bauen – gesundes Wohnen, und ist ein Wegweiser bei Planung und Beratung für Architekten und Baubiologen. Sichern Sie sich die Erkenntnisse der BIOPLASMA-FORSCHUNG Dr. Josef Oberbach. Das Buch FEUER DES LEBENS gibt Ihnen den Schlüssel für Ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohlbefinden. Es ist eine echte Lebenshilfe – notwendig wie die Wunderkraft des Menschen – sein BIOPLASMA, das »FEUER DES LEBENS«.



KOSMO-ENERGIE
BIO-ENERGIE
BIOPLASMA

FEUER DES LEBENS

DEIN BIOPLASMA
DIE WUNDERKRAFT
DES MENSCHEN

DR. JOSEF OBERBACH



ALLEINVERTRIEB BIOPLASMA-FORSCHUNG
DBF VERTRIEBS-GMBH MICHAEL GEISELER
ARABELLASTRASSE 5, (ARABELLAHAUS)
8000 MÜNCHEN 81, TELEFON 089-92 32 35 12

Bestell-Coupon Senden Sie mir: ____ Exemplar/e

FEUER DES LEBENS

Einzelpr. per Scheck DM 86,80,–
Einzelpr. per Nachnahme DM 91,50,–

Vor-/Zuname: ____

Straße: ____

PLZ/Ort: ____ Tel.: ____

JEDEN MONAT NEU!

Diagnosen

+++ Leser werben Leser +++ Leser

Lieber Diagnosen-Leser,

diese Zeitschrift bemüht sich, die wichtigsten Informationen zu veröffentlichen, damit Sie wissen, was hinter den Kulissen gespielt wird. Es gibt eine internationale Gruppe, die an eine »Neuerschaffung der Welt« glaubt. Sie arbeitet in verschiedenen Gremien und unter vielen Namen: Insider, Internationalisten, Bilderberger, Illuminaten, Trilaterale, Council on Foreign Relations.

Über die Verschwörung, die zu einer Art Weltdiktatur führen soll, sollten Sie einmal nachdenken. Sie sollten auch überlegen, wie diese Pläne unser Leben beeinflussen.

Wußten Sie zum Beispiel, daß die bolschewistische Revolution 1917 von den USA und Großbritannien geplant und finanziert wurde?

Daß die USA und der Westen 95 Prozent der Technik und Finanzen für die sowjetische Wirtschaftsentwicklung beisteuerten?

Daß US-Präsident Roosevelts Berater in Jalta 1945 einschließlich Alger Hiss sowjetische Agenten waren?

Daß die Sowjet-Verfassung und die Charta der Vereinten Nationen fast identisch sind?

Daß die »Neue Weltordnung« oder »Weltregierung« der Illuminati heimlich alle Regierungen und internationalen Finanz- und politisch-wirtschaftlichen Einrichtungen zu einem marxistisch-sozialistischen Superkapitalismus manipuliert?

Die Sowjets sind in diesem Spiel nur ein verlängerter Arm der USA. Ziel ist die Eroberung der Welt und die Ein-Welt-Regierung. Es ist darum offensichtlich: Der Marxismus ist letzten Endes »Made in USA«.

Als Leser von »Diagnosen« kennen Sie bereits viele Zusammenhänge und die offene und kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von »Diagnosen« werden könnte.

Für Ihre Mühe wollen wir Sie gern entschädigen: Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten nennen, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«.**

Den neuen Abonnenten für »Diagnosen« nennen Sie uns bitte auf dem anschließenden Abschnitt. Hat der neue Abonnent die Abbuchungsvollmacht ausgefüllt oder einen Verrechnungsscheck beigelegt, senden wir Ihnen das Prämienbuch sofort zu.

Vielen Dank
Ihr
Verlag Diagnosen

Des Griffin
Wer regiert die Welt?



Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für DIAGNOSEN geworben.

Senden Sie DIAGNOSEN ab ______ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 60,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 60,– DM anbei (Ausland: DM 72,–, Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angaben von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift und ist nicht mit mir identisch. Meine Anschrift:

Name

Vorname

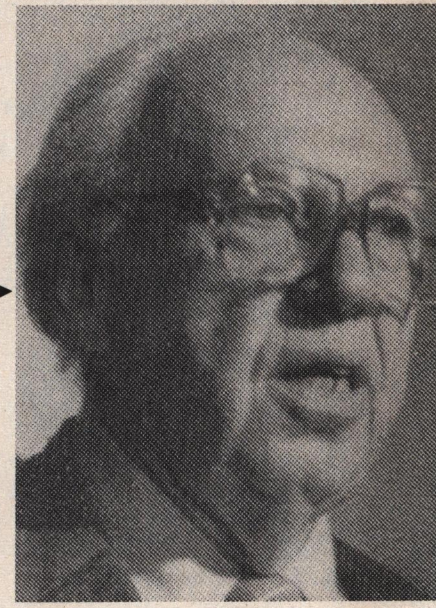
Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

In diesem H

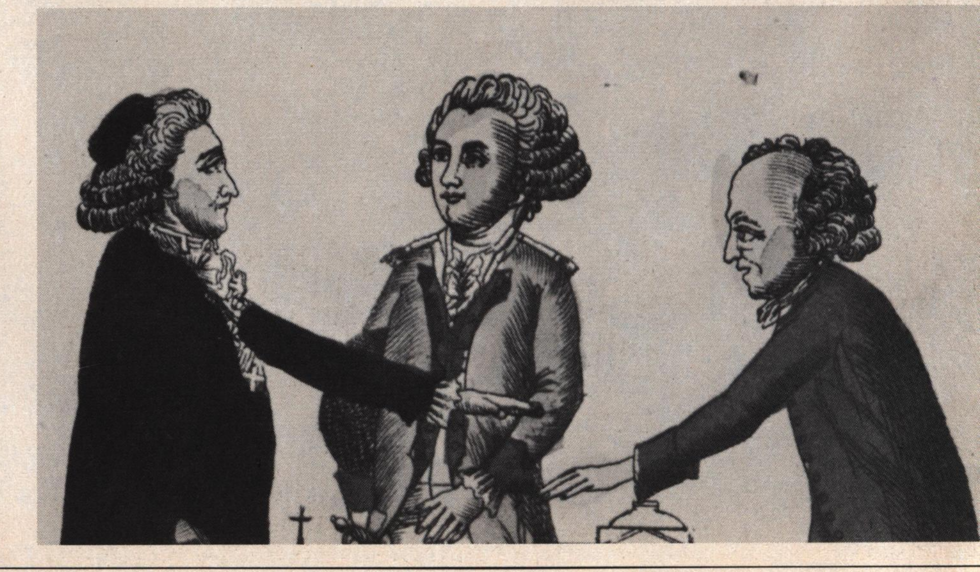


▲»Ich meine, daß die US-Reaktion übertrieben war. Tatsächlich hat sie gegen internationales Recht verstoßen«, meint Carole Tongue, Mitglied des Europäischen Parlaments, in einem Interview mit Oscar Boline. **Seite 18**



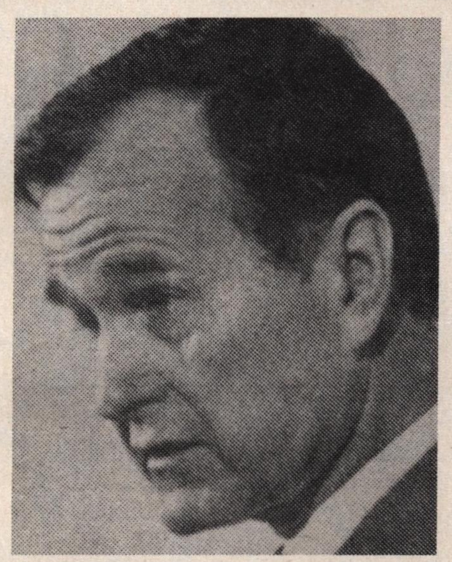
Insider des Weißen Hauses sagen, daß William Casey als Direktor des CIA am Ende ist. Er ist mit seinen mißglückten Plänen und seiner liederlichen Arbeit für die amerikanische Regierung zu einem großen Nachteil geworden. **Seite 28** ▶

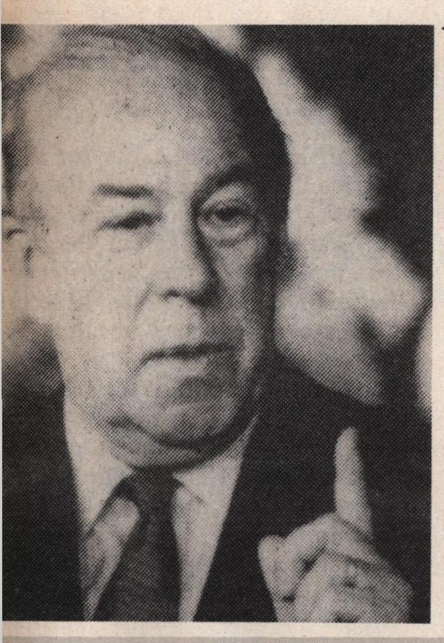
Die Französische Revolution von 1789 war das erstaunlichste Ereignis. Noch nie hatte ein Mob eine erfolgreiche Revolution gegen alle anderen Klassen im Staat organisiert und durchgeführt. Es war das zweite Kapitel im namenlosen Krieg. **Seite 54** ▼



eft lesen Sie:

In dieser Ausgabe beginnt eine Serie mit den Einzelheiten über den Aufstieg zur Macht von Vizepräsident George Bush und die Kampagne, die ihn zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten machen soll. Wenn es nach Ronald Reagan gegangen wäre, wäre George Herbert Walker Bush niemals Vizepräsident der USA geworden. Aufgrund von Kulissenschiebereien der Establishment-Agenten war Reagan gezwungen, Bush als seinen Mitbewerber zu wählen, um die oppositionellen Kräfte innerhalb der Republikanischen Partei zu neutralisieren. Bush scheiterte beim ersten Anlauf, weil er ein Mitglied von David Rockefellers Trilateralen Kommission war. Seite 32





Der amerikanische Außenminister George Shultz betreibt seine Politik auf Grund seiner Vorstellung einer »neuen Weltordnung«, die er von Henry Kissinger, einem seiner Vorgänger im Amt, geerbt hat. Shultz weiß, was er will, und ist bereit, dafür zu kämpfen. Das Problem liegt in dem, was er will. Er will eine Neuverteilung der Erde in Zusammenarbeit mit den Sowjets, ein neues Jalta ist sein Ziel. Seite 36

Wie bekämpfen Piloten der Bundeswehr ihre Frühjahrsmüdigkeit? Was macht müde Flieger munter? An 24 Piloten wurde ein neues Naturpräparat mit erstaunlichen Erfolgen getestet. Seite 74



Zu diesem Heft

Schmutzige US-Politik

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.

Ekkehard Franke-Gricksch

Bei der Handhabung der amerikanischen und internationalen Schulden haben sich zwei Dinge deutlich gezeigt: Erstens, die Dollar-Schuldenpleite befindet sich lawinenartig im Rollen; und zweitens, die »Experten«, die sie geschaffen haben – mit Paul Volcker vom Ferderal Reserve System an der Spitze –, unterbreiten nunmehr Pläne, die den endgültigen, totalen Zusammenbruch garantieren.

Schulden: Volckers große Pleite, Seite 14

Der Ausbruch dieser neuen Phase der Krise wurde von führenden Wirtschafts- und Finanzexperten vorausgesagt. Dabei fielen bereits sehr deutliche Worte, daß der Ausbruch von einem neuerlichen Chaos auf den Währungsmärkten, das auf einen Zusammenbruch der US-Wirtschaft folge, nicht mehr eingedämmt werden könne. Es wird weiter prognostiziert, daß der Dollar seine inflationistische Höhe gegenüber solchen Währungen wie der Deutschen Mark nicht beibehalten könne. Er müsse fallen, und zwar bis zu einem Kurs, der möglicherweise noch die Hälfte des damaligen Handelswertes ausmachen könnte. Alle sind sich einig: Die neue Phase der Krise ist angebrochen, der bevorstehende Bankrott der Vereinigten Staaten wird Realität.

Dank des anhaltenden Einflusses der 1979 unter Jimmy Carter und Paul Volcker initiierten Politik, einer Politik, die trotz des ganzen Geredes vom Wiederaufschwung bis zum heutigen Datum unverändert fortgesetzt worden ist, sind die Vereinigten Staaten bis an den Rand des nationalen Bankrotts geführt worden. Die Krise, die sich mit einer Konkurswelle von Länder- und Lokalbanken angekündigt hat, ist nicht die isoliert zu sehende Reihe von besonderen Vorfällen, wie es sich die Bewohner von Wolkenkuckucksheimen wünschen.

Die Fortsetzung des politischen Kurses von Carter und Volcker hat die amerikanische Republik an den Abgrund der Krise geführt, die darüber entscheiden wird, ob die amerikanische Nation weiterhin existiert oder nicht.

CIA: Hausputz nach Caseys Ende, Seite 28

Insider des Weißen Hauses sagen, daß William Casey als Direktor des CIA am Ende ist. Er ist für die amerikanische Regierung zu einem großen Nachteil geworden. »Der Typ bringt einfach nichts zustande«, so ein Insider, »und der Boß – das heißt, der Präsident – ist seiner müde geworden.« Wie diese Informanten sagen, wird der Präsident irgendwann in aller Stille Casey aus der Spionage-Agentur vertreiben.

Nachdem der CIA den Überlauf des KGB-Mitarbeiters Vitaly Yurchenko vermurkst hat und der Plan für einen Umsturz des Libyen-Führers Oberst Muammar el-Gadaffi enthüllt wurde, ist der CIA wieder einmal am Schwimmen. Die supergeheime Spionage-Agentur hat nichts als Fehlschläge vorzuweisen und ist jetzt einem Sturm der Kritik vom US-Kongreß ausgesetzt.

Diesmal allerdings kommen die Beschwerden nicht wie in den siebziger Jahren von der liberalen Linken, sondern vielmehr von den konservativen Rechten, von einigen der hartnäckigsten Verfechter der Agentur in der Vergangenheit.

Senator David Durenberger, Vorsitzender des »Select Committee on Intelligence« , hat den CIA und seinen muffeligen, wichtigtuerischen und Leute manipulierenden Direktor der groben Inkompetenz beschuldigt. Wie protokollarisch festgehalten, hat Durenberger kürzlich gesagt, es mangele Casey an »einem Sinn für Führung« und er verstehe nichts von den Sowjets.

Des weiteren beschuldigt er Casey, er habe es an Führung und Voraussicht fehlen lassen, als es um verschiedene internationale Probleme ging, darunter islamischer Fundamentalismus und Terrorismus und die rapide Verschlechterung der Situation auf den Philippinen.

Laut Durenberger ist der CIA unfähig, auch nur »fünf Jahre in die Zukunft« zu planen, wenn es um die Analyse von potentiell unbeständige internationale Situationen gehe. Darüber hinaus scheinen weder Casey noch der CIA zu wissen, wie die strategischen Militärentwicklungen der Sowjets zu beurteilen und zu bewerten sind, und zwar mit der für einen Politiker notwendigen Pragmatik.

Wie Durenberger ebenfalls bemerkte, ist das Vermurksen der Yurchenko-Affäre keine seltene Ausnahme gewesen. Der CIA hat die Handhabung von sowjetischen Überläufern in 50 Prozent der Fälle verpatzt, die sie in den letzten Jahren erworben hatten. In einer »relativ kurzen Zeit«, so der Senator, sind die meisten von ihnen in die Sowjetunion zurückgekehrt.

Doch am ärgsten beschwerte sich der Senator darüber, daß Nachrichten fortwährend an die Establishment-Medien durchsikkerten, was der CIA und das Weiße Haus dem Kongreß in die Schuhe schiebe. Durenberger sagt, es ist die Regierung, die Schuld am »selektiven Durchsikkern« von Geheimdienst-Informationen an die Medien hat.

George Bush: Der Mann der Trilateralen, Seite 32

In diesem Heft beginnt eine Serie mit den Einzelheiten über den Aufstieg zur Macht von Vizepräsident George Bush und die Kampagne, die ihn zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten machen soll.



George Bush, US-Vizepräsident, ehemaliger CIA-Chef und einst Mitglied von Rockefellers Trilateralen Kommission, möchte der nächste Präsident der Vereinigten Staaten werden.

Wenn es nach Ronald Reagan gegangen wäre, wäre George Bush niemals Vizepräsident der USA geworden.

Aufgrund von Kulissenschiebereien der Establishment-Agenten, die sie in den letzten Stunden des Republikanischen Nationalkonvents 1980 vornahmen, war Reagan gezwungen, Bush als seinen Mitbewerber für die Vizepräsidentschaft zu wählen, um so oppositionelle Kräfte innerhalb der Republikanischen Partei zu neutralisieren. Er entzog sich damit einem vom Establishment inszenierten, erwarteten Großangriff der Medien, der Reagans Walkampf in den allgemeinen Wahlen hätte vernichten können.

Das ist der tiefere Grund für eine unglückliche und unerwartete Reihe von Ereignissen, die den ehemaligen Gouverneur von Kalifornien, veranlaßt haben, einen seiner heftigsten Kritiker zum Mitbewerber zu wählen.

Die Hoffnungen, die sich Bush 1980 auf die Präsidentschaft machte, wurden in den Vorwahlen zunichte gemacht. Trotz der Tatsache, daß Bush ein ehemaliges Kongreßmitglied war, ehemaliger Vorsitzender der Republikanischen Partei, ehemaliger Botschafter in China und bei der UNO, sowie ehemaliger Direktor des CIA und über erstklassige Referenzen vom Establishment und von der Republikanischen Partei verfügte, sowie über eine solide finanzielle Unterstützung und eine gut organisierte Wahlkampforganisation, war Bush unfähig, seine vielen nützliche Werte in einen siegreichen Wahlkampf umzumünzen. Vielleicht größtenteils deshalb, weil Bush ein Mitglied von David Rockefellers Trilateralen Kommission war.

Neue Jalta-Abkommen: Neuordnung ist reif zur Unterzeichnung, Seite 38

In seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinigten Nationen im Oktober 1985 hat US-Präsident Ronald Reagan einen, wie er es nannte, »kühnen Plan« vorgelegt, wonach die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten die Beilegung von regionalen Konflikten, in die die beiden Supermächte verwickelt sind, aushandeln sollten. Als Gebiete nannte der amerikanische Präsident Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien, Angola und Nicaragua. Wie Reagan vorschlug, muß »der Ausgangspunkt ein Prozeß der Verhandlungen unter den kriegsführenden Parteien in jedem der von mir genannten Ländern sein, wozu im Falle Afghanistan auch die Sowjetunion gehört. Es gibt noch eine zweite Stufe: Nachdem Verhandlungen Platz greifen, sollten Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich zusammensetzen. In einigen Fällen könnte es angebracht sein, Garantien für bereits erzielte Abmachungen in Betracht zu ziehen.«

Dies ist der Rahmen, den Ronald Reagan auch auf dem Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow im November 1985 in Genf vertreten hat, bei dem es zu einem Sondergespräch über »regionale Fragen« gekommen ist, um »die legitimen Interessen« der beiden Supermächte in verschiedenen »Einflußzonen« zu erörtern.

Überall in Ibero-Amerika, Asien und Afrika haben Amerikas verbündete Regierungen ihr Mißfallen an dieser Formulierung zum Ausdruck gebracht. Informanten aus einem breiten politischen Spektrum in Washington sind in ihrer Bewertung einstimmig, das Reagans Formel zur Lösung regionaler Konflikte die öffentliche Enthüllung der Zustimmung der Regierung zu dem Pakt zwischen der Sowjetunion und der westlichen Oligarchie-Fraktion über die Neuaufteilung der Erde à la Jalta darstellt.

Das neue Jalta-Abkommen, wie 1982 von Henry Kissinger geäußert, sieht vor, daß die Vereinigten Staaten 25 Prozent ihrer Einflußzone in der Welt aufgeben, in der sie in den siebziger Jahren geherrscht haben. Amerikas Einfluß soll auf die westliche Hemisphäre begrenzt werden. Westeuropa, der Mittlere Osten, Afrika und Asien, einschließlich Pazifik, sollen an Moskau abgetreten werden, wobei China eine sekundäre Rolle in Asien spielt.

Die Souveränität der Nationen, die diesem Abkommen unterworfen werden, ist vom Standpunkt Moskaus und seiner westlichen Oligarchie-Partner völlig irrelevant. Das neue Jalta basiert auf der Annahme, daß die weltweite Wirtschaft auch weiterhin von der Zerstörung der nationalen Volkswirtschaften bestimmt sein wird, die von dem internationalen Währungsfonds und der Weltbank gelenkt wird.



Oberst Muammar el-Gadaffi, der mit dem Segen des US-Präsidenten vom CIA umgelegt werden soll, wird von Gorbatschow als Bruder begrüßt. Das Bild ist für manchen Meister vom Stuhl ein optischer Schmaus. Zwei hohe Eingeweihte begrüßen einander logen-formvollendet mit Zeigefingerdruck und Zeugen. Die weniger eingeweihten Meister und Gesellen, besonders die mehrheitsmäßig Rechtsausgerichteten im deutschen Sprachraum, wundern sich ob dieses Hinweises, überlassen das Denken aber den Logen-Päpsten und gehorchen.

Libyen: CIA-Geheimplan zum Umsturz, Seite 42

Der libysche Führer Oberst Muammar el-Gadaffi hat einen Großteil der Erdölinteressen in seinem Land verstaatlicht. Wie kann die Wiederherstellung der Macht des internationalen Erdölkartells vonstatten gehen? Eine 29 Seiten starke und top-secret US-»Verwundbarkeitsstudie«, die vom CIA und anderen Geheimdienststellen erarbeitet wurde, kommt zu dem Schluß, daß »nichts anderes als die Beschleunigung des Sturzes Gadaffi wird eine bedeutsame und dauerhafte Veränderung der libyschen Politik herbeiführen«.

Wie aus vertraulichen Kreisen verlautet, wurde im vorletzten Jahr, als der geheime Plan zum Umsturz von Gadaffis-Regierung zum ersten Mal in Regierungskreisen diskutiert wurde, das Vorhaben vom stellvertretenden Direktor des CIA, John McMahon, abgeblockt. Im Herbst 1985 hat US-Präsident Ronald Reagan den CIA-Plan doch gebilltigt.

Gerüchten nach hofft der CIA, daß die Frustration, die er Gadaffi zu bereiten gedenkt, der innenpolitischen Opposition des libyschen Anführers Gelegenheit gibt, seine Regierung zu stürzen, oder daß einer von Gadaffis feindlich gesinnten arabischen Nachbarn effektiv die Arbeit von Israel macht und militärisch auf Gadaffi antwortet. □

Vertrauliches

Henry Kissinger

Was wartet auf Siles Zuazo?

Sind Kissingers Freunde dabei, für den früheren bolivianischen Präsidenten Siles Zuazo die »Bhutto-Behandlung« vorzubereiten? Der ehemalige Informationsminister in der Zuazo-Regierung und jetzt Kongreßabgeordneter, Maria Rueda, hat behauptet, daß ein Mitglied seiner Partei von den Militärs eine Woche zuvor verhaftet worden sei und jetzt »unter psychologischen Druck gesetzt werde, um ihn zu zwingen ›zu beichten‹, daß enge Beziehungen bestanden«, nämlich zwischen Siles Zuazo und »gewissen Guerilla-Bewegungen auf dem Kontinent«.

Die Beschuldigungen wurden erhoben, während die Drogenmafia ihre politische Kontrolle über das Land konsolidiert mit dem Ziel eines formalen Regierungspaktes zwischen Präsident Paz Estenssoros Partei und der Partei von General Hugo Banzer. Während der Präsidentschaft von Banzer bis Ende 1981 wurden die Bedingungen geschaffen, die Bolivien in eine Drogenwirtschaft verwandelt haben, die offiziell mit dem Coup der »Kokain-Generäle« in jenem Jahr begonnen hat. □

Warschauer Pakt

Die Papageien Moskaus

Während sich die Führer der Warschauer Paktstaaten hinter verschlossenen Türen trafen, berichtete bereits Radio Moskau, daß die »Hauptaufmerksamkeit« bei den Gesprächen »der Lage in Europa« und der »Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltall« gilt.

Sowjetführer Gorbatschow hielt bei den Beratungen zwei große Reden. In einem gemeinsamen Schlußkommunique der Warschauer Paktstaaten hieß es: »Die Warschauer Paktstaaten wünschen vor allem ein atomwaffenfreies Europa. Europa ist Brutstätte von zwei Weltkriegen gewesen und ist das Gebiet, wo sich die beiden Bündnisse gegenüberstehen. Es gibt kein Problem, das nicht durch konstruktive Verhandlungen gelöst werden könnte. Es gibt keine Waffenart, die das Warschauer Bündnis nicht bereit wäre abzubauen.«

Die Konferenz »begrüßte« sämtliche sowjetischen Vorschläge, einschließlich des »totalen Verbots für Weltraumwaffen«. □

Peru

Anwachsen des Drogenhandels

Richter S. Armas vom 33. Bezirksgericht in Lima hat den Präsidenten der peruanischen Anti-Drogen-Koalition, Luis Vásquez Medina, von der Beschuldigung der Verleumdung völlig freigesprochen, die der frühere Premierminister und Finanzminister Manuel Ulloa gegen ihn vorgebracht hatte.

Ulloa hatte Vásquez auf 1000 Milliarden Soles – rund 20 000 US-Dollar – verklagt, und zwar wegen eines Artikels, den Vásquez für das Magazin der Anti-Drogen-Koalition »Guerra a la Drogas« (»Krieg den Drogen«) geschrieben hatte. Darin wurde Manuel Ulloas Wirtschaftspolitik für das »meteorhafte Anwachsen« des Drogenhandels in Peru während der letzten drei Jahre verantwortlich gemacht. Ulloa kündigte lautstark an, daß, wenn er die Klage gewinnt, er die 100 Milliarden Soles für Waisenkinder in dem von Elend heimgesuchten Gebiet von Ayacucho, im Süden des Landes, spenden werde.

Im Verlauf des Prozesses bekräftigte Vásquez, daß seine Angriffe auf Ulloas Wirtschaftspolitik »keine Verleumdung darstellen. Dies sind Fakten, die nachweisbar sind.« Vásquez lieferte dem Gericht vielfältige Beweise, die seine Aussagen untermauerten.

Ulloa hatte auch anderen Zeitschriften gedroht, sie zu verklagen, die einen Artikel mit der Überschrift »Man öffne die Ulloa-Akte« veröffentlichten, worin dieser »über jeden Verdacht erhabene Bürger« als jemand genannt wurde, der Verbindungen zu internationalen Netzwerken hat, die in das Sauberwaschen von Drogengeldern verwickelt sind, Bis heute hat der frühere peruanische Premierminister die Klage jedoch nicht eingereicht.

In einem Interview im Anschluß an die Urteilungsverkündigung von Richter Armas bemerkte Vásquez, daß die Waisen von Ayacucho die von Ulloa angebotenen 100 Milliarden Soles noch immer gut brauchen, darum sein Vorschlag: »Er sollte das Geld trotzdem spenden. Er braucht die Summe nur von einem seiner überquellenden Konten auf den Bahamas abzuziehen.« □



China

Gasabkommen mit Atlantic Richfield

China hat ein 500 Millionen Dollar schweres Abkommen mit Atlantic Richfield unterzeichnet, das größte Energiegeschäft, das jemals zwischen Peking und einer Auslandsfirma zustandegekommen ist.

Der Vorsitzende der Atlantic Richfield, Robert Anderson, der das Abkommen unterzeichnete, erklärte vor Reportern, daß es sich dabei um die Entwicklung eines »weltklasse« Gasfeldes südlich der Insel Hainan vor der Küste von Guangdong im Süden Chinas handelt. Gemäß dem Abkommen wird Atlantic Richfield zusammen mit Santa Fe Minerals aus Kuwait und der Chinesischen Nationalen Ölgesellschaft (CNOOC) 3,25 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr aus dem Feld pumpen, und das für die nächsten 20 Jahre ab 1992.

Wie Anderson sagte, haben Atlantic Richfield und Sante Fe bereits 180 Millionen Dollar für Öl- und Gasexplorationen in Südchina investiert. Atlantic Richfield wird seinen Anteil von 34 Prozent an dem neuen Projekt aus eigenen Mitteln finanzieren. Der Anteil von Santa Fe beträgt 15 Prozent und die restlichen 51 Prozent liegen bei CNOOC. □

Neues Jalta

Wer hat welche Interessen?

William Sullivan, ehemaliger Botschafter im Iran und den Philippinen, und nach eigenen Worten Anhänger des Kults des Establishments der amerikanischen Ostküste, erklärte: »Die Durchführung des ›neuen Jalta‹ besteht aus Diskussionen über regionale Angelegenheiten. In diesen Gesprächen wird festgestellt, welche materiellen Interessen die beiden Mächte tatsächlich in den verschiedenen Gebieten der Welt haben.« □

CIA

Mord durch Todeskommandos

Hugo Spadafora, ein früherer Minister in Nicaragua, ist von »Oppositionellen« des Landes

ermordert worden, wie aus gut unterrichteten Kreisen in Panama bekannt wurde. Gemäß diesen Quellen verfügt die Demokratische Front Nicaraguas (FDN), die von dem CIA und dem rechten Flügel des sozialdemokratischen Apparates von Jeane Kirkpatrick unterstützt wird, über Todeskommandos, die in ganz Mittelamerika operieren. Spadafora war angeblich das erste prominente Opfer. □

Verteidigung

Anglo-amerikanisches Verteidigungsabkommen

Außerhalb der Verpflichtungen und Verträge der NATO ist es zwischen der amerikanischen und der britischen Regierung zu einem geheimen Abkommen beziehungsweise zu einem »memo of understanding« bezüglich der Zusammenarbeit in der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) gekommen. Diese Abkommen sollen in nächster Zeit noch durch ein vollständiges Verteidigungsabkommen zwischen London und Washington ergänzt werden. □

Grüne

Legalisierung von Drogen und Sodomie

Erst kurze Zeit ist Herbert Rusche von den Grünen im deutschen Bundestag und schon hat er die Legalisierung von homosexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Minderjährigen gefordert sowie den Konsum von Haschisch und Marihuana. Rusche wurde erst kürzlich einer der 27 Bundestagsabgeordneten der Grünen, nachdem ein anderer zurückgetreten war. Er gehört ebenfalls einer Organisation an, die Homosexuelle und Päderasten vertritt.

Rusche, der sich selbst als »den Sprecher der Homosexuellen im Parlament« bezeichnet, hat seine politische Karriere in der um Drogen und Sex aufgebauten Gegenkultur von Frankfurt begonnen. Seine Legalisierungswünsche wurden von den Christdemokraten zurückgewiesen, die erklärten, Rusches Forderung sei eine »Bedrohung von Recht und Ordnung und der parlamentarischen Demokratie insgesamt«.

Die Grünen werden in Drogenfragen von Hans-Georg Behr beraten, der ein »Yippie« ist und für die Magazine »Overthrow« (»Umsturz«) und »High Times« (»Ausgeflippt«) schreibt. □

England

Angriff auf Ägyptens Mubarak

Der in London erscheinende »Observer« begann eine politische Kampagne gegen den ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak mit der hämischen Behauptung, er wisse offenbar nicht, was sein eigener Geheimdienst tue, während es den Amerikanern bekannt sei. Wie der »Observer« sagt, hat Mubarak nicht gewußt, wo die vier Terroristen waren, die das italienische Kreuzschiff »Achille Lauro« entführt haben, doch der CIA sei von Agenten »selbst innerhalb des ägyptischen Kabinetts« informiert worden.

Vor einigen Jahren ließ der »Observer« ein ähnliches Exposé laufen gegen den Schah von Persien. □

Briefkampagne

US-Senator greift Richard Burt an

US-Senator Jesse Helms hat den amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, und seinen Nachfolger im amerikanischen Außenministerium, Rozanne Ridgway, beschuldigt, eine Briefkampagne der westeuropäischen Regierungen ans Weiße Haus inszeniert zu haben, worin Einspruch gegen die von Robert McFarlane gemachte Verlautbarung erhoben wurde, die Vereinigten Staaten seien zu einer sehr viel breiteren Auslegung des ABM-Abkommens gelangt.

Helms erklärte vor dem Senat, daß es einige Leute gibt, die »glauben, sie (Burt und Ridgway) haben unsere Verbündeten aufgestachelt, unserer Verteidigung einen Schlag zu versetzen. Wieder einmal sind wir der Beschwichtigungspolitik unserer sogenannten Verbündeten unterlegen.«

Er behauptet weiter, daß nicht identifizierte Personen in der Lage waren, an der Entwicklung von SDI »herumzuschnüffeln und sie zu neutralisieren. Es ist deutlich, daß der Verwaltungsapparat selbst dieses Programm in Gefahr bringt.« □

Chase Manhattan Bank

Rockys Mann in Peru

Manuel Ulloa, einst Manager der Lima-Zweigstelle von David Rockefellers Chase Manhattan Bank, hat nachweislich den Kokainhandel befürwortet. Ihm wird auch vorgeworfen, daß seine monetaristische Wirtschaftspolitik zu der Zerstörung der legitimen Industrie in Peru geführt habe, und er das Land in die Hände des Drogenhandels geführt hätte. □

Dope Inc.

Drogenhandel auf den Bahamas

Ein wichtiges Exposé über den Drogenverkehr auf den Bahamas hat die »Sunday Times« aus London veröffentlicht. Das Exposé unterstreicht die Verbindung zwischen den auf den Bahamas stationierten Drogenschmugglern und sowohl dem kolumbianischen Drogenkönig Carlos Lehder als auch dem auf Kuba beheimateten Drogenschmuggler Robert Vesco. Die Zeitung berichtete dabei auch über die Verhaftung von Nigel Bowe, einem Bekannten von Sir Lynden Pindling, Premierminister der Bahamas, wegen angeblicher Verwicklung in ein Schmuggelunternehmen auf allen Inseln des Staates mit Drogen in Höhe von 2,2 Milliarden Dollar. □

Aids

Badeanstalten für Schwule verlieren Umsatz

Ein »Aktionär« in New York City hat berichtet, daß Badeanstalten für Homosexuelle, an denen er finanziell beteiligt ist, in einer Woche allein 25 Prozent Besucherrückgang hatten. Es waren allerdings immer noch 1500 »Kunden«. Zwei der Badeanstalten, so wird berichtet, befolgen die Richtlinien der Beratungsgruppe von Gouverneur Mario Cuomo von der »Coalition for Sexual Responsibility« (»Koalition für sexuelle Verantwortung«), die von einigen als Alternative zur Schließung aller dieser Unternehmen betrachtet wird.

Die Badeanstalten sind erwiesenermaßen Zentren für die Verbreitung der tödlichen Krankheit Aids.

Ein »Berater« erklärte, die Anstalten müßten sauber gemacht werden, »weil sie eine Pistole vor der Brust haben«. Inhaber könnten sich in einem Rechtsstreit zusammentun, um die Schließung zu verhindern. Wie ein Inhaber sagte: »Wenn sich jemand wirklich wie ein Schwein aufgeführt hat, ist er zum Verlassen aufgefordert worden.« □

Biotechnik

Hormone lassen Lachs schneller wachsen

Die Fischindustrie könnte schon bald Zugang zu einer neuen biotechnischen Anwendung haben. In einer jüngsten Studie, die vom kanadischen Ministerium für Fischerei und Meere durchgeführt wurde, sind Junglachse, die mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gespritzt wurden, bis zu 50 Prozent schneller gewachsen als normale Fische.

Das Hormon wird von Amgen, einer kalifornischen Firma, her-

gestellt. Nach sechs Wochen haben die Fische mit der höchsten Hormondosis 50 Prozent mehr Gewicht gehabt als die Kontrollfische, und waren um 20 Prozent länger.

Weil das Hormon die Fähigkeit des Lachses, Nahrung in Gewebezellen zu verwandeln, steigert, könnte es die Kosten für die Lachszucht drastisch senken.

Das Hormon kann auch für andere Zuchtfische benutzt werden, wie zum Beispiel Katzenwels (Seewolf) und Forellen. Die Firma Amgen schätzt, daß der potentielle Markt für solche Wachstumshormone zwischen 10 und 50 Millionen Dollar beträgt. □

Metalle

Weltweit Krise auf dem Zinnmarkt

Im Oktober 1985 stellte die London Metals Exchange (LME) die Geschäfte für Zinn ein, da die Preise an einem Tag um 17 Prozent fielen und der Preisunterstützungs-Mechanismus versagte, das weltweite Absinken der Zinnpreise aufzuhalten.

In London wurde berechnet, daß Händler in rund 28 Handelszentralen sich einem Verlust von wenigstens 400 Millionen englischen Pfund gegenübersahen. Die Krise berührt auch die Regierung Thatcher, die eine der 22 Unterzeichner des internationalen Zinnabkommens ist, das angeblich geschaffen wurde, um den Weltzinnpreis zu regulieren.

Die britische Regierung könnte aufgefordert werden, einen höheren Beitrag an den Pufferfonds zu entrichten, um einen höheren Preis zu stützen. In London sagen Finanzkreise voraus, daß die Zinnpreise schließlich sogar von 18 000 Pfund pro Tonne auf 6000 Pfund stürzen könnten. Man hält dies für die schlimmste Krise an der LME seit dem Preissturz von Kupfer in den fünfziger Jahren.

Ein hoher LME-Angestellter sagte, daß bei Ausbleiben einer Rettungsaktion »dies schlimmer sein wird als Johnson Matthey«, was sich auf einen großen Bankrott einer Bank im Jahre 1984 bezieht, dessen Nachwehen noch heute zu spüren sind.

Die weltweite Zinnproduktion kommt aus Thailand mit 30 Prozent, Malaysia 23 Prozent, Indonesien 16 Prozent, Bolivien 15 Prozent sowie weiteren Ländern mit 16 Prozent. Die Vereinigten Staaten verfügen über einen großen Zinnvorrat, doch hat die General Service Administration gerade erst 6000 Tonnen verkauft. □

USA

Löhne weiterhin rückläufig

Wie die »New York Times« berichtet, weisen die bisherigen Tarifabschlüsse auf eine Fortsetzung des rückläufigen Trends für Lohnerhöhungen auch noch 1986 hin.

Die 1985 erzielten Tarifabschlüsse, viele von ihnen für die Dauer von zwei bis drei Jahren, sehen im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 2,8 Prozent im ersten Jahr vor, und 2,9 Prozent im letzten Jahr des Tarifvertrages. Dies ist weniger als die vorgesehene Inflationsrate von 3,5 bis 4,5 Prozent. Für Angestellte sind Lohnerhöhungen zwischen 4,5 Prozent und 6,3 Prozent vorgesehen.

Wie es in der »New York Times« heißt, beunruhigt dies die Wirtschaftler, die darin ein Zeichen der schwachen Wirtschaftsexpansion sehen. Am geringsten wachsen die Löhne in der verarbeitenden Industrie, die immer noch monatlich rund 100 000 Arbeitsplätze verliert. □

Kokain-Fonds

Die unsichtbare Hand

Der Vizepräsident von Bolivien, Julio Garrett Aillon, hat vor der Generalversammlung der UNO die drogen-konsumierenden Länder aufgefordert, einen internationalen Fonds einzurichten, um Kokainblätter aus den Entwicklungsländern einzukaufen. Die drogen-erzeugenden Länder, wie Bolivien, können es sich nicht leisten, auf die Einnahmen aus dem Drogenhandel zu verzichten, so erklärte er.

Etwa 75 Prozent der amtlichen Geldmenge liegt in den Händen der »drogenbezogenen« nicht geregelten Wirtschaft.

Garrett Aillon bezeichnete seinen Vorschlag als eine »neue, kreative und pragmatische« Maßnahme, die der »direkteste und schnellste Weg« wäre, um »die Wurzel des Übels in den erzeugenden Ländern anzupacken«.

Auf diese Weise würde ein internationales Kontrollsystem eingerichtet, ohne daß die Bauern leiden, so äußerte er. Er meinte, die Regierung könne nicht die Wirtschaftskrise lösen und auch noch »ganz allein den Drogenhandel bekämpfen«. □

Pleiten

Banken-Bankrott in USA

Zwei weitere Banken in Oklahoma haben Bankrott angemeldet, womit die Zahl der Bankpleiten in diesem US-Staat auf insgesamt elf steigt. Die Farmers State Bank in Afton mit Einlagen in Höhe von 9,5 Millionen Dollar und die First State Bank of Jet mit Einlagen in Höhe von 11 Millionen Dollar wurden dicht gemacht. Beide Banken wurden von der amerikanischen Bankkommission geschlossen.

Die Jet-Bank wurde von der Cleo State Bank im nahe gelegenen Cleo Springs aufgekauft, wobei die Einleger keinen Verlust zu verzeichnen hatten. Die Afton-Bank ging an neue Eigner über, die auch schon die Reste der Bank of Canton gekauft hatten, die ebenfalls zumachen mußte. Die neuen Eigner werden die Bank in Canton wieder eröffnen und eine Zweigstelle in Afton einrichten.

Der Gouverneur von Oklahoma George Nigh erklärte, daß der Banking Commissioner des Staates ihm versichert habe, daß das Bankensystem in Oklahoma gesund ist, und daß die große Mehrheit dieser Bankpleiten durch »unkluges Management« verursacht worden sind. Die Bankrotte sind »nicht unbedingt« ein Zeichen für harte Zeiten. □

England

Enttäuschte Hoffnungen

Entgegen Englands Erwartungen auf massive Handelsabschlüsse mit der Sowjetunion, die Michail Gorbatschow bei seinem Besuch im Dezember 1984 bei Frau Thatcher versprochen hatte, haben die Sowjets England fallen lassen und mit Japans Yamaha ihren ersten Großvertrag über die Lieferung von 4000 Mikrocomputer und Drucker unterzeichnet. Moskau will diese Geräte in seinen 150 000 Staatsschulen einsetzen.

Ein Geheimabkommen der britischen ICI zum Bau einer Computerfertigungsanlage in der Sowjetunion wurde im Januar 1985 zunichte, als die Presse davon erfuhr. □

Weltkirchenrat

Geld für Befreiungsbewegungen

Der in Genf beheimatete Weltkirchenrat hat seine diesjährigen Zuwendungen aus dem Sonderfonds des »Anti-Rassismus-Programms« bekannt gegeben. Insgesamt sind die diesem Fonds zufließenden Gelder zwar abnehmend, trotzdem wurden die Beiträge des Weltkirchenrates an die mit terroristischen Mitteln im südlichen Afrika kämpfenden »Befreiungsbewegungen« erhöht. Die aus Angola gegen Südwestafrika/Namibia operierende SWAPO erhielt rund 275 000 Schweizer Franken (1984: 270 000 Schweizer Franken). Der »African National Congress« (ANC) erhielt rund 200 000 Schweizer Franken (1984: 190 000 Schweizer Franken).

Kleinere Beträge erhielten außerdem der »Pan African Con-

gress« (PAC) und der oppositionelle Gewerkschaftsverband SACTU. Die Gelder seien vor allem für Informationsarbeit, für Flüchtlingshilfe und humanitäre Zwecke bestimmt. Ihre Verwendung wird vom Weltkirchenrat indessen nicht überprüft.

Weitere Zuwendungen aus diesem Fonds fließen auch an die in Europa tätigen Informationsbüros des ANC. Namentlich erwähnt wird dabei der in Bonn domizilierte ANC-Ableger. □

Evangelische Kirchen

Jedes Jahr 200 000 Mitglieder weniger

Für eine Verminderung der Planstellen für Pfarrer und hauptamtliche Mitarbeiter in den evangelischen Kirchen hat sich der »Alterspräsident« der Synode der EKD, Dekan i. R. Kurt Hennig, ausgesprochen. Wie er in der Haushaltsberatung der EKD-Synode sagte, nötigten die sinkenden Mitgliederzahlen – jedes Jahr etwa 200 000 Menschen, was der Größe zweier Kirchenkreise entspreche – zu dieser Konsequenz. Man könne »nicht ewig« bei der jetzigen Praxis bleiben und mit der Einrichtung immer neuer Planstellen verminderte Aufgaben zuweisen, etwa durch die Teilung von Kirchengemeinden. Die Frustration unter den Mitarbeitern, besondes unter Pfarrern, wachse ins Unermeßliche, wenn die Gemeinden auf 2000 und weniger Mitglieder absänken. Dies bedeute heute »einen Gottesdienstbesuch von 80 bis 90 Personen, vielerorts sicher noch viel weniger, und etwa 150 Teilnehmer am Gemeindeleben«. □

Österreich

ÖVP-Frauen für Pille auf Krankenschein

Rund eine Million Abtreibungen in zehn Jahren seit Einführung der sogenannten Fristenregelung. Die österreichische Frauenbewegung sieht diese Schrekkenzahl als drastische Aufforderung, Maßnahmen zur rapiden Senkung der Zahl ungewollter Schwangerschaften vorzuschlagen. Eine – selbstverständlich nicht die einzige – solche Maßnahme könnte laut Generalsekretärin Bundesrat Rosemarie Bauer das »Verhütungsmittel auf Krankenschein« sein. Darüber sollen nun Expertengespräche geführt werden.

Johanna Dohnal, SPÖ, jubelte alsogleich: »Ich begrüße es und freue mich. . .« Dazu Martin Humer: »In Österreich ist es gesetzlich verboten, Hormone an Schweine, Kälber oder Hühner zu verfüttern. Was die Tiere nicht fressen sollen, das wollt ihr jungen Frauen füttern?« □

Abtreibung

Genozid in China

Die drastischen Maßnahmen der kommunistischen, chinesischen Regierung zur Begrenzung ihrer Bevölkerung finden in der westlichen Welt weitgehend Zustimmung, gilt China doch als das Land mit der größten Einwohnerzahl und einer großen Bevölkerungsdichte. Was sich jedoch hinter der als human erscheinenden Geburtenkontrolle verbirgt, stellt die furchtbaren Abtreibungszahlen des Westens noch in den Schatten.

Wie die »National Rigth to Life News« mitteilt, veröffentlichte der Stanforder Wissenschaftler Steven Mosher 1980 einen Bericht über die Massentötungen von Föten und Neugeborenen, der kürzlich in der »Washington Post« in einer Artikelserie von Michael Weisskopf bestätigt wurde. Danach sind 53 Millionen Abtreibungen und Kindestötungen seit 1981 zu verzeichnen.

Noch in den letzten drei Schwangerschaftsmonaten wird zwangsweise abortiert. Um das Plansoll zu erfüllen – wenn irgend möglich soll die Bevölkerungszahl im Jahr 2000 auf eine halbe Milliarde reduziert werden –, werden Mütter sogar in der Nacht in ländliche Abtreibungszentren gebracht. Ein Entkommen ist nicht möglich, weil die örtlichen Gesundheitsberater genaue Unterlagen über werdende Mütter besitzen und diese Repressalien zu befürchten haben, falls die Aktionen fehlschlagen. Das gleiche gilt auch von den Ärzten.

Die ersten Berichte von Mosher klangen so unglaublich, daß man den Verfasser als unwissenschaftlich hinstellte und ihm die Promotion versagte. Es steht zu erwarten, daß er nun nach dem Weisskopf-Bericht in der »Washington Post« rehabilitiert wird. Wie »Human Life International«, eine US-Zeitschrift, die sich energisch für das ungeborene menschliche Leben einsetzt, mitteilt, wird die Massentötung in China auch durch die Weltbank unterstützt. □

Orden

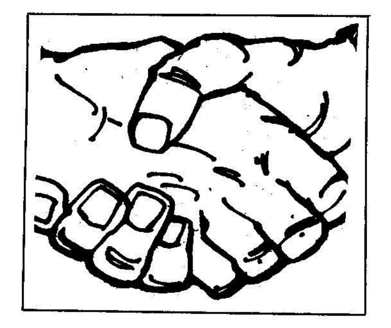
Patriarch erhält Arbeiterbanner

Patriarch Pimen, Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche in Moskau, hat zu seinem 75. Geburtstag vom Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR für seine »patriotische Tätigkeit bei der Verteidigung des Friedens« den hohen sowjetischen »Orden des Roten Arbeitsbanners« erhalten. □

Auszeichnung

Zial ul-Haq dekoriert Rockefeller

David Rockefeller und Arnaud de Borchgrave, Chefredakteur der »Washington Times«, wurden mit dem Orden von Hilal-i-Quad-i-azam, dem »Halbmond des Gründers«, ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Pakistan House in New York statt. Neben den Gebeten wurden auch Suren aus dem Koran verlesen. Ein jeder der beiden erhielt eine



Schärpe und eine Urkunde vom pakistanischen Präsidenten Zial ul-Haq. □

Pille

Familienplanung erleichtern

Die neue Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth (CDU) will sich dafür einsetzen, die Verordnung der »Pille« auf Krankenschein zu prüfen. In einem Interview räumte sie ein, daß dies wegen der Finanzprobleme der Krankenkassen »zum gegenwärtigen Zeitpunkt« noch nicht zu realisieren sei. Man müsse aber darüber nachdenken, wie man eine verantwortliche Familienplanung erleichtern könne, wenn junge Menschen zu einem bestimmten Zeitpunkt kein Kind wollten. Zugleich sprach sie sich erneut gegen eine Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 aus. □

Kollektiv

Pfadfinderei heute

Wie weit die moderne Entchristlichung systematisch fortgeschritten ist, kann man an der Änderung des Pfadfinder-Versprechens ablesen. Bis 1970 galt für die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG) folgendes Versprechen: »Das Pfadfinderversprechen lautet: Ich verspreche bei meiner Ehre, daß ich mit der Gnade Gottes mein Bestes tun will, Gott, der Kirche und dem Vaterland zu dienen, jederzeit und allen Menschen zu helfen und dem Pfadfindergesetz zu gehorchen.«

Die Satzung wurde 1970 geändert. Die Verpflichtung des einzelnen wurde auf das Kollektiv ausgerichtet: »Im Versprechen bekundet der Pfadfinder seine Bereitschaft zur Mitarbeit im Trupp und zum Leben im Geiste des Pfadfindertums. Durch seine Mitarbeiter macht der Pfadfinder sichtbar, daß er zur Gruppe gehören will.«

Das ist Formal-Kollektivismus, der inhaltlich mit jeder Ideologie angefüllt werden kann, und das bedeutet das Ende christlicher Pfadfinderschaft. □

US-Dollar

Neue Gold- und Silbermünzen

Das amerikanische Schatzamt wird anfangen, im Oktober 1986 Gold- und Silbermünzen zu verkaufen. Experten sagen voraus, daß die mit den Münzen entstehende Nachfrage zu einer Preiserhöhung für Edelmetalle führen wird, die sich im Vorfeld ihrer Markteinführung abspielen wird.

Verabschiedet wurde vom amerikanischen Senat eine Gesetzesvorlage, die das Münzen von Gold- und Silbermünzen zum Verkauf an die Öffentlichkeit vorsieht. Der US-Senat billigte das Gesetz durch mündliche Abstimmung.

Preis entspricht dem Gold-Marktwert

Das Gold, aus dem die Münzen hergestellt werden, soll gemäß dem Gesetz vom US-Schatzamt erworben werden, und zwar durch Kauf von Abbaubetrieben in den Vereinigten Staaten oder ihren Territorien und Besitztümern. Wenn diese Bezugsquellen Gold nicht zum durchschnittlichen Weltmarktpreis liefern können, ist der Schatzminister ermächtigt, Reserven der Vereinigten Staaten zu verwenden.

Die Goldmünzen werden einen nominellen Nennwert haben und in den folgenden Stückelungen und Gewichten gemünzt werden: Eine 50-Dollar-Münze, die eine Troyunze Feingold (.999) enthält; eine 25-Dollar-Münze mit einer halben Unze Gold; eine 10-Dollar-Münze mit einer Viertelunze und eine 5-Dollar-Münze, die eine zehntel Unze wiegt.

Ungeachtet des Nennwertes werden die Münzen zu Preisen verkauft werden, die auf dem jeweiligen Marktpreis für Gold basieren. Der Grund, warum die Münzen einen Nennwert haben, ist nicht ganz klar. Es ergibt auch keinen Sinn. Beispielsweise enthält das 10-Dollar-Goldstück ein Viertel der Goldmenge, die in dem 50-Dollar-Goldstück enthalten ist, doch sein Nennwert beträgt nur ein Fünftel.

Das Gesetz sieht vor, daß die 50-Dollar-Münze mit einem Symbol für Freiheit auf dem Avers versehen wird und auf dem Revers die Zeichnung einer Adlerfamilie trägt, wobei das Männchen einen Olivenzweig hält und über einem Nest schwebt, in dem der weibliche Adler mit den Nestlingen sitzt.

Das Dessin für die kleineren Stückelungen wird noch vom amerikanischen Schatzamt bestimmt.

Alle Münzen werden einen Rillenrand haben und mit Inschriften versehen, die die Stückelung und das Gewicht angeben sowie die Schlagwörter »Liberty«, »In God We Trust«, »United States of America« und »E Pluribus Unum«.



Ron Paul gefällt die Idee, daß die Amerikaner endlich wieder Gold- und Silber-Dollars bekommen können, was allerdings die Metallpreise in die Höhe treibt.

Verlierer ist Südafrika

Der US-Regierung werden durch das Münzen und Verkaufen der Münzen keine Nettokosten entstehen, da die Kosten aus dem Gewinn der Verkäufe gedeckt werden. Gewinne werden auch dazu verwendet werden, um angeblich die Staatsschulden zu verringern.

Rund 3 Millionen ausländische Goldmünzen werden jedes Jahr in die Vereinigten Staaten importiert und dort verkauft. Das sind rund 1 Milliarde Dollar, die jedes Jahr zum amerikanischen Zahlungsbilanzdefizit hinzukommen. Dieses Geld geht nach Mexiko, Kanada, Rotchina und Österreich. Auch die australische Regierung hat vor kurzem bekanntgegeben, daß sie Goldmünzen herausgeben und verkaufen wird.

Der große Verlierer in dieser ganzen Sache ist natürlich Südafrika. Die jüngste Entscheidung des Präsidenten, den Import von Krugerrands nach Amerika zu verbieten, der jährlich einen Umsatz in Höhe von 600 Millionen Dollar zusammenbrachte, hat die Einführung und Verabschiedung der Gesetzesvorlage beschleunigt.

Am 13. November 1985 reagierte die Regierung Südafrikas mit der Bekanntgabe, daß sie die Produktion von Krugerrands einstelle.

In dem amerikanischen Gesetz heißt es, daß kein Gold für die Herstellung der neuen US-Münzen von Südafrika oder der Sowjetunion gekauft werden darf.

Der ehemalige republikanische Abgeordnete Ron Paul, ein anerkannter Experte in Sachen Gold und Silber und anderen monetären Fragen, erklärte gegenüber der Presse: »Die amerikanischen Münzen werden sehr populär sein. Warum sollten wir mexikanische oder kanadische Unzen kaufen? Wir sollten unsere eigenen Münzen haben.«

Paul sagte, daß, wenngleich das Gesetz ein weiterer Versuch des US-Kongresses sei, es den Südafrikanern »zu stechen«, die Münzen in Amerika ein großer Erfolg sein werden.

Das amerikanische Schatzamt wird auch in der nahen Zukunft anfangen, Silbermünzen zu verkaufen. Geplant ist derzeit der Verkauf von Gedenkmünzen der Freiheitsstatue für einen begrenzten Zeitraum.

Dazu gehören ein 5-Dollar-Goldstück, eine 1-Dollar-Silbermünze und eine 50-Cent-Kupfermünze. Das Goldstück wiegt 0,269 Troyunzen und besteht zu 90 Prozent aus Gold. Die 1-Dollar-Silbermünze ist 0,86 Troyunzen schwer, zu 90 Prozent aus Silber.

Bestand an Silber zu hoch

Ab 1. Oktober 1986 oder wenn die Freiheitsstatue-Gedenkmünzen ausverkauft sind, je nachdem, was zuerst eintritt, wird das Schatzamt mit dem Verkauf von Feinsilber-Dollars (.999) beginnen. Die Münzen werden auf dem Avers ein Freiheitssymbol tragen und einen Adler auf dem Revers sowie die Inschriften »Liberty«, »In God We Trust« und »E Pluribus Unum«.

Sie werden eine Unze Feinsilber enthalten und gesetzliche Zahlungsmittel sein. Ihr Preis wird sich nach dem laufenden Marktwert für Silber richten. Hergestellt werden die Silbermünzen aus dem nationalen Verteidigungsvorrat.

Das amerikanische Schatzamt hat seit langer Zeit die Meinung vertreten, daß der strategische Bestand an Silber zu hoch sei, und frühere Versuche, einiges davon auf Auktionen loszuwerden, haben zu gravierendem Preisverfall geführt, da auf einmal riesige Mengen des Metalls auf den Markt geworfen wurden. Das Münzen und der Verkauf von Münzen werde diese Wirkung abschwächen oder nicht haben.

Noch einen Kommentar von Ron Paul zu den zukünftigen Verkäufen von Silbermünzen durch die US-Regierung. Seiner Meinung nach werden auch die Silbermünzen sehr beliebt sein; ihm gefällt »die Idee, daß die Leute Gold und Silber halten dürfen. Je mehr dies geschieht, um so besser geht es uns.« □

Zitate

SDI

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender: »Nicht nur unser wirtschaftliches, auch unser militärisches Interesse ist es, dieselbe Sicherheit zu erlangen, die die Amerikaner von SDI gegenüber den interkontinentalen Raketen der Sowjets erhoffen. Wir sollten unsere militärischen Interessen nicht verstecken. Wir wollen ja niemand angreifen. Wir wollen Sicherheit haben gegen die Europa spezifisch bedrohenden Waffen. Das ist einmal die Sicherheit gegen die gewaltige Überlegenheit der Sowjets auf konventionellem Gebiet. Dagegen wird mit SDI allein nicht viel zu machen sein, vielleicht werden neue Abwehrwaffen auf der Laser-Basis gegen Panzer und Flugzeuge entwikkelt. Aber meine Überlegung ist, und das habe ich dem Bundeskanzler schriftlich und mündlich erläutert, daß das Prinzip der Zerstörung einer startenden Rakete dasselbe ist, ob es sich um interkontinentale U-Boot-, Mittelstrecken- oder Kurzstrekkenraketen handelt. Die Frage ist, ob es technisch zu realisieren ist. Das wird letztendlich die Forschungsphase entscheiden, deren Ergebnisse Anfang der neunziger Jahre vorliegen werden. Aber unabhängig vom Erfolg oder Mißerfolg auf dem Gebiet der militärischen Anwendbarkeit wird sich aus SDI eine Fülle von wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen, vom Werkstoff angefangen bis zur Sensortechnik, ergeben.«

Schulden

Johann Philipp Freiherr von Bethmann, Ex-Bankier: »Die Weltwirtschaft ist überschuldet, vor allem in Dollar. Sie hat die Schuldeninflation. Schuldeninflation ist die noch schlimmere Schwester der Preisinflation. Beider Eltern ist falsche Geldpolitik. Schuldeninflation ist irreversibel. Es gibt kein Zurück, außer dem Zurück zur Preisinflation. Schuldeninflation ist unheilbar. Es gibt keine Besserung, nur Operation. Jede Schuldeninflation endet mit Crash oder Währungsreform; in schweren Fällen mit beidem. Der Fall heute ist schwer. Schuldeninflation ist zunächst ein monetäres Problem, denn: Die Schulden sind die ›Rückseite‹ allen Geldes. ›Faule‹ Schulden sind die Rückseite von wertlosem Geld. Es gibt inzwischen zu viele ›faule‹ Schulden in der Welt. Mindestens 500 Milliarden Dollar sind endgültig verloren. Dazu jede Woche eine Milliarde allein aus unbezahlbaren Zinsen. Diese 500 Milliarden plus Zinsen müssen endgültig beseitigt, müssen ›ausgebucht‹ werden. Das wäre der Crash. Er kommt auch gewiß. Man könnte ihm zuvorkommen – nur mit Währungsreform. Eine dritte Lösung gibt es nicht. So ist die Lage, ist das bekannt?«

Vorsicht

Gerhard Stoltenberg, Bundesfinanzminister: »Wir müssen unsere Bundesrepublik ökonomisch und finanzwirtschaftlich wetterfest machen, soweit dies in unseren Kräften steht, falls zu einem späteren Zeitpunkt wieder einmal internationale Turbulenzen aufkommen sollten.«

Vaterland

Karl Carstens, Altbundespräsident: »In dem Spannungszustand, der zwischen Ost und West besteht, in dem geteilten Lande, in dem wir leben, bleibt Deutschland unser Vaterland. Zwar ist das Gefühl für das Vaterland bei vielen unserer Mitbürger, vor allem unserer jungen Mitbürger, verlorengegangen. Der Mißbrauch, der mit diesem Begriff in der Vergangenheit getrieben worden ist, ist eine Erklärung dafür. Aber auch die Teilung unseres Landes erschwert vielen die Identifikation mit ihm. Dennoch bleibt wahr, daß Deutschland der geistige Grund ist, aus dem unsere Sprache, unsere Kultur, unser Bewußtsein dessen, was wir sind, erwachsen ist und weiter wächst.«

Vatikan

Papst Johannes Paul II: »Am Ende des zweiten Jahrtausends ist es der lebhafte Wunsch der Kirche, die Kirche der Welt von heute zu sein. Sie wünscht mit all ihren Kräften ihren Dienst dafür zu leisten, daß das menschliche Leben auf der Erde immer menschenwürdiger wird. Allerdings ist sich die Kirche gleichzeitig – vielleicht stärker als jemals zuvor – bewußt, daß sie dieses Mysterium nur in dem Maße vollbringen kann, indem sie in Christi ruht, indem sie Sakrament der innigen Einheit mit Gott ist.«

Jalta

François Mitterrand, französischer Präsident: »Wir müssen die Teilung Jaltas überwinden. Jeder Westeuropäer, Patriot in seinem Land, darf nur einen Gedanken haben: Jalta zerstören. Viele Zeichen kündigen es an. Aber wir werden Jalta nicht ohne Krise überwinden. In dieser Krise stecken wir.«



Südafrika

Ronald Reagan, US-Präsident: »Wir haben alles, was wir können, getan, um die Entwicklung einer gerechten Gesellschaft in Südafrika zu fördern, und wir werden es weiterhin tun. Meine Regierung hat bei wiederholten Gelegenheiten öffentlich das Apartheid-System als rassische Diskriminierung verurteilt, die der schwarzen Mehrheit ihre unverzichtbaren Rechte vorenthält. Noch häufiger haben wir das in privaten Diskussionen mit offiziellen Vertretern der südafrikanischen Regierung getan. Die amerikanische Politik basiert auf der Sicherung des friedlichen Wandels in Südafrika. Der Wandel ist unausweichlich. Nach unserer Auffassung besteht das Problem nicht darin, ob die Apartheid abgeschafft werden soll, sondern wie und wann. Alle Menschen guten Willens wollen sie ersetzt sehen durch eine gerechte Gesellschaft und nicht durch einen rassischen Zusammenstoß, der dem Volk statt der alten Unterdrückung eine neue bescheren könnte. Um den friedlichen Wandel zu unterstützen, habe ich am 9. September 1985 eine Reihe von Maßnahmen gegen die Apartheid erlassen. Wir fördern Aktionen gegen das rassistische System, aber nicht Aktionen, die der schwarzen Bevölkerung schaden würden.«

Papst

Papst Johannes Paul II: »Indem sie ihre Überzeugung bekräftigt, daß Christus der einzige Mittler zwischen Gott und den Menschen ist, achtet die Kirche diejenigen, die ihrem Gewissen nach andere Wege einschlagen, um zu Gott zu gelangen; sie schätzt deren Aufrichtigkeit und deren Edelmut und arbeitet gern mit ihnen zusammen für das allgemeine Wohl.«

Polen

Lech Walesa, polnischer Arbeiterführer: »Wir haben nur ein Polen. Wir sollten alle polnisch denken. Ich kann nicht bestreiten, daß Jaruzelski ein Patriot ist.«

Afghanistan

Franz Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident: »In Afghanistan passiert etwas, das ich Völkermord nenne. Dieser Völkermord darf nicht aus Gründen der Feigheit, Bequemlichkeit oder der Heuchelei verschwiegen werden.«

Sprüche

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Der Bürger kann sich auf den deutschen Bergmann verlassen und der Bergbau auf diese Regierung.«

Steuern

Dr. Armin Feit, Präsident des Bundes der Steuerzahler: »Der Bundesbürger wird nach Gesetzen besteuert, die er nicht mehr versteht. Unsere Steuerwirklichkeit sieht mittlerweile so aus, daß selbst die Steuern wieder versteuert werden.«

Inflation

Dr. Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank AG, Frankfurt: »Schon ein Prozent weniger Inflation bewahrt die Arbeitnehmer und Rentner vor über zehn Milliarden Mark Kaufkraftverlust und die Sparer vor Wertverlusten ihres Geldvermögens. Eine auf Preisstabilität abzielende Geldpolitik kann somit im besten Sinne auch expansive Konjunkturpolitik sein.« □

Schulden

Volckers große Pleite

Peter Blackwood

Seit Herbst 1985 sind die Wochen angefüllt mit Gesprächen mit internationalistischen Bankers, täglichen Pressekonferenzen zu neuen Pyramidenplänen für die Handhabung der amerikanischen und internationalen Schulden und mit Hearings im amerikanischen Kongreß. Dabei haben sich zwei Dinge deutlich gezeigt: Erstens, die Dollar-Schuldenpleite befindet sich lawinenartig im Rollen; und zweitens, die »Experten«, die sie geschaffen haben - mit Paul Volkker vom Federal Reserve System an der Spitze - unterbreiten nunmehr Pläne, die den endgültigen, totalen Zusammenbruch garantieren.

Der Ausbruch dieser neuen Phase der Krise wurde von führenden Wirtschafts- und Finanzexperten vorausgesagt. Dabei fielen bereits sehr deutliche Worte, daß der Ausbruch von einem neuerlichen Chaos auf den Währungsmärkten, das auf einen Zusammenbruch der US-Wirtschaft folge, nicht mehr eingedämmt werden könne. Es wird weiter prognostiziert, daß der Dollar seine inflationistische Höhe gegenüber solchen Währungen wie der Deutschen Mark nicht beibehalten könne. Er müsse fallen, und zwar bis zu einem Kurs, der möglicherweise nur noch die Hälfte des damaligen Handelswertes ausmachen könnte. Alle sind sich einig: Die neue Phase der Krise ist angebrochen, der bevorstehende Bankrott der Vereinigten Staaten wird Realität.

An den Abgrund der Krise

Dank des anhaltenden Einflusses der 1979 unter James Earl Carter und Paul Volcker initiierten Politik, einer Politik, die trotz des ganzen Geredes vom Wiederaufschwung bis zum heutigen Datum unverändert fortgesetzt worden ist, sind die Vereinigten Staaten bis an den Rand des nationalen Bankrotts geführt worden. Die Krise, die sich mit einer Konkurswelle von Länder- und Lokalbanken angekündigt hat, ist nicht die isoliert zu sehende Reihe von besonderen Vorfällen, wie es sich die Bewohner von Wolkenkuckucksheimen wünschen.

Die Fortsetzung des politischen Kurses von Carter und Volcker hat die amerikanische Republik an den Abgrund der Krise geführt, die darüber entscheiden wird, ob die amerikanische Nation weiterhin existiert oder nicht.

Volle 50 Milliarden Dollar von den insgesamt 213 Milliarden Dollar, die auf amerikanische Landwirtschaftsschulden entfallen, gehen unter, vertreiben Landwirte von ihrem Land und ziehen Dutzende von Banken und Millionen von Zulieferer- und Dienstleistungsbetrieben für die Landwirtschaft mit sich.

Pleiten bei Hypo-Banken und Sparkassen

Im Oktober 1985 veröffentlichte das »Farm Credit System«, das ein Drittel oder 80 Milliarden Dollar der Landwirtschaftsschulden trägt, seinen bestürzenden Bericht über das dritte Quartal.

Er zeigt eine lange Liste mit Verzugsdarlehen und von der amerikanischen Regierung einen Rettungskredit in Höhe von 11 Milliarden Dollar.

Zum selben Zeitpunkt wurde vor einem parlamentarischen Unterausschuß für Bankgeschäfte das Bild des landwirtschaftlichen Schuldenkollapses von dem Ökonomen des Federal Reserve Systems, Emmanuel Melichar, weiter vervollständigt. Zur Reichweite des Zusammenbruchs, den Volckers Federal Reserve-Politik herbeigeführt hat, erklärte Melichar:

Der Sektor der Geschäftsbanken, bei denen 50 Milliarden Dollar der Landwirtschaftsschulden stehen, braucht ein Fallschirm-Mechanismus, um damit 25 Prozent ihrer Schuldenlast abzufangen, die nicht bedient werden. 31 Prozent von den 15 Milliarden Dollar Schulden, die bei der regierungsseitigen Farmers Home Administration ausstehen, werden untergehen.



Paul Volcker, Präsident des Federal Reserve Systems, plant eine neue Superbank, die Neukredite handhabt. Die Bankers reagierten jedoch auf diese Vorschläge mit Empfindlichkeit. Es wird wohl nur mit Zwang gehen, um die Kreditwirtschaft zur Teilnahme an Volckers Rettungspläne zu zwingen.

Insgesamt belaufen sich die uneinbringlichen Schulden in der amerikanischen Landwirtschaft auf rund 50 Milliarden US-Dollar.

Das Schuldenbild auf dem amerikanischen Hypotheken- und Bausparkassen-Markt ist in derselben Verfassung. 1985 hat es bei den Hypotheken die höchsten Verzugsraten seit 32 Jahren gegeben, als man anfing, nationale Statistiken in den USA zu führen. Von den 400 Sparkassen-Organisationen in ganz Amerika sind schätzungsweise 150 bis 300 effektiv pleite.

Der Direktor des »Home Loan Bank Board«, Edwin Gray, hat vor dem besagten Unterausschuß angekündigt, daß die potentielle, demnächst zu erwartende Nachfrage nach einer bundesweiten Einlagenversicherung für diese Sparkassen die derzeit verfügbaren Reserven von 3,2 Milliarden Dollar um das Fünffache übersteigt.

Gray schlug vor, alle Sparkassen in den USA mit einer Steuer in Höhe von 1 Prozent ihrer Aktiva zu belegen, um 8,5 Milliarden Dollar Rekapitalisierung für die »Federal Savings and Loan Insurance Corp.« (FSLIC) aufzubringen. Wie er zugab, würde die Folge einer solchen Zusatzsteuer die sein, daß 50 bis 100 Banken bankrott machen. Die Alternative liege in einer Kaution des US-Bundes.

Milliardenschweres Rettungsprogramm

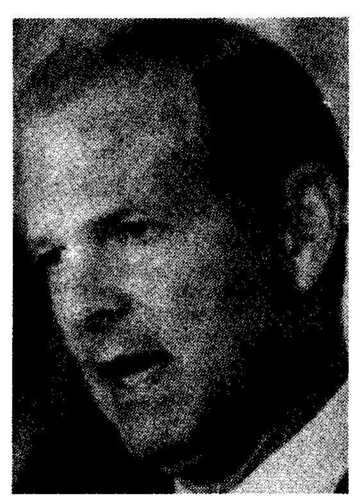
Der Umfang der vorgeschlagenen Rettungsmaßnahmen, mit denen die internationale Schuldenkrise bewältigt werden soll, beginnt sich abzuzeichnen. Die New Yorker Investitionsbanken wollen von der amerikanischen Regierung ein multi-milliardenschweres Rettungsprogramm und von kleineren Banken, die gezwungen sind, mitzumachen, ein weiteres Rettungspaket in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar.

Der Schirmherr dieses Planes ist US-Schatzminister James Baker III., der bei dem Interimstreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Oktober 1985 in Seoul für eine 20 Milliarden Dollar hohe Kreditfazilität plädiert hatte, die von den Privatbanken gestellt werden sollte, sowie weitere 20 bis 25 Milliarden Dollar zur Finanzierung, die von der Weltbank kommen sollten.

Der Plan wurde in Seoul nicht begeistert aufgenommen, doch Baker bietet ihn seitdem überall als großen Renner an. Er argumentiert, daß er die Weltbank als sein Instrument benutzen und den von Don Regan ein-

geschlagenen Weg der individuell bestimmten Sparmaßnahmen herunterspielen wird, die von dem Internationalen Währungsfonds durchgesetzt werden.

Dem amerikanischen Kongreß wirft Baker den Ball zu, daß Schulden durch »Entwicklung« gehandhabt werden sollten und daß, wenn die Schuldnerländer »größere Wirtschaftsreformen«



US-Finanzminister James Baker will von den Privatbanken für sein Rettungsprogramm eine Kreditzusage von 20 Milliarden US-Dollar.

vornehmen und die amerikanischen Geschäftsbanken weitere 20 Milliarden Dollar ausspuken, der US-Kongreß dann der Weltbank mehr Geld bewilligen sollte.

Einige Wall Street-Investment-Baken, denen damit vorübergehend aus der Klemme geholfen werden würde, sind ganz für Bakers Plan. In einem Leitartikel des »Journal of Commerce« heißt es: »Mr. Bakers Plan zeigt, daß die Vereinigten Staaten endlich bereit sind, ein gewisses Maß an Führung in der Schuldenarena zu übernehmen. Schon allein aus diesem Grund ist es ein wertvoller Plan.«

Allerdings wiederholt Baker nur einen Vorschlag, der bereits Ende Juli 1985 von dem Vorsitzenden des Federal Reserve Systems, Paul Volcker, unterbreitet wurde, als er vor dem Banking Committee des amerikanischen Senats aussagte. Damals beschrieb Volcker die Schuldnerländer der dritten Welt als nunmehr »im Aufschwung«, der durch Entwicklungshilfe von seitens der Weltbank gestützt werden müsse.

Volcker wiederholte diese Botschaft vor kurzem in New Orleans, auf einem Treffen der American Bankers Association. Doch hat er die Unternehmung eindeutig preisgegeben, als er nachdrücklich jede Flexibilität in den Bedingungen ablehnte, die für die Schulden der dritten Welt gelten sollen.

Volcker plant eine Superbank

Mit anderen Worten, Bakers und Volckers »Aufschwung«-Politik ist die gleiche gemeine Sparsamkeitspolitik des Internationalen Währungsfonds, vielleicht mit, vielleicht ohne den IWF, aber in jedem Fall die gleiche.

Einige Leute im amerikanischen Kongreß, selbst die ausgetrockneten wirtschafts-wissenschaftlichen Nichtswisser, fangen plötzlich an, sich unter dem Druck nach Rettungsgeldern Sorgen zu machen, die auf einmal aus allen Richtungen beantragt werden.

Als Baker vor dem parlamentarischen Ausschuß für Bankgeschäfte sprach und noch mehr Geld für die Weltbank forderte, sagte der Vorsitzende des Ausschusses, Fernand St. Germain:

»Ich versichere Ihnen, daß der Ausschuß es niemals zulassen wird, daß inländische Programme auf die hinteren Stühle im Haushaltsverfahren verwiesen werden.«

Allerdings befindet sich der amerikanische Kongreß auf einem Spar-Trip, um den Haushalt auszugleichen. Das »House« hat ein Gesetz für den Haushaltsausgleich in Höhe von 78 Milliarden Dollar verabschiedet, und eine »House-Senats«-Konferenz ist einberufen, um endlich die Arbeiten an dem sogenannten Gramm-Rudman-Hollings-Haushaltsausgleichs-Ergänzungsgesetz abzuschließen, daß in den nächsten fünf Jahren Kürzungen



in den amerikanischen Bundesausgaben in Höhe von mehreren Hundert Milliarden Dollars zwingend vorschreiben wird.

Paul Volcker selbst zieht an seiner Zigarre und beschwatzt die Bankers, um sie an die Stange zu bekommen. Bei seiner Ansprache auf der Tagung der American Bankers Association in New Orleans, als er auf die Möglichkeit des von Baker vorgeschlagenen 20 Milliarden Dollar schweren Kreditpaketes an die dritte Welt zu sprechen kam, setzten einige Buhrufe von seiten der vertretenden Lokalbanken ein. Daher führte Volcker ein geschlossenes Seminar durch, um die »Einzelheiten« seines Vorhabens zu erläutern.

Der Präsident der American Bankers Association, James Cairns, erklärte diplomatisch: »Eine Reihe von Bankers fragte sich, wie der Plan funktionieren würde.«

Jedoch sind nicht alle Bankers so dumm wie das Top-Management der »Großen Fünf«. Einige sehen keine Weisheit darin, Geld zu verleihen, das nicht zurückgezahlt wird. Sie wollen auch nicht, daß neue Kredite plötzlich als unheilbringende Forderungen in ihren Bilanzen erscheinen. Sie wollen auch keine weiteren Kontingente zur Schuldenvorsorge bereitstellen.

Die letzten drei Jahre waren ein Versagen

Volcker hat aber noch eine andere Institution vorgeschlagen, eine »Superbank«, die Neukredite handhabt, und so diese legitimen Befürchtungen aufheben soll. Auf dem Treffen der American Bankers Association hat Volcker versichert, daß »kooperative Bankers« ihr »Auslandsschulden-Risiko um nur zweieinhalb bis drei Prozent pro Jahr erhöhen würden – aber alle wären besser dran«.

Auch ausländische Bankers reagieren auf diese Vorschläge mit Empfindlichkeit. Also berief Volcker noch ein Treffen ein, um die Kreditwirtschaft mit Brachialgewalt zur Teilnahme an seinen Rettungsplänen zu gewinnen. Man traf sich in Washington zu Gesprächen zum Thema Schuldenkrise im Institut für Internationale Finanzen.

Baker und Volcker wollten nun hier endültig einen Konsensus zu ihren Plänen erreichen; doch hier gab es Gegenpläne der kleineren amerikanischen Banken, die Zugeständnisse verlangen, und zwar in Form einer Lockerung der Reservebestimmungen für wackelige Kredite an Schuldnerländer der dritten Welt.

Bisher scheinen nur zwei Dinge ganz sicher zu sein: Erstens, wie ein Beobachter sagte, »die letzten drei Jahre der Schuldenpolitik sind ein totales Versagen gewesen«; zweitens, »das war bis jetzt noch gar nichts!« □

Schulden

Verbilligte Lebensmittel aus USA

Während Washington die Schuldenkrise der amerikanischen Landwirtschaft verschleppt, fanden in den USA eine Reihe von fast täglichen Gesprächen und Besuchen statt, bei denen es um amerikanische Lebensmittel für die Sowjetunion ging. Gleichzeitig stellte sich der amerikanische Kongreß weiterhin taub gegenüber den dringlichen Fragen der Schließungen und Pleiten von Landwirtschaftsbanken, was letztendlich die Lebensmittelversorgung in den USA selbst eines Tages zum Problem werden lassen kann.

Das amerikanische Repräsentantenhaus und der Senat hatten vor einiger Zeit Hearings über den Schuldenkollaps in der Landwirtschaft der USA angesetzt. An erster Stelle stand die Frage eines Aushilfspakets der US-Bundesregierung für das Farm Credit System (FCS) und andere Teile des 213 Milliarden Dollar großen Schuldenberges der amerikanischen Landwirtschaft.

Schuldenrückstände steigen drastisch

Das Farm Credit System, indem 80 Milliarden Dollar gehalten werden, das heißt, ein Drittel der amerikanischen Landwirtschaftsschulden, veröffentlichte seinen Quartalsbericht, der einen Verlust in Höhe von 522,5 Millionen Dollar ausweist und weitere Verluste vorhersagt. Wie aus diesem Bericht hervorgeht, wurde der für das Gesamtjahr 1985 vorausgesagte Betriebsverluste bereits nach den ersten neun Monaten überschritten.

Vorausgesagt werden Kreditverluste von 3 Milliarden Dollar oder mehr für das Jahr 1987, die den derzeitigen Kapitalüberschuß von 3,6 Milliarden Dollar verschlingen könnten.

Die Versorgung mit Weizen ist trotz Maschinen immer noch das Stiefkind in der UdSSR, die USA boten darum weitere 22 Millionen Tonnen den Sowjets an.

Das Farm Credit System ist von der amerikanischen Bundesregierung beauftragt und nominell im Besitz der Landwirte. Er besitzt genügend Aktiva, um die viertgrößte Bank der USA zu sein. Da der Wert von Ackerland in den vergangenen 24 Monaten bis zu 50 Prozent gesunken ist und die Landwirte ein sehr niedriges Einkommen erzielten, ist der Wert der Sicherheit ebenfalls gefallen und die Rate der Schuldenrückstände dramatisch gestiegen.

Eine Sonderstudie in dem FCS-Bericht besagt, daß etwa 6 Milliarden der insgesamt 48 Milliarden Dollar ausstehenden Darlehen der zum FCS gehörenden Federal Land Banken nicht ausreichend besichert sind. Darlehen überschreiten den Schätzwert der landwirtschaftlichen Grundstücke, die sie besichern, um 900 Millionen Dollar.

Einen noch weiteren Rahmen für den möglichen Schuldenkollaps zeichnete vor dem amerikanischen Kongreß der Ökonom des Federal Reserve Systems, Emanuel Melichar, der die Krise wie einen Geier über dem Aas beschrieb. In seiner Rede vor einem House Banking-Unterausschuß für Landwirtschaftsdarlehen machte Melichar folgende Schätzung: 20 Prozent der Schulden beim Farm Credit System sind verwundbar, das heißt 16 Milliarden Dollar; 25 Prozent der Landwirtschaftsschulden bei Geschäftsbanken sind verwundbar, das sind 20 Milliarden Dollar; 31 Prozent der Schulden bei der Farmers Home Administration (FHA) der Regierung sind verwundbar, das sind ebenfalls 4,5 Milliarden Dollar. Vorsichtig gerechnet ergibt das mehr als 40 Milliarden Dollar.

Der Landwirtschaftsminister John Block meint dazu, er würde gerne »einen sinnvollen Weg« finden, wie die amerikanische Regierung die Frage der Landwirtschaftskredite behandeln kann. Einschränkend meint er: »Vielleicht schaffen wir es nicht. Es wird ein harter Winter werden.«

Ein Zeichen für »eine entscheidungsfreudige« Regierung! Unterdessen versucht man von amerikanischer Seite mit Moskau »Handelsbeziehungen« zu fördern, die angeblich den amerikanischen Farmern helfen werden, indem man den Sowjets verbilligte Lebensmittel offeriert.

Zu diesem Zweck war kürzlich Daniel Amstutz, Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Gastgeber für eine sowjetische Delegation in Washington. Man bot den Sowjets 22 Millionen Tonnen Weizen für das laufende Haushaltsjahr an, und man deutete von seiten der Amerikaner an, daß sich reduzierte Preise anbahnen lassen würden.

Gleichzeitig zu diesem Angebot wurde eine Rundreise durch den amerikanischen Landwirtschaftsgürtel für eine fünfzehnköpfige Sowjetdelegation der »Sowjetischen Frauenkonferenz« arrangiert. Die Delegation war zu einem Besuch nach Amerika von Peace Links eingeladen worden, einer Gruppe, die von Betty Bumpers unterstützt wird, der Frau von Arkansas Senator Dale Bumpers. Peace Links funktioniert als ein kernharter Übertragungsriemen für politische Forderungen der Sowjets an die Vereinigten Staaten.

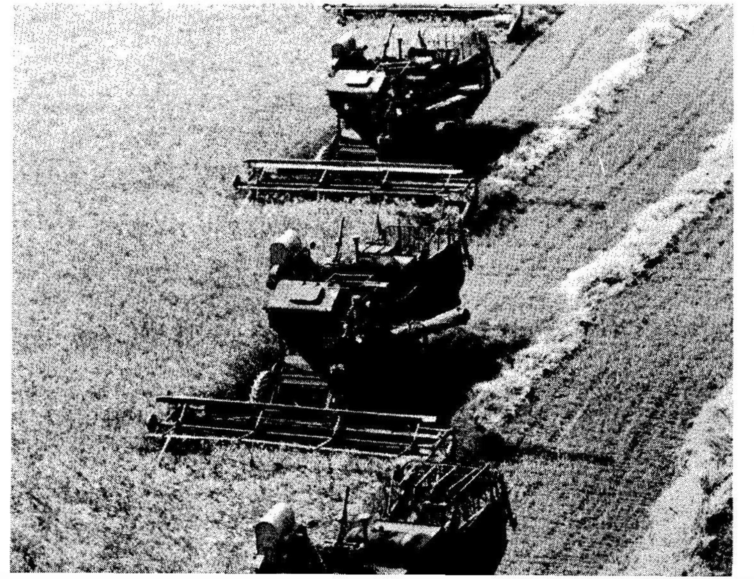
Niedrigstpreise für Moskau

Die sowjetischen Frauen reisten durch verschiedene Farmbezirke der USA. Zu der Gruppe gehörten auch Mitglieder des Obersten Sowjets der UdSSR, des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, des Ressorts für kulturelle und soziale Probleme des Magazins »Sowjetunion«.

Der amerikanische Landwirtschaftsminister Block war im August 1985 in die Sowjetunion gereist und sorgte für die Wiederaufnahme eines besonderen landwirtschaftlichen Austauschprogramms, das in den letzten Jahren wegen der sowjetischen Kriegsführung in Afghanistan unterbrochen worden war.

Als Block in Moskau von amerikanischen Reportern gefragt wurde, ob Amerikas Farmer seine diplomatischen Initiativen gutheißen würde, erwiderte er vieldeutig: »Sie verstehen sie!«

Seitdem hat die in der Schweiz sitzende, in Minnesota eingetragene Cargill-Gesellschaft den amerikanischen Getreidefarmern Niedrigstpreise bezahlt, ein Bestandteil des Kartellabkommens mit Moskau, die amerikanischen Preise für landwirtschaftliche Produkte »wettbewerbsfähiger« und »attraktiver« zu machen, nämlich für einen besonderen Kunden wie ihn die Sowjetunion darstellt. □



Trilaterale Kommission

Kritik an der Pariser Tagung

Das Treffen der amerikanischen Linie der Trilateralen Kommission hinter verschlossenen Türen im französischen Senat fand in einer außerordentlich kontroversen Atmosphäre statt. Vor dem Treffen hatte die Mehrzahl der führenden französischen Zeitungen und Nachrichten-Magazine zwei Wochen lang Artikel gebracht, die die Trilaterale Kommission entweder als eine internationale Verschwörung angriffen, die den Westen um jeden Preis an die Sowjets verkaufen will oder sie versuchten, die Trilateralen vor diesen Anschuldigungen in Schutz zu nehmen.

Das Treffen des europäischen Zweiges der Trilateralen Kommission war ins Scheinwerferlicht geraten, nachdem herausgekommen war, in welcher Weise die Trilateralen in die »Greenpeace-Affäre« verwickelt sind, die Frankreichs Militär- und Sicherheitsapparate total auseinander genommen hat.

Wie die Anti-Trilaterale-Offensive in der Öffentlichkeit unterstrich, ist es die Trilaterale Kommission – via Greenpeace-Anwalt Lloyd Cutler – und der sowjetische KGB gewesen, die die Greenpeace-Affäre koordiniert haben, um Frankreichs Institutionen zu zerstören.

Modell à la Armand Hammer

Die französische Öffentlichkeit reagierte auf dieses Treffen der Trilateralen Kommission aus verständlichem Grund kontrovers. Die Tageszeitung »Le Figaro« setzte die Kampagne mit einem Artikel in Gang, der die Trilaterale Kommission in ihrer Hingabe zeigt, ein Sowjetimperium aufzubauen gemäß den Gedanken, Vorstellungen und dem Modell der Occidental Petroleum von Armand Hammer.

»Le Canard Enchainé« veröffentlichte den Artikel über das Pariser Treffen der Trilateralen Kommission, der vor allem den Kandidaten der Trilateralen als nächsten französischen Präsidenten, Raymond Barre, angriff. Dieser Angriff auf Barre wurde auch intensiv in der übrigen Presse aufgegriffen.

»Canard« wies darauf hin, daß, so wie die Kommission Jimmy Carter – eine in Frankreich besonders verhaßte Figur – »gemacht« habe, Barre hofft, sie werde ihm helfen, das Präsidentschaftsamt Frankreichs zu bekommen.



Armand Hammer rühmt sich seiner Vertrautheit mit kommunistischen Kremlführern und westlichen Staatsmännern.



David Rockefeller mischt mit seiner Trilateralen Kommission im nächsten französischen Wahlkampf kräftig mit.

Die »National Hebdo«, das Wochenblatt der extremen rechtsgerichteten Front National, veröffentlichte einen zwei Seiten langen Artikel mit der Überschrift: »Raymond Barre: Auf dem Trilateralen Planeten«.

Der Mann der Sowjets

Daneben erschien ein anderer Artikel, der die Trilaterale Kommission als einen verderblichen Rückenkanal zwischen Ost und West bezeichnete, der über die Lloyd-Cutler-Greenpeace-Verbindung berichtete und mit den verdammenden Worten schloß: »Und wir verstehen, daß Herr Barre lieber zu jener unglückseligen Greenpeace-Affäre schweigt.«

»Minute«, eine französische Wochenzeitschrift mit schätzungsweise 2 bis 3 Millionen Leser, unterstrich in ihrem Leitartikel am Vorabend des trilateralen Treffens den Verrat des trilateralen Gefolgsmannes Barre. »Der Mann der Sowjets«, so nannte ihn »Minute« und meinte, daß, falls er in den kommenden Jahren – Wahlen sind 1988 in Frankreich – Präsident würde, dies zu der »Finnlandisierung Frankreichs« führen würde.

Unter einer Spaltenüberschrift »Wenn Barre den Mund öffnet, sprechen die Trilateralen«, schrieb »Minute«: »Raymond Barres Mitgliedschaft bei den Trilateralen ist der Ansatzpunkt für eine Erklärung seines Verhaltens.«

»Die internationalen Bankers«, so bezeichnete das Magazin die Trilaterale Kommission.

Diese und ähnliche Attacken in der Öffentlichkeit gegen die Trilaterale Kommission – dazu gehörten auch Publikationen wie das französische wehrtechnische Journal »Trim International« –, mußten einfach ein Echo bei den Getreuen und Finanziers der Trilateralen Kommission hervorrufen, nämlich der französischen Oligarchie.

In einem pathetischen Versuch, der Trilateralen Kommission einige Glaubwürdigkeit zu verleihen, log »Libération«, daß Angriffe von solchen rechtsgerichteten Lagern ein Wandel gegenüber früheren Tagen sei, als der Hauptgegner der Trilateralen Kommission die Roten Brigaden gewesen sind.

Die Erde als Treuhandfonds

Ohne schamrot zu werden, beschreibt »Liberation« die Trilaterale Kommission als eine »Koalition von Finanziers und Politikern, die die Welt als ihren Treuhandfonds regieren möchten«.

Zum Schluß des europäischen Gipfels der Trilateralen wurde bekanntgegeben, daß der Europadirektor der Trilateralen Kommission, Georges Berthoin, nach Washington reisen wird, »um die progressiven Elemente im amerikanischen Kongreß für die Bekämpfung des wachsenden US-Haushaltsdefizits zu gewinnen, und folglich zum Kampf gegen die von Präsident Reagan geforderte Höhe der Militärausgaben«. □

Europäisches Parlament

Hintergrund zweier Resolutionen

Oscar E. Boline

»Ich muß sagen, daß ich terroristische Aktivitäten, sei es staatlich organisierter Terrorismus oder Terrorismus von Einzelpersonen wie jene, die die ›Achille Lauro‹ übernommen und einen amerikanischen Staatsbürger getötet haben, verdamme. Dagegen meine ich, daß die Reaktion der amerikanischen Regierung unausgewogen war und es nicht gerade in ein glänzendes Licht gesetzt hat, jedenfalls was die Meinung der Welt anbelangt.«

Diesen Kommentar gab Carole Tongue, Mitglied des Europäischen Parlaments aus East London, in einem Interview nur wenige Stunden bevor das Europäische Parlament eine Resolution verabschiedete, die das Abfangen des ägyptischen Flugzeuges am 11. Oktober 1985 durch die amerikanische Air Force verdammte, indem sich die an der Entführung der »Achille Lauro« beteiligten Terroristen befanden.

Reagan akzeptiert Israels Aktionen

»Ich meine, daß die US-Reaktion übertrieben war. Tatsächlich hat sie gegen internationales Recht verstoßen«, wie Miss Tongue fortfuhr. »Ich finde es etwas heuchlerisch, angesichts dessen, was erst vor einer Woche oder so stattgefunden hat, der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Tunis durch die Israelis, der Mr. Reagan seine uneingeschränkte Unterstützung gegeben hat.

Vergessen war die Tatsache, daß die Israelis die Souveränität Tunesiens völlig verletzt haben; vergessen waren jene unschuldigen Menschen, die von israelischen Bomben getötet wurden; Ronald Reagan hat die israelische Aktion sofort akzeptiert. Ich denke, wir in Europa hier, finden ihn recht unglaubwürdig.

Leute hier in Europa und in diesem Parlament, dem Europa-Parlament, haben nicht mit freundlichen Augen auf die israelische Aktion gegen das PLO-Hauptquartier in Tunis geschaut, bei der mehr als 70 Menschen umkamen. Auch haben sie nicht freundlich auf die übertriebene, unnötige Aktion der US-Regierung geschaut, mit der das ägyptische Flugzeug zur Landung gezwungen und tatsächlich der italienische Luftraum verletzt wurde«, so schloß Miss Tongue.

Als viertjüngstes Mitglied des Europa-Parlaments feierte Miss Tongue ihren 30. Geburtstag, drei Tage nachdem die US-Luftwaffe das ägyptische Flugzeug aufgebracht hatte. Sie ist einer der Führer der jüngeren Generation von Europäern, die sich mit der internationalen Politik befassen.

Die trilaterale Lösung

Sie sind überwiegend pro-europäisch und glauben fest, daß die Probleme im Mittelmeerraum im Grunde europäische Probleme sind und nur durch Europas Führung gelöst werden können. Viele von ihnen halten die amerikanische Rolle im Mittelmeer für so einseitig, daß sie eine gerechte Lösung der Probleme in diesem Gebiet verhindert.

Völlig anders lautet die Stellungnahme des Deutschen Heinz Vetter, ebenfalls Mitglied des Europa-Parlamentes. Er ist ein altgedienter Arbeiterführer, der nicht nur deutschen Gewerkschaften vorgestanden hat, sondern auch den europäischen. Er steht repräsentativ für jene, die noch vor Ausbruch des letzten Krieges in Europa volljährig geworden waren. Sie sind zumeist bereiter, die amerikanische Führung in Sachen Europa und des Mittelmeer-Raumes zu akzeptieren.



Carole Tongue im Gespräch mit Oscar Boline. Sie bedauert Israels Überfall auf das PLO-Hauptquartier in Tunesien.

»Es war richtig, so zu handeln«, erwiderte Vetter auf die Frage über die amerikanische Aktion im Gefolge der »Achille-Lauro«-Affäre. »Man muß mit diesen Leuten hart sein. Sie müssen mit Gewalt gehandhabt werden. Die Leute hier (bezogen auf das Europäische Parlament) meckern, aber das ist Unsinn. Diese Leute (Entführer) verstehen nur harte Methoden. Sie müssen vor Gericht gestellt werden«, so Vetter.

»Wir denken, daß die Politik der italienischen Regierung in der Behandlung der ›Achille Lauro‹ sehr gut war. Der damalige Premierminister Benito Craxi hat recht getan, ein klares Wort mit Reagan zu sprechen«, so kommentierte Jean-Paul Bachy, ebenfalls Mitglied des Europa-Parlamentes, er kommt aus Paris und ist Universitätsdozent, als er vom Autor gebeten wurde, eine allgemeine Erklärung zu seinen Diskussionen mit Mitgliedern seines Wahlbezirks und in diesem Parlament zu geben.

»Ich denke nicht, daß Reagans Ansatzweg in Europa gut vorankommt. Es scheint, als ob sein Grundziel darin besteht, ein von den Vereinigten Staaten abhängiges Europa zu schaffen. Die Leute in Amerika müssen verstehen, daß wir wirtschaftlich unabhängig sein wollen und auch in Verteidigungsfragen.

Die Vereinigten Staaten können unmöglich von Europa verlangen, unter ihrer Führung vereint gegen die UdSSR zu sein, während sie darauf bestehen, daß wir im Handel, im Finanziellen und Wirtschaftlichen vom ›Dollar‹ abhängig sind und dann noch außerdem von ihrer Verteidigungspolitik. Wir glauben, daß es möglich ist, gute Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu haben; gute Abkommen in der Verteidigung der Freiheit in der Welt zu schließen; einen Kompromiß für unsere Handelsdifferenzen zu finden und unsere monetären und finanziellen Probleme zu lösen.«

Keine Lösung in geheimen Diskussionen

Als ich Bachy fragte, ob ihm die Trilaterale Kommission und ihre angeblichen Bemühungen zur Lösung dieser Probleme bekannt seien, erwiderte Bachy: »Ja. Wir wissen, was die Kommission ist. Wir wissen auch, daß einige führende französische Po-

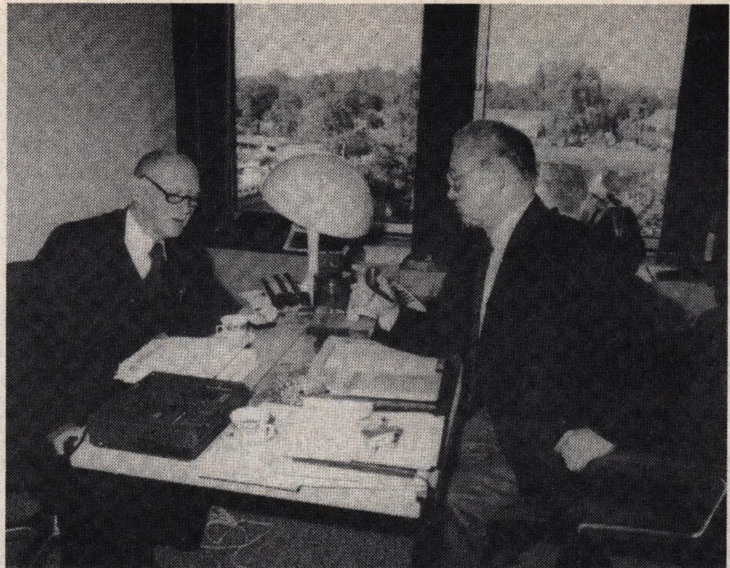
litiker Mitglieder der Kommission sind, vor allem Raymond Barre, ein Premier unter Giscard d'Estaing. Wir haben keine starken Einwände gegen die Arbeit und die Ideen einer solchen Kommission.

Ich denke, daß es nützlich ist, wenn Geschäftsleute und Politiker Probleme diskutieren, aber es könnte sehr schlecht sein, wenn derartige Diskussionen Staaten und Regierungen zu etwas verpflichten würden. Daher ist, auch wenn die Diskussion nützlich ist, die Trilaterale Kommission kein gutes Mittel, um die Probleme zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu lösen. Eine Lösung unserer Differenzen kann nicht auf dem Wege der geheimen Diskussionen der Trilateralen Kommission erreicht werden.

Die Kommission hat Experten in allen unseren Problemkreisen sitzen, aber sie vertreten nur die eigenen Interessen der Kommission und nicht die der betroffenen Länder und der verschiedenen Regierungen«, so Bachy.

»Wir denken, daß dies, die Lösung der amerikanisch-europäischen Differenzen, von Diskussionen zwischen der Europäischen Gemeinschaft, den verschiedenen europäischen Staaten und der amerikanischen Regierung abhängt.«

Der Universitätsprofessor Thomas Raftery, Europa-Abgeordneter aus Cork, Irland, macht sich, wie viele der Parlamentsmitglieder der Nachkriegsgeneration, eher Sorgen um die langfristigen Wirkungen der US-Aktion auf Ägypten und die arabischen Länder, denn um die italienisch-amerikanischen Beziehungen oder europäischen Einstellungen gegenüber den Vereinigten Staaten.



Heinz Vetter, altgedienter Gewerkschaftsführer meint, daß die US-Aktion zur Gefangennahme der Achille Lauro-Piraten rechtens war.

»Die Italiener sind fortschrittlich genug, um diese unangenehme Sache zu überwinden. Doch mit den Ägyptern sieht die Sache anders aus«, so Raftery. »Ägypten ist in dieser Region ein Land mit einer Schlüsselstellung. Daher könnte, wenn diese Aktion zu starken anti-amerikanischen und Anti-Mubarak-Gefühlen geführt hat und einer größeren Sympathie für gewisse islamische Fundamentalisten, die Konsequenz sehr gefährlich sein. Daher könnte jene bestimmte Aktion, die so aufsehenerregend erfolgreich aussieht, Konsequenzen haben, die konterproduktiv sind, insbesondere im Mittleren Osten.«

Wenn eine Supermacht Recht verletzt

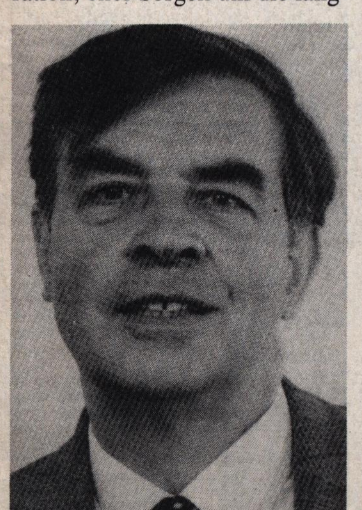
Gefragt, ob die Vereinigten Staaten möglicherweise gegen internationales Recht verstoßen haben, als sie das ägyptische Flugzeug zum Landen zwangen, erwiderte Raftery: »Viele Aspekte des internationalen Rechts sind in diese Situation verwickelt. Ich bin kein Rechtsanwalt. Wenn Terroristen internationales Recht verletzen ist das eins, aber wenn die Regierung eines mächtigen Landes als Verteidiger, und tatsächlich der beste Verteidiger der Demokratie in der Welt, internationales Recht verletzt, so ist das eine andere Sache.«

Der Schriftsteller und Lehrer Arthur Stanley Newens, Europa-Abgeordneter aus dem englischen Essex, meinte, er bedauere Reagans Aktion. »Erstens, wäre das Flugzeug abgestürzt, hätte es vollkommen unnötigerweise eine Tragödie gegeben, die die internationale Situation gravierend verschlechtert hätte. Zweitens, eine solche Aktion setzt einen Präzedenzfall. Wenn eine Supermacht ein Zivilflugzeug zur Landung zwingen kann, weil sie jemanden aus dem Flugzeug holen will, dann ist es gleichermaßen zu rechtfertigen, gemäß den Gesetzen, die für solche Zwischenfälle gelten, daß eine andere Supermacht das gleiche tut.

Ich denke, daß wir alle den Tag zutiefst bedauern würden, an dem jeder mit der militärischen Macht ein Flugzeug zur Landung zwingen kann, wann immer er es will und unter Umständen, wo er gewisse Passagiere herausholen will. Dies wäre dann wirklich internationale Piraterie und würde tatsächlich genau die bedauerliche Tatsache der Entführung rechtfertigen, der wir gewiß entgegentreten und die Mr. Reagan ja auch hat stoppen wollen.«

»Ein dreifaches Hoch auf Amerika«, so antwortete der ehemalige Diplomat Gustave Pordea, Europa-Parlamentarier aus Paris und Mitglied der Nationalen Front von Jean-Marie Le Pen, auf die Frage zu dem besagten Zwischenfall. Pordea ist 1949 aus seinem Heimatland Rumänien geflüchtet, als die Sowjets die Freiheit in Osteuropa beschnitten haben. Seitdem interessiert er sich sehr für das, was in diesem Gebiet vor sich geht. Als er gefragt wurde, ob Reagan gegen ein internationales Recht verstoßen habe, als er das ägyptische Flugzeug zum Landen zwingen ließ, antwortete Pordea bissig: »Welches internationales Recht? Das von Moskau?«

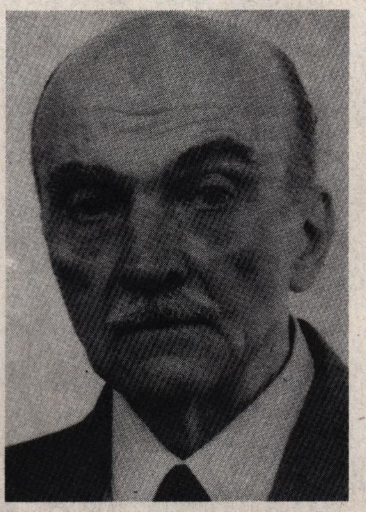
Das Europäische Parlament hat wie gesagt Resolutionen angenommen, die den israelischen Überfall auf das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) in Tunis verdammten, sowie auch die US-Abfangaktion des ägyptischen Flugzeugs zehn Tage später. □



Arthur Stanley Newens kommt aus dem englischen Essex.



Thomas Raftery kommt als Europa-Abgeordneter aus Irland.



Gustave Pordea ist ein Mitglied von Le Pens Partei in Frankreich.

Gipfeltreffen

Was kam in Genf heraus?

Warren Hough

Das Genfer Treffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow liegt bereits einige Monate zurück. Bis heute wurde über den tatsächlichen Inhalt der Gespräche zwischen den beiden eine freundliche Fassade gewahrt. Unter dem Ansturm von 3000 Journalisten verwandelte sich das Genfer Gipfeltreffen zu einem Medienzirkus, der schwerpunktmäßig über Stimmungen und nicht über Inhalte berichtete.

Die Fassade des Genfer Gipfeltreffens ist eigentlich bis heute gewahrt worden. Aber die beiden Weltführer trafen sich im Schatten einer sich vertiefenden Krise. In einer Reihe von Interviews mit hochgestellten Informanten in Washington und im UN-Hauptquartier in New York ist jedoch jetzt langsam herausgekommen, welche Themen die Privatgespräche zwischen Reagan und Gorbatschow beherrscht haben.

Parteiprogramm als Marschbefehl

Trotz des diktatorischen Pomps seines Amtes war es Gorbatschow, der den Gipfel von einer eher prekären Position aus betrat. Das stagnierende Sowjetsystem ist weit gegenüber dem Westen zurückgefallen. Es macht Vorbereitungen, sich in eine Ära der Reformen zu stürzen, die in vielerlei Hinsicht einen Sprung ins Ungewisse bedeuten.

Der Ostblock, so sagen Kremlkenner, bewegt sich auf einer einzigen Spur, die von dem offiziellen kommunistischen Blaubuch vorgezeichnet ist, dem »Parteiprogramm«. In diesem Jahrhundert wurden nur drei solcher Programme von den kommunistischen Führern angenommen: zuerst 1903, als die Bewegung noch eine Untergrundsfraktion war, dann 1919 und zuletzt 1961. Theoretisch betrachtet das Sowjetimperium das Parteiprogramm aus dem Jahre 1961 immer noch als seinen Marschbefehl.

Jetzt will das kommunistische Oberkommando auf dem Weltparteitag ein neues Programm enthüllen. Es wurde bisher noch nicht offiziell verkündet, doch ist sein Inhalt kein streng gehütetes Geheimnis mehr. Mit Hilfe von gutinformierten Kreisen im UN-Hauptquartier hier eine detaillierte Zusammenfassung der zukünftigen strategischen Direktiven der Sowjets.

»Die Unterschiede zwischen dem alten und dem neuen Parteiprogramm – das eine 1961 herausgegeben, das andere soll jetzt veröffentlicht werden – sind aufschlußreich«, so erklärte Dr. Roger de Murville, der junge französische Politologe, der ein Abrüstungsexperte der Vereinten Nationen und eine Leihgabe des Centres de Etudes Transatlantiques (CETRA) ist, einem französisch-deutschen Denktank.

Fehlendes Selbstvertrauen

»Im wesentlichen war das Programm von 1961 ein glorreiches Versprechen über den Fortschritt und den prompten Sieg des Sozialismus«, wie de Murville erläuterte. »Es sagte ein rasches Wachstum für die sowjetische Wirtschaft voraus, die die Vereinigten Staaten in der Pro-Kopf-Produktion bis 1970 überholen sollte. Diese Prognosen haben sich auch nicht annähernd verwirklicht. Sie machen heute selbst die Kommunisten verlegen.«

Experten meinten, daß die glühenden Projektionen des Jahres 1961 den unendlichen Optimismus des damaligen Sowjetchefs Nikita Chruschtschow widerspiegeln. Dagegen setzt sich das Blaubuch von 1986, das auch »Gorbatschows Fahrplan« genannt wird, bescheidenere Ziele, unter stark zurückgeschraubten Erwartungen.

»Das Gorbatschow-Programm enthüllt, daß selbst die Elite der kommunistischen Manager eine Menge Selbstvertrauen und einiges ihres Glaubens an das Sowjetsystem verloren haben«, wie Igor Kovarsky, Sohn eines russischen Emigranten, erklärte, der ein Kreml-Beobachter für ein amerikanisches Magazin ist. »Chruschtschows Programm baute die Hoffnung auf, daß die sowjetische Wirtschaft in den sechziger Jahren mit rund 250 Prozent wachsen würde, und danach sogar noch schneller.

Gorbatschow sieht eine langsamere Expansion voraus: 100 Prozent in den nächsten 15 Jahren. Das macht rund 4,7 Prozent jährliches Wachstum für die Sowjetwirtschaft. Und Gorbatschow warnt, daß selbst diese Rate von einer vollständigen Überholung der antiquierten Industrieausrüstung in der Sowjetunion abhängt sowie der Umstellung auf moderne Technologie.«

Kann es die neue Generation der kommunistischen Manager, die von Gorbatschow angeführt werden, zustande bringen?

»Ich kann Gorbatschows größtes Problem mit einem einzigen Wort verraten: Mikroelektronik«, so meinte de Murville. »Es ist für die Sowjets mehr als ein Problem, es ist ein Alptraum. Die UdSSR ist in einer Technologie zurückgeblieben, in der ein Durchbruch den Sieg oder die Niederlage im nächsten Krieg bedeuten kann.«

Experten für Sowjetstrategie, wie zum Beispiel Dr. Arthur Alexander von der Rand Corp., sagen, was die Sowjets am meisten befürchten, ist die Möglichkeit, daß eine plötzliche technologische Revolution ihre ganze Militärmaschine veralten läßt.

Neues Spielfeld mit neuen Regeln

»Dieses Damokles-Schwert verwandelt sich jetzt in eine bedrohliche Realität«, wie Kovarsky sagt. »Die Mikroelektronik in der Verteidigung bringt eine umwälzende Veränderung in der Kriegführung, und zwar von den sogenannten klugen Raketen angefangen, die jeden Panzer abschießen können, bis hin zu Kampfflugzeugen und Gefechtskommando-Stellen.

Hochschnelle integrierte Schaltkreise und ausgefeilte Software finden heute praktisch in jedem Militärgerät Eingang. Für die Sowjets ist dies nicht bloß ein neues Ballspiel; es ist ein ganz neues Spielfeld, auf dem sie die Regeln noch nicht gelernt haben.«

Weil einige dieser neuen »High-tech«-Waffen einen Beigeschmack von Science-fiction haben, glauben die meisten Leute, sie seien eine futuristische Vision. »In Wirklichkeit hat das neue Zeitalter der elektronischen Kriegführung bereits begonnen, und Gorbatschow weiß es«, so de Murville. »Seine Luftmarschälle haben den neuen sowjetischen Chef gewarnt, daß Amerikas computerisierte Radar-Signalprozessoren feindliche Flugzeuge doppelt so schnell orten und anpeilen können wie die sowjetischen.

Seine Admiräle haben ihm gesagt, daß die jüngsten Fortschritte in der Raketen-Leitsystem-Technologie die Kriegsschiffe immer verwundbarer werden lassen. Der Tag ist deutlich abzusehen, an dem die traditionelle Überwasser-Marine größtenteils nutzlos sein wird.«

Nach Ansicht der Experten geht aus dem in seinen Zielsetzungen zurückgeschraubten Parteiprogramm für 1986 hervor, daß die Sowjetunion Zeit und vermehrte Ressourcen braucht, um die technologische Lücke zum Westen zu schließen.

»Gorbatschow weiß das«, wie Kovarsky versichert, »und was noch wichtiger ist, er läßt das russische Volk und die ganze Welt wissen, daß er es tut. Verglichen mit dem unsinnigen und bombastischen Geschwätz der Breschnew-Ära ist das fast eine revolutionäre Veränderung.« □

Großbritannien

Das Armenhaus Europas

Das englische Oberhaus, das House of Lords, hat die Regierung Thatcher mit einem vielbändigen Bericht erschüttert, der eine Krise voraussagt, die »eine verheerende Wirkung auf die zukünftige wirtschaftliche und politische Stabilität der Nation« haben wird. Wenn das Nordsee-Öl, das jetzt ein Fünftel der englischen Exporte ausmacht, ab 1990 langsamer zu fließen beginnt, wird die Wirtschaft mit leeren Händen dastehen. Der Bericht der Lords warnt: Englands ruinierte Wirtschaft verwendet jetzt seine Ölverkäufe zum Import von Fertigwaren und wird völlig zusammenbrechen, wenn das Öl einmal verbraucht ist.

Unter dem Vorsitz des ehemaligen Managers von General Electric, Lord Aldington, stellt der Bericht folgende Tatsache über die englische Wirtschaft und ihre Entwicklung fest:

Die Arbeitslosigkeit beträgt bereits 13,8 Prozent, mehr als während der großen Depression oder zu irgendeiner anderen Periode in der englischen Geschichte. Die Produktion in der Fertigungsindustrie bleibt, nach drei Jahren angeblicher »Wiederbelebung«, um 7 Prozent unter der Höhe von 1979 zurück, wie amtliche Statistiken zeigen. Die industrielle Produktion pro Kopf liegt unter der von Südkorea.



Margaret Thatcher kann nicht verhindern, daß der englische Lebensstandard zu den niedrigsten in Europa zählt.

Liverpool, eine der größten Städte des Landes, hat sämtliche städtischen Angestellten auf Feierschicht gesetzt, nachdem der Stadtverwaltung das Geld für die Gehälter ausgegangen ist.

Der englische Lebensstandard ist bereits soweit gesunken, daß er zu den niedrigsten in ganz Europa zählt und noch weit unter dem von Italien liegt.

Der einzige Grund, warum England immer noch zu funktionieren scheint, so der Aldington-Ausschuß, ist, daß das Nordsee-Öl jährlich 21 Milliarden Dollar Einnahmen hereinbringt. Die Gesamteinnahmen aus dem Export belaufen sich auf 100 Milliarden Dollar. Wenn das Öl 1990 verbraucht sein wird, könnte die verarbeitende Industrie aufhören, überhaupt noch lebensfähig zu sein.

»Zwischen 1980 und 1983«, gemäß einer vom Oberhaus und der Association of British Chambers of Commerce durchgeführten Studie, »schätzt man, daß Vermögenswerte und Fertigungskapazitäten um 24 Prozent gefallen sind.« Wenn es sich England nicht länger leisten kann, seine verlorengegangene Industriekapazität durch Importe zu ersetzen, wird nichts mehr übriggeblieben sein. Kein Wunder, daß der Lord-Ausschuß Margaret Thatchers Strategie als »unrealistisch und kurzsichtig« bezeichnet.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß, vorbehaltlich drastischer Maßnahmen zur Wiederbelebung der Fertigungsindustrie, die Wirtschaft einen nicht mehr umkehrbaren Rückgang mit stagnierender Produktion, hochschraubender Inflation und steigender Arbeitslosigkeit nehmen wird.

Allerdings warten mit der englischen Szene vertraute Beobachter noch immer auf ein Signal aus Englands politischen Kreisen, das anzeigt, daß man die ganzen Konsequenzen einer englischen Wirtschaftskrise verstanden hat. Englands industrielle Kapazität, als die älteste in der ganzen Welt bekannt, hat ein allgemeines Auskehren erlebt. Angebliche »Sonnenschein«-Industrien, wie zum Beispiel Halbleiterhersteller, sind am Verkümmern, da die Computer-Mode sich international abzuschwächen beginnt. Ohne einen Riesenschritt in der Technologie werden auch keine Investitionen Englands Industrie sehr viel helfen.

Aber die gesamte Bandbreite an neuen Herstellungstechnologien ist sowohl wissenschaftlich als auch politisch durch Präsident Reagans Strategische Verteidigungs-Initiative (SDI) bestimmt. Um seine wirtschaftliche Malaise zu kurieren, müßte Großbritannien auch sein stillschweigendes Einverständnis mit den Sowjets brechen, deren Hauptbedingung die ist, daß London seinen Einfluß geltend macht, um SDI zu sabotieren. Lord Aldington und seine Freunde werden zwischen ihrem Wunsch, die Sowjets zu beschwichtigen, und ihrer nationalen Existenz in der nahen Zukunft wählen müssen.

Verständlicherweise sind die Thatcher-Anhänger von einer Hysterie ergriffen. Der ehemalige Handels- und Industrieminister der »eisernen Lady«, Leon Brittan, hat sofort zum Schlag ausgeholt und den Bericht als »total voreingenommen und irreführend« bezeichnet, und Englands Zeitungen zeigten eine Woche lang nach der Veröffentlichung des Berichts Empörung.

Der Kolumnist der »Financial Times«, Samuel Brittan, ein führender Monetarist und Leon Brittans Bruder, widerlegte den Bericht mit der Begründung, die Produktivität sei gestiegen. William Keegan im »Observer« argumentierte darauf, daß die durchschnittliche Produktivität nur deshalb steige, weil ein riesiger Teil der Industriekapazität für immer stillgelegt worden sei.

»Die Versäumnisse, diese Gefahren jetzt zu erkennen, könnten eine verheerende Wirkung auf die zukünftige wirtschaftliche und politische Stabilität der Nation haben«, die zu einer »großen sozialen und wirtschaftlichen Krise« führt, wie es in dem Bericht heißt. Er fordert niedrigere Zinssätze, höhere Investitionen und Schutz gegen Importe.

Englands Dilemma kann mit einer gewissen Befriedigung gesehen werden. Premierministerin Margaret Thatcher hat die von Milton Friedman und seinesgleichen 1979 so laut propagierte Doktrin des monetarischen freien Unternehmertums nur allzu willig in die Arme geschlossen, entschlossen, die verstaatlichte Industrie auszuverkaufen und den Kahlschlag in Englands seit langem siechen Fertigungssektor vorzunehmen.

Das Ergebnis davon ist, daß über ein Viertel aller Fertigungskapazitäten im Verlauf ihrer achtjährigen Amtszeit verschwunden ist, die Jugendarbeitslosigkeit in den Industriezentren im Bereich von 40 Prozent liegt und der erste Massenaufstand seit einem Jahrhundert Englands Gesellschaft erschüttert hat.

Wenngleich die Briten verdienen mögen, was sie ernten, so folgen sie nur dem Weg, den auch die Vereinigten Staaten gehen. Die falsch orientierte Seite von US-Präsident Reagan, wie sie sich mit seiner Gutheißung der depressiven Wirtschaftspolitik von Frau Thatcher enthüllt, regiert schließlich noch immer die Wirtschaftspolitik Amerikas.

Man sollte nicht vergessen, daß in den USA ein Arbeitsmarkt von 112 Millionen Menschen besteht, davon sind nur ganze 18 Millionen mit der Erzeugung von Gütern beschäftigt. Der US-Markt wird überflutet mit importierten Fertigprodukten, die mehr als ein Sechstel des gesamten amerikanischen Verbrauchs ausmachen und im Falle von Ibero-Amerika zu vielleicht 40 Prozent der Kosten eingekauft werden, die für ihre Herstellung in den USA benötigt würden. □

Falkland-Inseln

Krieg um das Öl

Alec de Montmorency

Ein neuer Rausch nach »schwarzem Gold«, wie er seit den sensationellen Entdeckungen am Nordhang Alaskas und des Nordsee-Vorkommens vor der Küste Großbritanniens nicht mehr vorkam, wird in Kürze auf dem »Weltschauplatz Öl« ausbrechen.

Großbritannien ist kurz davor, Gebiete mit Öl erster Wahl und Erdgas im Scotia-Meer, genauer gesagt innerhalb des Ost-Falkland-Beckens, dem internationalen Ölmarkt zugänglich zu machen. Der Kohlenwasserstoffaufbau in diesem Gebiet ähnelt dem im Ost-Shetland-Becken, wo aus den Ölquellen pro Tag 20 000 Barrel fließen und eine noch größere Menge an Erdgas. Diese Formationen im Scotia-Meer gleichen den »Gas-Sand«-Formationen der berühmten »holländischen Blase«, durch die Holland abseits der internationalen »Energiekrise« bleiben konnte.

Bei den Malwinen ging es nur um Öl

Alle diese Informationen sollen eigentlich äußerst geheim bleiben und nur den vertrauenswürdigsten Beamten von Whitehall bekannt sein, jedoch scheinen diese Angaben den Ölleuten schon seit einiger Zeit wohlbekannt zu sein. Vom 15. Juni 1985 haben sich nicht weniger als 46 Ölgesellschaften aus allen Himmelsrichtungen um Lizenzen für die Suche nach Bodenschätzen und für Bohrungen im Ost-Falkland-Becken beworben.

Vor mehr als fünf Jahren erschienen bereits in der amerikanisch Zeitschrift »The Spotlight« ein exklusiver Bericht, daß sich ein Krieg im Südatlantik zusammenbraue, »der von einem der größten unterseeischen Ölvorkommen, das je entdeckt wurde, angeheizt werden würde«.

Ein Jahr später warnte diese Zeitschrift, wieder einmal als einzige unter den Medien der USA: »Riesige natürliche Vorkommen von Bodenschätzen kurz vor der Küste der Falkland-Inseln (Malwinen) in Südamerika können eine neue internationale Konfrontation unter den Supermächten der Welt auslösen.«

Zu diesem Zeitpunkt waren die Vereinigten Staaten gegen die Briten und auf der Seite Argentiniens in bezug auf die Kontrolle über den seit etwa 1830 von Großbritannien gehaltenen Falkland-Archipel.

Als die USA 1982 ihre Meinung plötzlich änderten und die Monroe-Doktrin verletzten, weil sie eine imperialistische europäische Macht unterstützten gegen einen südamerikanischen Staat, war es ebenfalls »The Spotlight« als einzige unter den amerikanischen Medien, die Öl als die Ursache genau aufzeigte.

Hinter den Kulissen der Ölindustrie

Großbritanniens Entscheidung, das Gebiet für die Nutzung zu erschließen, stellt einen Sieg der Wirtschaft dar. Die Falkland-Inseln wurden am 2. April 1982 vorübergehend von Argentinien übernommen und von den Briten kurz danach zurückerobert.

Die Entscheidung, die Suche nach Bodenschätzen und Bohrpachtverträge zu gestatten, bedeutet, daß die Briten beabsichtigen, an dem Archipel festzuhalten, was ganz sicher Anklagen wegen »Kolonialismus« von Lateinamerika vor den Vereinten Nationen einbringen wird. Großbritanniens Wirtschaft ist jedoch in noch schlechterer Verfassung als die der Vereinigten Staaten, und Ölpachtverträge bringen dringend benötigte ausländische Kredite herein.

Die internen Nachrichtendienste der Ölindustrie liefern die folgenden Hintergrundinformationen in dieser Angelegenheit:

Gleich nach der Kapitulation der argentinischen Armee am 14. Juni 1982 auf den Falkland-Inseln am Ende des 75tägigen Krieges im Südatlantik, bei dem es um die Kontrolle des von Großbritannien seit 1833 beherrschten Archipels ging, nahm London das Gutachten über die riesigen Ölvorkommen unter dem Meeresboden um die Inseln wieder zur Hand. Das größte Vorkommen wird südwestlich der Inselgruppe, besonders zwischen der Südküste Westfalklands und der Burdwood-Bank weiter südlich, bestimmt, die unmittelbare Aufmerksamkeit richtet sich jedoch auf die geologischen Becken auf der Ostseite des Archipels.

Aus politischen Gründen – der Hoffnung, mit der neuen argentinischen Regierung unter Raul Alfonsin ein Abkommen abzuschließen, möglicherweise gemeinsam die äußerst reichhaltigen Kohlenwasserstoff-Vorkommen unter den Territorialgewässern entlang der Grenzlinie der beiden Zuständigkeitsbereiche zu nutzen – wurden die viel umfangreicheren Petroleum-Vorkommen aus dem bevorstehenden Lizenzprogramm weggelassen. Nur eine Gesellschaft – Firstland-Öl und Gas aus London und Tulsa, Oklahoma – hat bis jetzt die Erlaubnis bekommen, in diesem Gebiet nach Öl und Gas zu bohren. Dieses geschah durch den Kauf der Rechte von den Besitzern der Douglas-Station auf den Ost-Falkland-Inseln. Die Kontrolle dieser Firma erstreckt sich auf ein Gebiet von mehr als 500 Quadratmeilen in Richtung Festlandsockel, und Whitehall hat keine Kontrolle über dieses Unternehmen.

Ölboom sichert Wiederwahl

Die Direktoren von Firstland-Öl, Paul Beck und Kevin Brown, berichteten Aktionären, daß eine »bedeutende« geologische Struktur festgestellt worden sei und daß sie hoffen, ihr Lizenzgebiet erweitern zu können.

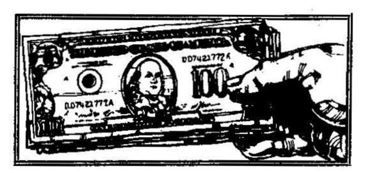
Geologische Gutachtertätigkeit findet zur Zeit statt, und es ist möglich, daß in den nächsten Wochen ein Bohrloch angelegt wird.

Die Lizenz wurde vor mehr als einem Jahr von der Regierung der Falkland-Inseln durch das britische Außenministerium ausgestellt, was eine Protestnote von der argentinischen Regierung an den UN-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar einbrachte, der antwortete, daß er keine Macht in dieser Angelegenheit habe, da Großbritannien die Kolonie der Falkland-Inseln niemals dem Zuständigkeitsbereich der UN unterstellt habe.

Laut Insider-Quellen der Ölindustrie ist Firstland von sehr großen Ölinteressen gegründet worden, um den Öl- und Gasreichtum des Falkland-Gebietes zu testen. Interessant ist das Gebiet um West-Falkland, besonders das Gebiet zwischen der Insel West-Falkland und der Burdwood-Bank, wo das größte Kohlenwasserstoff-Vorkommen von seismographischen Teams – offiziell von British Petroleum, Shell und der Universität Manchester, und, Gerüchten zufolge, inoffiziell von anderen Gruppen – festgestellt worden ist.

Die Informationen lauten, daß die West-Falkland-Vorkommen mit all denen des Nahen Ostens konkurrieren könnten, aber die britische Regierung hält sie immer noch für ein zu heißes Eisen. Eine weitverbreitete Ansicht, die in verschiedenen südamerikanischen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt, ist, daß mit oder ohne argentinische Billigung und vielleicht sogar in einer Konfrontation mit der Regierung in Buenos Aires, dieses Gebiet vor den nächsten britischen Parlamentswahlen für die Suche nach Bodenschätzen und deren Nutzung freigegeben wird.

Südamerikanische Journalisten vermuten, daß der Ölboom und die daraus folgende Euphorie genau das sei, was die britische Premierministerin Margaret Thatcher für die Sicherstellung ihrer eigenen Wiederwahl brauche. □



Falkland-Inseln

Rockys neue Arbeitsgruppe

Alec de Montmorency

Eine neue internationalistische »Arbeitsgruppe« – in Aufbau, Struktur und Organisation ähnlich der Trilateralen Kommission – ist auf dem Schauplatz der Weltwirtschaftspolitik aufgetaucht. Sie nennt sich Südatlantischer Rat (SAC), und ihr Name deutet das Gebiet ihres globalen Interesses an. SAC bezieht die notwendigen Gelder aus steuerbefreiten Stiftungen über die amerikanische Universität Maryland und die John Hopkins-Universität.

Unter den Mitgliedern dieser neuen Weltorganisation sind der amerikanische Republikaner Michael Barnes; Cyril D. Townsend, ein konservatives Mitglied des britischen Parlaments und Vorsitzender des Komitees für Auslandsangelegenheiten des Unterhauses; George Foulkes, Townsends Pendant in der Labour Party; Alejandro Orfila, ehemaliger Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten.

Im Hintergrund die Bankers

Zum SAC gehören außerdem eine lange Liste von Professoren, darunter Peter Calvert von der Universität Southampton, Malcolm Deas vom St. Anthony College in Oxford und Christopher H. Mitchell von der City Universität in London.

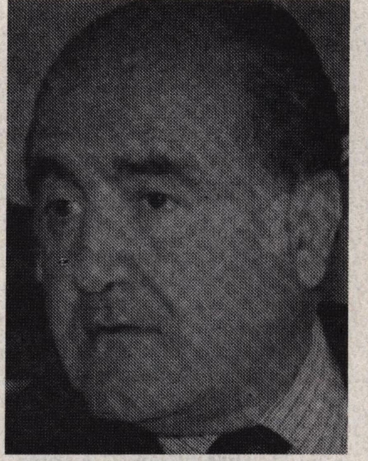
Im Hintergrund lauern die internationalistischen Großbankers, die auf zweierlei Weise davon betroffen sind, was im Südatlantik geschieht: erwartete Öleinkünfte aus vor kurzem gefundenen größeren Vorkommen und Darlehen an bankrotte südamerikanische Länder.

Es stellt sich heraus, daß die kürzlich stattgefundenen Reisen von Politikern unterschiedlicher Nationen auf Staatskosten, die oberflächlich betrachtet wie nicht im Zusammenhang stehende Vergnügungsreisen der Art aussehen, wie sie Politiker gern auf Kosten der Steuerzahler machen, tatsächlich vom SAC finanziert wurden. Frederico Storani, Präsident der Kommission für Außenbeziehungen des Abgeordnetenhauses in Buenos Aires, reiste zum Beispiel mit Hilfe des Spesenkontos des Rates nach Washington und Baltimore.

Was ist der Zweck dieser Großzügigkeit seitens der Bankers? Eine plötzliche Vernarrtheit der Geldmogule in die demokratischen Abläufe? Das trifft wohl nicht zu, wenn man den Gerüchten Glauben schenkt, die gegenwärtig in Großbritannien und Argentinien kursieren.



Michael Barnes gehört dem Südatlantischen Rat an, einer neuen Weltorganisation der Bankers.



Alejandro Orfila war früher Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten.

Wollen die Bankers die Inseln?

Eines der hartnäckigsten Gerüchte lautet, daß die Bankers, die frühere Darlehenspraktiken noch nicht verschmerzt haben, Geld wieder einbringen wollen, indem sie die Falkland-Malwinen-Inseln der britischen Kontrolle entreißen wollen – zusammen mit den vor kurzem entdeckten riesigen Öl- und Erdgasvorkommen um den Archipel herum.

Laut Radio Argentinien, der offiziellen Stimme der Regierung in Buenos Aires, wird es in Kürze eine dritte Runde im Kampf um die Inselgruppe geben. Die erste Runde ging an Argentinien mit seiner Invasion; die zweite Runde an die Briten. Die dritte Runde kann vielleicht an die Großbankers gehen. Sowohl Townsend als auch Folkes haben sich dahingehend festgelegt, daß die britische Regierung die Verhandlungen mit Argentinien in Anbetracht der Falkland- und der damit zusammenhängenden Inseln, darunter Süd-Georgien, Süd-Thule, die Süd-Orkney-Inseln und die Süd-Shetland-Inseln, wiederaufnehmen sollten.

Es bleibt jedoch ein Haar in der Suppe: die britische Premierministerin Margaret Thatcher. Frau Thatcher sieht die Auslandskredite von Öl- und Gaspachtverträgen als den Schlüssel zu ihrer Wiederwahl an. Ein Einfließen von Auslandskrediten bedeutet eine Ankurbelung der britischen Wirtschaft, was wiederum eine Verstärkung der Beliebtheit der gegenwärtigen britischen Regierung bedeutet.

Führend in der Großbanker-Gruppe in diesem Kampf nach drei Seiten ist die Chase-Manhattan-Bank, das Flaggschiff des Rockefeller Finanzimperiums, die in Darlehen an Argentinien stark verwickelt ist. Die Verknüpfung der Familie Rockefeller mit lateinamerikanischen Angelegenheiten geht sehr tief.

Damals Anfang der dreißiger Jahre führte John D. Rockefeller und seine Standard Oil of New Jersey einen uneingeschränkten Krieg gegen seinen Erzrivalen, den aus holländischer Abstammung stammenden Sir Henry Deterding und seine Royal Dutch Shell. Der Konflikt wurde in den Sitzungssälen Amerikas und mit einigem Blutvergießen in der Chaco-Wildnis zwischen Bolivien und Paraguay ausgetragen, wo schließlich Öl gefunden worden ist – Jahrzehnte nach dem Abgang beider Männer.

Ihre Rivalität in Venezuela war ertragreicher, und das lateinamerikanische Land wurde die zweitgrößte ölfördernde Macht vor dem Zweiten Weltkrieg, hinter den Vereinigten Staaten gefolgt von der Sowjetunion. Rokkefeller riß etwa 60 Prozent des Öl-Flusses an sich, und Deterding bekam den Löwenanteil der übrigen 40 Prozent.

Im Interesse der Weltplaner

Jetzt verlagert sich der Kampfschauplatz auf den Südatlantik und den Meeresboden der niedrigen Gewässer um die Falkland-Inseln herum und ihre Schutzgebiete. Laut den Ergebnissen des Stockholmer Internationalen Friedens - Forschungs - Institutes (SIPRI), einem von der schwedischen Regierung gesponsorten Planungsstab, der Wissenschaftler mit tadellosem liberalen Background beschäftigt, ist der Krieg um den Besitz des Kohlenwasserstoff-Reichtums der Falkland-Inseln schon seit einiger Zeit im Gang.



Falkland-Inseln

Rockys neue Arbeitsgruppe

SIPRI erhielt den Zugang zu Akten der Bofors Co., dem ältesten Waffenhersteller der Welt, der kriegsführende Länder seit dem Dreißigjährigen Krieg mit Waffen ausgerüstet hat. SIPRI entdeckte durch die Bofors-Aufzeichnungen, daß Argentinien



Für das Öl der Falkland-Inseln sind Rockefeller & Co. bereit, sogar die britische »eiserne« Lady zu opfern.

während der Militärjunta-Periode vom März 1976 bis zum Januar 1983 Militärausrüstung im Wert von 48 Millionen US-Dollar im Ausland gekauft hat, als Vorbereitung für seine Invasion der Falkland-Inseln und den geplanten Kampf um die Kontrolle über den Archipel.

Es war Pech für die argentinische Junta, daß die Briten die Inselgruppe wiedereroberten. Es war Pech für die Großbankers, die die größeren Waffenkäufe finanzierten, daß die Darlehen bis jetzt noch zurückgezahlt werden müssen.

Bevor die Großbankers die Darlehen an Argentinien für Waffenkäufe in den USA billigten, erhielten sie vom US-Außenministerium die Versicherung, daß die Darlehen im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten seien. Es war natürlich im Interesse der Weltplaner, daß der Archipel aus britischer Kontrolle herauskäme.

Gerade, als alles danach aussah, als ob es planmäßig verlaufen würde, tat sich US-Präsident Ronald Reagan gegen die Einwände des amerikanischen Außenministeriums mit Frau Thatcher zusammen.

Damit kamen die Rockefeller-Interessen in eine ungewisse und unklare Situation. Eine mächtige britische Streitmacht steht immer noch zur Verfügung, um die britischen Interessen um die Falkland-Inseln zu verteidigen und einen erneuten Versuch der Eroberung durch die Argentinier zu verhindern. Damit wird eine militärische Aktion von Tag zu Tag unwahrscheinlicher. Aus diesem Grund blieb den Bankers nichts anderes übrig, als sich der politischen Seite des Problems zuzuwenden. Ein Schlüsselmerkmal des Plans der Bankers ist das Fallenlassen von Frau Thatcher durch ihre eigene Partei.

Treuhandgebiet der UN

Es muß hier bemerkt werden, daß die britische Öffentlichkeit mit Propaganda überschwemmt wird, daß England sich nicht ewig die Kosten für die Verteidigung der Falkland-Inseln gegen ein verärgertes Argentinien und die Meinung der Welt leisten kann.

Eine vorgeschlagene Lösung, die vom SAC gefördert wird, ist, die Falkland-Inseln den Vereinten Nationen als Treuhandgebiet zu übergeben. Diese Technik ist schon früher an anderer Stelle benutzt worden, und die Maschinerie des Ablaufes einer solchen Entwicklung überschaubar. Wenn die Falkland-Inseln erst einmal Treuhandgebiet geworden sind, wird die Saison für Öl- und Gaspachtverträge eröffnet sein.

Es ist daher nicht schwer, sich vorzustellen, warum die neue internationalistische Arbeitsgruppe die Unterstützung der Großbankers hat, und warum die einzigen, die von diesen »Experten« vorhergesehenen Lösungen den Verzicht der britischen Kontrolle beinhalten.

Das endgültige Ergebnis ist allerdings immer noch zweifelhaft. □

China

Der Mann der Banken

George Nicholas

In einem geschichtemachenden Bruch mit der Rückständigkeit setzt Rotchina jetzt alles auf eine Karte, um eine techno-industrielle Großmacht zu werden. Angetrieben wird dieser Prozeß von einer Allianz westlicher Megabankers und multinationaler Großkonzerne unter Führung von David Rockefeller und seinem Chase-Manhattan-Konsortium, entschlossen, Chinas Modernisierungsbestreben auszubeuten, selbst wenn sich die Folgen für die amerikanische Wirtschaft und die anderer fortgeschrittener Industrie-Nationen als fatal erweisen sollten.

»Wir rechnen damit, den Anschluß an die entwickelten Länder spätestens bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu erreichen«, so Wei Yuming, Chinas Vizeminister für Außenhandel und Wirtschaftsbeziehungen, als Antwort auf die Frage eines amerikanischen Journalisten auf einer UN-Pressekonferenz.

Hinter den Kulissen

»Unser nächster Fünf-Jahresplan, von 1986 bis 1990, ist auf eine rapide industrielle Expansion und Technisierung abgestimmt. Wir beabsichtigen, jedes Jahr mehr zu produzieren und zu exportieren. Dies bedeutet, daß es umfangreiche Möglichkeiten für gewinnträchtige Auslandsinvestitionen in China in den nächsten Jahren gibt«, wie Wei weiter sagte.

Rockefeller ist nur der erste Weltfinanzier gewesen, der diese »umfangreichen Möglichkeiten«, Milliarden in China zu verdienen, vorausgesehen hat. Er hat dann auch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen, wie internationale Handels- und Wirtschaftsspezialisten erklären.

»Es war der ehemalige US-Präsident Richard Nixon, der mit seinem überraschenden China-Trip 1971 Schlagzeilen machte«, sagte Dr. Paul Adler, ein amerikanischer Wirtschaftsberater, der im letzten Jahr länger in China war. »Aber es war David Rockefeller und Henry Kissinger, sein



Richard Nixon als US-Präsident und Henry Kissinger, damals US-Außenminister, öffneten die Türen für Rockefellers Chase Manhattan-Bank in China.

alter Hausintellektueller, der die Sache hinter den Kulissen geschoben hat. Zu der Zeit war Kissinger als nationaler Sicherheitsberater im Weißen Haus und schließlich war er auch amerikanischer Außenminister. Er öffnete den Gelegenheitsschalter für die Chase Manhattan und andere multinationale Finanziers in China.«

In den 15 Jahren, seitdem Chinas Kommunisten und Amerikas Bankers Geschäftspartner sind, haben westliche Kreditgeber mehr als 200 Milliarden Dollar für Entwickungsdarlehen zur Verfügung gestellt, um das Industriepotential dieses unendlich großen asiatischen Reiches zu expandieren helfen.

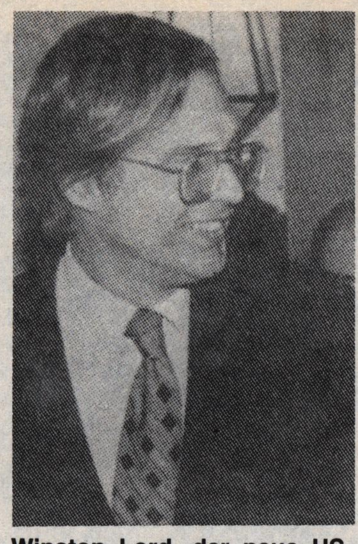
Gefahr für westliche Industrien

Genauso bedeutsam ist, daß Dutzende von führenden amerikanischen und europäischen Multis nach China gegangen sind, zumeist im Rahmen eines Joint - Ventures - Abkommens, um ihre östlichen Partner mit der Technologie und dem Knowhow auszustatten, das für die moderne Massenproduktion notwendig ist.

»Viele führende Standardunternehmen führen in China Geschäfte«, so Simon Chu, Präsident der Polychrome Corp., der ebenfalls kürzlich von einer längeren Reise nach China zurückgekehrt ist. »Angefangen mit Kodak und Bell Telephone bis hin zu Otis Elevator und dem 3M-Konzernriesen, sind viele amerikanische Unternehmen der Technobranche in Partnerschafts-Programmen tätig, die den Chinesen helfen, die Fertigkeit und die Ausrüstung zu erwerben, die sie brauchen, um im Export wettbewerbsfähig zu sein.«

Wie mehr als 40 000 amerikanische Textilarbeiter im letzten Jahr entdeckt haben, als sie ihren Arbeitsplatz verloren, sind die chinesischen Exporte bereits konkurrenzfähig, häufig auf verheerende Weise, und dies in einer Reihe von internationalen Märkten.

»Der Tag, an dem die verarbeitende Industrie Chinas mündig wird, wird der Tag des Untergangs für unsere übrigen Industrien, vielleicht sogar des gesamten Westens sein«, so Paul M. Intrattor, der eine eigene Gepäckwarenfabrik in New Jersey betrieben hat, bis er von Importen verdrängt und in eine Arbeit bei einer Handelskette getrieben wurde. »Eine Welle billiger Importwaren wird auf die andere folgen. Die steigende Flut der globalen Überproduktion wird die internationale Wirtschaft aus den Fugen reißen.



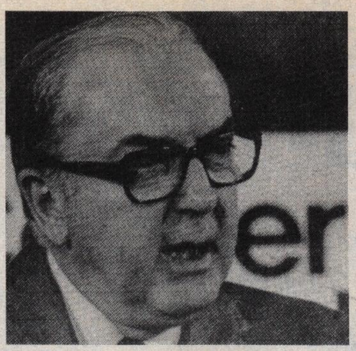
Winston Lord, der neue US-Botschafter in China, gilt als der Botschafter der amerikanischen Bankers.

Wird diese Schwemme zu weit verbreitetem Protektionismus führen? Wird sie Krieg herbeiführen? Niemand weiß das. Alles, was wir wissen, ist, daß sie drastische Veränderungen für uns alle mit sich bringen wird – und sicher nicht zum Besseren.«

Trotz dieser Vorauskenntnis hat der innere Rockefeller-Kreis seine Bemühungen verstärkt, kurzfristige Glücksgewinne aus dem China-Handel einzustreichen. Seine Lobby ist erfolgreich gewesen, US-Präsident Ronald Reagan die Nominierung von Winston Lord abzuringen, dem ehemaligen Präsidenten des Council on Foreign Relations (CFR) und gleichzeitig eine führende Persönlichkeit in der Trilateralen Kommission. Er ist der neue US-Botschafter in China.

Botschafter der Bankers

Als ein Kissinger-Mitarbeiter ist Lord in viele der politischen Debakel und strategischen Ausverkäufen verwickelt gewesen, die sich im letzten Vierteljahrhundert auf das Konto des CFR zurückführen lassen. Jedoch ist seine Botschafter-Nominierung auf starke Opposition von einem einzigen Kritiker gestoßen: Senator Jesse Helms. Seine hartnäckige Weigerung, dem »Botschafter der Bankers« zuzustimmen, hat die Bestätigung Lords um drei Monate aufgeschoben.



US-Senator Jesse Helms weigerte sich hartnäckig der Ernennung des Botschafters Lord zuzustimmen.

»Helms hat, solange er konnte, viel Zivilcourage gezeigt«, sagt Dr. Adler. »Gegen die Sowjetunion zu sein, ist heute nicht schwer, aber die Schlacht um unsere China-Strategie ist ein härterer Kampf, der auf mehreren versteckten Ebenen ausgetragen wird. Als Lord vor dem Senats-Bestätigungshearing erschien, hat Helms ihn vor allem über seine Ansichten zur Geburtenkontrolle befragt. Dies ist eine Streitfrage, in der sogar das Außenministerium offiziell Chinas harte Politik der ›Zwangsabtreibung und unfreiwilligen Sterilisation‹ verurteilt hat.

Lord antwortete, er habe keinen persönlichen Standpunkt in dieser Angelegenheit. Doch die wirkliche Frage über die Ernennung dieses Rockefeller-Getreuen entspringt einem tiefer liegenden Konflikt.«

Wie Quellen im Weißen Haus sagen, bestehen hinter den Kulissen zwischen den USA und China heftige Gegensätze über die Frage, ob billige Ost-Importe auf den amerikanischen Markt geworfen werden. Als Vizepräsident George Bush im September 1985 Peking besucht hatte, bekam er wütende Beschwerden über drei Gesetzesvorlagen zu hören, die jetzt dem amerikanischen Kongreß vorliegen und das Ziel haben, die angeschlagene Textilindustrie Amerikas zu beschützen.

China ist, wie diese Quellen sagen, besorgt darüber, daß ein Versuch, Amerikas Textilbranche vor einer Auslandsschwemme zu bewahren, einen jährlichen Exportverlust von bis zu 500 Millionen Dollar bedeuten könnte. Darüber hinaus bestehen Gegensätze über Chinas Festhalten daran, seine Herrschaft auf Taiwan auszudehnen, wo eine anti-kommunistische, pro-amerikanische Regierung an der Macht ist.

Die chinesischen Kommunisten haben Bush gewarnt, so wird von diesen Quellen berichtet, daß, wenn Amerikas Unterstützung dazu führe, daß die Republik Taiwan gegen eine Fusion mit dem Regime auf dem Festland ist, Rotchina »etwas unternehmen wird«, das heißt, in Taiwan einzumarschieren.

Wie Informationsquellen übereinstimmend meinen, sind es diese verborgenen Konflikte, die erklären, warum das außenpolitische amerikanische Ostküsten-Establishment so hart um Lords Bestätigung gekämpft hat.

Gefragt ist ein CFR-Getreuer

»Es geht nicht um die Frage, die Bankers und ihre Geschäfte zu schützen«, sagt Adler. »Dazu muß sich fast ein jeder Botschaftskandidat verpflichten, es ist eine Voraussetzung für einen höheren Diplomaten. Aber in Rot-China möchte das Rockefeller-Konsortium einen Mann vor Ort haben, der das Banken-Establishment und seine chinesischen Geschäftspartner unterstützen wird, selbst wenn dies bedeutet, gegen die nationalen Interessen Amerikas vorzugehen. Für diese Aufgabe brauchen sie einen waschechten CFR-Getreuen, und das ist Lord zweifellos, obwohl seine Qualifikationen als ein Sprachrohr ansonsten zweifelhaft sind.«

Trotz dieser Vorbehalte hat am 5. November 1985 der amerikanische Senat Lord mit einem Abstimmungsergebnis von 87 zu 7 bestätigt. Jesse Helms hat seine geplante Obstruktions-Aktion gegen die Nominierung fallen gelassen, angeblich im Austausch gegen Konzessionen in anderen Fragen, die nichts mit China zu tun haben. □

Zionismus

Hilfe für Rabbi Kahane

Charles M. Fischbein

»Americans for a Safe Israel« (»Amerikaner für ein sicheres Israel«) ist eine kleine, aber einflußreiche Randgruppe, die die Gush Emuni-West-Bank-Settlement-Bewegung in Israel unterstützen und als Apologeten des Rabbi Meir Kahane dienen. Sie bilden jetzt eine Allianz mit Irv Rubin und seiner Jewish Defense League (JDL).

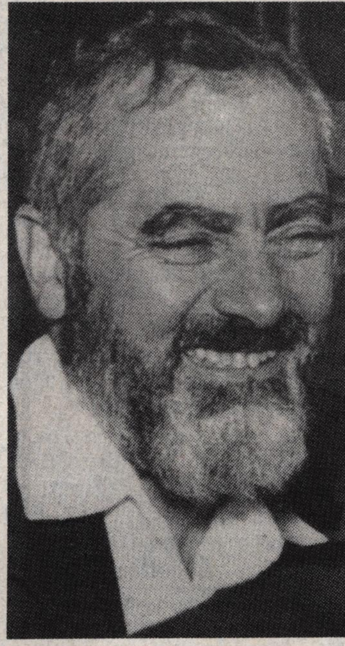
»Americans for a Safe Israel« (AFSI) hat kürzlich ein Büro in der Massachusetts Avenue in Washington eröffnet, und ihr Direktor, Peter Goldman, erklärte, das Büro habe den Zweck, »Unterstützung für eine Politik Israels zu gewinnen, nach der Israel sämtliche jüdische Siedlungen auf dem Westufer von Jordanien innehat, sowie den amerikanischen Kongreßmitgliedern möglich zu machen, über die Arbeit der AFSI und JDL ein breiteres Verständnis zu entwickeln.«

Koordination der Bemühungen

In einem Gespräch zwischen Goldman und Barbara Oberman, einer Siedlerin auf dem Westufer und führenden Persönlichkeit in der von der JDL unterstützten Gush Emuni-Bewegung, erklärte Miss Obermann, daß sie in den Vereinigten Staaten nicht nur deswegen sei, weil sie Mittel für die Westufer-Besiedlung auftreiben möchte, sondern auch ein Treffen mit Mitgliedern der JDL plane, um eine Kooperation und Koordination der Bemühungen in »ihrem gemeinsamen Interesse« zu erreichen.

Goldman bestätigte einen Bericht, daß sich in mehreren Städten die JDL und ASFI Büroraum und Mailing-Listen teilen und miteinander zusammenarbeiten, um »Israel zu Hause sowie in den Vereinigten Staaten zu sichern«.

In einer auf einer Pressekonferenz in Washington verteilten



Meir Kahane: »Wir können den Arabern nicht trauen, wir können die Araber nicht zähmen, warum also sollten wir uns um sie in unserem Land scheren.«

Erklärung, sagte Daniela Weiss, eine Westufersiedlerin im Gefolge von Miss Oberman: »Friedensabmachungen werden im Mittleren Osten niemals eingehalten. Ein landmäßig verkleinertes Israel wird die Araber nur dazu ermutigen, sich in erhöhtem Maße um die Beseitigung Israels zu bemühen.«

Als sie in einem Telefoninterview in den AFSI-Büros in New York gefragt wurde, ob sie die Position der JDL unterstütze, die alle Araber aus Israel und dem Westufer vertreiben will, erwiderte Miss Weiss: »Selbstverständlich ist das meine Position. Rabbi Kahane hat die Antwort dazu parat. Wir können den Arabern nicht vertrauen; wir können die Araber nicht zähmen; warum also sollten wir uns um sie in unserem Land scheren?«



Irv Rubin ist der Führer der militanten Jewish Defense League (JDL) in Amerika.

Gespräche sind nutzlos

Goldman vertrat eine ähnliche Position, als er im Namen seiner Organisation erklärte: »Unter den gegenwärtigen Umständen würden Verhandlungen zwischen Jordanien und Israel nur zu einer territorialen Verkleinerung Israels führen.«

Er sagte weiterhin, daß die JDL »ein wertvoller Verbündeter in den Vereinigten Staaten ist. Selbstverständlich unterstützen wir Rabbi Kahane. Er will Israel für die Juden sicher machen. Und wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um die JDL in Amerika zu unterstützen, weil sie die einzige jüdische Organisation ist, die nicht mit den Arabern Gespräche führen will.

Gespräche sind nutzlos. Das einzige, was die Araber verstehen, ist Stärke und Macht, und zusammen kann die JDL und AFSI beides liefern.«

Gefragt, ob er den Tod von Alex Odeh, Direktor des US-Westküstenbüros des amerikanischen Komitees für arabische Anti-Diskriminierung, für gerechtfertigt halte, erwiderte Goldman: »Wenngleich ich Gewalttätigkeit nicht gut heiße, verstehe ich, warum einige Leute meinen, es sei notwendig, um Israel zu sichern. Unsere Hauptsorge gilt den Juden, nicht den Arabern.«

Die Ermordung von Odeh ist mit der JDL in Verbindung gebracht worden.

Nach einer Reihe von Telefonaten mit ehemaligen Bekannten, habe ich erfahren, daß der Grund für die Beziehung zwischen JDL und ASFI der Wunsch ist, eine massive Lobby-Kampagne zu starten, um auf dem Wege geschickter Öffentlichkeitsarbeit, die von der Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Logen finanziert wird, die Unterstützung für einen Schritt zu gewinnen, den man in Israel in den kommenden Jahren erwartet und der darin besteht, alle Araber aus Israel und den besetzten Gebieten zu vertreiben.

Da Kahane und General Ariel Sharon an Stärke gewinnen und es nur noch wenige Jahre bis zur Wahl sind, hoffen diese Organisationen, die traditionellen Machtzentren der Zionisten in den Vereinigten Staaten herausfordern zu können und eine Bewegung zu bilden, die die Anstrengungen von Sharon und Kahane zur Machtergreifung in Is-



Senator Daniel Inouye wurde ohne sein Zutun in das zionistische Propaganda-Geschäft einbezogen.

rael unterstützen, um einen Prozeß in Gang zu setzen mit dem Ziel, die gesamte arabische Bevölkerung zu vertreiben.

Suche nach Begründungen

Ich habe auch erfahren, daß die ADL Untersuchungen in Auftrag gegeben hat, deren Zweck darin besteht, eine ausreichende logische Grundlage zu entwikkeln, die die Durchführung dieser Aktionen gestattet und sie direkt mit der Frage einer gemeinsamen israelisch-amerikanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verknüpfen.



Auch Senator Steve Symms wurde von den Zionisten mit Äußerungen zitiert, die er nie gesagt hat.

Es scheint, daß AFSI, in seinem Eifer »Glaubwürdigkeit« zu erlangen, auch eine »Unterstützung« für seine Positionen gezimmert hat, die nicht vorhanden ist. In einer Broschüre mit dem Titel »Was Leute über AFSI sagen« wird Senator Daniel Inouye mit den Worten zitiert: »Es hat mich gefreut zu erfahren, daß wir in der wichtigen Frage einer Meinung sind, daß Israel die Golan-Höhen, Gaza, Judäa und Samarien« behalten muß.«

Hinter »Judäa und Samarien« verbirgt sich das Westufer.

Als ich im Büro des Senators anrief, um mir diese Erklärung bestätigen zu lassen, sagte sein Pressesekretär Greg Takayama: »Ich erinnere mich nicht, daß der Senator jemals eine solche Äußerung getan hat. Sie stimmt nicht mit seinem Wunsch nach einem verhandelten Frieden im Mittleren Osten überein und geht über die Position hinaus, die die gegenwärtige Regierung in Israel eingenommen hat. – Nein, er hat jene Erklärung nicht abgegeben.«

Ein anderes Zitat, das Senator Steve Symms zugeschrieben wurde, bezeichneten seine Mitarbeiter ebenfalls als »Machwerk«.

Die Allianz dieser beiden Organisationen tritt zu einem Zeitpunkt ein, da viele Mitglieder der zionistischen Gemeinde in Amerika in diesen neuen Agenturen eine mögliche Alternative zu den traditionellen zionistischen Allianzen erblicken, die zwischen dem Jewish National Fund, der United Jewish Appeal und der Israel Bond Organization bestehen.

In vielen Studien wird seit einiger Zeit die Meinung vertreten, daß die Gemeinde zunehmend ungeduldig mit den traditionellen Agenturen geworden ist. Die Anziehungskraft der AFSI und seiner Philosophie der rassischen und persönlichen Überlegenheit, die vielen Juden, die derzeit von den Bedingungen in Israel frustriert sind und immer ungeduldiger werden, eine Politik des Nichtgewinnens, Nichtverlierens im Mittleren Osten zu unterstützen, als eine populäre, wenngleich gefährliche Alternative betrachten, sollte nicht übersehen werden.

Bei ihrem Vorstoß, in der jüdischen Gemeinde Amerikas einen Platz zu finden, versucht die JDL, die AFSI als ihren Lobbyistenzweig zu installieren und damit viele jener Juden anzusprechen, die nichts mit einer Terroristenorganisation zu tun haben wollen.

Inzwischen pumpt die ADL Hunderttausende von Dollars auf die AFSI-Bankkonten und liefert die werbemäßige Schlagkraft, die dazu bestimmt ist, die Flammen des genoziden Wahnsinns auf dem Westufer anzufachen, der, so hoffen diese Organisationen, schließlich von den amerikanischen Juden unter dem Deckmantel von »Überleben für Israel« unterstützt werden wird. □

CIA

Unterminierte Afghanistan-Hilfe

James Tucker jr.

John MacMahon, stellvertretender Direktor des CIA, hat absichtlich die Hilfe für die afghanischen Widerstandskämpfer gegen die Sowjetinvasion unterminiert und den amerikanischen Kongreß getäuscht. Diese Beschuldigung wurde von Andrew L. Eiva vorgebracht, Exekutivdirektor der »Federation for American Afghan Action«. Er verlangte, daß McMahon »seine Aktionen sofort ändere oder gefeuert wird«.

»Seit drei Jahren hat McMahon auf der Verfolgung seiner eigenen Afghanistan-Politik bestanden, die sich in direktem Widerspruch zu den von der Reagan-Regierung erlassenen Richtlinien befindet«, so Eiva. »McMahons Politik hat verhindert, daß Millionen von Dollars an lebenswichtiger Hilfe den afghanischen Widerstand erreicht haben.«

McMahon hat versucht, den amerikanischen Kongreß gegen eine Hilfe des Widerstandes zu beeinflussen, und als dies nicht klappte, hat er den Willen des Kongresses abgeschwächt, indem er die Höhe der Hilfe weit niedriger als vorgesehen gehalten hat.

Von den insgesamt 342 Millionen Dollar, die der US-Kongreß seit 1980 dafür bereitgestellt hat, haben tatsächlich nur 102 Millionen Dollar für Waffen die Kämpfer in Afghanistan erreicht.

Ein CIA-Sprecher erklärte, der einzige Kommentar der Behörde zu diesen Anschuldigungen wäre, »sie sind dummköpfig«.

Im März 1984 hat sich McMahon an den damaligen Senator Paul Tsongas gewandt und versucht, ihn zu einem Fallenlassen seiner Resolution für effektive Unterstützung von Afghanistan zu überreden, die später mit nur einer Gegenstimme von Senator Charles Mathias verabschiedet wurde, so Eiva. McMahon hat auch den Abgeordneten Don Ritter dazu zu überreden versucht, seine Begleitmaßnahmen im Haus aufzugeben, wie Eiva sagte.

Eiva hat vor drei Jahren seine West-Point-Ernennung als Hauptmann der Army niedergelegt und seine Organisation zur Hilfe der Afghanen gegründet. Er ist mehrmals in Afghanistan und Pakistan gewesen, wo er Einsicht in Unterlagen nehmen und feststellen konnte, daß nur etwa über ein Drittel der beabsichtigten Hilfeleistungen tatsächlich eingegangen sind.

Ein Großteil der Hilfeleistung geht an die Korruption in Pakistan verloren, ein Großteil der Waffen ist »Schund«, und die einfachen Soldaten sind nicht genügend ausgebildet, so sagte er. Der Mangel an Ausbildung, so Eiva, führt zu sinnlosen Aktionen wie zum Beispiel, daß die afghanischen Kämpfer Panzerabwehrminen vergraben, ohne die erforderlichen Zünder einzusetzen.

Auch rügte er die »geheime« Hilfepolitik. »Wir machen sowieso niemandem etwas vor.«

Die afghanischen Widerstandskämpfer sollten die einmarschierenden Sowjettruppen mit amerikanischen Waffen empfangen, so Eiva, der daran erinnerte, daß die Sowjets keine Vorbehalte hatten, ihre Waffen direkt nach Nordvietnam zu schicken.

Das Manko von 240 Millionen Dollar an amerikanischen Waffenlieferungen nach Afghanistan wurde zu »lukrativen Preisen« an Waffenhändler verschoben, die ehemalige CIA-Agenten sind, sowie in anderen CIA-»Gemeinkosten« vergraben oder gingen verloren durch das Absahnen durch pakistanische Regierungsbeamte.

»Wieviel jeder Anteil ausmacht, ist schwer zu schätzen«, hieß es in einem Bericht der Eiva-Gruppe.

Der CIA hat 3 Millionen Dollar für den Kauf der SAM-7s ausgegeben, die sowjetische Luftangriffe abwehren sollen. Doch die Raketen haben sich als vollkommen wirkungslos gegen gepanzerte Hubschrauber und Düsenjäger erwiesen, und zwar in dem »geheimen Krieg« in Angola. Der CIA hat 22 Millionen Dollar für Munition ausgegeben, wovon 85 Prozent gegen gepanzerte Kanonenboote ineffektiv waren. □

Hausputz nach Caseys Ende

Victor Marchetti

Insider des Weißen Hauses sagen, daß William Casey als Direktor des CIA am Ende ist. Er ist für die amerikanische Regierung zu einem zu großen Nachteil geworden.

»Der Typ bringt einfach nichts zustande«, so ein Insider, »und der Boß – das heißt, der Präsident – ist seiner müde geworden«. Wie diese Informanten sagen, wird der Präsident irgendwann in aller Stille Casey aus der Spionage-Agentur vertreiben.

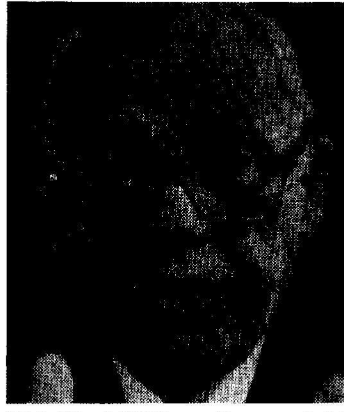
Keinen Sinn für Führung

Nachdem der CIA den Überlauf des KGB-Mitarbeiters Vitaly Yurchenko vermurkst hat und der Plan für einen Umsturz des Libyen-Führers Oberst Muammar el-Gadaffi enthüllt wurde, ist der CIA wieder einmal am Schwimmen. Die supergeheime Spionage-Agentur hat nichts als Fehlschläge vorzuweisen und ist jetzt einem Sturm der Kritik vom US-Kongreß ausgesetzt.

Diesmal allerdings kommen die Beschwerden nicht wie in den siebziger Jahren von der liberalen Linken, sondern vielmehr von der konservativen Rechten, von einigen der hartnäckigsten Verfechter der Agentur in der Vergangenheit.

Senator David Durenberger, Vorsitzender des »Select Committee on Intelligence«, hat den CIA und seinem muffeligen, wichtigtuerischen und Leute manipulierenden Direktor der groben Inkompetenz beschuldigt. Wie protokollarisch festgehalten, hat Durenberger kürzlich gesagt, es mangele Casey an »einem Sinn für Führung« und er versteht nichts von den Sowjets.

Des weiteren beschuldigt er Casey, er habe es an Führung und



CIA-Chef William Casey steht auf der Abschußliste wegen seiner vielen bizarren und mißglückten Pläne und wegen liederlicher Arbeit.

Voraussicht fehlen lassen, als es um verschiedene internationale Probleme ging, darunter islamischer Fundamentalismus und Terrorismus und die rapide Verschlechterung der Situation auf den Philippinen.

Laut Durenberger ist der CIA unfähig, auch nur »fünf Jahre in die Zukunft« zu planen, wenn es um die Analyse von potentiell unbeständige internationale Situationen gehe. Darüber hinaus scheinen weder Casey noch der CIA zu wissen, wie die strategischen Militärentwicklungen der Sowjets zu beurteilen und zu bewerten sind, und zwar mit der für einen Politiker notwendigen Pragmatik.

Wie Durenberger ebenfalls bemerkte, ist das Vermurksen der Yurchenko-Affäre keine seltene Ausnahme gewesen. Der CIA hat die Handhabung von sowjetischen Überläufern in 50 Prozent der Fälle verpatzt, die sie in den letzten Jahren erworben hatten. In einer »relativ kurzen Zeit«, so der Senator, sind die meisten von ihnen in die Sowjetunion zurückgekehrt.

Unzulänglich dumme Leistungen

Doch am ärgsten beschwerte sich der Senator darüber, daß Nachrichten fortwährend an die Establishment-Medien durchsikkerten, was der CIA und das Weiße Haus dem Kongreß in die Schuhe schiebe. Durenberger sagt, es ist die Regierung, die Schuld am »selektiven Durchsikkern« von Geheimdienst-Informationen an die Medien hat.

Aufgrund seiner und seines Komitees Unzufriedenheit über Caseys Leistung erwägt Durenberger, die Rolle des CIA in Sachen des nationalen Geheimdienstes neu zu definieren. Der Senator hat angedeutet, er könnte gesetzliche Vorschläge machen, um die Position des CIA-Direktors herabzustufen und dem nationalen Sicherheitsberater des Präsidenten eine ausschlaggebendere Rolle im politischen Meinungsbildungsprozeß einzuräumen.

Die Kritik, die der Kongreß derzeit an Casey und dem CIA übt, ist weit mehr als bloßes politisches Gerangel. Schon seit einziger Zeit sind Mitarbeiter im Weißen Haus und frühere Geheimdienstler beunruhigt über Caseys und über die unzulänglichen und oft »dummen« Leistungen seiner Agentur. Man hegt starke Zweifel an der Kompetenz des derzeitigen Direktors, und immer häufiger wird sein Urteilsvermögen in Frage gestellt.

Das »Select Committee« des Senats macht sich nicht nur Sorgen, weil der CIA-Direktor sich lieber mit persönlichen Geldspielereien auf dem Aktienmarkt beschäftigt, sondern auch weil er sich offenbar wenig Gedanken über Abwehrfragen macht. Und die Senatoren zweifeln an der Klugheit einiger seiner Personalentscheidungen.

Kurz nachdem er von Präsident Ronald Reagan als Top-Geheimdienstbeauftragter bestätigt worden war, wählte Casey Max Hugel, einen Polit-Genossen, als Leiter des CIA Clandestine Service, dem höchst sensitiven ausführenden Arm der Dienststelle. Knapp zwei Jahre später war Hugel gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten, da seine zwielichtigen Finanzgeschäfte der Vergangenheit in der Öffentlichkeit bekannt wurden.

Darauf wählte Casey Stanley Sporkin, ein alter Kamerad aus Caseys Tagen in der Börsenaufsichtskommission, zum Generalanwalt der Agentur und zur Bearbeitung von Caseys Aktenportfolio und Finanzangaben, die beide in Frage gestellt wurden. Sporkin gelang es, Casey aus ernsthaften Schwierigkeiten hinauszumanövrieren, bevor er den CIA verlassen und sich um einen Sitz als Bundesrichter beworben hat. Seine Bewerbung wird derzeit im amerikanischen Kongreß verzögert.

Fehlschläge und halbfertige Pläne

In der Zwischenzeit ist Caseys Leitung des CIA immer wieder unter Beschuß von seiten seiner Kollegen in der Regierung aber auch im Kongreß geraten. Die eine schlechte Note hat er für den angeberischen, fehlerreichen Stil erhalten, mit dem er die Situation in Nicaragua vermurkst hat. Seine offen gegebene »versteckte« Militärhilfe an die »Contras«, einschließlich Verteilung von Attentatshandbüchern und Verminung der Häfen jenes Landes, sind anerkannte Fehlschläge.

Diese Fehlschläge haben jedoch Casey nicht davon abgehalten, unmögliche Pläne zum Umsturz des Gadaffi-Regimes in Libyen auszuhecken. Zu Beginn der achtziger Jahre haben Casey und Hugel einen halbfertigen Plan geschmiedet, der die Gadaffi-Regierung destabilisieren sollte. Der schlecht ersonnene Plan sikkerte schon bald in den Nachrichtenmedien durch und wurde schnell von der Regierung dementiert.

Trotzdem wurde vor nur wenigen Wochen ein ähnlicher Plan vom CIA und Casey gestartet – mit einem ähnlichen Resultat. Dieser Patzer und die grobe Falschbehandlung des Yurchenko-Überlaufs haben die Unzufriedenheit des »Select Committee« mit Casey ans Tageslicht gebracht.

Casey, der um sein politisches Leben kämpft, hat kürzlich die

Kardinalsünde des Geheimdienstberufes begangen, als er seine Auseinandersetzung mit dem Komitee an die Öffentlichkeit getragen hat. Er veröffentlichte einen offenen Brief, in dem er Durenberger angriff, er leite das Komitee »aus dem Hemdsärmel« und habe »wiederholt sensitive Geheimdienstquellen und Methoden kompromittiert«.

Caseys Attacke auf den Vorsitzenden des »Select Committee« ist nach hinten losgegangen. Senator Patrick Leahy, Ko-Vorsitzender des Ausschusses und bis dahin CIA-Apologet, reagierte darauf mit einem kräftigen Gegenschlag gegen Casey und den CIA, »sie sehnen sich nach alten Zeiten«, in denen die Agentur »einige der kolossalsten Fehlschläge« inszeniert hat. »Nun, die guten alten Zeiten sind die Schweinebucht und Salvador Allende und Patrice Lumumba und eine Menge anderer Versager.«

Bizarre Pläne und liederliche Arbeit

Die Unzufriedenheit mit Caseys Leistung beim CIA hat sich seit langem angesammelt. Er ist ein Mann, der immer wieder mit bizarren Plänen und liederlichen Arbeiten daherkommt, die einfach über den gemeinsamen Verstand des »Select Committee« hinausgehen.

Caseys jüngstes Gedankenkind ist ein 300 Millionen-Dollar-Plan, um die Freiheitskämpfer in Angola bei der Fortsetzung ihres Guerilla-Krieges gegen die pro-



David Durenberger schlägt eine Reorganisation des CIA vor und eine Ablösung des CIA-Chefs.

sowjetische, pro-kubanische Regierung zu unterstützen. Doch Casey und seiner Agentur nachgewiesene Erfolge in ähnlichen Kämpfen in Nicaragua, Afghanistan und andernorts sind gleich Null, wenn nicht sogar negativ. Auch ist der CIA nicht in der Lage gewesen, dem Terrorismus effektiv zu begegnen.

Jedoch die Hauptbeschwerde des Komitees gegen Caseys Leistung richtet sich gegen die Art und Weise, wie die Yurchenko-Affäre bearbeitet wurde. Das Komitee ist der Meinung, daß er dem Überläufer nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet und zuviel Befugnis an den stellvertretenden Direktor, John McMahon, delegiert hat, ein



Max Hugel flog aus dem CIA wegen seiner zwielichtigen Finanzgeschäfte in der Vergangenheit.

Karrieremacher, der, wie einige im Komitee meinen, sie in der Vergangenheit schon so häufig genarrt hat.

Dennoch war es der offene Brief von Casey, der die Fehde mit dem CIA-Direktor an die Öffentlichkeit gebracht hat.

Seitdem hat Senator Durenberger mit einer Reihe von Stellungnnahmen Casey die Hölle heiß gemacht. Er sagte: »Worum es im Falle Casey wirklich geht, ist nicht die Tatsache, daß es öffentliche Erklärungen über die jüngeren CIA-Fehlschläge gegeben hat, sondern daß jene Erklärungen Kritik an Casey und seiner Dienststelle geäußert haben. Kurz, der Leiter der US-Geheimdienstbehörde ist nicht der Meinung, daß die Geheimdienststellen dem amerikanischen Volk rechenschaftspflichtig sind.«

»Eben diese Einstellung hat in der Vergangenheit zu Mißbräuchen geführt und dazu, daß der Überwachungsprozeß innerhalb des Kongresses eingerichtet wurde«, so äußerte Durenberger. »Ob es Casey gefällt oder nicht, die Öffentlichkeit zieht den CIA zur Rechenschaft, und die Öffentlichkeit muß wissen, daß der Überwachungsprozeß funktioniert.«

Methoden sind nicht heilig

Durenberger fuhr fort: »Der Geheimdienst ist kein Selbstzweck, dessen Nützlichkeit auf Selbstbestimmung beruht. Die letztendliche Beurteilung muß bei denjenigen liegen, die das Produkt verwenden. Der nationale Geheimdienst ist eine Dienstleistung und der Direktor sollte konstruktive Kritik begrüßen, deren Ziel die Verbesserung jener Dienstleistung ist.«

Abschließend sagte der Senator, der CIA könne sich nicht vor der Überwachung verstecken, indem er behaupte, daß »Quellen und Methoden« heilig sind. Der CIA hat diese Ausrede schon zu häufig in der Vergangenheit gebraucht.

Wie Informanten meinen, wird William Casey nicht nur bald aus dem CIA ausscheiden müssen, sondern auch die Agentur selbst ist für einen gründlichen Hausputz fällig. Zu erwarten ist eine Welle von »frühzeitigen Pensionierungen« bei dem CIA in naher Zukunft. □

DIAGNOSEN braucht Ihre Hilfe!

Diagnosen ist ein zeitkritisches Magazin. In dieser Zeitschrift lesen Sie jeden Monat Nachrichten, Berichte, Analysen und Kommentare, die Sie sonst in der deutschen Presse vergeblich suchen.
Diagnosen hat sich verpflichtet, Ihnen jeden Monat Beiträge vorzulegen, aus denen Sie die wahren und tatsächlichen Zusammenhänge der Politik, der Wirtschafts- und Finanzverflechtungen entnehmen können.
Diagnosen hat es sich zur Pflicht gemacht, allein der Wahrheit zu dienen.
Diagnosen verfügt durch internationale Lizenzabsprachen über ein weltweites Mitarbeiternetz. Jeder Bericht ist vor Ort recherchiert.
Diagnosen ist keiner Partei, keiner politischen, ideologischen oder religiösen Richtung verpflichtet. Sie können hier also ungeschminkte Tatsachen erfahren.

Bitte helfen Sie dieser Zeitschrift in jeder Weise, weil sie auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt einmalig ist.

Bitte fühlen Sie sich verpflichtet, daß die immer wieder beschworene Meinungs- und Pressefreiheit nicht nur auf dem Papier steht. Auch eine Zeitschrift wie **Diagnosen** sollte überall erhältlich sein und nicht unter dem Ladentisch versteckt werden.

Bitte weisen Sie ihre Freunde und Bekannten auf **Diagnosen** hin. Wir schicken jedem gern ein kostenloses Probeheft.

Bitte helfen Sie **Diagnosen** vielleicht auch mit einer einmaligen Spende. Sie tragen dann mit dazu bei, daß wir noch mehr Menschen Probehefte zum Kennenlernen schicken können. Wir erweitern dann auch gleichzeitig unser journalistisches Tätigkeitsfeld und können noch intensiver Themen recherchieren.

Diagnosen kann nur überleben, wenn Sie mit persönlichem Engagement, mit Empfehlungen an Freunde und Bekannte und vielleicht auch mit einer Spende helfen, daß dieses politische Magazin seinen Platz in der deutschsprachigen Medienlandschaft erhält.

Wir hoffen auf Ihre Hilfe und auf die Solidarität der DIAGNOSEN-Leser.

Spionage

Ein Maulwurf im CIA

Victor Marchetti

Es gibt ernst zu nehmende Gründe für die Annahme, daß ein sowjetischer Spion tief in den Reihen des CIA tätig ist. Diese beunruhigende Schlußfolgerung basiert zum Teil auf Informationen, die ein hochrangiger KGB-Offizier, Oleg Gordievski, geliefert hat, der im Juli 1985 in London zum britischen Geheimdienst übergelaufen ist. Und zum Teil auf den merkwürdigen Aktionen von Vitaly Yurchenko, ein höherer KGB-Beamter, der einige Wochen später in Rom – via Vatikan – zum CIA überlief, und im November 1985 »zurücklief«.

Die neue Information hat eine stürmische Debatte über den Status des CIA-Abwehrprogramms neu entfacht. Diese Debatte zieht sich seit Monaten hinter den Kulissen in Washington hin. In der Kontroverse stehen sich berufsmäßige Geheimdienstbeamte, angeführt vom stellvertretenden CIA-Direktor John McMahon, der behauptet, in seinem Amt sei alles in bester Ordnung, und die im amerikanischen Kongreß sitzenden Kritiker wie die Senatoren Patrick Leahy, Vizevorsitzender des »Senate Select Committee on Intelligence«, sowie Malcolm Wallop, ein früheres Mitglied des »Oversight-Committee«, gegenüber.

Die Gesetzgeber glauben, daß in dem CIA nicht alles in Ordnung ist, und daß das Amt seine interne Sicherheit verbessern muß.

Laut informierten Kreisen hat Gordievski die englischen Debriefers mit guten Hinweisen versehen, die andeuten, daß es zumindest einen aktiven Sowjetspion in dem CIA gibt. Aber der ehemalige KGB-Mitarbeiter, dessen spezielles Einsatzgebiet europäische Angelegenheiten waren, besitzt offenbar nicht die Detailinformationen, die zur Identifikation des Maulwurfs oder der Maulwürfe notwendig ist.

Andererseits ist Yurchenko der Chefbeauftragte des KGB in Washington von 1975 bis 1980 gewesen, sowie Leiter der nordamerikanischen Spionage-Organisation des KGB, während er in Moskau stationiert war. Kurz nach seinem Überlauf hat er wenigstens zwei ehemalige CIA-Angehörige als KGB-Agenten identifiziert.

Der eine, Edward Lee Howard aus Santa Fee, Neu Mexico, ist der Verhaftung durch den FBI entgangen, und man glaubt, daß er sich jetzt in Helsinki oder vielleicht in der Sowjetunion aufhält. Der andere von Yurchenko enthüllte KGB-Agent wurde bis jetzt noch nicht öffentlich genannt oder verhaftet.

Die Tatsache, daß Yurchenko, mit seiner enormen Kenntnis der KGB-Aktivitäten in den USA nur zwei ehemalige CIA-Beamte als Maulwürfe nennen konnte oder wollte – die im Spionagegewerbe auch als »Durchsetzungen« bezeichnet werden –, hat einige Geheimdienstexperten veranlaßt, an der Echtheit von Yurchenkos Überlaufen zu zweifeln. Auch seine Befrager müssen ihn allmählich in Verdacht genommen haben.

Jedenfalls in einer bizarren Reihe von Aktionen ist der KGB-Mann seinen CIA-FBI-Bewachern in dem »sicheren Haus« in Fredericksburg, Virginia, entwischt, wo er debriefed wurde, und hat sich selbst den sowjetischen Behörden in ihrer Botschaft in Washington gestellt.

Zwei Tage später, auf einer überraschenden Pressekonferenz, behauptet Yurchenko, er sei vom CIA in Rom »entführt« und gegen seinen Willen nach Amerika gebracht worden. Er behauptet des weiteren, er sei von seinen Befragern unter Drogen gesetzt und gefoltert worden, hätte jedoch widerstanden, ihnen irgendwelche geheimen KGB-Informationen zu liefern. Dann bat er, man möge ihm die Rückkehr in die Sowjetunion gestatten.

Die Affäre Yurchenko hat denjenigen Senatoren neue, zwingende Argumente geliefert, die auf eine Erweiterung der CIA-Abwehrmaßnahmen und Stärkung der internen Sicherheitsbestimmungen drängen. US-Senator William Cohen, Mitglied des »Intelligence Oversight Committee«, sagte, das Komitee sei von Anfang an skeptisch gegenüber Yurchenko gewesen, »weil sein Überlaufen zu glatt, zu bequem erschien«.

Wie Cohen erklärte: »Wir haben immer wieder gefragt. ›Sind Sie sicher, daß der Typ echt ist?‹« Die Antwort des CIA darauf war, daß Yurchenkos Überlauf der größte Coup des Jahrzehnts für den Geheimdienst wäre.

Leahy, der zusammen mit Cohen eine Gesetzesvorlage eingebracht hat, um den Personalbestand der sowjetischen Botschaft in Washington und seiner Mission bei den Vereinten Nationen abzubauen, äußerte sich ähnlich kritisch über die CIA-Behandlung des Überläufers Yurchenko. Er sagte, vielleicht hat Yurchenko tatsächlich seine Meinung zum Überlaufen geändert »oder er war vielleicht von Anfang an ein Doppelagent.«

Auch Wallop hat nicht wirklich zugeschlagen. Er war einer der ersten, der an Yurchenko Zweifel hatte. Er bemerkte dazu: »Mir kommt die Tatsache sehr verdächtig vor, daß es nur ehemalige anstatt derzeitige CIA-Angestellte sind«, die der KGB-Überläufer identifiziert hat.

Kritik übte er auch an Jimmy Carters CIA-Direktor, Admiral Stansfield Turner, der dem Senator einmal versichert hat, es sei unmöglich, daß es einen sowjetischen Maulwurf in der Sicherheitsbehörde gebe. »Das einzige, was ich unmittelbar weiß«, so Wallop, »ist, daß wir immer noch keine guten Abwehrmöglichkeiten haben.«

Wallop hat auch offene Kritik an McMahon geübt, weil er sich gegen die Einrichtung eines starken Abwehrprogramms einsetzt. Wie der Senator sagte, hat McMahon, jedesmal, wenn das Oversight Committee das Problem zu lösen versucht hat, das Gespenst von James Jesus Angleton heraufbeschworen, dem ehemaligen Chef des Abwehrpersonals des CIA.

Angleton ist Ende 1974 von dem damaligen Direktor, William Colby, wegen Amtsmißbrauchs gefeuert worden, nämlich wegen Bespitzelung von Amerikanern, die keine Verbindung zum CIA oder KGB hatten. Unter anderem führte der kontroverse Abwehrchef auch die CIA-Verbindung zum Vatikan und dem Mossad.

Viele frühere CIA-Beamte geben Angleton die Schuld daran, daß zahlreiche Operationen gegen den KGB vermasselt wurden, und das aufgrund seiner Paranoia. Sie behaupten auch, daß Angleton die Karriere von mehreren CIA-Agenten ruiniert hat, und zwar wegen seiner unmäßigen Verdächtigungen. Diese Kritiker weisen darauf hin, daß Angleton nie dem Oleg Penkovski getraut hat, dem besten Spion, den der CIA jemals in Moskau gehabt hat.

Dagegen führen die Bewunderer Angletons an, daß der Abwehrchef auch eine Anzahl von falschen KGB-Überläufern und versuchten Durchsetzungen aufgedeckt hat.

Daher dürfte sich mit dem plötzlichen Gesinnungwandel Yurchenkos die Debatte zwischen den CIA-Profis und dem »Oversight Committee« des Senats vermutlich erhitzen. Im wesentlichen geht es dabei darum, ob es annehmbar ist, manchmal etwas auf das Spiel zu setzen, um KGB-Spione und Überläufer zu rekrutieren oder ob es besser ist, »absolute« Sicherheit einzuhalten, wodurch man sich riskante, aber potentiell wertvolle Gelegenheiten entgehen läßt.

Viele Geheimdienstexperten glauben, daß absolute Sicherheit ein Ding der Unmöglichkeit ist, wenn man die geheime Kunst der Spionage erfolgreich betreiben will. Dabei kommt es unweigerlich zu Schnitzern, aber auch zu Erfolgen. □

USA

Kollaboration mit dem KGB

P. Samuel Foner

Nur der oberste amerikanische Gerichtshof steht zwischen einem Emigranten aus der Ukraine und seiner Deporation nach Israel, wo er hingerichtet werden soll. Vorher erhält er selbstverständlich einen Schauprozeß.

Das Opfer des aus amerikanischen Steuermitteln finanzierten »US-Office of Special Investigations« (»Amt für Sonderuntersuchungen«) – in Zusammenarbeit mit dem sowjetischen KGB und dem Staate Israel – ist der 65-jährige John Demjanjuk, Automobilarbeiter in Rente aus Seven Hills, Cleveland.

Neal Sher, Leiter des OSI, gab am 31. Oktober 1985 bekannt, daß Demjanjuk an Israel ausgeliefert werde, und zwar gemäß den Bestimmungen eines Abkommens aus dem Jahr 1963. Shers Bekanntgabe kam, nachdem das Sechste Berufungsgericht in Cincinnati den US-Auslieferungsbefehl aufrechterhalten hatte.

Der vor den Kommunisten Geflüchtete hat niemals in Israel gelebt.

Demjanjuk war auf Anordnung eines amerikanischen Bundesgerichts in Ohio im Jahre 1981 der amerikanischen Staatsbürgerschaft enthoben und 1982 ausgewiesen worden. In diesem Jahr hat ein Ausschuß für Einwandererberufung seinen Antrag auf Asyl abgelehnt. Jetzt bleibt ihm als einzige Berufungsinstanz nur noch der Oberste Gerichtshof der USA.

Vor einiger Zeit hat die Tochter des Opfers, Lydia Demjanjuk, die amerikanische Zusammenarbeit mit der sowjetischen Geheimpolizei KGB angegriffen, die, wie sie sagte, zu den Beschuldigungen gegen ihren Vater geführt haben. Speziell getadelt wurden »Beweise«, die der sowjetische KGB geliefert und das OSI benutzt hat.



US-Außenminister George Shultz schätzt sowjetische Kooperation und bedankt sich dafür telegrafisch.



Neal Sher arbeitet mit den Sowjets zusammen, um US-Bürger wegen Kriegsverbrechen anzuklagen.

Über die Partnerschaft zwischen dem amerikanischen OSI und dem sowjetischen KGB haben wir wiederholt in »Diagnosen« berichtet.

Nicht nur Miss Demjanjuk hat die OSI-KGB-Connection verdammt, sondern auch Valentine Moroz, ein Ukrainer, der selbst ein Opfer der sowjetischen Verfolgung in seinem Heimatland gewesen ist. Die Ukraine ist eine seit langem von sowjetischen Truppen besetzte, einverleibte Nation.

Im September 1985 wurde die offizielle Zusammenarbeit von OSI mit dem KGB vom amerikanischen Justizministerium bestätigt – wenn auch unbeabsichtigterweise –, als Vertreter der »Koalition für Verfassungsrecht und Sicherheit« mit Ministeriumsbeamten zusammenkamen. Das Treffen fand auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft unter Edwin Meese statt, die damit auf ein Schreiben dieser Koalition für Verfassungsrecht reagierte, in dem ein persönliches Treffen mit Meese zur Diskussion von Fragen in Verbindung mit dem OSI-Amt des amerikanischen Justizministeriums erbeten wurde.

In einem Schreiben an den Assistenten des amerikanischen Generalstaatsanwaltes Stephen S. Trott, das Tony Mazaika verfaßte, der Präsident und nationale Koordinator der Koalition für Verfassungsrecht, erklärte Mazeika: »Klarzustellen ist, daß diese Zusammenkunft mit Ihren Mitarbeitern unser ursprüngliches Gesuch um ein Treffen mit Mr. Meese nicht zufriedenstellt.«

Für das amerikanische Justizministerium erschienen Trott, Mark Richards und Sher. Trott lehnte den Antrag der Koalition für Verfassungsrecht ab, das Gespräch auf Tonband aufzuzeichnen. Allerdings durften die Mitglieder der Koalition Notizen aufzeichnen. Richards ist ein stellvertretender Assistent des Generalstaatsanwalts der USA.

Bezüglich der KGB-OSI-Kooperation forderte Mazeika, daß »die geheime Abmachung zwischen dem OSI und der Sowjetregierung« öffentlich bekannt gemacht werde. Trott erwiderte, daß es eine solche Abmachung nicht gäbe. Er sagte, jene Abmachung sei nur eine verbale Arbeitsbeziehung, »wobei Kooperation auf telegrafischen Mitteilungen zwischen unseren Diplomaten und dem Büro des sowjetischen Prokurators beruht – keine schriftliche Abmachung«.

An diesem Punkt der Gespräche überreichte Mazeika eine Fotokopie eines nicht klassifizierten Telegramms vom Juni 1985 des US-Außenministers George Shultz an die US-Botschaft in Moskau mit dem Vermerk: »Betreff: Rechtshilfe – Untersuchungen Kriegsverbrechen.«

»Woher haben Sie das?« wollte Sher wissen.

In dem Telegramm hieß es, das Außen- und Justizministerium danke den Sowjets für ihre »Kooperation bei der eidlichen Aufzeichnung von Zeugenaussagen in dem Fall, der im Februar 1985 stattfand«. Das Telegramm schloß mit den Worten: »OSI dankt für die anhaltende Kooperation der sowjetischen Behörden. Shultz.«

Am 31. Oktober 1983 beantragte Israel die Auslieferung von Demjanjuk von den USA gemäß einem israelischen Haftbefehl vom 18. Oktober 1983. Das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel wurde am 10. Dezember 1982 unterzeichnet und trat am 5. Dezember 1983 in Kraft. Im Anschluß an das Gesuch reichte die US-Regierung am 18. November 1983 eine Klage gegen Demjanjuk ein.

Am 28. März 1984 legte der Chikagoer Anwalt S. Paul Zumbakis allen amerikanischen Kongreßmitgliedern Dokumente vor, die die OSI-KGB-Zusammenarbeit belegten. In seinem Anschreiben erklärte Zumbakis auszugsweise:

»Das amerikanische Justiministerium arbeitet mit dem KGB als einem Gleichberechtigten zusammen und akzeptiert die KGB-Ergebnisse ohne Zaudern und Vorbehalt, um sie in amerikanischen Gerichten zu verwenden. Ein direktes Ergebnis davon ist, daß die amerikanische Regierung dem KGB die Rechtmäßigkeit zuspricht und verliert damit jegliches moralisches Recht, das sie haben könnte, die Methoden der Rechtsverfolgung in der Sowjetunion zu kritisieren.« □

George Bush

Der Mann der Trilateralen

Erster Teil

Michael Collins Piper

Hiermit beginnt eine Serie mit den Einzelheiten über den Aufstieg zur Macht von Vizepräsident George Bush und die Kampagne, die ihn zum nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten machen soll. Wenn es nach Ronald Reagan gegangen wäre, wäre George Herbert Walker Bush niemals Vizepräsident der Vereinigten Staaten geworden.

Aufgrund von Kulissenschiebereien der Establishment-Agenten, die sie in den letzten Stunden des Republikanischen Nationalkonvents 1980 vornahmen, war Reagan gezwungen, Bush als seinen Mitbewerber für die Vizepräsidentschaft zu wählen, um so oppositionelle Kräfte innerhalb der Republikanischen Partei zu neutralisieren. Er entzog sich damit einen vom Establishment inszenierten, erwarteten Großangriff der Medien, der Reagans Wahlkampf in den allgemeinen Wahlen hätte vernichten können.

Der Mann Rockefellers

Das ist der tiefere Grund für eine unglückliche und unerwartete Reihe von Ereignissen, die den ehemaligen Gouverneur von Kalifornien, Reagan, veranlaßt haben, einen seiner heftigsten Kritiker zum Mitbewerber zu wählen.

Die Hoffnungen, die sich Bush 1980 auf die Präsidentenschaft machte, wurden in den Vorwahlen zunichte gemacht, bis hin zum Konvent der republikanischen Wähler in diesem Jahr, die in den in Maine geborenen, in Connecticut aufgewachsenen und nach Texas verpflanzten Bush fast einstimmig zugunsten von Reagan ablehnten.

Trotz der Tatsache, daß Bush ein ehemaliges Kongreßmitglied war, ehemaliger Vorsitzender der Republikanischen Partei, ehemaliger Botschafter in China und bei der UNO, sowie ehemaliger Direktor des CIA und über erstklassige Referenzen vom Establishment und von der Republikanischen Partei verfügte, sowie über eine solide finanzielle Unterstützung und eine gut organisierte Wahlkampforganisation, war Bush unfähig, seine vielen nützlichen Werte in einen siegreichen Wahlkampf umzumünzen. Vielleicht größtenteils deshalb, weil Bush ein Mitglied von David Rockefellers Trilateralen Kommission war.

Die Mitgliedschaft von Bush in der Trilateralen Kommission war im Verlauf des Wahlkampfes zu einer weitverbreiteten Streitfrage geworden. Ein anderer Hauptkandidat der Republikaner, der ehemalige Gouverneur von Texas und Finanzstaatssekretär, John Conally, Texaner von Geburt, griff Bush heftig wegen seiner Mitgliedschaft in der elitären Gruppe an und schwor, daß er nicht einen Trilateralen in ein hohes Amt berufen werde, wenn er ins Weiße Haus käme.

Der Einfluß der Trilateralen

Die Trilaterale Kommission, eine superstarke, private Interessengruppe, die von David Rokkefeller gegründet und von den Quellen des weltweiten Rockefeller-Konzernimperiums kräftig finanziert wird, besteht aus führenden Großbankern, internationalen Industriekapitänen und prominenten Politikern – zumeist liberaler Couleur –, die sich in den USA, in Westeuropa und Japan befinden.

Während der Amtszeit von US-Präsident Jimmy Carter beherrschten Trilaterale praktisch jeden wichtigen Posten in der Politik und machten ihren Einfluß geltend, um die Ziele der Großgeld-Interessen, die die Kommission ausmachen, zu fördern. Tatsächlich war Carter selbst ein Mitglied der Elitegruppe, den Rockefeller persönlich ausgesucht hatte. Carter war für das Weiße Haus von den Rockefeller-Claqueuren getrimmt worden, zu denen vor allem der ehemalige Professor der Columbia Universität, Zbigniew Brzezinski, gehörte, der Exekutivdirektor der Trilateralen Kommission, den Carter zu seinem Sicherheitsberater ernannte.

Der Einfluß der Trilateralen war auf seinem Höhepunkt, und die republikanischen Wähler hatten kein Interesse daran, den einen Trilateralen, Carter, gegen einen anderen Trilateralen, Bush, einzutauschen. Daher wurde Bush allgemein von seiner eigenen Partei abgelehnt, und seine Kampagne für das Weiße Haus wurde schmählich begraben.

Ja, Bush wollte, gerade bevor er von Reagan zum Mitbewerber erwählt wurde, Detroit verlassen, wo der Konvent der Republikaner stattfand, da er und seine Wahlkampfmannschaft sahen, daß sie keinen sinnvollen Zweck erfüllten, nachdem Reagans »Krönung« bereits feststand.

Jedoch führte eine merkwürdige Reihe von Ereignissen dazu, daß George Bush auf die republikanische Karte katapultiert wurde, womit er zum Anwärter auf das zweithöchste Amt im Land gemacht wurde.

Es war die Zeitung »The Spotlight«, die die ganze Geschichte zuerst ans Licht brachte, kurz nach Ende des republikanischen Konvents. Es war ebenfalls »The Spotlight«, die zu Beginn der Präsidentschaftskampagne der Republikaner die in ganz Amerika weitverbreitete Kontroverse um die Mitgliedschaft von Bush in der Trilateralen Kommission in Gang setzte, die Bush zu der Äußerung verleitete: »Ich bin nicht der Hampelmann von David Rockefeller!«

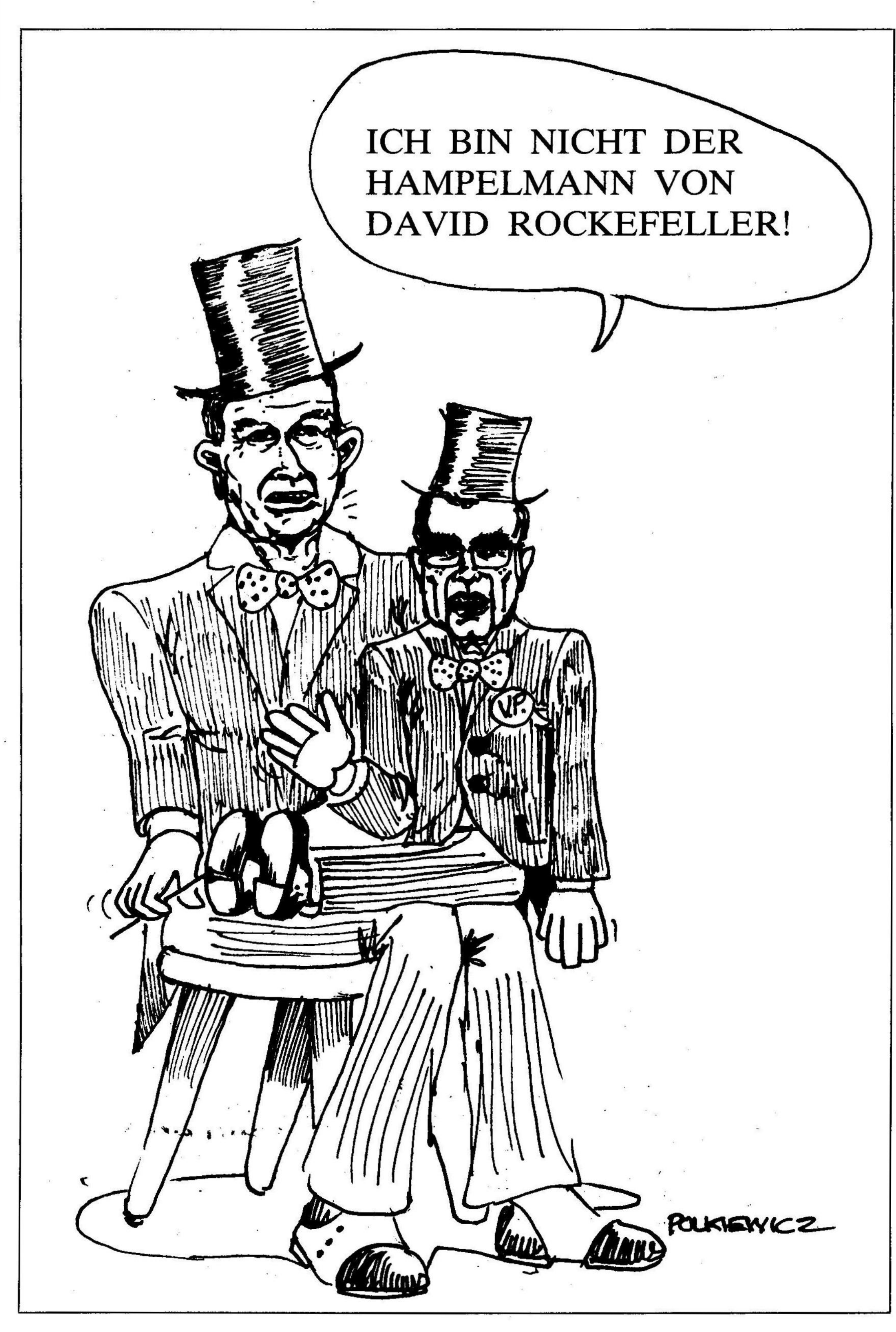
Ohne Rocky's Hilfe

Reagan war von den Republikanern zum Präsidentschaftskandidaten ernannt worden, ohne die Hilfe, ja sogar entgegen der Opposition des von Rockefeller beherrschten Establishments, das alles in seiner enormen Kraft stehende getan hatte, um die Reagan-Kampagne zum Scheitern zu bringen, insbesondere mittels der von Rockefeller beeinflußten Medien. Doch nachdem die Nominierung einmal gesichert war, wußte Reagan, daß er kaum eine andere Wahl hatte, als das Trittbrett für die Vizepräsidentschaft an einen der vom Establishment bevorzugten Kandidaten abzugeben und sei es nur, um seine Kritiker zu beruhigen, auf daß sie weniger schnell die Medienbluthunde während des allgemeinen Wahlkampfes auf ihn hetzen würden.

David Rockefeller standen drei Kandidaten für die Vizepräsidentschaft zur Auswahl; neben dem demokratischen Kandidaten, dem scheidenden Vizepräsidenten Walter F. Mondale, der wie Carter und Rockefeller ein Mitglied der Trilateralen Kommission ist. Bei den Republikanern fiel seine Wahl auf den ehemaligen Präsidenten Gerald Ford, den ehemaligen Verteidigungs-Staatssekretär Donald Rumsfeld und natürlich Bush, den Rockefeller schon die ganze Zeit als seinen republikanischen Präsidentschaftskandidaten erkoren hatte.

Ford und Reagan standen nicht auf freundlichem Fuß miteinander, nachdem sie in den Wahlkampf von 1976 gegeneinander angetreten waren. Reagan war seinerzeit Fords Herausforderer um die Nominierung der Republikaner gewesen, und Reagan hatte keine Lust, den ehemaligen Präsidenten als seinen Mitbewerber auf die Karte zu nehmen.

Doch infolge von klug ausgeheckten Ringwerfen in den Medien, ergänzt durch Druck von seiten hoher republikanischer Finanzengel, die Ford günstig gesonnen waren, dachten Reag-



an und seine Berater ernsthaft an die Möglichkeit, Ford mit auf die Karte zu setzen.

Der Gedanke einer Karte Reagan-Ford gefiel vielen Republikanern. Ford war ein altes Zugpferd der Partei, er war der damalige Vizepräsident und Präsident, ein Mann mit breiter Regierungserfahrung und den richtigen Verbindungen. Denn schließlich war Ford ein Teilnehmer an den exklusiven und geheimnisvollen Bilderberger-Treffen, die alljährlich von den Rockefellers und ihren Verbündeten in Verbindung mit der in Europa sehr mächtigen Bankiersfamilie der Rothschilds und deren Verbündeten durchgeführt werden.

Kurz, der ehemalige Präsident war ein getreues Mitglied der inneren Kreise des Establishments und ein perfekter Kandidat, um die Reagan-Karte »auszugleichen«, zumindest in den Augen des Establishments. Das Establishment wünschte einen eigenen Mann auf der Karte und im inneren Kreis im Weißen Haus, falls Reagan gewinnen würde, und man setzte alles daran, Reagan zur Wahl von Ford zu zwingen.

Reagan beschloß zu handeln

Tatsächlich könnte das Establishment sogar etwas zu weitgegangen sein. Der Gedanke einer »Co-Präsidentschaft« zwischen Reagan und Ford wurde in den Medien bereits diskutiert. Der ehemalige Außenminister Henry Kissinger, selbst ein ehemaliger Funktionär der Rockefeller-Familie, wurde als der Establishment-Vermittler bei den Verhandlungen zwischen den Lagern Fords und Reagans ernannt.

Kissinger hatte beschlossen, daß er in einem von Reagan-Ford besetzten Weißen Haus eine Hauptrolle spielen würde, und zwar zusammen mit anderen Rocky-Freunden, die für den Wahlkampf und dann, so hofft man, für politik-bestimmende Ämter in einer Reagan-Ford-Regierung rekrutiert würden. Der ehemalige Präsident Ford sollte als Reagans Vize in einer Funktion dienen, wie sie noch niemals zuvor von einem Vizepräsidenten ausgeübt worden war.

Mit mehr Macht versehen, die Politik zu gestalten und hohe Beamte zu ernennen, wäre Ford in einer Position gewesen, umgeben von Rockefeller-Getreuen, die Regierung praktisch zu beherrschen. Diese Idee gefiel auch Ford, und der ehemalige Präsident startete seine eigene, persönliche Publizitäts- und Lobby-Kampagne, um den zweiten Platz auf der Präsidentschaftskarte zu gewinnen.

Dies war offenbar für Reagan zu viel. Der frühere Gouverneur von Kalifornien erkannte die druckausübenden Taktiken als solche und sah auch, daß die Hauptrichtung der Berichterstattung über die Verhandlungen in den Medien etwas aufbaute, das den Konvent in wilde Unordnung bringen könnte, die zur Nominierung Fords auf dem Konvent führen würde. Ford war bei seinen Parteigängern beliebt, und die Schmach seiner Niederlage durch den weitgehend verachteten Jimmy Carter, verbunden mit der vom Establishment und seinen beherrschten Medien betriebenen intensi-

George Bush

Der Mann der Trilateralen

von Propaganda für Ford, hätte sehr wohl das Blatt zugunsten Fords wenden können.

Doch Reagan beschloß zu handeln. »Wir verlieren die Kontrolle«, so äußerte er sich zu seinen engsten Mitarbeitern. Und dann machte er den Schritt, Bush als seinen Mitkandidaten zu erwählen. Rumsfeld, wie Ford ein Teilnehmer an den Rockefeller - Rothschild - Bilderberger-Treffen, soll nie eine besondere Chance gehabt haben. Rockefeller war mehr für Bush als für Rumsfeld.

Den Stier bei den Hörnern pakkend gab Reagan einen überraschenden Auftritt in der Konventhalle und brach damit mit der Tradition. Er forderte den Konvent auf, bei seinen Beratungen am nächsten Tag Bush zu seinem Mitbewerber zu erwählen.

Bushs Wahlkampf begann

Üblicherweise benennen Präsidentschaftskandidaten ihre Mitbewerber erst am Tag, nachdem sie selbst nominiert worden sind. Die Stimmabgabe für die Wahl des Vizepräsidenten geht normalerweise ohne Fanfaren vor sich; es ist eine reine Formsache, und kurz danach halten die beiden Kandidaten ihre Annahmereden. Doch so war es bei dieser erhitzten Veranstaltung nicht.

Weniger als glücklich über seine »Wahl«, eine von den Umständen diktierten, startete Reagan seine erfolgreiche Kampagne für das Weiße Haus, auf die er Bush mitnahm.

Zweifellos hat Präsident Reagan seine Berührungen mit dem Tod gehabt, der Bush schneller ins Weiße Haus gebracht hätte, als er je gedacht haben mag. Doch jetzt bereitet sich Bush auf seinen zweiten Versuch um die Präsidentschaft vor und als der amtierende Vizepräsident mit Fühlern, die durch sämtliche Parteireihen reichen, hat er eine gute Chance, die Nominierung praktisch völlig problemlos zu gewinnen.

Bushs Wahlkampf hat bereits begonnen.

Allerdings gibt es weiterhin den Streitpunkt, der einfach nicht verschwinden will. Die Mitgliedschaft von Vizepräsident George Bush in der Trilateralen Kommission und im Council on Foreign Relations (CFR) hat ihn schon während seines erfolglosen Vorstoßes um die republikanische Präsidentschaftskandidatur im Jahre 1980 verfolgt. Es ist ein Streitpunkt, der wie eine schwere schwarze Wolke über seinen Bemühungen hängt, 1988 Kandidat der Republikaner zu werden.

Der Vize, der seine zweite Amtsrunde absolviert, ist 1978 offiziell aus der Kommission »ausgetreten«, nachdem er ihr knapp zwei Jahre angehört hatte. Gleichzeitig ist er auch aus dem CFR »ausgetreten«, einer Gruppe, die dieselben Ziele wie die Kommission verfolgt.

Organisiert und finanziert wurde und wird die Trilaterale Kommission von dem weitverzweigten Rockefeller-Imperium. Als Gedankenkind von David Rokkefeller – ehemaliger Vorsitzender des Vorstandes des Admiralschiffs der Rockefeller-Familie, der Chase Manhattan Bank, die er effektiv immer noch beherrscht – setzt sich die Kommission stark gegen jegliche Maßnahmen ein, die Amerikas nationale Souveränität fördern.

Trilaterale Grundsatzpapiere sind für Freihandel, Interdependenz, kostenlose Auslandshilfe und ähnliches, das sich allesamt als äußerst gewinnbringend für die finanziellen Interessen erwiesen hat, die die Kommission unterstützen und weitgehendst seine Mitglieder ausmachen.

Aufgabe der Souveränität

Während die Mitgliederschaft in

Bushs Mitgliedschaft bei den Trilateralen zerstörte schon einmal seine Hoffnung auf die Präsidentschaft.



der Kommission internationalen Ausmaß hat, ist die Mitgliederschaft im Council on Foreign Relations (CFR) streng national – jedoch zweifellos nicht nationalistisch. Wohlbekannte Politfiguren des US-Establishments, Bankers und Großindustrielle, »Pädagogen«, Zeitungsverleger und andere Eliteangehörige zählen zu den Mitgliedern des CFR.

Wie die Trilaterale Kommission wird auch der CFR massiv von den Rockefellers finanziert und ebenfalls wie die Trilateralen hat auch der CFR als Stall für Männer gedient, die die öffentliche Politik auf den höchsten Stufen der amerikanischen Regierung bestimmen. Viele CFR-Mitglieder sind auch in der Trilateralen Kommission.

Republikanische Regierungen waren voll mit CFR-Mitgliedern mindestens seit den frühen zwanziger Jahren besetzt. Die Regierungszeit der Demokraten unter Jimmy Carter beschäftigte solche Mitglieder der Trilateralen Kommission wie Carter selbst, Vizepräsident Walter F. Mondale und eine Reihe von Kabinettsmitgliedern sowie andere in Schlüsselpositionen.

Aus diesem Grund bezeichneten 1980 viele von Bushs Kritikern den hoffnungsvollen republikanischen Kandidaten als »den Jimmy Carter von 1980«. Wie Mit-Trilateraler Carter war auch Bush bemüht, die Rockefeller-Agenda zu befürworten, und dies kam einfach bei vielen Mitgliedern der Republikanischen Partei schlecht an.

Zumindest ein ehemaliges CFR-Mitglied hat seine Ex-Kollegen in dem CFR und in der Trilateralen Kommission öffentlich streng gerügt. Konteradmiral a. D. Chester Ward von der US-Navy meinte: »Die mächtigsten Cliquen in diesen elitären Gruppen haben ein gemeinsames Ziel: Sie wollen die Vereinigten Staaten zur Aufgabe ihrer Souveränität und nationalen Unabhängigkeit bewegen.«

Bis zu seinem Ausscheiden war Ward 16 Jahre lang Mitglied des CFR gewesen.

Senator Barry Goldwater ist ein glühender Nationalist, und war 1964 der Bannerträger im Präsidentschaftswahlkampf der »großen alten Partei«, den Republikanern. Er gehört zu den lautstärksten Kritikern der Trilateralen Kommission und des CFR.

In seinen offenherzigen Memoiren »With No Apologies« (»Ohne Entschuldigungen«) widmete Goldwater eine Reihe von Kapiteln, um die Trilaterale Kommission und den CFR zu durchleuchten und zu verdammen.

»Die Trilaterale Kommission«, so schreibt er, »ist international und beabsichtigt, als Instrument für eine multinationale Konsolidierung der kommerziellen und finanziellen Interessen zu dienen, indem sie die Kontrolle über die politische Regierung der Vereinigten Staaten ergreift. Der CFR glaubt, daß nationale Grenzen beseitigt und die Welteinheitsherrschaft errichtet werden sollte.«

Wenigstens ist er aufrichtig

Auf der 62. Jahrestagung der »American Legion«, die vom 19. bis 22. August 1980 in Boston stattfand, wurde eine Resolution verabschiedet, die den Kongreß aufforderte, die Trilateralen und den CFR zu untersuchen, »um festzustellen, welcher Einfluß auf die amerikanischen Innen- und Außenpolitik genommen wurde und wird«.

Die Resolution der Liga war eine Antwort auf die Sorge, daß die Trilaterale Kommission und der CFR verantwortlich für einige der unheilvollen Manöver in der Außenpolitik der Carter-Regierung gewesen sein könnten, wozu auch Carters Unterstützung für die Aufgabe des Panama-Kanals zählt.

Bush ist mit seiner eigenen trilateralen Rhetorik aufrichtig gewesen. Er hat das Lied des Establishments ohne Zögern gesungen. 1973, in einem Schreiben an den Herausgeber des »Vista«-Magazins, wiederholt Bush die internationalistische Sprache, die einfach zeigt, woher er stammt:

»Vielleicht ist die wichtigste Tatsache von allen die, daß die Welt jetzt so eng durch Investitionen und Handel miteinander verbunden ist, daß wir einfach versuchen müssen, gemeinsam über die Probleme zu sprechen. Staaten können kapitalistisch, kommunistisch, Schwarz, Braun oder Weiß sein, reich oder arm, groß oder klein – doch niemals zuvor in der Geschichte sind sich die Leute so darüber bewußt gewesen, daß dies eine Welt ist.«

Die »Eine-Welt«-Idee ist ein beliebtes Konzept des Establishments. Eine solche globalstrategische, anti-nationalstaatliche Philosophie hat die Trilaterale Kommission und den CFR in ihren Bemühungen zur Gestaltung der amerikanischen Regierungspolitik im In- und Ausland geleitet.

Wie seine Kollegen in den beiden weltumspannenden Gruppen hat Bush die Kritik an der Trilateralen Kommission und dem CFR heftig getadelt. »Zu sagen, die Trilaterale Kommission und der Council on Foreign Relations sind Verschwörungen gegen die Vereinigten Staaten und ihre Mitglieder sind Verräter, ist sowohl absurd als auch verleumderisch«, so meint Bush.

Der Beweis jedoch liegt vor, wie man bei Untersuchung der Dokumente und Grundsatzpapiere feststellen kann, die die beiden Organisationen herausgeben.

Profit und Karriere

William F. Buckley jr., Eigner und Herausgeber von der Zeitschrift »National Review«-Magazin, einer der »konservativen« Veröffentlichungen mit Imprimatur des Establishments, hat einmal Bush angesichts der Kritik bezüglich seiner Mitgliedschaft in der politischen Establishment-Gruppe eilends verteidigt.

Buckley sagt, daß Kritik an der Gruppe das Produkt von »rechtgerichteter Einbildung« ist. Dagegen erwähnt er an gleicher Stelle nicht, daß er selbst ein Mitglied des CFR ist, und daß er auch an den höchst geheimen Bilderberger-Treffen teilgenommen hat und internationale Establishment-Gruppen teilweise von den Rockefellers und Rothschilds finanziert werden.

William Rusher, der Verleger von Buckleys Magazin, hat ebenfalls eine Kolumne verfaßt, in der er Bushs Mitgliedschaft in den beiden Gruppen verteidigt. Doch selbst Rusher, der leugnen würde, daß diese Weltgruppen tatsächlich mit dem Weltkommunismus verbündet sind, hat folgendes eingeräumt:

»Es kann nicht geleugnet werden, daß die Gruppe von gewissen Geschäftsinteressen und außenpolitischen Karrieremachern beherrscht wird, die stets das Festhalten der Sowjets an ihrem Ziel der Weltherrschaft unterschätzt haben, und die entsprechend eifrig mitgewirkt haben, um den Handels- und Kulturaustausch mit Rußland, das heißt, mit dem Sowjetimperium, von dem Rußland nur ein Teilbereich ist, zu erweitern.«

Über den CFR und die Trilaterale Kommission und den Beziehungen von Bush zu ihnen, erklärt Rusher: »Zweifellos ist es für ihn kein glücklicher Umstand – wenigstens bis vor kurzem –, daß er mit den liberalen, an der Ostküste konzentrierten Geschäftsinteressen identifiziert wird, die beide Gruppen beherrschen.

Es wäre vielleicht anders, wenn die Öffentlichkeit eigenen Grund hätte, zwischen seinen und ihren Ansichten zu unterscheiden, aber die Ansichten von Bush waren praktisch bis zum Zeitpunkt seiner Präsidentschaftskandidatur unbekannt. Wir sind aber berechtigt zu der Annahme, daß David Rockefeller – um nur das sichtbarste von vielen möglichen Beispielen zu nennen – den gleichen freizügigen Zugang zum Weißen Haus unter Präsident Bush haben würde, wie er ihn unter Carter und der Mehrzahl seiner Vorgänger genossen hat.«

Daß der Rockefeller-Clan und seine internationalen Konzernverbündeten Bush fest im Griff haben, steht außer Frage. Schließlich hat David Rockefeller persönlich Bushs Wahl als Vizepräsidenten auf der republikanischen Karte diktiert.

Und 1988, wenn Ronald Reagan ganz sicher nicht mehr im Wege steht, und derzeit in den Reihen der Republikanischen Partei keine große, populäre Alternative sichtbar ist, wird Rockefeller praktisch freie Hand haben, um Bushs Nominierung zum Kandidaten der Partei durchzusetzen. □

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir den zweiten Teil der Serie »George Bush: Der Mann der Trilateralen«.

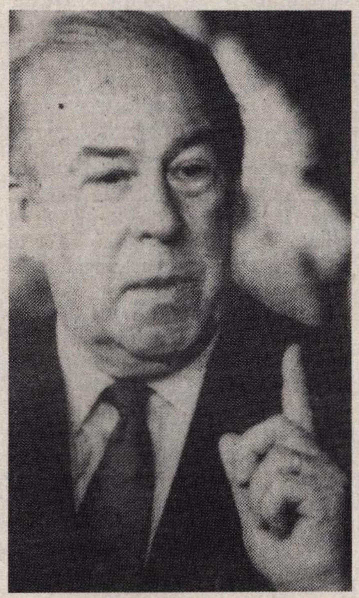
George Shultz

Klischees einer Politik

John Springfield

US-Außenminister George Shultz machte seine letzte Visite in Moskau mit dem Entschluß im Herzen, Verrat an den Vereinigten Staaten zu begehen. Zwei faustdicke Klischees übertünchten seine politische Mission bei den Sowjets. Das eine Klischee geht von der populären und allgemein verbreiteten Annahme aus, daß die Männer und Institutionen der Regierung der Vereinigten Staaten den nationalen Interessen dienen. Diese Annahme wird von vielen geteilt, ob schwach oder mächtig. Dieses Klischee verhüllt den Verrat von Shultz vor den Augen seiner Mitbürger und den Politikern der mit den USA verbündeten Regierungen. Das andere weitverbreitete Klischee ist der Wahn, daß die »wechselseitig zugesicherte Vernichtung«, also die Abschreckung auf der Basis von offensiven Nuklearwaffen, allein den Frieden sichern kann. Dieses Klischee verhüllt den Verrat vor Shultz' eigenen Augen, er wird damit ein Opfer eines Wahns.

Vor seiner Abreise nach Moskau erklärte der amerikanische Außenminister George Shultz vor dem Washingtoner Pressekorps, er hege die höchste Hoffnung und Erwartung, daß das Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow im November 1985 sowohl ein Rüstungskontrollabkommen als auch umfangreiche »kulturelle Austausch«-Programme zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hervorbringen werde. Er widersprach damit vorsätzlich US-Präsident Reagan, der am Tag zuvor dieselbe Gruppe Washingtoner Journalisten davor gewarnt hatte, über das Ergebnis des bevorstehenden Gipfels »höchste Hoffnungen und Erwartungen« aufzubauen.



George Shultz weiß, was er will und ist bereit dafür zu kämpfen. Das Problem liegt in dem, was er will.

Shultz weiß, was er will

Im Anschluß an die Äußerungen von Shultz veröffentlichte die sowjetische Nachrichtenagentur TASS eine Erklärung, in der Präsident Reagan beschuldigt wurde, »rüde Attacken« gegen die Sowjetunion zu führen und seine »Adjutanten in Verlegenheit zu bringen«, mit seinen Bemerkungen über das Rüstungswettrennen.

Der amerikanische Außenminister, der sich in nur einem Monat zweimal die Mühe gemacht hat, nicht nur im Widerspruch zum US-Verteidigungsminister zu stehen, sondern auch zu seinem Präsidenten, kann sich jetzt faktisch auf die Unterstützung von Sergei Losev, TASS und anderen Sowjetsprechern verlassen. Welche Zielsetzungen verfolgte George Shultz bezüglich des Gipfeltreffens, und woher nimmt er die Fähigkeit, dem amerikanischen Präsidenten öffentlich entgegenzuwirken?

George Shultz ist weder ein Mann, der verwirrt ist noch einer, der vor der Beibehaltung seiner Meinungen und politischen Grundsätze zurückscheut. Er weiß, was er will und ist bereit, dafür zu kämpfen. Das Problem liegt in dem, was er will.

Vorstellung von einer neuen Weltordnung

Ehe er im August 1982 amerikanischer Außenminister wurde, hat sich George Shultz sehr deutlich in seiner Befürwortung einer, wie er es damals nannte,



Zbigniew Brzezinski plädiert für ein neues Welt-System in Zusammenarbeit mit den Sowjets. Diese Gedanken fallen auch bei Shultz auf fruchtbaren Boden.

neuen, einzusetzenden Ordnung der weltweiten Angelegenheiten ausgedrückt. Bei zahlreichen öffentlichen Anlässen hat Shultz seine komplette Verachtung für Personen bezeugt, die er entweder für »Unangepaßte« oder »zu schwach« hielt, um diese neue Weltordnung zu akzeptieren und sich darein zu fügen.

Damals wie heute glaubt der amerikanische Außenminister, daß solche Unangepaßten und Schwächlinge von dem unerbittlichen Vormarsch dieser neuen Ordnung beiseitegefegt werden müssen – ohne jedes Bedauern. Der Minister selbst wäre der erste, der zugibt, daß diese Zeilen, sollte er sie jemals lesen, seine Gefühle fair und genau verkörpern. Er hat nie versucht, seine Verachtung für diejenigen zu verbergen, die er für Außenseiter und Schwächlinge hält.

Allerdings befindet sich hinter dieser Fassade der Entschlossenheit eine dumme und verhängnisvolle Vorstellung von Politik.

Die Vorstellung des Ministers von einer »neuen Weltordnung« ist so primitiv, so tölpelhaft, so banal wie das bescheidene kulturelle Gepäck, das zum harten Erscheinungsbild des Ministers gehört; er hat es von Henry Kissinger geerbt.

Voller Überzeugung hat sich George Shultz an die folgenden politischen Zielsetzungen gebunden: Das SDI-Programm des Präsidenten zusammenzustreichen auf ein kleines, begrenztes Vorhaben mit partieller Punkt-Verteidigung eines Teils der landgestützten ICBM-Standorte in den Vereinigten Staaten, die schließlich gegen »erhebliche Reduzierungen« von Offensivwaffen abgehandelt werden können. Dann Abzug aller US-strategischen Kontingente aus dem Pazifik, dem Indischen Ozean, dem Mittleren Osten, Afrika und Asien. Ferner Durchführung einer offenen strategischen Abkopplung der europäischen Verteidigung von derjenigen der USA. Beschleunigung der genoziden Wirtschaftspolitik gegenüber den Entwicklungsländern und Ablösung der Nationalstaaten, als Institutionen zum Management der Gesellschaft, durch private, multinationale Konzernmanagement-Verfahren.

Vorbereitung eines neuen Jalta

Aufgrund dieser tief empfundenen Überzeugungen reiste Außenminister Shultz damals nach Moskau, wo er Abmachungen schmiedete, die das »neue Jalta« zustandebringen sollen.

Shultz' größte Vorbereitung für den Genfer Gipfel bestand in einer internationalen Kampagne im Oktober 1985, um die pro-amerikanischen Regierungen auf den Philippinen, in Südafrika, Tunesien, Ägypten und Italien zu stürzen und praktisch jegliche pro-amerikanische Fraktion und Tendenz in der übrigen Welt systematisch zu unterminieren und zu bekämpfen.

Zwei Situationen sind beispielhaft für die Art und Weise, wie Shultz und das amerikanische Außenministerium operieren: das Mittelmeer und der Pazifik. Diejenigen, die eine militärische

Landkarte lesen können, erkennen, daß, wenn die USA ihre philippinischen Stützpunkte auf Subic Bay und Clark Air Field verlieren, sie sich auf die amerikanische Pazifikküste zurückziehen müssen, und zwar mit dem Ergebnis, daß das amerikanische Marine-Einsatzpotential im Pazifik auf ein Fünftel seiner derzeitigen Höhe verringert wird. Doch das amerikanische Außenministerium verfolgt eine aggressive Kampagne mit dem Zweck, den Philippinen-Staat entweder zu ruinieren oder ihn zu zwingen, die USA von ihren Basen zu vertreiben.



Das von US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger forcierte SDI-Programm will Shultz am liebsten zusammenstreichen zu einem begrenzten Vorhaben.

Im Mittelmeer hat George Shultz im Oktober 1985 mit Erfolg die letzten Bande zerrissen, die zwischen Amerika und Tunesien, Algerien, Marokko, Ägypten und Jordanien verblieben waren, und arrangierte mit Moskau und Israel, daß die gesamte Region in den Einflußbereich der Sowjets übergeben wird. Als letzte Geste zur Krönung dieses Arrangements erschien der Unterstaatssekretär des amerikanischen Außenministeriums, Michael Armacost, in Ankara – nur einen Tag vor der Moskaureise von Shultz –, um der türkischen Regierung mitzuteilen, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sind, die Militärhilfe für die Türkei zu erhöhen, die, wie die Türken vorgetragen hatten, benötigt werde, um den vermehrten Bedrohungen für ihre nationale Sicherheit begegnen zu können, die sich aus der amerikanischen Militärpräsenz dort ergeben haben. Kurz, Shultz läßt den Türken keine andere Wahl, als die amerikanischen Stützpunkte dort zu beseitigen.

Was Shultz für 1988 hofft

Entwicklungen wie diese setzen den amerikanischen Antrag, »regionale Fragen« zusammen mit den Fragen der strategischen Waffen auf den kommenden Gipfeltreffen zu verhandeln, in die richtige Perspektive. Liest man die militärische Landkarte und ignoriert diplomatische Erklärungen und sonstige verbalen Behauptungen, so kommt man zu den folgenden, begründeten und meßbaren Fakten: Erstens wenn die Pazifikpolitik von Shultz Erfolg hat, wird das US-Militärpotential im Pazifik bis 1988 um rund 60 Prozent verringert werden; zweitens, wenn die Politik von Shultz im Mittelmeer erfolgreich ist, wird das US-Militärpotential dort völlig beseitigt werden, ebenfalls bis 1988; drittens, wenn Shultz mit seiner Politik gegen Südafrika Erfolg hat, wird Amerikas Einfluß in Südafrika, sei es militärisch, politisch oder sonstwie, bis 1988 vollkommen ausgeschaltet sein; viertens, wenn die Politik von George Shultz der militärischen Herausforderung und der zwangsweisen Schuldeneinziehung in Ibero-Amerika Erfolg hat, wird der ibero-amerikanische Subkontinent 1988 nur noch ein barbarisches Schlachtfeld sein, auf dem die Vereinigten Staaten gegen ihre einstigen natürlichen Freunde und Verbündeten, die ibero-amerikanischen Republiken, kämpfen werden.

Diese vier Punkte sind nicht reine Projektionen in das Jahr 1988. Es sind aktiv verfolgte politische Zielsetzungen, die bis zu jenem Jahr erreicht sein müssen – einem wichtigen Wahljahr für die Vereinigten Staaten, und ansonsten ein wichtiger strategischer Wendepunkt für Rußlands alte strategischen Ziele.

Diese vier politischen Perspektiven stellen den wesentlichen Zusammenhang dar, in dem Shultz die Verhandlungen über »regionale Fragen« während des Genfer Gipfels organisierte. In welcher Beziehung stehen diese Hauptanliegen zur Rüstungskontrolle und zur Strategischen Verteidigungs-Initiative (SDI)?

Als sich der Sowjetchef mit US-Präsident Reagan in Genf traf, war er bereits davon unterrichtet, daß SDI aus drei sehr unter-



Henry Kissinger hat dem jetzigen US-Außenminister seine Vorstellung einer »neuen Weltordnung« vererbt.

schiedlichen Problemkreisen besteht: Erstens, ist es eine politische Zielsetzung von US-Präsident Reagan und US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger, um eine umfassende Raketenabwehr zum Schutz der Bevölkerung sowie der zivilen und militärischen Vermögenswerte des gesamten westlichen Bündnisses bereitzustellen.

Zweitens, es gibt ein anderes SDI, eine politische Perspektive, die von Shultz, Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski und anderen geteilt wird, um die technologische Möglichkeit zur Punkt-Verteidigung von Atomraketenbunkern zu entwickeln, und nachdem diese Möglichkeit entwickelt ist, sie gegen »große« Reduzierungen von atomaren Offensivwaffen zu verschieben.

Und schließlich gibt es noch ein drittes SDI, das tatsächliche Forschungs- und Entwicklungsprogramm, das derzeit in verschiedenen Forschungszentren der USA betrieben wird. Diesbezüglich wird Gorbatschow in der Lage sein zu wissen, daß es durch Unterfinanzierung, Kurzsichtigkeit, Druck aus dem US-Kongreß und so weiter derart geknebelt ist, daß es, wenn es weiterhin in seinem derzeitigen kläglichen politischen Exil dahinsiecht, niemals zu etwas mehr führen wird als einem armseligen, halbausgereiften punktuellen Verteidigungssystem, wie es Shultz und seine Genossen vorhaben.

Gerangel um die Nachfolge

Was ist somit die realistische »untere Grenze« der Gipfelgespräche zwischen Reagan und Gorbatschow?

Werden die Vereinigten Staaten, eingeschworen auf eine Politik des schnellen Rück- und Abzugs aus allen Ecken der Welt und sich darauf vorzubereiten, im Jahr 1988 nur noch mit 25 Prozent ihrer nach 1945 errichteten »Einflußsphäre« zu leben, bei den Sowjets um die Erlaubnis zu bitten, ein minimales Punkt-Verteidigungssystem für ihre Atomraketensilos zu haben und das als die einzige verfügbare militärische Garantie für die Sicherheit ihres in glänzender Isolation befindlichen Kontinental-Territoriums?

Ist dies die geheime Strategie für das Genfer-Gipfeltreffen gewesen und für alle kommenden Gespräche zwischen Washington und Moskau? Stellt dies die Perspektive dar, um die die großen politischen Koalitionen für das amerikanische Präsidentschafts-Wahljahr 1988 schachern?

Der Autor ist nicht in der Lage, die Antwort darauf zu wissen.

Aber er kann die Bedeutung der Frage erkennen. Was Gorbatschow angeht, so wird er bei seinen Treffen in Genf und bei den kommenden Gipfelgesprächen vorsichtig sein. Er wird jede Aktion zu vermeiden suchen, die eine Serie von Ereignissen in den Vereinigten Staaten auslösen könnte, wodurch das SDI-Programm von seinen derzeitigen Beschränkungen befreit wird und auf einen Kurs einer nationalen kriegsmäßigen Mobilmachung gelenkt werden könnte.

In diesem Sinne hat Gorbatschow Aktien an dem »Gerangel um die Nachfolge in Amerika« im Jahr 1988 eingekauft. □

Neue Jalta-Abkommen

Neuordnung ist reif zur Unterzeichnung

Peter Blackwood

In seiner Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1985 hat US-Präsident Ronald Reagan einen wie er es nannte, »kühnen Plan« vorgelegt, wonach die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten die Beilegung von regionalen Konflikten, in die die beiden Supermächte verwickelt sind, aushandeln sollten. Als Gebiete nannte der amerikanische Präsident Afghanistan, Kambodscha, Äthiopien, Angola und Nicaragua. Wie Reagan vorschlug, muß »der Ausgangspunkt ein Prozeß der Verhandlungen unter den kriegführenden Parteien in jedem der von mir genannten Länder sein, wozu im Falle Afghanistans auch die Sowjetunion gehört. Es gibt noch eine zweite Stufe: Nachdem Verhandlungen Platz greifen, sollten Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich zusammensetzen. In einigen Fällen könnte es angebracht sein, Garantien für bereits erzielte Abmachungen in Betracht zu ziehen.«



Ronald Reagan will sich mit den Sowjets über eine Neuaufteilung der Erde verständigen.

Dies ist der Rahmen, den Ronald Reagan auch auf dem Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow im November 1985 in Genf vertreten hat, bei dem es zu einem Sondergespräch über »regionale Fragen« gekommen ist, um »die legitimen Interessen« der beiden Supermächte in verschiedenen »Einflußzonen« zu erörtern.

Neuaufteilung der Erde

Überall in Ibero-Amerika, Asien und Afrika haben Amerikas verbündete Regierungen ihr Mißfallen an dieser Formulierung zum Ausdruck gebracht. Informanten aus einem breiten politischen Spektrum in Washington sind in ihrer Bewertung einstimmig, daß Reagans Formel zur Lösung regionaler Konflikte die öffentliche Enthüllung der Zustimmung der Regierung zu dem Pakt zwischen der Sowjetunion und der westlichen Oligarchie-Fraktion über die Neuaufteilung der Erde à la Jalta darstellt.

Das neue Jalta-Abkommen, wie 1982 von Henry Kissinger geäußert, sieht vor, daß die Vereinigten Staaten 25 Prozent ihrer Einflußzone in der Welt aufgeben, in der sie in den siebziger Jahren geherrscht haben. Amerikas Einfluß soll auf die westliche Hemisphäre begrenzt werden. Westeuropa, der Mittlere Osten, Afrika und Asien, einschließlich Pazifik, sollen an Moskau abgetreten werden, wobei China eine sekundäre Rolle in Asien spielt.

Die Souveränität der Nationen, die diesem Abkommen unterworfen werden, ist vom Standpunkt Moskaus und seiner westlichen Oligarchie-Partner völlig irrelevant. Das neue Jalta basiert auf der Annahme, daß die weltweite Wirtschaft auch weiterhin von der Zerstörung der nationalen Volkswirtschaften bestimmt sein wird, die von dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank gelenkt wird.

Wie das Geschäft läuft

Neues Jalta heißt die vorherrschende Doktrin im amerikanischen Außenministerium, und zwar seit Kissinger dort offiziell im Amt war. Sie erklärt die unleugbare Tatsache, daß das Außenministerium der Vereinigten Staaten von einem außenpolitischen Debakel ins andere geführt und einem Verbündeten nach dem anderen einen Dolch in den Rücken gestoßen hat – von Tunesien bis zum Mittleren Osten, über Pakistan bis zu den Philippinen und Südkorea, über Westeuropa, wo der neue Jalta-Klüngel nach der »Abkopplung« Westeuropas von Amerika und der Umverlegung der in Europa stationierten US-Truppen nach Mittelamerika schreit.

Das Unheil ist gewollt, da das US-Außenministerium den strategischen Rückzug der Amerikaner aus diesen Gebieten inszeniert, damit sie unter sowjetische Vorherrschaft fallen.

Die Einzelheiten zu dem hinter Reagans Angebot stehenden Plänen für ein neues Jalta sind in den letzten Monaten an zwei Standorten aufgetaucht. Zum einen in dem schnell vorangehenden Prozeß zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion. Zum anderen der Gedanke der gegenseitigen Konzessionen zur Lösung regionaler Konflikte – Konzessionen, die das neue Jalta definiert.

Dieser zweite Aspekt wurde in einem von Zbigniew Brzezinski verfaßten Artikel in der »New York Times« behandelt. Brzezinski, der berühmt ist für seine 1979 gemachte Behauptung, daß der »islamische Fundamentalismus ein Bollwerk gegen den Kommunismus ist«, betreibt seine Geschäfte vom »Center für Strategische und Internationale Studien« in Georgetown aus – quasi-offizieller Rückmeldekanal des US-Außenministeriums nach Moskau.

Brzezinski plädiert bei Afghanistan und Nicaragua für ein Tauschgeschäft. »Die beiden Situationen haben vielleicht nicht nur eine politische Parallele«, so schreibt Brzezinski, »sondern auch einen gewissen Grad der indirekten politischen Verbindung. Anders gesagt, eine konstruktive Lösung für die afghanische Tragödie muß auf einer Formel basieren, die die Vereinigten Staaten auch in Nicaragua akzeptieren können. Eingeschlossen in eine solche Formel sollten sein externe Neutralisierung und interne Selbstbestimmung.«

Im Austausch gegen Zugeständnisse

Brzezinski macht dann deutlich, daß dies rein ein Kunstgriff ist, damit die Imperien sich einigen. »Externe Neutralisierung verlangt Arrangements, die sicher-

stellen, daß das betreffende Land sich nicht mit Kräften verbündet, die der relevanten Supermacht feindlich gesonnen sind, oder sich in politischen oder militärischen Aktivitäten engagiert, die den regionalen Interessen jener Supermacht zuwiderlaufen. Interne Selbstbestimmung würde bedeuten, daß politische Arrangements innerhalb des Landes den frei zum Ausdruck gebrachten Ansichten der Bevölkerung entsprechen und daß solche Arrangements, zumindest anfänglich, verstärkt werden durch externe Kräfte, die für die jeweilige Supermacht annehmbar sind, jedoch nicht von ihr kontrolliert werden.«

Das für Afghanistan und Nicaragua vorgesehene Quidproquo ist Bestandteil eines größeren neuen Jalta, wie Bruce McColm vom Freedom House, einem Brzezinski nahestehenden Unternehmen, erläutert. Dieser größere Plan, so sagte er, reicht bis nach Südostasien und Südafrika. Daß im September 1985 Pol Pot zurückgetreten und verschwunden ist, ist Teil des komplexen Südostasien-Geschäfts, aus dem ein »neutralisiertes Kambodscha unter vietnamesischer Vorherrschaft« hervorgehen wird.

Dazu gibt es auch Informationen, die wiederum besagen, daß das Geschäft vor allem eine Einigung zwischen China und der Sowjetunion wiederspiegelt. Die Amerikaner würden zustimmen, »ausgeschlossen« zu werden, im Austausch gegen Zugeständnisse in Zentralamerika.

Die Sowjets würden sich bereit erklären, aus Thailand draußen zu bleiben. In Südafrika ist vorgesehen, daß die Sowjets allmählich ihr Eigentum aus Südwestafrika abziehen, wobei sie allerdings Angola behalten dürfen. Namibia soll »neutralisiert« werden. Südafrika erhält Garantien, daß es nicht angerührt wird.

Dies sind die Parameter, die für die »regionale Erörterung« zwischen Reagan und Gorbatschow in Genf gesetzt wurden. Aber Reagan und Gorbatschow haben nur noch die letzten Handgriffe an ein Abkommen gelegt, das bereits in Kraft getreten ist.

»Das neue Jalta läuft«, so William Sullivan, ehemaliger Botschafter auf den Philippinen und im Iran und jetzt Präsident der »American Assembly«, über die Beamte des US-Außenministeriums im Verlaufe der letzten beiden Jahre bilaterale Diskussionen mit ihren sowjetischen Amtskollegen geführt haben.

Zweimal fanden Gespräche über den Mittleren Osten statt, über Afghanistan, über den Fernen Osten, über Südafrika und über Ibero-Amerika. Auf amerikanischer Seite waren die Unterhändler der Referent für den Mittleren Osten und Südwestasien, Richard Murphy, der Referent für Afrika, Chester Crokker, sowie der Referent für asiatische und pazifische Fragen, Paul Wolfowitz.

Geschäft zwischen Israelis und Sowjets

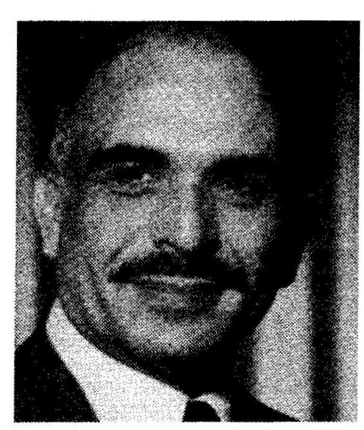
Die bilateralen Gespräche dienten als Mittel, um die Regeln festzulegen, nach denen eine Konfrontation der Supermächte vermieden wurde, während beide Parteien selektierte Nationalstaaten des unterentwickelten Sektors destabilisieren.

In den Einzelheiten dessen, wie das neue Jalta tatsächlich in den »Regionen« aussehen würde, zeichnet sich die Wahrheit dieses Abkommens in ihrer ganzen Nacktheit ab: das neue Jalta ist ein anderer Name für die sowjetische imperialistische Beherrschung der Erde.

Das erste dieser bilateralen Gespräche, das im Februar 1985 über den Mittleren Osten geführt wurde, fand zwischen Richard Murphy und dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Vladimir Polyakow statt. Das Datum für diese Gespräche, das zuvor zwei Monate lang strittig war, wurde schnellstens festgesetzt, sobald der saudische König Fahd Anfang Februar 1985 in Washington eingetroffen war und einen gemeinsamen arabischen Friedensvorschlag mitbrachte, der eine gemeinsame Vertretung von Jordanien und der PLO bei den Verhandlungen vorsah.

Das amerikanische Außenministerium zusammen mit Murphy war gegen eine Zustimmung der Amerikaner zu dem Vorschlag von König Fahd, der die Zustimmung von Irak, Jordanien und Ägypten hatte. Murphy argumentierte, die Vereinigten Staaten müßten erkennen, daß Syrien – und nicht Amerikas arabische Verbündeten – die Macht im Mittleren Osten sei, mit der die Vereinigten Staaten verhandeln müssen. Er hat gefordert, daß der Kongreß Syrien, die Kommandozentrale für islamischen Terrorismus, von der amerikanischen Liste der Terroristenstaaten streicht.

Wie die offiziellen Berichte über das Murphy-Polyakow-Treffen besagen, war der Zweck »zu unserem eigenen beiderseitigen Verständnis jener Probleme im Mittleren Osten beizutragen«. Der Sprecher des Ministeriums, Bernard Kalb, versicherte, daß das Treffen »nicht als Verhandlungen angesehen werden sollte, und wir keinen Abkommen vorgreifen. Sie sind reiner Gedankenaustausch. Sie stellen keine Änderung der amerikanischen Position bezüglich der die Region betreffenden Streitpunkte dar.«


Das Abkommen zwischen König Hussein von Jordanien und dem PLO-Führer Yasser Arafat paßt nicht mehr in die politische Landschaft.


Ägyptens Präsident Hosni Mubarak unterbreitete in Washington einen Vorschlag von König Fahd, der ebenfalls zu den Akten gelegt wurde.

Doch wie diplomatische Informanten in Wien, die Beobachter des Treffens waren, sagen, gehörte zu dem »Gedankenaustausch« auch ein Austausch von Vermögenswerten. Diese diplomatischen Quellen sagen, daß Murphy klipp und klar zu Polyakow gesagt hat: »Wenn Sie den Libanon wollen, nehmen Sie ihn. Wir wollen ihn nicht.«

In den unmittelbar darauf folgenden Monaten eskalierte der anhaltende Konflikt im Libanon mit dem Gemetzel von Palästinensern in Beirut durch die von Syrien unterstützte schiitische Amal-Miliz. Die Israelis zogen sich zurück, möglicherweise mit dem Versprechen, daß Syrien sein großsyrisches Reich einschließlich Libanon haben könne im Austausch gegen die fortgesetzte israelische Besetzung der Golan-Höhen.

Die PLO zum Abschuß frei

Indem der Arafat-Flügel der PLO zum Abschuß freigegeben wurde, haben die Partner Moskau – US-Außenministerium den Versuch gemacht, den einzig möglichen palästinensischen Verhandlungspartner für den Mittleren Osten auszuschalten – ein Prozeß, der in den letzten Monaten fast zu einem Abschluß gekommen wäre, als die Israelis das Hauptquartier in Tunesien überfallen haben, sowie mit dem Achille-Lauro-Zwischenfall.

Während im US-Außenministerium König Fahds Vorschlag verschoben wurde, den der ägyptische Präsident Hosni Mubarak Anfang März 1985 weiter unterstützt hatte, denunzierte Yevgenii Primakow, Leiter des sowjetischen Instituts für Orientalistik, das Abkommen zwischen König Hussein von Jordanien und Yasser Arafat und attackierte Arafat persönlich.

Im August 1985 war dann der Inhalt des Polyakow-Murphy-Geschäfts auch für den PLO-Chef offensichtlich, der am 1. August 1985 erklärte, daß die Einberufung einer amerikanisch-sowjetischen Konferenz über den Mittleren Osten ein Hauptpunkt bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen gewesen war. »Unmittelbares Ziel der PLO ist es«, so Arafat, »nicht aus diesem neuen Jalta ausgeschlossen zu sein.«

Neue Jalta-Abkommen

Neuordnung ist reif zur Unterzeichnung

Am 30. Mai 1985 gab das US-Außenministerium seine Bedingungen für eine solche Konferenz bekannt. Diese Bedingungen waren exakt die Inhalte des Geschäfts, das sich jetzt als die Voraussetzungen für eine israelisch-sowjetische Annäherung abzeichnet. Damit es zu einer Konferenz nach den Wünschen Moskaus komme, so sagte das US-Außenministerium, müssen die Sowjets Israel anerkennen; die Sowjets müssen die Mißhandlung von jüdischen Minderheiten innerhalb der Sowjetunion einstellen und gestatten, daß Juden auswandern nach Israels West-Bank, den offiziell sanktionierten Anti-Semitismus in der Sowjetunion einstellen sowie die Lieferung von Waffen an den Iran und an Terroristen im Libanon.

Wie Sullivan in einem Interview erklärte, wird das neue Jalta für den Mittleren Osten davon abhängen, ob »es zu einer israelisch-sowjetischen Annäherung kommt und was sie miteinander aushandeln«. Israelische Informanten deuten an, daß der Handel zwischen Sowjets und Israelis Rückwirkungen auf die Vereinigten Staaten hat – als ein Sprungbrett für Amerikas einseitige Kapitulation.

Shlomo Avineri, ehemaliger Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, erklärte im Oktober gegenüber der Nachrichtenagentur UPI: »Sobald die Sowjets bereit sind, die Tore für Auswanderer nach Israel wieder zu öffnen, kann Israel sicher dafür sorgen, daß die anti-sowjetische Propaganda in den Vereinigten Staaten verringert wird.«

Das Endresultat des neuen Jalta im Mittleren Osten ist der Abzug der Amerikaner aus diesem Gebiet und das Erstarken eines Großisraels und Großsyriens unter sowjetischer Schirmherrschaft.

Weiteres Ziel: Subkontinent Indien

Am 18. Juni 1985 setzte sich Murphy in Washington an einen Tisch mit Oleg Sokolow, die Nummer zwei in der sowjetischen Botschaft, sowie mit Yuli Aleksejew, Chef der Mittelost-Abteilung des sowjetischen Außenministeriums. Es ging um den »Gedankenaustausch« über Afghanistan. Murphy soll seinen Handel angeboten haben, wonach es der Sowjetunion gestattet sein würde, Afghanistan zu »finnlandisieren«, und zwar im Austausch gegen den Abzug der Sowjettruppen aus dem Land.

Allerdings gibt es wenig zu diskutieren über Afghanistan, wo die Sowjets sich fest eingegraben haben und nichts gewinnen, wenn sie abziehen. Afghanistan ist für zukünftige Militär-Schachzüge der Sowjets entscheidend, und die Sowjets haben ihre Präsenz in Afghanistan zu einem vorgeschobenen Stützpunkt gemacht, von dem aus sie nach dem Iran und Pakistan sowie an der Erfüllung des russischen Traums eines Warmwasserhafens arbeiten können. Zusätzlich ist Afghanistan ein entscheidender Abschnitt in der sowjetischen Umzingelung und Eindämmung Chinas.

Tatsächlich diskutiert wurde die Eskalation des sowjetischen Drucks auf und der amerikanische Abzug aus Pakistan. Seit den Juni-Diskussionen hat der sowjetische Druck – sowohl militärisch als auch durch interne Aufstände – in Pakistan derart zugenommen, daß der sowjetische stellvertretende Außenminister Michail Kapitsa kürzlich geäußert hat: »Pakistan befindet sich mit der Sowjetunion im Krieg.«

Auch haben die Sowjets ihre Unterstützung für die Separatistenbewegungen in Sind, Baluschistan und der nordwestlichen Grenzprovinz vergrößert. Kapitsa hat Pakistan gedroht: »Die drei Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan sind ein Problem für sie. Es sind Pathans. Vergeßt nicht, was in Puschtunistan war.«

Daß Amerika Pakistan aufgibt, ist die Motivation für die neuentdeckte Liebe für Indien, wie sie Henry A. Kissinger auf einem Treffen am 15. Oktober 1985 der Indo-Amerikanischen Handelskammer zum Ausdruck gebracht hat. Es war auch Kissinger, der 1971 das »pakistanische Umkippen« im Rahmen seiner Politik der China-Karte ausführte und



Indira Gandhi verärgerte die Sowjets mit ihrem Standpunkt in Fragen der Unabhängigkeit und Blockfreiheit.

dem indischen Außenminister damals sagte, daß Washington nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Indien »mit den Sowjets ginge«.

Doch wenn erst ein entzweites Pakistan dem sowjetischen Druck erlegen ist, dann gibt es keinen Puffer mehr, der einer totalen sowjetischen Herrschaft über Indien im Wege steht. Die Sowjets haben deutlich gemacht, insbesondere in den Monaten vor der Ermordung von Indira Gandhi am 31. Oktober 1984, daß sie verärgert sind über Indiens Standpunkt der Unabhängigkeit und Blockfreiheit.

Südliches Afrika und Fernost

Die Anfang Juli 1985 durchgeführten Gespräche zwischen Chester Crocker vom US-Außenministerium und seinem sowjetischen Amtskollegen – während sich die Krise in der Republik Südafrika zuspitzte – drehten sich um ein Regionalpaket, wie McColm von Freedom House es beschrieb.

Unter der Anführung des für das neue Jalta rührigen Republikaners Stephen Solarz, der mehrere Solo-Reisen nach Moskau gemacht hat, sind die Vereinigten Staaten soweit gekommen, den Afrikanischen National-Kongreß (ANC), eine, wie sie selbst sagen, kommunistische Organisation unter der Leitung von Moskau, als den primären Verhandlungspartner für die südafrikanische Regierung anzuerkennen. Dies ist im besten Fall eine Formel, die die Festsetzung der Gewalttätigkeiten im südlichen Afrika garantiert.

Aus Crockers Sicht ging es in der Hauptsache darum, Südafrikas militärische Intervention gegen die regionalen Unternehmungen der Sowjets niederzuschlagen, die von ostdeutschen und nordkoreanischen Kadern geleitet werden.

Im September 1985 machte sich Paul Wolfowitz vom amerikanischen Außenministerium auf nach Moskau, wo er mit dem sowjetischen stellvertretenden Außenminister Michail Kapitsa Fragen zum Problem Fernost behandelte. So wie die anderen bilateralen Gespräche war auch dieses als ein »Gedankenaustausch« über »offizielle Positionen« gedacht.

Wolfowitz, so sagt man, wollte Amerikas Besorgnis über die Verstärkung der sowjetischen Pazifikflotte vortragen sowie über die Lieferung von MiG 23 an Nordkorea und den Indonesienkonflikt.

Doch obwohl nur »offizielle Ansichten« diskutiert wurden, informierte Wolfowitz führende japanische und koreanische Politiker, die er später in Tokio und Seoul traf, daß seine Gespräche mit Kapitsa »vertraulich« waren. Das heißt, das amerikanische Außenministerium gewährt der Sowjetunion jetzt mehr Achtung als seinen eigenen engsten Verbündeten.

Ende Oktober kam es dann noch zu Gesprächen zwischen sowjetischen und amerikanischen Außenministeriums-Beamten über Fragen von gegenseitigen Interessen in Mittel- und Südamerika.

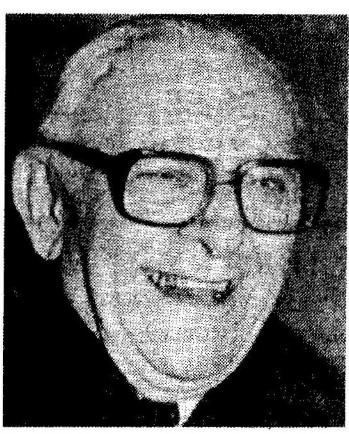
Wann der amerikanische Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow offiziell die neuen Jalta-Abkommen absegnen werden, ist noch offen. Vielleicht wird alles über den unkomplizierten Weg des »Gedankenaustausches« geregelt und auf diese Weise die Erde zwischen den beiden Supermächten neu aufgeteilt. Sie brauchen dazu nicht persönlich ihre Namen unter ein neues Jalta-Abkommen zur Zerstörung der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten zu setzen. □

Neue Jalta-Abkommen

Die Neuordnung des Mittleren Ostens

Bis zum Herbst 1985 waren volle diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei alles andere als Realität. Dann folgte eine Reihe von geheimen Treffen zwischen israelischen und sowjetischen Beamten, darunter eine Zusammenkunft zwischen Gorbatschow und Perez in Paris. Danach gab Moskau bekannt, daß man bereit sei, mit Israel »Interessensektionen« auszutauschen, die wenigstens so groß sein dürften, um die praktischen Aspekte des Lufttransportes von schätzungsweise 400 000 sowjetischen Juden nach Israel zu handhaben.

In Berichten aus Moskau und Jerusalem wird erklärt, daß die meisten arabischen Regierungen, eingeschlossen Ägypten und Jordanien, eine dringliche Empfehlung an Moskau gegeben haben, die gegenseitige Anerkennung mit Israel voranzutreiben, damit Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der Sowjets so bald wie möglich aufgenommen werden können.



Hammer ist ein Freund des Kommunismus aus der Zeit, als Lenin mit der sowjetischen Revolution siegte.

Hammer und Bronfman

Auf amerikanischer Seite hat der Unterstaatssekretär im US-Außenministerium Richard Murphy im Namen von George Shultz, das amerikanische Repräsentantenhaus davon unterrichtet, daß die Vereinigten Staaten nicht nur keinen Einspruch gegen diesen sich abzeichnenden Plan erheben, sondern in der Tat sowohl Israel als auch Moskau dringlich ermutigt haben, den Prozeß zu beschleunigen.

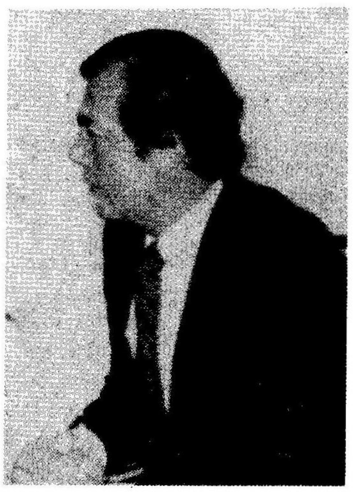
Auch hat Edgar Bronfman vom World Jewish Congress ein Verhandlungsgleis zwischen der sowjetischen und israelischen Regierung aufrechterhalten, das parallel zu dem von Dr. Armand Hammer gepflegten verläuft.

Es gibt anscheinend eine gewisse Konkurrenz zwischen den beiden Millionären darüber, wer von ihnen die Konzessionen für das lukrative Geschäft kontrollieren wird, das sich mit dem Transport und der Niederlassung von mehr als einer halben Million Menschen machen läßt. Verschiedene israelische Ministerien und politische Interessengruppen kämpfen ebenfalls untereinander um die Beute und geben so den Anschein eines weiteren typisch israelischen Politikgerangels.

Die Situation ist unter dem Strich und dem Inhalt nach die, daß die Vereinigten Staaten bereits heute dem Mittleren Osten Goodbye sagen und versuchen, dies so schmerzlos wie möglich zu tun.

Israel als militärische Supermacht

Israels führende Politiker sind lange am Werk gewesen, um ihren kleinen Ministaat in ein modernes Venedig zu verwandeln, den Makler aller Machtverhältnisse im Mittelmeer-Raum. Der Plan sieht eine Fortsetzung seiner derzeitigen »kriechenden annektionistischen« Politik vor; Fermentierung der Destabilisierung und des Zusammenbruchs der benachbarten arabischen Staaten; die Kultivierung von priesterherrschaftlichen und ethnischen Minderheitsbewegungen; die Aufrechterhaltung der überwältigenden militärischen Überlegenheit über ganz Westasien sowie Nord- und Zentralafrika; die geschickte Manipulation von Geheimdienst- und politischem Establishments in den Hauptländern des Westens.



Edgar Bronfman konkurriert mit Hammer um die Konzession für das lukrative Geschäft der Umsiedlung.

Die Israelis brauchen vor allem zwei wesentliche Zutaten, um diesen Plan für ein »neues Venedig« durchzuführen: Arbeitskräfte, um aus ihrer demographischen Enge und finanziellen Verhältnissen auszubrechen und ihren langfristigen Rüstungsaufbau fortzusetzen, der im Zusammenhang mit dem sogenannten Lavie-Projekt steht.

Es scheint, daß die Sowjetunion jetzt bereit ist, die Arbeitskräfte zu liefern. Der Senat der Vereinigten Staaten bereitet die Bewilligung eines 14,5 Milliarden schweren Dollar-Paketes vor, um Israel zu einer erstklassigen militärischen Supermacht für das 21. Jahrhundert zu machen.

Die Bekanntgabe, daß die Vereinigten Staaten dem Antrag der Türkei nach erhöhter Militär- und Wirtschaftshilfe nicht entsprechen können, hat eine Dominoreihe von Ereignissen in Gang gesetzt, an deren Ende die Übergabe der Kontrolle über die türkische Meeresenge an die Schwarzmeerflotte der Sowjets bis 1988 stehen dürfte. Wenn dies eintritt, wird das gesamte Mittelmeer praktisch sofort ein »See Rußlands«, eine Perspektive, die die klugen israelischen Strategen in Jerusalem nicht übersehen haben.

Aus der Sicht der Interessen der arabischen Nationen und Regierungen enthält die Anordnung, die nunmehr auftaucht, die Saat tödlicher Gefahren. Viele Araber, darunter auch Yassar Arafat, haben vor einem solchen »neuen Jalta« in den jüngsten Monaten gewarnt.

Die amerikanische Politik, Tunesien und Ägypten antagonistisch zu stimmen, hat es den Arabern unmöglich gemacht, gegen diese sowjetischen Übergriffe effektiv vorzugehen, und sie haben es daher vorgezogen, die Vorhänge herunterzulassen und versuchen, die sich abzeichnende »neue Ära« sowjetischer Vorherrschaft zu überleben. Sie begeben sich allerdings auf unbekannte Gewässer. Niemand, nicht einmal der abenteuerfreudigste der israelischen Führer weiß, wie sie sich in dem neuen Mittleren Osten verhalten werden, der sich nunmehr abzeichnet.

Der Stachel im Fleisch

Aber auch für die Sowjets sind die Gewässer unbekannt. Zweifellos dürfte Moskau nicht allzu viel Gewissensbisse zeigen, wenn Israel jene arabischen Nachbarn, die jetzt noch überleben, zerteilt und in Stücke bricht.

Ein nuklear-potentes Israel, das sich verpflichtet, sowjetische Machtprojektionen zu seinen eigenen Zwecken zu vermitteln, wird mehr als ein ärgerlicher Stachel im Fleisch der »großen sowjetischen Imperiumsplanung« sein. Sowohl Israel als auch die Sowjetunion stehen jetzt so, daß sie mehr abbeißen, als sie schlucken können – nämlich einander. □

Libyen

CIA-Geheimplan zum Umsturz

Richard V. London

Ein neuer CIA-Geheimplan zum Umsturz der Regierung des libyschen Führers, Oberst Muammar el-Gadaffi, ist der Nachhall eines ähnlichen Vorhabens, das vor 15 Jahren auf den Seiten der »National Review« vorgeschlagen wurde, einem zweiwöchentlich erscheinenden Magazin des ehemaligen CIA-Agenten William F. Buckley jr., der ein vehementer Verteidiger der israelischen Aggression ist und immer war.

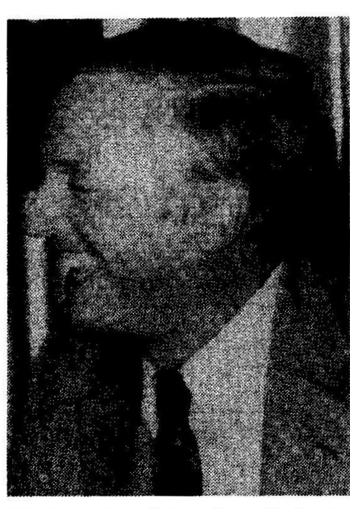
Buckley, dessen familieneigene Pantepec International Petroleum Ltd. eine 650 000 Morgen umfassende Konzession in dem Sirte Bassin von Libyen besaß – wo sich die Hauptölfelder des Landes befinden –, hat allen Grund, verärgert zu sein: der libysche Anführer, Oberst Muammar el-Gadaffi, hatte einen Großteil der Erdölinteressen in seinem Land verstaatlicht.

Strategische Alternative

Der Artikel in der Zeitschrift »National Review« legte einen kalt berechneten Plan für die Beseitigung Gadaffis und die Wiederherstellung der Macht des internationalen Erdölkartells vor, zu dem die Buckley-Familie als integraler Bestandteil gehört.

Eine 29 Seiten starke, top-secret »Verwundbarkeitsstudie«, die vom CIA und anderen Geheimdienststellen mit Datum vom 18. Juli 1984 vorbereitet wurde, kommt zu dem Schluß, daß »nichts anderes als die Beschleunigung des Sturzes Gadaffis eine bedeutsame und dauerhafte Veränderung der libyschen Politik herbeiführen wird«.

Es folgen einige der wesentlichen Auszüge aus dem Plan der »National Review« zur Invasion Libyens, ein Vorhaben, das jetzt



William Buckley jr. plädierte für eine Beseitigung Gadaffis, weil die familieneigene Ölgesellschaft ihre Konzessionen in Libyen verlor.

in einem Geheimplan jüngeren Datums wiederholt wird, der von dem CIA entworfen und von der Reagan-Regierung gebilligt wurde.

Der Artikel mit dem Titel »Eine strategische Alternative: Sollen wir Israel ruinieren?« befürwortet alles andere als das, was er vorzugeben scheint. Der Plan befürwortet die Zerstückelung Libyens zugunsten der multinationalen Ölkonzerne und dem Aufbau Israels zu einer Supermacht, unterstützt von US-Streitkräften:

»Angenommen, anstatt die Sowjets direkt anzugreifen oder amerikanische Truppen um Israels willen sterben zu lassen oder darauf zu warten, bis die Russen mittels arabischer Körper Israel tatsächlich angreifen, ehe wir entschieden haben, was wir tun werden, würden wir Libyen mit Militärgewalt einnehmen und, falls notwendig, die rund 3,5 Millionen Einwohner jener ›Nation‹ nach Ägypten vertreiben oder transportieren.

Die »Hot-Line« nach Moskau

Im Verlauf eines derart monumentalen Schrittes gäbe es eine ›Hot-Line‹-Verbindung zwischen den Regierungshäuptern, wobei unser Präsident die Ernsthaftigkeit unseres Zweckes den Russen klarmachen würde und jegliche Absicht dementiert, die Aktion in einen strategischen Schritt gegen Rußland selbst auszuweiten.

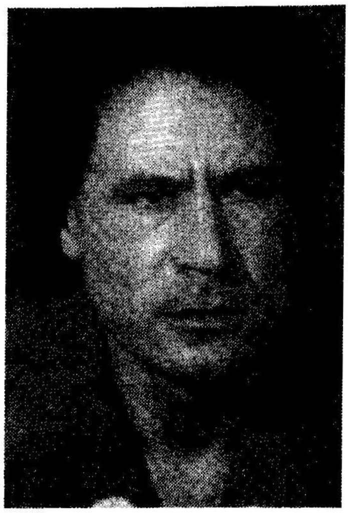
Im Realfall sind die Russen nicht auf einen ersten Nuklearschlag gegen Amerika vorbereitet. Sie werden einen solchen nicht auslösen, es sei denn (1), sie sind überzeugt, daß wir dabei sind, einen ersten Schlag gegen sie zu führen, oder (2) es kommt zu einer Eskalation eines konventionellen Krieges zwischen den beiden Supermächten. Somit besteht die allergrößte Wahrscheinlichkeit, daß, im Falle eines größeren militärischen Engagements unsererseits in einem neuen Gebiet, sie alles Mögliche tun werden, nur nicht auf unsere Schiffe zu schießen.

Ein derartiges größeres konventionelles Engagement wird tatsächlich weniger eher einen Nuklearangriff hervorrufen als danebenzustehen und einen implizierten Nuklearangriff in einem Versuch zu benutzen, die Russen aus Ägypten ›zu vertreiben‹.

Sowjetische Land-Land-Raketen und Artillerietruppen werden sehr wahrscheinlich nach Ägypten gehen und auf uns schießen. Doch werden es keine Raketen mit Nuklearsprengköpfen sein, und die Russen werden sorgfältig behaupten, daß es die Ägypter waren. Damit wird die unmittelbare Krise in Nahost gelöst. Aber die strategischen Auswirkungen einer solchen Aktion werden weit über Nahost widerhallen.

Die vorgeschlagene Besetzung Libyens ist eine begrenzte Aggression, die weniger Leute braucht als Vietnam, doch in strategischer Hinsicht wird sie den Vietnamkrieg um das Vielfache überwiegen.

Zuerst einmal, um die unmittelbare Frage zu behandeln, die zu dem vorgeschlagenen Schritt Anlaß war, betrachten Sie die neue Position Israels. Anstatt



Muammar el-Gadaffi soll nach einem Plan des CIA, der die Zustimmung Reagans hat, ermordet werden.

vollkommen allein in Nahost zu sein, wird es einen Verbündeten auf der anderen Seite seines mächtigsten Feindes haben. Da Amerika über die größere Bedrohung verfügt, wird Ägypten gezwungen sein, seine Aufmerksamkeit von der Aggression gegen Israel wegzunehmen und auf die Verteidigung gegen die Vereinigten Staaten zu legen.

Darüber hinaus wird der arabischen Bevölkerung innerhalb Israels eine grausame Alternative vor Augen geführt worden sein: Zwangsvertreibung.

Libyen als Ausgangspunkt

Es geht nicht bloß um die Frage der tatsächlichen strategischen Bedrohungen, die sich durch unseren Besitz Libyens stellen könnten, sondern es geht um die Frage, in Angelegenheiten Eurasiens und Afrikas am längeren Hebel zu sitzen, was unseren Planern und Diplomaten bisher nie gelungen ist. Die Akquisition von Libyen wird den USA zum ersten Mal eine Alternative

zur NATO geben. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß sich die NATO in den Anfangsstadien des Auseinanderbrechens befindet.

Unsere Position in Libyen könnte als Ausgangspunkt und Basis benutzt werden, um von dort aus in weitere Gebiete in Afrika und dem Mittleren Osten sowie nach Osteuropa zu expandieren oder mit einer solchen Expansion zu drohen.

Enger gesehen, wird Amerika die beherrschende Macht im Mittelmeerraum. Unser fernes Machthauptquartier – die kontinentalen Vereinigten Staaten – wird, was Mittelmeer-Angelegenheiten betrifft, unverwundbar sein, dagegen in diesen Gegenden unmittelbar präsent sein.

Betrachten wir die wirtschaftlichen Ergebnisse für die Vereinigten Staaten. Das Territorium, knapp dreiviertel Millionen Quadratmeilen, enthält umfangreiche Bodenschätze, einschließlich Erdöl. Die Ölvorkommen sind bereits erschlossen. Die Quellen werden echtes Bargeld liefern, mit dem die Unkosten der Expedition direkt beglichen werden könnten.

Anstatt der Nachwehen eines totalen Verlustes werden wir bedeutende neue Einnahmequellen erworben haben, wodurch die Grundlage für den Ausbau unserer Wirtschaftsmacht gegeben ist, und was vor allem das Öl betrifft, würden wir unseren Wirtschaftshebel in Europa verlängern und gleichzeitig mit der Sowjetunion und den Mitteloststaaten verkürzen.

Die Entwicklung dieses Territoriums könnte teilweise durch die Regierung finanziert werden und könnte zu einer wirtschaftlich gesunden Lösung unserer wachsenden Probleme der Arbeitslosigkeit und Sozialfürsorge beitragen.

Und schließlich würde sich die ganze Welt einem neuen Faktor in den strategischen Kalkulationen gegenübersehen. Die Vereinigten Staaten hätten ihr Territorium in einem Aggressionskrieg erweitert. Wir hätten es in Libyen gezeigt, und niemand würde es jemals vergessen.«

Zumindest die letzten sechs Worte sind wahr. Buckleys abenteuerlicher Plan ist nichts anderes als ein gemeinsames Programm des internationalen Ölkartells und der israelischen Lobby. Es ist symbolhaft für die engen Beziehungen unter den Establishment-Machtblöcken, die heute die Weltpolitik diktieren und dies seit Jahrzehnten tun.

Weißes Haus dementiert

Die Studie aus dem Jahr 1984 soll die Grundlage sein, auf der all in der Welt verantwortlich sein soll.

Wie immer wieder ausgeführt wird, ist die Betonung, die die amerikanische Regierung auf die Ausrottung des »Terrorismus« legt, zu einer Hauptstreitfrage in den Reihen der Verteidigung, Diplomatie und der Geheimdienste geworden. Und viele Kritiker haben behauptet, daß die Frage des »Terrorismus« nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver ist, um den politischen Dissens zum Schweigen zu



Diese Ausgabe von William F. Buckleys »National Review« enthielt einen Artikel, der einen militärischen Einmarsch in Libyen vorschlägt, um seine Erdölfelder zu beschlagnahmen und seine Bevölkerung zu vertreiben.

die Reagan-Regierung den CIA-Plan zur Absetzung des libyschen Anführers gebilligt hat.

Allerdings hat das Weiße Haus jeglichen Plan zur Ermordung von Gadaffi dementiert.

Die Opposition der Reagan-Regierung gegen Gadaffi ist angeblich dadurch begründet, daß der libysche Anführer für die Ermutigung von »Terrorismus« überbringen, insbesondere denjenigen, der die Interessen Israels bedroht.

Trotz ihrer Rhetorik hat die amerikanische Regierung gewaltsamen Aktivitäten praktisch ihre andere Wange hingehalten, die mit dem Mossad, dem israelischen Geheimdienst, in Verbindung gebracht werden und seinen Verbündeten in den Vereinigten Staaten wie beispielsweise der Jewish Defense League.

Wie aus vertraulichen Kreisen verlautet, wurde im vorletzten Jahr, als der geheime Plan zum Umsturz von Gadaffis Regierung zum ersten Mal in Regierungskreisen diskutiert wurde, das Vorhaben von dem stellvertretenden Direktor des CIA, John McMahon, abgeblockt. Er hat seinerzeit behauptet, daß die libyschen Exilisten und andere Gegner Gadaffis zu schwach seien, um eine Erfolgschance zu haben. Er bezeichnete sie als »Pfadfinder«.

Durch den CIA-Plan, der im Herbst 1985 von US-Präsident Ronald Reagan gebilligt wurde, sollen die Aktivitäten der Gadaffi-Regierung, die ihrer Art nach als »terroristisch« betrachtet wird, gestört und vereitelt werden.

Gerüchten nach hofft der CIA, daß die Frustration, die er Gadaffi zu bereiten gedenkt, der innenpolitischen Opposition des libyschen Anführers Gelegenheit gibt, seine Regierung zu stürzen, oder daß einer von Gadaffis feindlich gesinnten arabischen Nachbarn effektiv die Arbeit von Israel macht und militärisch auf Gadaffi antwortet.

Die 1984 erstellte Verwundbarkeitsstudie suggeriert, daß »mittels eines breiten Programms in Zusammenarbeit mit Schlüsselländern bei politischen, wirtschaftlichen und paramilitärischen Aktionen« Gadaffis Regime unterminiert werden kann.

Israels Kritiker sollen schweigen

Der Bericht sagt weiter, daß libysche Anti-Gadaffi-Gruppen im Exil »bei erheblicher Unterstützung bald eine Kampagne der gelegentlichen Sabotage und Gewaltakte beginnen könnten, die weitere Herausforderungen an Gadaffis Machtbefugnis ins Rollen bringen könnten«.

Was schlußendlich bei dem von der Regierung unterstützten CIA-Vorhaben herauskommt, bleibt abzuwarten. Doch daß der Plan an sich überhaupt jemals entworfen wurde, ist ein sicheres Zeichen dafür, daß Bemühungen, Israels Kritiker zum Schweigen zu bringen, an oberster Stelle der internationalen Establishment-Agenda stehen. □

Libyen

US-Terror gegen Gadaffi

James Harrer

»Libyen und Amerika brauchen einander nicht über den Lauf einer Pistole gegenüber zu stehen«, behauptete Botschafter Rajab Azzarouk, der Chefdelegierte Libyens bei den Vereinten Nationen.

»Der einzige Disput, der zwischen uns steht, geht um die Palästinafrage. Wir haben – mehr als einmal in den letzten Jahren – angeregt, unsere diesbezüglichen Differenzen zu erörtern und friedlich beizulegen. Doch wann immer auch wir uns an Washington wenden, stoßen wir dort auf versteckte Aktionen, Verschwörungen, Attentatspläne, die sich gegen unseren Führer richten. Da bleibt wenig Raum für Diplomatie übrig.«

Reagan billigt CIA-Aktion

Im November 1985 waren die Titelseiten der amerikanischen Zeitungen gefüllt mit Stories über die Enthüllung, daß US-Präsident Ronald Reagan eine Geheimaktion des CIA gebilligt hatte, deren Ziel der Umsturz der libyschen Regierung war. In Antwort darauf gab Azzarouk amerikanischen Journalisten ein Interview, um den Standpunkt seines Landes darzulegen.

»Wenn andere Regierungen Agenten hinaussenden, die mit Sprengstoffen oder schallgedämpften Waffen ausgerüstet sind, bezeichnet es Präsident Reagan als ›Staatsterrorismus‹«, so äußerte Azzarouk. »In Wahrheit braucht Amerika wirklich nicht auf derartige Praktiken zurückzugreifen.

Wenn man sich den neuesten Bericht der US-Regierung über Terrorismus anschaut, stellt man fest, daß meine Regierung nicht einmal beschuldigt wird, auch nur einen einzigen Akt politischer Gewaltanwendung in Amerika begangen zu haben.«

Libyen, das sich zwischen Tunesien und Ägypten am Mittelmeer hinstreckt, wurde 1951 ein unabhängiger Staat, nachdem es jahrelang von verschiedenen europäischen Mächten besetzt war. Zunächst unter dem Namen Vereinigtes Königreich von Libyen bekannt, wurde das erdölreiche Land dann im September 1969 in die Arabische Republik Libyen umgewandelt, und zwar durch einen unblutigen Staatsstreich einer Gruppe junger, nationalbewußter Offiziere, die den alternden Monarchen König Idris absetzten.

Azzarouk sprach mit Bitterkeit, aber offensichtlicher Sorge von der sich seit langem dahinziehenden Kampagne gegen sein Land, die von den überwiegend pro-israelischen US-Medien geführt wird.



»Wir sind bereit, unseren Disput mit den USA auf dem Verhandlungsweg beizulegen, doch nur, wenn auf der anderen Seite kein Scharfschütze auf unsere Führer zielt«, sagt Libyens UN-Botschafter Rajab Azzarouk.



Zusammengeflicktes Machwerk

»Nicht jeder Chefredakteur ist ganz so kriegerisch wie Mr. Buckley«, bemerkte der Botschafter zu den dringlichen Aufrufen nach einer Invasion des Militärs in Libyen und der Besetzung seiner reichhaltigen Ölfelder, die in »National Review« erschienen sind, dem Magazin von William F. Buckley jr.

»Aber es ist fast unmöglich, eine faire Behandlung in der amerikanischen Presse zu bekommen, nicht nur für mein Land, sondern für jedes Land, das als ein Kritiker oder Gegner Israels gekennzeichnet wurde.«

Azzarouk verspottete die Titelseiten-Berichte, die zuerst 1981 erschienen waren und behaupteten, Libyen plane einen Angriff auf Reagan, beziehungsweise es habe ein »Schlägerteam« nach Washington zu seiner Ermordung entsandt.

»Das war nicht nur falsch; es war eine tendenziöse Lüge, ein von israelischen Quellen gespeistes Gehirngespenst«, so erklärte der Botschafter. »Erinnern Sie sich noch an die sogenannte ›Liste der Kommandomänner‹, die 1981 in der Presse die Runde machte und angeblich die Terroristen in Libyens Sold identifizierte, die den Präsidenten erschießen sollten?

Ich glaube, es war die Zeitung ›The Spotlight‹, die diese sogenannte ›Liste‹ als erste als ein Schwindel aufgedeckt hat. Jetzt hat ein englischer Journalist diese Verleumdung noch einmal untersucht. Er hat festgestellt, daß die Namen auf dieser sogenannten ›Liste‹ ein völlig bedeutungsloses Durcheinander von Namen ist, die offenbar aus einem Hut gezogen wurden. Sogar Nabih Berri, der Führer der Shia im Libanon, stand auf der Liste.

Es war ein schnell zusammengeflicktes Machwerk. Doch haben in der jüngsten Zeit eine Reihe von US-Zeitungsberichten diese Verleumdung wieder aufgewärmt und so zitiert, als ob sie wahr wäre. Das ist eine sehr unfaire Behandlung.«

Azzarouk bedauerte die zunehmende Tendenz in der amerikanischen Presse, Terrorvorhaben gegen Libyen zu erörtern, als seien sie gerechtfertigte politische Maßnahmen.

Staatsterrorismus gegen die arabische Welt

»In seiner Ausgabe vom 3. August 1981 beschrieb ›Newsweek‹ im einzelnen einen Plan zur Ermordung der Führer unserer Nation und unserer Revolution«, wie sich der Botschafter erinnerte. »In späteren Ausgaben veröffentlichte dasselbe Magazin Einzelheiten dieses Planes und bestätigte, daß er vom CIA vorbereitet worden war, nachdem er in einem Ausschuß des Weißen Hauses für Krisenmanagement beraten und gebilligt worden sei.

Wir haben bei vorangegangenen Anlässen beim Generalsekretär der Vereinten Nationen Protest gegen diese geheimen Attacken eingelegt«, so erläuterte Azzarouk. »Wir hoffen, daß die amerikanische Öffentlichkeit erkennen wird – auch wenn es die US-Regierung nicht tut –, daß derartiger Staatsterrorismus, der sich gegen die Führer unserer Nation, unserer Revolution und gegen die ganze arabische Welt richtet, eine gefährliche Politik ist.

Wir sind bereit, unseren Disput mit den Vereinigten Staaten auf dem Verhandlungswege beizulegen, wie es sich für zwei souveräne, zivilisierte Nationen gehört – doch nur, wenn auf der anderen Seite keine Scharfschützen auf unseren Führer zielen.« □

Südafrika

Plädoyer für gewaltlose Veränderung

Ganz Afrika, ja nahezu die ganze Welt fordert heute die Isolierung Südafrikas. Weil all diese Rufe die Stellung und die historisch gewachsene Bedeutung Südafrikas verkennen, werden sie schließlich nur scheitern können. Diese Grundhaltung äußerte Zulu-Führer Gatsha Buthelezi in einem Vortrag in Zürich.

Die Geschichte habe Südafrika eine Brückenfunktion im Rahmen des globalen Nord-Süd-Gefälles, eine ganz besondere Stellung also, zugeordnet. Südafrika ist damit dazu ausersehen, gegenüber der dritten Welt die Überlegenheit der westlichen Ideale von Demokratie und freiem Unternehmertum überzeugend darzustellen.

Gerade die westlichen Staaten müßten diese Brückenfunktion Südafrikas erkennen und sie, statt in Boykottaufrufe auszubrechen, positiv mitgestalten – nicht allein wegen der strategischen Situation Südafrikas als erstrangigem Rohstoffproduzenten.

Südafrika ist in seinem Wesen ein von Europa geschaffenes Land, ein europäischem Denken verpflichtetes Land. Südafrika ist Teil des Westens. Wenn es dem Westen mit dem System der freien Marktwirtschaft ernst ist, kann er Südafrika nicht ausstoßen, zumal Südafrika die Chance hat, aus den in den vergangenen Jahrzehnten in Schwarzafrika gemachten Fehlern vor allem im wirtschaftlichen Bereich die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Denn, allen an bloßen Theorien orientierten Aufrufen zum Trotz: Die sozialistisch orientierten Staaten im südlichen, zentralen und östlichen Afrika können nicht blühen, wenn nicht auch Südafrika wirtschaftliche Erfolge erzielt.

Das Funktionieren der südafrikanischen Wirtschaft aber ist untrennbar mit der Erhaltung eines Systems der freien Marktwirtschaft verbunden. Schwarze Südafrikaner wüßten sehr wohl, daß Freiheit und Gleichheit nur in einer marktorientierten Wirtschaft erreichbar sind. Denn nur in einem marktorientierten System kann die bedrückende Arbeitslosigkeit und die Armut beseitigt, der Wunsch nach besseren Lebensbedingungen, nach Schließung der Lücken im Erziehungswesen sowie im Gesundheits- und anderen Versorgungsbereichen erfüllt werden. Wenn all diese Ziele auch und gerade für die Schwarzen erreicht werden sollen, dann ist die Produktivität Südafrikas nicht nur zu erhalten, sondern zu verbessern – auch zum Nutzen der Nachbarländer Südafrikas, ja der ganzen Region im südlichen Afrika.

Gewalt bringt keine Lösungen

Schon seit 25 Jahren, stellte Buthelezi fest, würden Versuche unternommen, Südafrika gewaltsam zu »befreien«. Diese gewaltsamen Bemühungen, so sei leider zu erwarten, würden auch weitergehen – weitere 25 Jahre oder noch länger.

Trotz dieser fortgesetzten Gewaltanwendungen bleibe es eine Tatsache: Die überwältigende Mehrheit der schwarzen Südafrikaner wolle nicht den bewaffneten Kampf, suche nicht Gewaltanwendung zum Erreichen politischer Ziele. Alle Schwarzen hätten zu sehr unter Unterdrükkung und Rassismus gelitten, als daß sie jetzt erneut dazu bereit wären, für einen Totalitarismus zu kämpfen. Totalitarismus ist, genau wie jede Form von Rassismus auch, strikt abzulehnen. Die schwarzen Südafrikaner warten deshalb heute nicht auf die Rückkehr der Führung des African National Congress (ANC) aus dem Exil. Denn sie wüßten genau, daß diese ANC-Führung ein Militärregime auf marxistischer Grundlage etablieren wolle.

Wer die afrikanische Geschichte kennt, der wisse genau, daß jede auf Gewalt gestützte Etablierung irgendeines Regimes in Afrika die Gewalt zum untrennbaren Teil des Alltags gemacht habe. Für Jahre bleibe die Gewalt dann Teil des afrikanischen Alltags, sicherlich auch bei jedem späteren Wechsel des Regimes. Unnennbar seien die Schwierigkeiten, ein einmal geschaffenes Militärregime später wieder durch ein demokratisches Regime zu ersetzen, Demokratie im Alltag wieder zum Leben zu erwecken.

Die Zeit arbeitet für die Schwarzen

Unverkennbar ist, daß die derzeitige Entwicklung in Südafrika den Schwarzen längerfristig gewichtige Trümpfe zuspiele: Gerade in wirtschaftlicher Hinsicht würden die Weißen mehr und mehr von den Schwarzen als Arbeitskräfte und Konsumenten abhängig. Deshalb müßten die Weißen früher oder später unabänderlich an den Verhandlungstisch kommen und mit den Schwarzen ernsthaft über die Teilung der Staatsgewalt verhandeln.

Auch wenn die Weißen heute grundsätzlich noch durchaus in der Lage wären, eine breite schwarze Opposition mit Gewehren zu unterdrücken, so verändere die von Tag zu Tag spürbarer werdende Abhängigkeit der Weißen von den Schwarzen die politische Lage laufend zu Gunsten der Schwarzen, die die Fabriken der weißen Unternehmer in Funktion halten und als Konsumenten die Produkte dieser Wirtschaft kaufen. Diese Realitäten werden schließlich die Verhandlungen um die Teilung der Macht zwischen Schwarz und Weiß lösen.

Für die Schwarzen – Buthelezi bezog sich bei dieser Feststellung wohl ausschließlich auf die städtischen Schwarzen – gelte dabei die Tatsache, daß auch sie – gewollt oder ungewollt – ein Produkt der westlichen Gesellschaft geworden sind. Die schwarzen Südafrikaner würden ihr Leben weitgehend nach den Vorstellungen westlicher Wertordnungen gestalten. Sie sind Christen, befürworten demokratische Staatsformen und ein System der freien Marktwirtschaft. Ihr Denken, ihre politischen Strategien sind westlich-abendländisch orientiert.

Dieser Tatsache müßten sich all jene Kreise in Europa, staatliche, kirchliche und private, die sich mit Südafrika befassen, stets bewußt sein. Sind sie das, dann werden sie sich von der Behauptung lösen, daß nur Gewalt die Befreiung Südafrikas bringen werde. Die Europäer sollten endlich damit aufhören, den Schwarzen vorzuschreiben und für sie entscheiden zu wollen, welches Verhalten richtig sei und ihnen, den Schwarzen, zum Vorteil gereiche.

Die in Europa allzuoft festgestellte Fixierung auf eine gewaltsame Lösung als einzig möglichen Weg in die Zukunft bezeichnete Buthelezi als eine Neuauflage von geistigem Kolonialismus. Sie sei wesentlich dafür mitverantwortlich, daß sich heute in Südafrika Schwarze in blutigen Konflikten gegenüberstehen. □



Die Massaker in Südafrika wegen Fragen der Apartheid begannen bereits in den sechziger Jahren.



Diamanten-Minen, wie diese offene in Jwaneng in Botswana, sind ein Teil des südafrikanischen Reichtums.

Südafrika

Die Weißen wehren sich

Ivor Benson

Die größte Überraschung bei den fünf Nachwahlen in Südafrika und der größte Schock für die Regierung von Pieter W. Botha ist der Sieg der »Herstigte Nasionale Party« in Sasolburg im Freistaat Orange, einer südafrikanischen Provinz, gewesen.

Die Nationale Partei behielt vier Sitze, jedoch mit wesentlich kleinerer Mehrheit. Nachdem Herstigte Nasionale Party (HNP) nach nunmehr 15 Jahren des Versuchens endlich einen Sitz im Parlament errungen hat, kann man sagen, daß die Wahlen das erste klare Zeichen eines Rückschlages der Weißen gegen die Politik der sogenannten Reformen sind, die ganz danach aussieht, als ob sie Südafrika in Richtung einer »Beilegung à la Rhodesien« drücken soll.

Botha in einer heiklen Lage

Die »Mini«-Wahlen haben deutlich gezeigt, wie die Zeitung »Natal Mercury« in Durban sehr treffend bemerkt hat, daß eine Koalition zwischen J. A. Marais' HNP und Dr. Andries Treurnichts Conservative Party (CP) »viele andere Regierungssitze überall im Land bedrohen könnte«.

Somit befindet sich Präsident Botha in einer heiklen Lage. Wird er die allgemeinen Wahlen vorziehen oder wird er bis April warten, wenn die Amtszeit normal abgelaufen ist?

Bei flüchtiger Berechnung der Chancen sieht es eher so aus, daß er vorzeitig Wahlen abhalten wird, bevor der weiße Rückstoß Zeit hat, noch mehr Energie aufzubauen. Und je länger er wartet, um so mehr Zeit räumt er auch den beiden Oppositionsparteien auf der Rechten ein, um ihre Differenzen zu bereinigen und eine einheitliche Front zu präsentieren.

Eine Tatsache hat sich ganz klar herausgestellt: Die Position der HNP ist im Verhältnis zu CP erheblich gestärkt worden.

Von Bedeutung ist, daß es die HNP war, die den ersten Durchbruch geschafft hat, und nicht die CP, die noch immer fest im Parlament sitzt, aber bisher nicht einen zusätzlichen Sitz in mehreren aufeinander folgenden Nachwahlen für sich gewinnen konnte.

Wie also sind die Aussichten für eine effektive Zusammenarbeit zwischen den beiden konservativen Oppositionsparteien?

Eine wichtige Komponente der politischen Gleichung in Südafrika, die heutzutage selten von den linksgerichteten Medien erwähnt wird, ist eine kulturelle Organisation namens »Volkswag« (»Volkswacht«), die von einem der einflußreichsten Afrikaander des Landes angeführt wird, nämlich von Dr. Carel Boshoff, Schwiegersohn des verstorbenen Hendrik Verwoerd.

Querströmungen von Einflüssen

Diese Organisation wurde im Mai 1984 ins Leben gerufen, nachdem die größte öffentliche Zusammenkunft stattgefunden hat, die es jemals in Südafrika unter einem Dach gegeben hat.

Boshoff, der zuvor Chef der ursprünglichen Geheimgesellschaft der Afrikaander, der »Broederbond«, und anderer Organisationen war, hat damit eine starke Position, um als Katalysator zu fungieren, der die Oppositionsparteien der Rechten näher auf eine Linie bringt. In der Tat ist er bereits in dieser Rolle sehr effektiv gewesen.

Das politische Bild in Südafrika ist außerordentlich komplex; seine Umrisse verwischt durch unzählige Querströmungen an Motiven und Einflüssen. Einige seiner Aspekte lassen sich jedoch ganz einfach erklären.

Eine Frage, die am häufigsten außerhalb Südafrikas gestellt wird, lautet: Wie ist es möglich, daß Südafrika einem Kurs folgt, der anscheinend bestimmt ist, das Land demselben Schicksal auszuliefern wie Rhodesien? Wie ist es möglich gewesen, daß man immer wieder für eine Partei gestimmt hat, die so offensichtlich die politischen Grundsätze aufgegeben hat, die die Afrikaander bis dahin gebracht hatten?

Eine Teilantwort auf diese Frage ist die von mir gern zitierte Robert Ardrey-Gleichung, eine ur-

alte Weisheit, die dieser amerikanische Autor aufs neue verkündet: »Äußerer Druck gleich Solidarität im Innern.«

Wenn eine Nation von außen unter Druck gesetzt wird, neigt sie stark dazu, die Reihen um ihren derzeitigen Herrscher zu schließen. Dies ist eine instinktive Reaktion auf eine Gefahr. Somit schließt sich das Denken vieler hermetisch gegen jegliche Tatsachen und Argumente ab, die als teilend betrachtet werden.

Im Rahmen moderner parlamentarischer »Demokratien« sind die Wähler um so gedankenloser und einfältiger, desto mehr Druck von außen auf sie ausgeübt wird. George Orwell hat dieses Thema unter einem anderen Blickwinkel behandelt, nämlich dem der Massen-Manipulatoren.

Dies ist ein wichtiger natürlicher Vorteil, den Botha und seine engen Mitarbeiter genießen, der noch von der Komplexität des politischen Bildes verstärkt wird, so daß es für Bothas Gegner sehr schwierig ist, ein einfaches und überzeugendes Argument für einen Regierungswechsel vorzubringen.

Es wird eine Situation geschaffen, in der insgesamt außergewöhnliche Anforderungen an die Intelligenz, Ideenreichtum, psychologische Einsicht und pragmatische Erfahrung der Oppositionsführer gestellt werden.

Alternative nationale Politik

Infolgedessen lag in der Vergangenheit der ganze Schwerpunkt der Strategie von HNP und CP auf der Kritik an komplexen Reformprogrammen und anderen Veränderungen in der Regierungspolitik. Anstatt den Versuch zu machen, sich selbst zu diesen Streitpunkten darzustellen, hat die Nationale Partei unablässig die Leier von der Gefahr der Angriffe von außen und der Geteiltheit im Inneren angestimmt.

Daher müßten, wenn der gegenwärtige Rückstoß ein gewichtigerer Faktor in den nächsten Wahlen sein soll, die Oppositionsparteien auf der Rechten ihre Anziehungskraft vergrößern, indem sie eine alternative nationale Politik anbieten, die sich in einfachen Worten ausdrücken läßt.

Wenn eine Wählerschaft Furcht hat, wird die Partei am ehesten von den Wählern gewählt werden, die die plausibelsten Zusicherungen für Sicherheit und Ordnung geben kann und bereits die Hand am Hebel der Macht hat. Mit dieser Strategie setzt man ausschließlich und zielstrebig auf die Angst der Menschen.

Da es so gut wie keine Chance gibt, eine Solidarität des Widerstandes in Südafrika auf der Grundlage eines klaren Verstehens der tatsächlichen Natur des Kampfes zu erreichen – das Bild ist dafür zu komplex –, kann mit Sicherheit vorhergesagt werden, daß Botha in den nächsten Wahlen noch einmal auf die Sachkenntnis zurückgreifen wird, die von Saatchi and Saatchi stammt, der internationalen Gesellschaft von professionellen Gedankenverdrehern, die sich in dem Referendum von 1983 als so nützlich erwiesen hat, das Südafrika eine neue Verfassung bekam.

Woran liegt es denn nun, daß die südafrikanische Situation so schwer zu erklären ist, außer für die wenigen, die bereit sind, sich nachhaltig damit zu befassen? Nun, einen Teil der Antwort auf diese Frage bekommen wir, ganz sicher unbeabsichtigt, von dem politischen Korrespondenten der »Natal Mercury«, der bemerkte, daß der Verlust von Sasolburg an die HNP, wie er sagte, »wahrscheinlich von der Weltgemeinschaft als ein Zeichen verstanden wird, daß die Weißen in Südafrika nicht zu Reformen bereit sind«.

Das Schlüsselwort in diesem Kommentar ist »Weltgemeinschaft«. Phrasen wie diese und Worte wie »Weltmeinung« begründen als eine Prämisse einen höchst gefährlichen Irrtum. Jene »Weltgemeinschaft« ist ein Gespinst der Einbildung. Es gibt so etwas wie eine »Weltmeinung« nicht.

Was derartige Irrtümer so gefährlich macht, ist die Tatsache, daß sie für viele der Gebildeten im Westen zu beruhigenden Illusionen werden, Schattenglauben, der von den moralisch Unsicheren eilfertig aufgegriffen und hartnäckig festgehalten wird. □

Südafrika

Ein Land wird destabilisiert

James P. Tucker jr.

Eine tiefgreifende Untersuchung, in deren Verlauf die Hauptmassenmedien und internationale Führungspersonen interviewt und befragt wurden, hat eine konzertierte Aktion des Establishments zutage gefördert, mit der die wirklichen Anliegen verschleiert werden, die zu dem Chaos in Südafrika führen. Die Verschwörung, die westliche Welt in Unwissenheit zu halten, richtet sich gegen die Interessen der Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und zugunsten der internationalen Elite.

Der Schlüssel zu der Desinformationskampagne des Establishments liegt in der Auslassung von Tatsachen und der Verzerrung von Ereignissen. Wenn die Amerikaner vollständige Informationen und ausgewogene Berichterstattung hätten, wären sie empört; die ganzen hysterischen Demonstrationen gegen die Apartheid würden sofort aufhören, und die falschen Liberalen, die die Interessen Amerikas zerstören, würden so verspottet werden, daß sie sich aus dem Staub machen.



Pieter W. Botha spielt offenbar in Südafrika das gleiche Spiel, wie der ehemalige Premierminister Smith in Rhodesien.

Der ehemalige Premierminister von Rhodesien Ian Smith erklärte vor einem dicht gedrängten Journalistenkreis im Nationalen Presse-Club in Washington: »Lassen Sie sich nicht täuschen: Die Sowjetunion hat die Aggression im südlichen Afrika in den letzten 30 Jahren manipuliert.«

Die Tatsache, daß die Worte des letzten Premierministers von Rhodesien, bevor es als Zimbabwe ein sowjetischer Kundenstaat wurde, in der Presse unerwähnt blieben, ist Teil der Desinformationskampagne. Smith warnte die Amerikaner, jedenfalls versuchte er es, davor, Südafrika »zu verfolgen und zu erpressen«. Er sagte: »Die ganze Bedrohung des Kommunismus fällt auf Südafrika herab.«

Man habe seinem Rhodesien, vor seinem Untergang 1979, und heute Südafrika, einen doppelten Maßstab auferlegt, sagte Smith, und die Manipulatoren der öffentlichen Meinung wissen, daß es in Südafrika mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit gibt »als in einem Dutzend anderer afrikanischer Staaten«.

Rhodesien fiel, nachdem es sieben Jahre lange gegen mehrere angrenzende kommunistische Länder und internationale Terroristen der Roten gekämpft hatte und Henry Kissinger als der Verkäufer eingesetzt wurde, um den Rhodesiern den »britischen« Plan klarzumachen, das Land an die Kommunisten zu übergeben. »Amerika hatte die Ellbogen, um ihn zu verkaufen, und andere Leute haben darauf eingewirkt, uns zum Handeln zu zwingen«, so Smith, »leider!«

Südafrika

Ein Land wird destabilisiert

Südafrika, so Smith, »ist nicht so verwundbar«, weil es stärker ist, aber er stellte in Frage, ob es unendlich lange überleben könnte, wenn die freie Welt zu Mitteln greife, die nur als »Erpressung« bezeichnet werden könnten, während die Sowjetunion Unruhe propagiert im Vorgriff auf die Ausdehnung ihres Imperiums.

Auf die Frage, ob es zu einer kommunistischen Regierung kommen würde, wenn die freie Welt erfolgreich ist, die Regierung von Premierminister Pieter Botha in Südafrika zu stürzen, erwiderte Smith: »Jawohl, das ist genau, was ich sage.«

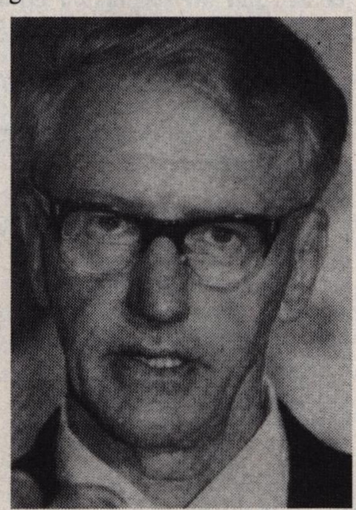
Rhodesien war einst ein starker Verbündeter der westlichen Welt, reich an Bodenschätzen – insbesondere Chromeisenerz und andere strategische Mineralien – und so wohlhabend, daß schwarze Freiwillige die kommunstischen Aggressoren vehement bekämpft haben, um ihren eigenen Lebensstandard zu bewahren.

Jetzt, als Zimbabwe, liegt das Land in Blut, die Regierung ist, wie sie sich bekennt, marxistisch und stimmt in den Chor anderer kommunistischer Staaten ein.

Smith weilte in Amerika, um zu versuchen – jedoch ohne Erfolg –, die systematische Desinformation zu unterbrechen, die dazu geführt hat, daß weite Teile der Öffentlichkeit die wirtschaftlichen Sanktionen gutheißen, die gegen Südafrika wegen der Apartheid verhängt wurden. Gleichzeitig ist die »öffentliche Meinung« für den Handel mit kommunistischen Ländern, die politische Dissidenten durch Inhaftierung absondern.

Wenn es um die Frage kommunistischer Metzeleien geht, ist das Establishment gegen »Einmischung in interne Angelegenheiten« der betreffenden Staaten, aber im Falle Südafrikas ist es für die Einmischung.

Ein in den USA neu gebildetes »Kennedy Wahrheits-Team« forderte Senator Edward Kennedy auf, dieselben Sanktionen gegen die Sowjetunion, wegen ihres Gemetzels in Afghanistan, einzuführen, wie er es gegen Südafrika, wegen seiner Apartheid-Politik getan hat. Kennedy hat bis jetzt nicht darauf reagiert.



Ian Smith, ehemaliger Premierminister von Rhodesien, fiel auf die Tricks der Internationalisten herein.

Noch während die Internationalisten Druck auf den amerikanischen Kongreß zur Bestrafung Südafrikas machten, berichtete das Office of Technology Assessment über Amerikas große Abhängigkeit von der südafrikanischen Republik für die Lieferung von Chromeisenerz und anderen wichtigen Erzen.

Die Propaganda der Medien

Mehr als die Hälfte der amerikanischen Chromimporte stammen aus Südafrika, wie auch andere wichtige Erze. Der einzige Alternativlieferant ist die Sowjetunion, falls sie verkaufen würde, könnte sie jeden beliebigen Preis verlangen.

Niemand fordert Sanktionen gegen Großbritannien, wo sich die Rassenkrawalle in jüngster Zeit mehren und die Polizei auf ein Negerbaby und eine unbewaffnete Mutter geschossen hat. Auch in England gibt es Apartheid, von der man jedoch nicht spricht, die die Farbigen auf bestimmte Stadtteile beschränkt und in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten eingrenzt.

Doch die Fernsehkameras und Zeitungen richten ihr Interesse vorwiegend auf die Unruhen in Südafrika, während Krawalle in Großbritannien nur mit Mitleid abgehandelt werden. Die Medien propagieren die Idee, daß Südafrika bestraft werden müsse, jedoch nicht die sehr viel brutaleren kommunistischen Regime.

Die wichtigsten Medien wie zum Beispiel »The New York Times«, »Wall Street Journal« und »Washington Post« weigern sich, ihre Inkonsequenz zu erklären. Auf die direkte, schriftliche Frage, warum sie Sanktionen gegen Südafrika, jedoch nicht gegen kommunistische Länder unterstützen würden, welche Art von Regierung an die Macht käme, wenn Südafrika fiele, und ob sie Rassendiskriminierung in England gegen Farbige oder in Israel gegen Araber in den besetzten Gebieten bestrafen würden, haben sich alle geweigert, eine direkte Antwort zu geben.

»Wir bringen unsere Beurteilungen und Meinungen, wie sie sich entwickeln, nur in unserem Leitartikel zum Ausdruck«, erwiderte Max Frankel, Redakteur für die Seite des Herausgebers der »New York Times«.

Während eines privaten Interviews hatte Smith gesagt, die westlichen Länder, die mit der Sowjetunion an der Zerstörung Südafrikas zusammenarbeiten, wissen »nichts von den Problemen« dort, »obwohl sie schnell lernen dürften« – ein dunkler Hinweis auf die Unruhen in England.

England war vor dem Zweiten Weltkrieg ein weißes Land, und die Rassenauseinandersetzungen ein Problem des Auslandes. Als das Empire in den Nachkriegsjahren demontiert wurde, strömten die Farbigen aus den Commonwealth-Ländern herein.

Enoch Powell, damals Führer der Konservativen Partei in England, sagte in den sechziger Jahren voraus, daß sich »Ströme des Blutes« in die Straßen ergießen würden, wenn die Regierung die Einwanderungsflut der Farbigen nicht umkehren würde.

Nur die eine Hälfte der Geschichte

Daß Powell mit seiner Vorhersage recht hatte, wurde 1981 und 1985 bestätigt, als Häuser angezündet, Geschäfte geplündert, Autos umgestürzt und zahlreiche Farbige getötet oder verwundet wurden in den Unruhen, die in vielen englischen Städten wüteten.

»Es stünde England besser an, sich mit der Gewalttätigkeit seiner eigenen wirtschaftlichen ›Apartheid‹ zu befassen, als den Sowjets dabei zu helfen, ein weiteres afrikanisches Land zu übernehmen, das mit denselben Problemen kämpft«, wie ein Mitarbeiter von Smith bemerkte.

»Doch wenn nur die eine Hälfte der Geschichte erzählt wird«, so fügte er hinzu, »kann die öffentliche Meinung manipuliert werden, daß die westlichen Demokratien gegen ihre Freunde, statt gegen ihre Feinde antreten.« ☐

Nordafrika

In Zukunft mehr Chaos

Der Besuch des stellvertretenden amerikanischen Außenministers, John Whitehead, in Nordafrika hat vieles erreicht, aber leider hat es keine Klärung der amerikanischen Politik gegenüber dieser Region gebracht. Zwar haben sich die diplomatischen und politischen Krisen, insbesondere zwischen den Vereinigten Staaten und Tunesien, sowie den Vereinigten Staaten und Ägypten abgekühlt, indem Washington weniger heftige und weniger öffentliche Demonstrationen des amtlichen Ärgers von sich gibt. Doch abgeschlossen ist auch dieses Kapitel der Krise noch nicht. Vielmehr haben alle Beteiligten beschlossen, eine Politik des »Abwartens und Sehens« zu verfolgen, insbesondere im Hinblick auf »konkretere Anzeichen« aus Amerika, wie von tunesischen Beamten zu hören war.

Whiteheads Besuch in Tunesien, der Schlußstation seiner Dreiländer-Reise nach Italien und Ägypten, endete in Verwirrung. Whiteheads Empfang in Tunis soll sogar noch kühler als in Kairo gewesen sein. Einen Tag vor seinem Eintreffen äußerte Mahmoud Mestiri aus dem Außenministerium, daß es eine »tiefgehende Krise« zwischen Tunis und Washington gebe.

Empörung über Israels Überfall

Tunesische Beamte lehnten es ab, Whiteheads Besuch offiziell zu bestätigen, und zwar unter dem Vorwand, es könnte »zu öffentlicher Empörung« führen, und am Ende verweigerten sie ein gemeinsames Kommuniqué. Daher gab Whitehead eine einseitige Erklärung ab, in der betont wurde, daß Israels Überfall »die Amerikaner genauso überrascht und schockiert hat wie die Tunesier«, und daß die Vereinigten Staaten ihn »wie jeden anderen Akt des internationalen Terrorismus bedauerten«.

Vom Außenministerium in Washington wurde sofort richtig gestellt, daß Whitehead nicht gemeint habe, daß »Israels Überfall ein Akt des Terrorismus war«.

Eine solche Erklärung, als Futter für die Öffentlichkeit, wurde als eine Entschuldigung für den israelischen Überfall bei den Tunesiern gesehen. Sie und andere machten ein erfreutes Gesicht, vor allem da der israelische Außenminister verärgert erschien. Doch niemand ist zufrieden. Die Erklärung ist soweit von der zuvor von Reagan bekanntgegebenen Position entfernt, von seinem berühmten »niemals« auf die Frage, ob er sich bei den Ägyptern offiziell entschuldigen würde, daß arabische Staatschefs sich nur verwundert fragen konnten: Kann es denn wahr sein, daß Reagans Worte so einfach von einem bloßen stellvertretenden Minister unterminiert werden können?

Lügen für die Öffentlichkeit

Oder war die Erklärung rein pro forma, mit dem Ziel, sie zu beschwichtigen, ohne eine wirkliche politische Veränderung auszudrücken? In Anbetracht von Whiteheads Karriere bei der Goldman Sachs Investmentfirma und alten Verbindungen mit Kissinger und der Trilateralen Kommission ist die Antwort nicht leicht. Falls Whitehead, eben wegen seiner Verbindungen, beabsichtigte, Zweifel an der Regierung zu streuen, so ist ihm das gelungen.



Hosni Mubarak könnte für das Amt des Präsidenten nicht geeignet sein, da Ägypten einen starken Mann braucht.

Von Shultz entsandt, hatte Whitehead das Ziel, seine Gesprächspartner in ein Gefühl des Vertrauens einzulullen, weg von der Realität der amtlichen Politik des US-Außenministeriums. Vor Reportern in Kairo sagte er, es herrsche zwischen den Ländern ein besseres Verstehen – eine regelrechte Lüge, da Whiteheads Partner eifrig an der Unterminierung von Präsident Mubaraks Regime arbeiten.

Henry Precht, der ehemalige Leiter für iranische Angelegenheiten im US-Außenministerium unter Carter und bis vor wenigen Monaten Erster Sekretär an der Botschaft in Kairo, lobte kürzlich die marxistische Opposition gegen Mubarak als »bessere Wirtschaftsleute«, als diejenigen der Regierung. Precht ist kein Marxist, doch befürwortet er die Eröffnung eines offiziellen Dialogs zwischen den Parteien, die Tag für Tag anti-amerikanische Demonstrationen in Kairo veranstalten.

Wie die meisten Beobachter bemerkt haben, sind die Demonstrationen nicht wirklich gegen die Amerikaner gerichtet, sondern in erster Linie gegen Mubarak. Worum es eigentlich geht, verdeutlicht ein Artikel in der »Financial Times«, worin es heißt, »Mubarak könnte für das Amt des Präsidenten nicht ganz geeignet sein«, da Ägypten einen starken Mann brauche.

Die »Financial Times« macht kein Geheimnis aus der Tatsache, daß dies der Marschall Abu Ghazala sein dürfte, der Verteidigungsminister, der seit 1981 ein Auge auf Mubaraks Amt geworfen hat. Und Ghazala, der sich für einen großen Strategen und Geopolitiker hält, würde sich kaum Sorgen um Ägyptens Rolle innerhalb der blockfreien Bewegung oder die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit des Landes machen, wie Mubarak es tut.

Wie Precht weiß, werden Ghazala und die marxistische Opposition nicht zusammengehen, aber eine von den Marxisten initiierte Revolte wäre der seit langem erwartete Vorwand für einen militärischen Staatsstreich gegen einen geschwächten Mubarak.

Kairo eine US-Kolonie?

Daß Mubarak von solchen Plänen weiß, ist zu seinem Nachteil. Anstatt Abu Ghazala wegen seiner Rolle beim Abfangen des ägyptischen Flugzeuges anzugreifen, beschloß er, Tunesien dafür die Schuld zu geben. Mubarak reagierte auf provozierende Artikel in der amerikanischen Presse, die die Tatsache hochspielte, daß der US-Geheimdienst besser unterrichtet war als Mubarak selbst, mit dem Argument, daß Ägypten mit amerikanischen Agenten vollgestopft sei. Zwischen den Zeilen war in der »Washington Post« und der »New York Times« zu lesen, daß Kairo eine amerikanische Kolonie sei.

Mit solchen Artikeln sollte Mubarak an die Wand gedrückt und diskreditiert werden. Er hatte die Wahl, zornig zu reagieren und Dutzende, wenn nicht sogar Hunderte von Amerikanern auszuweisen, was den Beziehungen zwischen den beiden Ländern unglaublichen Schaden zugefügt hätte, oder alles zu dementieren. Er hätte auch der Sache an die Wurzel gehen können, dem Doppelspiel, das von einigen Amerikanern und einigen Ägyptern gespielt wird.

Mubarak entschied sich, nicht zu dementieren, sondern die Tunesier zum Sündenbock zu machen, und zwar auf der Grundlage von fabrizierten Informationen, die ihm ein alter, von Sadat hinterlassener Geheimdienst lieferte. Auf diese Weise wurde vermieden, was sich zu einer Kraftprobe mit denjenigen entwickeln könnte, die ihn stürzen wollen.

Im Herbst 1985 kam es zur Festlegung einer breiten Allianz zwischen Algerien, Tunesien und Ägypten gegen Libyen. Diese ist inzwischen wieder zerbrochen. Zerbrochen wurde auch das Vertrauen zwischen der PLO und Jordanien, sowie zwischen der PLO, Tunesien und Ägypten. Wie erwartet, hat Jordanien seine Verhandlungen mit seinem früheren Erzfeind Syrien verstärkt, das allein von der ganzen Krise unberührt geblieben ist. □

Dritte Welt

Schuldnerländer denken an Zahlungsstop

D. Gordon Tether

Nur ein radikales Umdenken in der Haltung Washingtons gegenüber der Streitfrage der Zinssätze kann eine dauerhafte Erleichterung von dem Schuldentrauma für die dritte Welt bringen.

Als die internationale Schuldenkrise zum ersten Mal vor etwa drei Jahren zutage getreten ist, reagierte die Reagan-Regierung mit einer eindeutigen Feststellung, daß die Verantwortung, mit dieser Situation fertig zu werden, fast ausschließlich bei den Schuldnerländern liege.

Eine erbarmungslose Haltung

Die Tatsache, so wurde argumentiert, daß die Zinsbelastungen für die Schuldnerländer aufgrund der unmäßigen Zinspolitik Washingtons ins uferlose gestiegen war, seien die Gläubigerländer nicht weiter verpflichtet, als dafür zu sorgen, daß ihnen begrenzte Überbrückungsmöglichkeiten eingeräumt werden, während die Schuldner ihre Wirtschaft an die neue Situation anpaßten.

Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland, Japan und die anderen führenden Kreditländer waren eigentlich zufrieden, dem amerikanischen Beispiel folgen zu können, und internationale Finanzierungs-Institute wie der Internationale Währungsfonds und die Weltbank nahmen eine ähnliche erbarmungslose Haltung ein.

Das Ergebnis war, daß die Mehrzahl der Schuldnerländer gezwungen war, massive Kürzungsprogramme durchzuführen, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Nachteile im eigenen Land. Sie wurden entschieden entmutigt, mit dem Gedanken zu spielen, ihren Auslandsverpflichtungen nicht nachzukommen, und zwar mit Hinweisen, daß, wenn sie den Gedanken verfolgen würden, die Gläubigerländer ihnen das Leben äußerst heiß machen würden – mit all den vielen Mitteln, die zu Gebote stehen.

Das Weiße Haus fühlte sich nicht aufgerufen, an eine Modifikation dieser unnachgiebigen Haltung zu denken, selbst dann nicht, als der Fast-Zusammenbruch einer amerikanischen Großbank und der tatsächliche Bankrott vieler kleinerer Banken es deutlich machte, daß die Schuldenkrise ernste Schwierigkeiten für die leichter verwundbaren Kreditgeber verursachte. Durchgerungen hat man sich nur zu der Klarstellung, daß die von der Krise im Inland aufgeworfenen Probleme auf geeignete Weise eingedämmt würden. So deutete das Federal Reserve System an, daß die US-Banken der »Ersten Liga«, die auf dem Kurs des Sturms liegen, sämtliche Hilfe erhalten würden, um sie auf den Beinen zu halten.

Gesinnungswandel in Washington

Nun, was wir jetzt erleben, ist nichts anderes als eine volle Kehrtwende auf seiten der amerikanischen Regierung. Während zuvor das Weiße Haus jegliche Vorschläge aus dem Ausland glattweg abgelehnt hatte, daß es für die Kreditländer nützlich wäre, wenn sie anfingen, der dritten Welt zu helfen, sich von dem Schuldenhaken loszumachen, hat es sich jetzt zum Fürsprecher für ein Paket von internationalen Maßnahmen gemacht, die genau darauf abzielen. Die Frage liegt auf der Hand: Wie läßt sich dieser Gesinnungswandel erklären?

Zum einen kann mit Sicherheit gesagt werden, daß die Antwort nicht einfach in der kürzlich erfolgten Kabinettsumbildung liegt, die James Baker ins Schatzamt berufen hat. Die Gründe liegen sehr viel tiefer. Darunter zählt zweifellos an erster Stelle das zunehmende Bewußtsein auf Amerikas Korridoren der Macht, daß den amerikanischen Exporten enormer Schaden aufgrund der Sparprogramme zugefügt wird, die die Entwicklungsländer einführen mußten, um mit ihren Auslandsverpflichtungen zurechtzukommen.



Weltbank und Internationaler Währungsfonds sind unbarmherzig beim Eintreiben von Zinsen und Schulden und machen die Entwicklungsländer noch ärmer.

Jüngste Berechnungen zeigen, daß der US-Umsatz in Ländern der dritten Welt – die traditionell ein wesentlicher Aspekt des amerikanischen Handelsbildes sind – in den letzten Jahren um die Hälfte zurückgegangen ist. Und sämtliche Indikatoren weisen darauf hin, daß, solange wie diese Länder in dem Problem ihrer Auslandsverschuldung im bisherigen Umfang stecken bleiben, keine Aussicht besteht, diesen Trend umzukehren.

Offensichtlich spielt dies jetzt eine wichtige Rolle in der Gestaltung der amerikanischen Einstellung zur Schuldenkrise. Eine noch größere, so kann man ruhig sagen, spielt dabei die Erkenntnis, daß die Schuldenkrise an sich in eine neue Phase eingetreten ist, eine, die vom Standpunkt der Kreditnehmer als eine potentiell gefährlichere betrachtet werden muß.

An das Undenkbare denken

Folgendes ist geschehen: Die Schuldnerländer, nachdem sie wenig Hoffnung auf einen Rückgang der weltweiten Zinssätze gesehen haben, der allein ihnen eine baldige Erleichterung ihres Leidens bringen würde, haben angefangen, eine größere Bereitschaft als früher zu zeigen, an das Undenkbare zu denken.

Und dies ist die Erklärung eines vollständigen oder teilweisen Moratoriums bezüglich der Bedienung ihrer Auslandsschulden, was immer dies auch an Zorn der internationalen Finanzgemeinschaft und der Regierungen, die hinter ihr stehen, auf sie niederbringen mag.

Die Ankündigung des neuen Präsidenten von Peru, daß sein Land ab sofort nur noch einen relativ bescheidenen Teil seiner Deviseneinnahmen für die Zinsbedienung bereitstellen werde, hat eindeutig andere schuldengeplagte Länder ermutigt, diese Möglichkeit auch für sich anzudeuten, falls die Kreditgeberländer nicht mehr Bereitschaft zeigen, ihnen die Last zu erleichtern. □

Vatikan

Einladung zum Friedenskonzil

Für eine Teilnahme der katholischen Kirche an einem »Friedenskonzil« der großen Religionsgemeinschaften hat sich die Synode der Diözese Rottenburg-Stuttgart ausgesprochen. Unterstützung fand der Plan für ein sogenanntes ökumenisches »Friedenskonzil« auch auf einem ökumenischen Studienseminar in Magdeburg, wo sich evangelische und reform-katholische Mitglieder der Friedensbewegung in der DDR trafen.

Die Anregung zu einem »Friedenskonzil« ging von der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Upsala 1968 aus. Sie wurde im Juni 1985 von dem Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, dem Bruder des derzeitigen Bundespräsidenten, auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf in einem konkreten Plan vorgetragen, der seitdem Gegenstand der Diskussion in den Kirchen ist. Die Grundidee geht zurück auf die Freimaurer, die sich der UNO, des Weltkirchenrates, die Weltkonferenz der Religionen für den Frieden und anderer Gruppen bedienen, um ihr ältestes Vorhaben zu realisieren: Die Ablösung der römisch-katholischen Kirche durch eine unverbindliche Weltreligion.

Unwissende Verbündete

Die Hochgradlogen haben für die Erreichung ihres Zieles neue Partner gefunden, die Friedensbewegung und die New-Age-Bewegung, die sich als »unwissende Verbündete« bezeichnen. Der sozialistisch gesteuerte Weltkirchenrat war schon 1960 in den Plan eingebunden. 1968 wurde in Upsala der erste Vorstoß auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen unternommen.

Auf der Vollversammlung in Vancouver wurde 1983 ein schon konkret ausgearbeitetes Konzept beraten, das durch Carl Friedrich von Weizsäcker in der evangelischen Kirche verbreitet wurde. Auf dem Düsseldorfer Kirchentag verteilte die Leitung der Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau ein Flugblatt von Professor von Weizsäcker, mit dem Unterschriften für das »Friedenskonzil« gesammelt wurden.

Inhalt des Flugblattes: »Der Weltfriede ist heute die erste Überlebensaufgabe der Menschheit. Der Friede ist von Anfang an ein Grundthema der Kirche. Der Weltfrieden ist daher das angemessene Thema eines ökumenischen Konzils. Um diese Adressaten mit dem nötigen Nachdruck zu erreichen, ist es notwendig, die verpflichtende Form des Konzils zu wählen und den Frieden zu seinem einzigen Thema zu machen: Jede Zerstreuung der Themen schwächt die Anrede ab. Es wäre historisch verfrüht, ein Konzil der Weltreligionen anzustreben. Selbstverständlich sollen die katholischen und orthodoxen Kirchen aufgefordert werden, in derjenigen Form an dem Konzil teilzunehmen, die sie mit ihrem Selbstverständnis vereinbaren können. Sie werden eine solche Form finden, wenn die Forderung nach dem Konzil vordringlich aus dem Kirchenvolk kommt.«

Es überrascht nicht mehr, daß auch der ranghöchste Kurienkardinal, Agostini Casaroli, bemerkenswerte Gedanken zu diesem Thema äußerte, und zwar in seiner Rede »Der Heilige Stuhl und die internationale Gemeinschaft« am 10. Dezember 1974 in Rom:

»Der Heilige Stuhl (damals von Montini okkupiert) hört nicht auf, nicht nur auf den Nutzen, sondern auch auf die Notwendigkeit einer weltweiten Organisation der Völker, einer von allen anerkannten und respektierten Autorität hinzuweisen, die durch den Beitrag aller Kraft und Leben erhalten müßte. Damit würde die Versuchung wegfallen, eigene Macht- und Vormachtziele gewaltsam durchzusetzen, ebenso wie das harte Gesetz der Verteidigung der eigenen Ehre und berechtigten Interessen, wenn nicht gar der Freiheit und des Lebens. An ihre Stelle träte die Möglichkeit der Berufung auf ein gerechtes, unparteiisches Gericht, das in der Lage sein müßte, die Rechte und die Pflichten aller zu wahren und festzusetzen.«

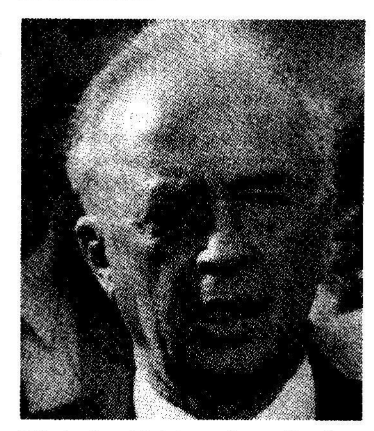
Das ist die »One-World-Idee« der Freimaurer in Reinkultur. □

Naher Osten

Sabotage am Frieden

Charles M. Fischbein

Während Jordaniens König Hussein kürzlich in Washington weilte und Hoffnungen höher denn je schlugen, daß Friedensgespräche zu gewissen spürbaren Ergebnissen im Nahen Osten führen könnten, gab der israelische Verteidigungsminister Yitzak Rabin den Befehl zu einem wahnsinnigen und völlig gesetzwidrigen Luftangriff auf das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) in Tunesien.



Yitzhak Rabin, israelischer Verteidigungsminister, ist der »tapfere zionistische Befreier Jerusalems«.

Ganz abgesehen davon, daß dem amerikanischen Einfluß in der Region ein Schlag versetzt wurde, hat Israel wirksam dafür gesorgt, daß der Friedensprozeß wieder einmal in die Brüche ging, und daß PLO-Führer Yassir Arafat wieder einmal radikalisiert und dazu gezwungen wurde, eher militärisch als diplomatisch zu handeln.

Honorar und Geschenk

Als ich am Fernsehen verfolgte, wie Rabin nach dem Luftüberfall in der Vorhalle eines New Yorkers Hotels, wo er auf einer zionistischen Geldbeschaffungs-Veranstaltung sprach, interviewt wurde, konnte ich nicht vergessen, welche Art von Mensch Rabin ist, und wie er seinen Mangel an staatsmännischer Fähigkeit kaum verbergen kann.

Kurz bevor ich den Jüdischen Nationalfonds (JNF) verließ, bat mich sein Direktor, eine größere Geldbeschaffungs-Veranstaltung in Washington durchzuführen und damit den Anstoß zu der jährlichen Kampagne des JNF zu geben. Das Diner sollte so etwas wie eine Anfeuerungs-Veranstaltung werden, und die Vorsitzenden von zehn wichtigen Ortsgruppen der Nationalen Rabbiner-Verbände sowie die Leiter der wichtigsten United-Jewish-Appeal- und JNF-Büros sollten anwesend sein. Mit anderen Worten, es sollte ein Ereignis mit sehr bedeutenden Persönlichkeiten werden, um für die 1982er Kampagne zugunsten Israels »die Truppen zusammenzutrommeln«.

Ein prominenter Washingtoner Zionistenführer schlug vor, wir könnten Rabin einladen zu sprechen, und gab mir Rabins private Telefonnummer in dessen Haus in Israel. Darauf rief ich Rabin an und fragte ihn, ob er zu dem Diner als unser Ehrengast kommen würde. Er war einverstanden unter zwei Bedingungen: wir müßten ihm ein Honorar von 5000 Dollar zahlen und ihm und seiner Frau ein Geschenk im Werte von nicht weniger als 2500 Dollar machen.

Dies war eine äußerst ungehörige Forderung, da Israel von allen seinen hochrangigen Regierungsbeamten erwartet, daß sie einen wesentlichen Teil ihrer Zeit damit verbringen, Versuche zur Geldbeschaffung zugunsten ihres Landes zu unternehmen, und sie für ihre Arbeit auch bezahlt.

Zusätzliche Forderungen

Ich erinnerte mich jedoch, daß

Naher Osten

Sabotage am Frieden

Rabin als israelischer Premierminister zum Rücktritt gezwungen wurde, weil ständige Habgier, die bei zionistischen Führern oft herrscht, ihn dazu führte, ein illegales Bankkonto bei einer einem zionistischen US-Beamten gehörenden Bank zu unterhalten, was nach israelischem Recht gesetzwidrig ist. Er brauchte annähernd zehn Jahre, um wieder in einer Machtposition als Verteidigungsminister zurückzuklettern.

Obwohl ich nicht dafür war, Geld der jüdischen Gemeinde dazu zu verwenden, Rabin noch weiter zu bereichern, fühlten sich die Gemeindeführer in Washington doch so von seiner Zeit als israelischer Botschafter in den Vereinigten Staaten mit ihm verbunden, daß sie ihn dabei haben wollten. Wie gewöhnlich erhielten die zionistischen Führer das, was sie haben sollten.

Das erste, worum mich Rabin bat, als ich ihn am Flughafen traf, war ein Scheck. Seine nächste Bitte war, man möge ihm auf JNF-Kosten eine gut gefüllte Bar auf sein Zimmer stellen.

Ich teilte ihm mit, wir würden ihn um 20 Uhr abholen und dann zu dem Bankett fahren.

Es war schon kurz vor 21 Uhr, als er aus seinem Zimmer kam, allerdings so betrunken, daß er noch gerade aufrecht gehen konnte. Am nächsten Tag beklagte sich ein Vertreter der Zionisten, der Rabin in jener Nacht fuhr, darüber, daß er den Alkoholgestank nicht aus seinem Wagen entfernen könne. Am Ende des Banketts wurde Rabin und seiner Frau ein gerahmtes Bild im Werte von 2500 Dollar aus einer bekannten Kunstgalerie überreicht.

Früh am nächsten Morgen rief Rabin mich in meinem Büro an und teilte mir mit, er wünsche das Bild umzutauschen, weil es nicht zu der Farben-Zusammenstellung in seinem Hause passe. Er bat mich, die Galerie anzurufen und sie um einen Umtausch zu ersuchen. Ich war einverstanden, sagte ihm aber, er möge den Preis des neuen Bildes in der vereinbarten Höhe halten. Ich rief die Galerie an und vereinbarte den Umtausch.

Auf den Charakter kommt es an

Ungefähr zehn Tage vergingen, als ich eine Rechnung des Kunsthändlers über 8230 Dollar erhielt, die Preisdifferenz zwischen dem Bild, das wir dem früheren Premierminister geschenkt hatten und dem Wert des Bildes, das er wählte.

Als ich die Galerie anrief, fragte ich, ob Rabin auf die Preisdifferenz hingewiesen worden wäre. Der Geschäftsführer, ein ehrenhafter und bekannter Kunsthändler, sagte mir, daß Rabin den Preisunterschied kannte und ihn beauftragte: »Schicken Sie die Rechnung einfach an den JNF.«

Nach einer ganzen Reihe von Sitzungen über diese Angelegenheit in unserem Büro zahlte ein prominenter Washingtoner Zionistenführer und enger Vertrauter Rabins lieber dem JNF für das Bild, als eine Szene zu machen und Rabin die Rechnung zu schicken.



Auf das Gespräch zwischen König Hussein und Reagan setzte die Welt ihre Friedenshoffnungen im Mittleren Osten.



Der israelische Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis zerschlug auch die Friedenshoffnungen.

Für den Verfasser dieses Berichtes ist bei einem militärischen Führer ein moralischer Charakter wünschenswert. Solch ein Mann hat jeden Tag die Macht über Leben und Tod in seinen Händen. Mit einem moralischen Charakter kommt auch Selbstbeherrschung.

Als Rabin israelischer Verteidigungsminister wurde und Ariel Sharon ersetzte, schauderte ich, weil Rabin noch mehr moralisch angreifbar ist als Sharon. Rabin ist schließlich ein Mann, der gezwungen wurde, das höchste Amt seines Landes aufzugeben, weil er versuchte, ein paar Extra-Dollar an Zinsen zu verdienen, indem er ein illegales Bankkonto in den Vereinigten Staaten unterhielt, während seine Landsleute sich unter einer dreistelligen Inflationsrate durchschlagen mußten.

Es ist dieser Mann, dieser »tapfere zionistische Befreier Jerusalems«, der den Gesichtern amerikanischer Reporter zulacht, wenn sie fragen, ob er meint, daß die Vereinigten Staaten für Israels Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier einen politischen Preis zu zahlen haben werden.

Es ist dies ein Mann, der betrunken vor einer Versammlung prominenter Rabbiner erscheint und sich selbst und sein Volk verwirrt, indem er ein erbetenes Geschenk zu seinem eigenen Profit manipuliert.

Es ist dieser zionistische Beamte, der einen Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier gut heißt und ihn führt, der hauptsächlich dazu bestimmt war, die eine Person zu töten, die dem Nahen Osten Frieden bringen könnte: Arafat. □



Rüstung

Jetzt kommt EVI

Wolfgang Volkrodt

Obwohl immer noch »künstlicher Nebel« um SDI und Eureka dafür sorgt, daß kein Normalsterblicher weiß, was sich hinter vorbenannten Abkürzungen an Realitäten verbirgt, folgt bereits ein neues Schlagwort: EVI oder Europäische Verteidigungsinitiative.

Über EVI berichtete »Der Spiegel«: »Bereits Ende 1982 hat Wörners Planungschef Hans Rühle seinem Minister ein Papier vorgelegt, wie der sowjetischen Bedrohung zu begegnen sei. Formulierungshilfe leistete MBB. «Bei dem von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) forcierten Modell handelt es sich um einen Hochenergie-Laser. Förderer des Projekts ist auch der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der im September 1985 in den Medien verkünden ließ: »Nach SDI sieht unsere technische Welt anders aus als zuvor.«

Strauß und Genscher verfügen über ausreichend Hintergrundwissen zu SDI. Doch Bundeskanzler Kohl und seine engsten Berater sind entweder völlig ahnungslos, oder tun jedenfalls so vor dem deutschen Volk. Anders sind die geäußerten Sympathien für das amerikanische SDI-Projekt nicht zu erklären.

Leider handelt es sich bei der Definition von EVI wieder einmal um eine vorsätzliche Irreführung der Bevölkerung. Ein Hochenergie-Laser, der die Haut von Flugzeugen und Raketen durchbohren und die Flugkörper damit vernichten kann, eignet sich genausogut als Angriffswaffe.

Man unterstelle mir bitte nicht, ich sei in irgendeiner Form Mitarbeiter des Bundesverteidigungsministeriums und somit indirekt am neuen EVI-Projekt beteiligt. Ich kenne lediglich aus jedermann zugänglicher Literatur die Physik und Technik, die sich hinter SDI verbirgt. Beim logischen Nachdenken ergibt sich zwangsläufig der Vorschlag, daß sich Westeuropa einen eigenen Schutzschild gegen Raketen unter Nutzung der Hochenergie-Laser-Technik überstülpen könne.

Aber man sollte beim Nachdenken nicht auf dieser Stufe stehen bleiben. Es ist zu bezweifeln, daß den USA eine solche eigenständige Initiative Westeuropas in ihre Politik paßt. »Der Spiegel« erklärt in seinem Artikel sinngemäß, das von den USA den Europäern angebotene System »Sure Hit« sei veraltet. MBB hat bessere technische Lösungen. Die Chancen stehen nicht nur technisch, sondern auch im Hinblick auf den wesentlich kleineren finanziellen Aufwand nicht schlecht, daß wir vor den USA ein wirksames Raketenschutzschild installieren können.

Was denn? Wenn die UdSSR keine Chancen mehr zu einer wirksamen Bedrohung Westeuropas sieht, dann richtet sie ihre weiteren Rüstungsanstrengungen fast ausschließlich gegen die USA. Dort hat man es wesentlich schwerer, ein wirksames, flächendeckendes Raketenabschirmschild zu installieren. Eine solche Entwicklung wird weder Reagan noch Weinberger ins Konzept passen. Es ist mit zunehmendem Widerstand Washingtons gegen EVI zu rechnen.

Doch auch das ist noch zu kurzfristig gedacht. Hochenergie-Laser- oder Skalar-Waffen sind in ihrer Wirkung unvorstellbar scheußlicher als die gegenwärtigen Atomwaffen. Solcher Waffen können sich in einem künftigen Krieg nur noch Wahnsinnige bedienen.

Wer ist bereit, in die Geschichte der Menschheit als »Wahnsinniger« einzugehen, der aus finsteren Machtgelüsten heraus diese, unsere Erde durch Totalvernichtung zu bedrohen wagt? Niemand kann den US-Präsidenten Reagan und den UdSSR-Generalsekretär Gorbatschow von der Beantwortung dieser Frage entbinden.

Wir Deutschen sollten uns im eigenen Interesse hüten, Mitverantwortung bei einer weiteren Eskalation von Hochenergie-Laser-Waffen zu übernehmen. Bundeskanzler Kohl muß sich endlich bemühen, daß seine vor Jahren gemachte Aussage »Frieden mit wenigen Waffen schaffen« noch glaubwürdig ist. Doch nichts geschieht. Das deutsche Volk wird von seiner Regierung weiterhin als dumm verkauft. □

Revisionismus

Der namenlose Krieg

Zweite Folge

Archibald Maule Ramsay

Die Französische Revolution von 1789 war das erstaunlichste Ereignis in der Geschichte Europas seit dem Untergang Roms. Vor den Augen der Welt trat ein neues Phänomen auf. Noch nie hatte ein Mob eine erfolgreiche Revolution offensichtlich gegen alle anderen Klassen im Staat mit hochtrabenden, aber ziemlich unsinnigen Slogans organisiert, der mit Methoden arbeitete, die nicht eine Spur der in diesen Slogans bewahrten Prinzipien enthielten. Noch nie hatte irgendein Teil irgendeiner Nation alle anderen Teile besiegt, und erst recht nicht alle anderen Merkmale des nationalen Lebens und der Tradition hinweggefegt, vom König, der Religion, dem Adel, den Geistlichen, der Fahne, dem Kalender und den Ortsnamen bis hin zur Währung. Solch ein Phänomen verdient größte Aufmerksamkeit, besonders angesichts der Tatsache, daß ihm in vielen Ländern genau die gleichen Ausbrüche folgten.

Die wichtigste Entdeckung, die solch eine Überprüfung enthüllen wird, ist diese Tatsache: die Revolution war nicht das Werk von Franzosen, um Frankreich zu verbessern. Es war das Werk Fremder, deren Ziel es war, alles, was Frankreich war, zu zerstören.

Diese Schlußfolgerung wird durch die Erwähnung von »Ausländern« in hohen Positionen im Revolutionsrat bestätigt, nicht nur von Sir Walter Scott, sondern von Robespierre selbst. Wir haben die Namen von vielen dieser Ausländer, und es ist eindeutig, daß sie keine Briten, keine Deutsche, oder Italiener oder Angehörige irgendeiner anderen Nation waren. Es handelt sich natürlich um Juden.

Wir wollen einmal sehen, was die Juden selbst darüber zu sagen haben. In den Protokollen der Weisen von Zion steht: »Erinnern Sie sich an die Französische Revolution, der wir den Beinamen ›die Große‹ gaben. Die Geheimnisse ihrer Vorbereitung sind uns gut bekannt, denn sie war vollständig das Werk unserer Hände. Wir waren die ersten, die in der Masse der Menschen die Worte ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ riefen. Die dummen nicht-jüdischen ›Abstimmungs-Papageien‹ flogen von allen Seiten auf diese Köder herunter und trugen dann das Wohl der Welt mit sich fort. Diese Möchte-gern-Weisen der Nichtjuden waren so dumm, daß sie nicht erkennen konnten, daß es in der Natur keine Gleichheit gibt, und daß es keine Freiheit geben kann; wobei natürlich die Freiheit gemeint ist, wie sie von den Sozialisten und Kommunisten verstanden wird, die Freiheit, sein eigenes Land zu zerstören.«

Die Finanziers hatten sich etabliert

Mit diesem sich in unserem Besitz befindenden Wissen werden wir feststellen, daß wir einen Generalschlüssel für die komplizierten Vorgänge der Französischen Revolution besitzen. Das etwas verwirrte Bild von sich auf der Leinwand bewegenden Charaktere und Ereignissen, die uns in unseren Geschichtsbüchern gezeigt wurden, wird plötzlich zu einem konzertierten und einem engverbundenen menschlichen Drama.

Wenn wir Parallelen zu ziehen beginnen zwischen Frankreich im Jahre 1789, Großbritannien 1640, Rußland 1917, Deutschland und Ungarn 1918/19 und Spanien im Jahre 1936, werden wir fühlen, wie das Drama uns mit einem neuen Gefühl der Realität ergreift.

»Eine Revolution ist ein Schlag, der einem Gelähmten erteilt wird.« Trotzdem muß es jedoch offensichtlich sein, daß eine riesige Organisation und enorme Mittel sowie auch Schläue und Geheimhaltung, die weit über dem Durchschnitt liegen, für eine erfolgreiche Durchführung notwendig sind.

Es ist in der Tat erstaunlich, daß Menschen annehmen können, daß »der Mob« oder »das Volk« jemals solch eine komplizierte



Die drei Stände: Geistlicher, Adliger, Bürger. Ihre Eintracht und ihr Respekt vor der Krone war von kurzer Dauer.

und teure Operation unternommen haben oder unternehmen könnten. Kein Fehler könnte überdies gefährlicher sein, denn das Ereignis ist eine völlige Unfähigkeit, die wahre Bedeutung von Ereignissen zu erkennen oder die Quelle und das Zentrum einer revolutionären Bewegung.

Das Vorgehen bei der Organisation einer Revolution wird erstens als das Zufügen einer Lähmung und zweitens als das Ausführen des Schlages oder der Schläge angesehen. Für das erste Verfahren, der Erzeugung von Lähmung, ist die Geheimhaltung notwendig. Seine äußeren Anzeichen sind Schulden, der Verlust der Kontrolle der Öffentlichkeit und die Existenz von durch Ausländer beeinflußte geheime Organisationen in dem zum Untergang verurteilten Staat.

Die Potentaten der Schuldenmaschine

Schulden, besonders internationale Schulen, sind der erste und überwältigende Griff. Durch diesen werden Männer in hohen Positionen beeinflußt, und fremde Mächte und Einflüsse werden in das Staatswesen eingeführt. Wenn der Schuldengriff fest etabliert ist, folgt bald die Kontrolle jeder Form von Publizität und politischen Aktivitäten, zusammen mit den sich in einem festen Griff befindlichen Industriellen.

Alles ist dann für einen revolutionären Schlag vorbereitet. Der Griff der rechten Hand zu den Finanzen stellt die Lähmung dar, während die revolutionäre Linke den Dolch hält und den tödlichen Schlag ausführt. Der Verfall der Moral erleichtert den ganzen Vorgang.

Im Jahre 1780 trat die finanzielle Lähmung in Frankreich in Erscheinung. Die großen Finanziers der Welt hatten sich fest etabliert. »Sie besaßen einen so großen Anteil an den Gold- und Silbervorräten der Welt, daß der größte Teil von Europa, ganz sicher Frankreich, in ihrer Schuld war.«

Dies berichtet McNair Wilson in seinem Buch »Das Leben Napoleons«, und er schreibt weiter: »Ein Wandel grundsätzlicher Art hatte in der wirtschaftlichen



Mirabeau, einer der großen Redner des Nationalkonvents. Seine Schriften enthüllen die Zwielichtigkeit seines Handelns.

Struktur Europas stattgefunden, wobei die alte Basis nicht mehr der Wohlstand war, sondern die Schulden. Im alten Europa wurde der Wohlstand an Hand von Ländereien, Ernteerträgen, Größe der Herden und Mineralien gemessen; aber jetzt war ein neuer Maßstab eingeführt worden, eine Form des Geldes nämlich, die den Titel ›Kredit‹ erhalten hatte.«

Obwohl die Schulden des französischen Königreiches beträchtlich waren, waren sie doch keineswegs unüberwindlich, außer, was das Gold betrifft. Hätten sich die Berater des Königs dazu entschlossen, Geld gegen die Sicherheiten der Ländereien und des wahren Wohlstandes Frankreichs auszugeben, hätte die Lage ziemlich leicht wieder richtiggestellt werden können. Jedoch hatte ein Finanzier nach dem anderen, die das von den internationalen Wucherern auferlegte System entweder nicht beenden konnten oder wollten, die Situation fest im Griff.

Angesichts solcher Schwäche oder Niederträchtigkeit konnten die Bande der Wucherer nur gewichtiger und schrecklicher werden, denn die Schulden betrafen Gold und Silber, von denen Frankreich weder das eine noch das andere produzierte.

Und wer waren die Potentaten der neuen Schuldenmaschine, diese Gold- und Silberspekulanten, denen es gelungen war, das Finanzwesen Europas auf den Kopf zu stellen und echtes Vermögen durch Millionen und Abermillionen wucherischer Darlehen zu ersetzen?

Der Ruin der Staaten

In ihrem sehr wichtigen Werk »Okkultistische Theokratie« nennt die verstorbene Lady Queensborough gewisse markante Namen. Sie hat ihre Fakten aus dem Werk »L'Anti-Semitisme« entnommen, das im Jahre 1894 von dem Juden Bernard Lazare geschrieben wurde. In London nennt sie Namen wie Benjamin Goldschmid, dann den seines Bruders Abraham Goldschmid, außerdem den ihres Partners Moses Mocatta und seines Neffens Sir Moses Montifiore, die direkt in die Finanzierung der Französischen Revolution verwickelt waren, zusammen mit Daniel Itsig aus Berlin und seinem Schwiegersohn David Friedlander sowie Herz Cerfbeer aus dem Elsaß.

Diese Namen erinnern an die Protokolle der Weisen von Zion, und in diesen Protokollen steht: »Der Goldstandard ist der Ruin jener Staaten gewesen, die ihn angenommen haben, denn er konnte die Forderungen nach Geld nicht zufriedenstellen, um so mehr, weil wir Gold soweit wie möglich aus dem Umlauf entfernt haben.«

Und weiter heißt es: »Darlehen hängen wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Herrscher, die ihre ausgestreckte Hand aufhalten und betteln.«

Niemand konnte das zutreffender beschreiben, was Frankreich befiel, als Sir Walter Scott in dem ersten Band seines Buches



Danton war neben Marat und Robespierre der bedeutendste Volksvertreter der ersten Revolutionsjahre.

»Das Leben Napoleons«. Scott beschreibt darin die Situation wie folgt:

»Diese Finanziers behandelten die Regierung, wie bankrotte Verschwender von wucherischen Geldverleihern behandelt werden, die ihre Verschwendungssucht mit der einen Hand versorgen und mit der anderen aus ihren ruiniertem Vermögen die unzumutbarsten Entschädigungen für ihre Vorschüsse herausquetschen. Durch eine lange Kette dieser ruinösen Darlehen und den verschiedenen vergebenen Sicherheiten, um sie zu garantieren, wurde das gesamte Finanzwesen Frankreichs in eine totale Verwirrung gestürzt.«

In diesen letzten Jahren der wachsenden Verwirrung war König Ludwigs oberster Finanzminister »ein Schweizer« namens Necker, deutscher Abstammung und Sohn eines Professors, über den McNair Wilson schreibt:

»Necker hatte seinen Weg in das Finanzministerium des Königs als Vertreter des Schuldensystems erzwungen und schuldete jenem System die Treue.«

Wir können uns leicht vorstellen, welche Politik Necker bei diesem Treueverhältnis betrieb. Und wenn wir dann auch noch die Tatsache betrachten, daß er als waghalsiger und skrupelloser Spekulant bekannt war, können wir verstehen, warum das nationale Finanzwesen Frankreichs unter seiner verhängnisvollen Schirmherrschaft sich rapide verschlechterte, so daß die Regierung des glücklosen Königs nach vier Jahren seiner Manipulationen zusätzliche und weitaus ernsthaftere Schulden in Höhe von 170 000 000 englische Pfund gemacht hatte.

Die revolutionäre Gesellschaft

1730 wurde die Freimaurerei aus England in Frankreich eingeführt. Bis zum Jahre 1771 hatte die freimaurerische Bewegung solche Ausmaße erreicht, daß Phillipe Herzog von Chartres, später von Orléans, Großmeister wurde. Diese Art der Freimaurerei war in ihrem Anfangsstadium größtenteils harmlos, sowohl in ihrer Politik als auch die Mitglieder betreffend, aber wie die Ereignisse bewiesen ha-

Revisionismus

Der namenlose Krieg

ben, waren die wirklich antreibenden Geister rücksichtslose und skrupellose »Männer des Blutes«.

Der Herzog von Orléans gehörte nicht zu diesem exklusiven Kreis der »Männer des Blutes«. Obwohl er ein Mann mit geringen Prinzipien war, ein verschwendungssüchtiger, eitler und ehrgeiziger Wüstling, hatte er doch keine anderen Motive als die Absetzung des Königs und die Gründung einer demokratischen Monarchie, deren Monarch er selbst sein wollte. Da er außerdem nur geringe Intelligenz besaß, gab er den idealen Strohmann für das erste und gemäßigte Stadium der Revolution ab, sowie er auch ein williges Werkzeug in den Händen der Männer war, die er wahrscheinlich kaum kannte, und die ihn durch die Guillotine hinrichten ließen, kurz nachdem er seine niederträchtige und schändliche Rolle gespielt hatte.

Der Marquis de Mirabeau, der ihm als Leitfigur der Revolution folgte, spielte etwa dieselbe Rolle. Er war ein wesentlich fähigerer Mann als der Herzog von Orléans, aber er war so ein gemeiner Wüstling, daß er von allen in seiner eigenen Klasse gemieden wurde und mehr als einmal auf Veranlassung seines eigenen Vaters ins Gefängnis mußte.

Mirabeau war bekannt dafür, daß er von Moses Mendelssohn, dem Führer der jüdischen Illuminaten, finanzielle Unterstützung bekam, und daß er sich mehr in der Gesellschaft der Jüdin Frau Herz befand, als ihr eigener Ehemann. Er war nicht nur eine frühe Gallionsfigur der französischen Freimaurerei in den ehrenhaften Jahren, sondern führte das Illuminatentum in Frankreich ein.

Dieses Illuminatentum war eine geheime revolutionäre Gesellschaft hinter der Freimaurerei. Die Illuminaten drangen in alle Logen des Groß-Orients der Freimaurerei ein und wurden von kabbalistischen Juden unterstützt und organisiert. Dabei ist die Tatsache von Interesse, daß der Herzog von Orléans und Talleyrand beide von Mirabeau in das Illuminatentum eingeweiht wurden, kurz nachdem Mirabeau das Illuminatentum aus Frankfurt nach Frankreich eingeführt hatte. Der Orden der Illuminaten wurde am 1. Mai 1776 von Adam Weishaupt gegründet.

Die Träger des Lichts

1785 geschah ein seltsamer Vorfall, durch den es den Anschein hatte, als ob die himmlischen Mächte selbst einen Versuch in letzter Minute machen würden, Frankreich und Europa vor diesen sich zusammenballenden Mächten des Bösen zu warnen. Ein Bote der Illuminaten wurde vom Blitz getroffen und war auf der Stelle tot. Bei der Leiche fand die Polizei Papiere, die von Plänen für eine Weltrevolution handelten.

Daraufhin ließ die bayerische Regierung das Hauptquartier der Illuminaten durchsuchen, und eine Menge zusätzliches Beweismaterial wurde entdeckt. Die französischen Behörden wurden informiert, aber der Vorgang der Lähmung war schon zu weit fortgeschritten, und so wurde in Frankreich nichts unternommen.

Bis zum Jahre 1789 gab es in Frankreich mehr als 2000 Logen, die dem Groß-Orient, dem direkten Werkzeug der internationalen Revolution, angegliedert waren, und es gab mehr als 100 000 Meister.

So etablierten sich das jüdische Illuminatentum unter Moses Mendelssohn und das Illuminatentum der Freimaurer unter Adam Weishaupt als die inneren Kontrollorgane einer starken geheimen Organisation, die letztendlich im gesamten französischen Staatsgebiet verbreitet war.

Unter den Illuminaten arbeitete der Groß-Orient der Freimaurerei, und unter diesem wiederum die blaue oder nationale Freimaurerei, bis sie im Jahre 1773 von Phillipe von Orléans über Nacht direkt dem Groß-Orient unterstellt wurde. Egalité (von Orléans) hatte keine Ahnung, was für teuflische Kräfte er beschwor, als er diesen Schritt unternahm. Sie waren in der Tat satanisch. Der Name Luzifers bedeutet »Träger des Lichts«, und Illuminaten sind jene, die von diesem Licht erhellt wurden und werden.

Als die Generalstände am 5. Mai 1789 in Versailles zusammentraten, war die Lähmung der exekutiven Staatsgewalt durch die geheimen Organisationen vollständig. Die Lähmung durch die Kontrolle der öffentlichen Meinung und der Öffentlichkeit war zu dem Zeitpunkt ebenfalls so weit fortgeschritten, daß man es wagen konnte. Und so wurde es schließlich auch bewältigt.

1780 hatte von Orléans, dank seiner gewagten Glücksspiele und seiner Verschwendungssucht, sein gesamtes Einkommen in Höhe von 800 000 Livres bei den Geldverleihern hypothekarisch belastet. Als Gegenleistung für seinen eigenen Unterhalt unterschrieb er 1781 Papiere, mit denen er seinen Palast, seine Güter, sein Haus, das Palais Royal, an seine Gläubiger übergab mit der Befugnis, dort ein Zentrum für Politik, zum Drucken und Verfassen von Flugblättern, Glücksspiele, Vorträge, Bordelle, Weinläden, Theater, Kunstgalerien, Leichtathletik und irgendwelche anderen Zwecken zu etablieren, das später jegliche Formen von allen möglichen Spielarten öffentlicher Ausschweifungen bot.



Auf Antrag von Mirabeau und Talleyrand beschloß die Nationalversammlung am 24. November 1789 die Verstaatlichung des Kirchengutes.

L'Infamie der Jakobiner

Tatsächlich benutzten Egalités Finanzherren seinen Namen und seinen Besitz, um eine gewaltige

Organisation für Propaganda und Korruption zu installieren, die jeden niedrigsten Instinkt in der menschlichen Natur zu befriedigen versuchte. Sie überschwemmten von hier eine sehr große Anzahl von Menschen mit den schmutzigsten, diffamierendsten und revolutionärsten Machwerken aus ihren Druckerpressen.

Scudder schreibt in seinem Buch »Ein Prinz von edlem Geblüht«: »Die Polizei hatte dort mehr zu tun als in all den anderen Teilen der Stadt.«

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß der von den Gläubigern im Palais Royal eingesetzte Generalverwalter ein gewisser Laclos war, ein politischer Abenteurer fremder Herkunft, Autor des Buches »Liaisons Dangereuses« und anderer pornographischer Werke, von dem gesagt wurde, daß er »die Politik der Liebe studierte wegen seiner Liebe zur Politik«.



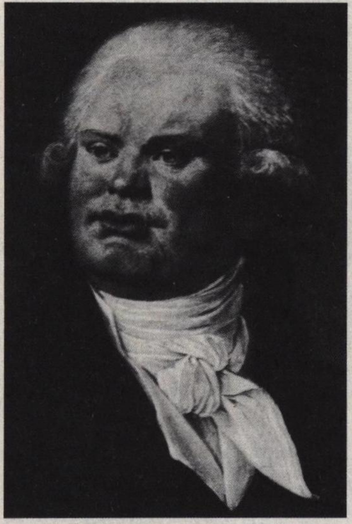
Robespierre, der Rechtsanwalt aus Arras und Pariser Abgeordnete im Nationalkonvent war Führer der Bergpartei.

Dieser ständige Strom von Korruption und destruktiver Propaganda war mit einer Reihe systematischer persönlicher Angriffe gemeinster und skrupellosester Art auf all die öffentlichen Personen verbunden, von denen die Jakobiner den Eindruck hatten, daß sie ihnen im Wege stehen könnten. Dieser Vorgang war unter dem Begriff »L'Infamie« bekannt.

Marie Antoinette selbst war eines der Hauptziele für diese typisch jüdische Form des Angriffes. Keine Lüge oder Beschimpfung war zu gemein, als daß sie ihr nicht verpaßt werden konnte.

Da Marie Antoinette intelligenter, aufgeweckter und energischer war als der schwache und träge Ludwig, stellte sie ein beträchtliches Hindernis für die Revolution dar. Sie hatte überdies viele Warnungen bezüglich der Freimaurerei von ihrer Schwester in Österreich erhalten, und sie war sich darum zweifellos zu diesem Zeitpunkt der Bedeutung der Freimaurerei mehr bewußt als einige Jahre vorher, als sie an ihre Schwester geschrieben hatte:

»Ich glaube, daß Du, was Frankreich betrifft, Dir zu viel Sorgen über die Freimaurerei machst. Hier ist sie weit davon entfernt, die Bedeutung zu haben, die sie sonstwo in Europa haben mag. Hier ist alles offen, und man weiß alles. Wo könnte dann die Gefahr sein? Man könnte sich



Danton scheiterte an Robespierre, weil er dessen und Marats Auffassungen nicht teilen wollte.

sehr wohl Sorgen machen, wenn es sich um eine politische geheime Gesellschaft handeln würde. Aber das Gegenteil ist der Fall: die Regierung läßt es zu, daß sie sich ausbreitet, und sie ist nur das, was sie auch zu sein scheint, ein Verband mit den Zielen der Union und der tätigen Nächstenliebe. Es wird gegessen, gesungen, geredet, was Grund für den König war, zu sagen, daß Menschen, die trinken und singen, nicht der Organisation von Verschwörungen verdächtigt werden können. Es ist auch keine Gesellschaft von Atheisten, denn uns wird berichtet, daß Gott in aller Munde sei. Sie sind sehr menschenfreundlich. Sie ziehen die Kinder ihrer armen und verstorbenen Mitglieder groß. Sie geben ihren Töchtern eine Mitgift. Was kann all das schaden?«

Das Signal zum Massaker

Was für ein Schaden könnte es in der Tat sein, wenn diese untadeligen Ambitionen keine dunkleren Pläne verbargen? Die Agenten von Weishaupt und Mendelssohn berichteten diesen zweifellos über den Inhalt des Briefes der Königin, und wir können uns vorstellen, wie sie sich vor Lachen ausgeschüttet und sich die Hände in großer Selbstzufriedenheit gerieben haben, Hände, die nur darauf warteten, das Leben Frankreichs und seiner Königin zu zerstören, und die zur angebrachten Stunde das Signal geben würden, das die geheime Verschwörung in die »September-Massaker« und das Blutbad der Guillotine verwandeln würde.

Um die Kampagne der Verunglimpfung gegen die Königin weiter zu fördern, wurde zu der Zeit ein ausgeklügelter Streich arrangiert, als die Finanziers und Kornspekulanten bewußt die Bedingung für die Armut und den Hunger in Paris schufen.

Beim Hofjuwelier wurde von einem Vermittler der Jakobiner eine mit Diamanten besetzte Kette im Wert von fast einer Viertelmillion im Namen der Königin bestellt. Die arme Königin wußte nichts von dieser Angelegenheit, bis die Kette ihr persönlich zur Entgegennahme überbracht wurde. Sie stritt natürlich ab, irgend etwas mit dieser Sache zu tun zu haben, und verwies darauf, daß sie es für falsch halten würde, solch ein kostbares Schmuckstück zu einem Zeitpunkt zu bestellen, wo Frankreich sich doch in einer so sehr schlechten finanziellen Position befände.

Die Druckerpressen des Palais Royal griffen jedoch mit voller Wucht dieses Thema auf, und alle Arten von Kritik wurden auf die Königin losgelassen. Dann wurde ein weiterer Skandal für die Presse eingefädelt. Eine Prostituierte vom Palais Royal mußte sich als Königin verkleiden, und durch einen gefälschten Brief wurde der Kardinal Prinz von Rohan dazu veranlaßt, die angebliche Königin um Mitternacht im Palais Royal zu treffen, in der Annahme, daß die Königin ihn in der Angelegenheit wegen der Kette um Rat und Hilfe fragen möchte.

Die Feststellung erübrigt sich, daß diese Begebenheit sofort den Druckerpressen und Verfassern von Flugblättern berichtet wurde, die darauf sofort eine weitere Kampagne starteten, die die niederträchtigsten Andeutungen in bezug auf die ganze Angelegenheit enthielten, die man sich nur vorstellen konnte.

Der treibende Geist hinter der Angelegenheit war Cagliostro, alias Joseph Balsamo, ein Jude aus Palermo, Doktor der kabbalistischen Kunst und Mitglied der Illuminaten, in deren Kreis er 1776 von Weishaupt in Frankfurt eingeführt wurde. Als die Kette endlich ihren Zweck erfüllt hatte, wurde sie nach London geschickt, wo die meisten der Steine von dem Juden Eliason eingezogen wurden.

Marionetten der wirklichen Mächte

Angriffe ähnlicher Art wurden gegen viele andere anständige Leute gerichtet, die sich dem Einfluß der Jakobiner-Klubs widersetzten. Nach acht Jahren dieser Arbeit war das Verfahren der Lähmung durch die Beherrschung der Öffentlichkeit abgeschlossen.

Als die Finanziers 1789 den König dazu zwangen, die Generalstände zusammenzurufen, war daher der erste Abschnitt ihrer Pläne für eine Revolution, das heißt die allgemeine Lähmung, in jeder Hinsicht erreicht.

Jetzt mußte nur noch der Schlag oder die Reihe von Schlägen ausgeteilt werden, die Frankreich seines Thrones, seiner Kirche, seiner Verfassung, seiner Adligen, seiner Geistlichen, seiner Gentry, seiner Bourgeoisie, seiner Traditionen und seiner Kultur berauben sollte und die, wenn die Arbeit der Guillotine getan war, an ihrer Stelle Holzhauer und Wasserträger als Bürger unter einer fremden finanziellen Diktatur hinterlassen würden.

Von 1789 an wurde ein revolutionärer Akt nach dem anderen

Der namenlose Krieg

in Gang gebracht. Jeder war gewaltiger als der vorangegangene; jeder entlarvte neue Forderungen und noch gewalttätigere und revolutionärere Führer. Jeder dieser Führer, nur Marionetten der wirklichen Mächte hinter der Revolution, wird der Reihe nach beiseite geschoben, und sein Kopf rollt in den Korb zu denen der Opfer von gestern.

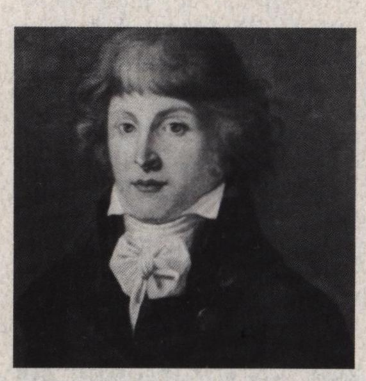
Phillipe Egalité, Herzog von Orléans, wurde dazu benutzt, den Boden für die Revolution vorzubereiten, die Anfänge des revolutionären Clubs mit seinem Namen und seinem Einfluß zu beschützen, der Freimaurerei und dem Palais Royal zum Durchbruch zu verhelfen und solche Handlungen wie den Marsch der Frauen nach Versailles zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit waren die »Frauen« meist Männer in Verkleidung.

Der Herzog von Orléans hatte den Eindruck, daß der König und die Königin von diesem Mob ermordet werden könnten, und er selbst dann zum demokratischen König proklamiert werden würde. Die wirklichen Organisatoren dieses Marsches hatten jedoch andere Pläne vor Augen.

Ein Hauptziel war die Sicherung des Umzugs der königlichen Familie nach Paris, wo sie von dem Schutz der Armee befreit sein würde und sich im Einflußbereich der Gemeinden oder des Pariser Grafschaftsrates, in dem die Jakobiner die Mächtigen waren, befinden würden. Sie benutzten Egalité weiterhin bis zu dem Zeitpunkt der Abstimmung über das Leben des Königs, wobei er seine erbärmliche Karriere damit krönte, daß er die offene Abstimmung anführte und für den Tod seines Cousins stimmte. Seine Herren hatten danach keinen weiteren Verwendungszweck für seine Dienste, und sehr bald folgte er seinem Cousin inmitten der Verwünschungen aller Klassen zur Guillotine.

Mirabeau spielte eine ähnliche Rolle wie Egalité. Er hatte beabsichtigt, daß die Revolution dann enden sollte, wenn Ludwig als demokratischer Monarch und er selbst als Hauptberater eingesetzt worden wären. Er hatte nicht den Wunsch, daß dem König Gewalt zugefügt werden sollte.

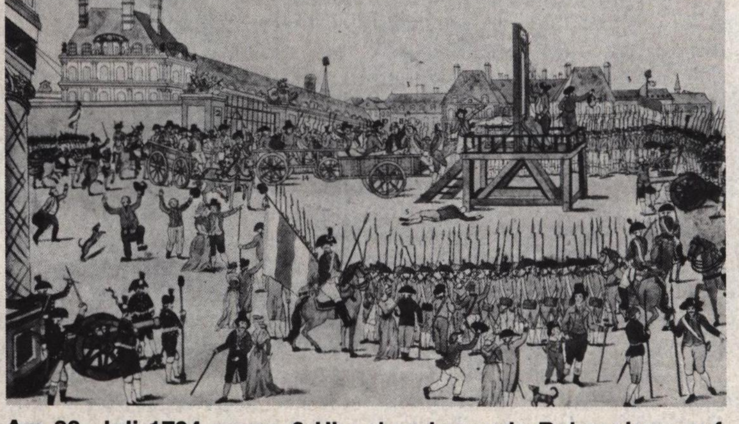
Im Gegenteil: In den letzten Tagen vor seinem mysteriösen Tod durch Gift setzte er alle seine Bemühungen ein, den König von Paris entfernen zu lassen und ihn der Obhut königstreuer Generäle, die noch seine Armee befehligten, anzuvertrauen. Er war der letzte der Gemäßigten und Monarchisten, die den Jakobiner-Klub in Paris beherrschten, dieses blutrünstige Zentrum der Revolution, das aus den geheimen Clubs der Freimaurer des Groß-Orients und der Illuminaten zustande gekommen war.



Saint-Just, der unerschrockene, jähzornige »Erzengel der Revolution«, für den es keine Hindernisse gab.



Die Arbeit der Guillotine auf dem Place de la Révolution diente dem brutalen Vergnügen der Schaulustigen.



Am 28. Juli 1794 gegen 6 Uhr abends wurde Robespierre auf das Schafott gebracht.

Es war Mirabeaus laute und klangvolle Stimme, die die wachsende Wut der darin herumschwirrenden mordgierigen Fanatiker in Schach hielt. Es besteht kein Zweifel daran, daß er endlich das wahre Wesen und die Stärke des Untiers erkannte, an dessen Entfesselung er so lange und so emsig mitgearbeitet hatte.

Bei seinem letzten Versuch, die königliche Familie zu retten, indem er sie aus Paris schleuste, gelang es ihm tatsächlich, die gesamte Opposition im Jakobiner-Klub niederzuschreien. An dem Abend starb er infolge einer plötzlichen und heftigen Krankheit, und, wie der Autor der »Diamantenkette« schreibt: »Ludwig war nicht unwissend, daß Mirabeau vergiftet worden war.«

Daher wurde auch Mirabeau wie Phillipe Egalité und später Danton und Robespierre von der Bühne entfernt, als er seine Rolle gespielt hatte. Das erinnert an eine Stelle in den Protokollen der Weisen von Zion, wo es heißt: »Wir richten Freimaurer in solcher Weise hin, daß niemand außer der Brüderschaft jemals Verdacht hegen kann bezüglich der Ausführung.«

Und an anderer Stelle steht: »Auf diese Weise werden wir mit jenen nicht-jüdischen Freimaurern verfahren, die zu viel wissen.«

E. Scudder schreibt in seinem Buch »Das Leben von Mirabeau«: »Er starb zu einem Zeitpunkt, zu dem der Revolution noch hätte Einhalt geboten werden können.«

Die Forderung lautete Blut

Die Figur des Lafayette beherrscht die Szene bei etlichen wichtigen Gelegenheiten in diesen ersten revolutionären Phasen. Er war einer jener einfachen Freimaurer, die nicht wis-

sen, wohin sie getragen werden, in einem Schiff sitzend, das sie noch nicht vollständig erforscht haben, und Strömungen ausgeliefert, denen sie völlig unwissend gegenüberstehen.

Er war beliebt bei den revolutionären Massen, handhabte jedoch gleichzeitig auf strenge Weise etliche beginnende Ausbrüche von revolutionärer Gewalttätigkeit, besonders bei dem Marsch der Frauen nach Versailles, während des Angriffes auf die Tuillerien und beim Champs de Mars. Er wünschte auch die Gründung einer demokratischen Demokratie und unterstützte keine Bedrohung des Königs, selbst von Phillipe Egalité, den er mit äußerster Feindseligkeit während des Marsches der Frauen nach Versailles und danach behandelte, weil er glaubte, daß Egalité bei jener Gelegenheit die Ermordung des Königs und die widerrechtliche Aneignung der Krone beabsichtigte.

Er wurde offensichtlich zu einem Hindernis für die Mächte hinter der Revolution und wurde darum zu einem Krieg gegen Österreich geschickt, zu dessen Erklärung Ludwig von der Nationalversammlung gezwungen worden war. Einmal kehrte er dann tatsächlich schnell nach Paris zurück, um den König zu retten, aber er wurde sofort wieder in den Krieg geschickt. Mirabeaus Tod folgte, und Ludwigs Schicksal war besiegelt.

Die wilden Figuren des Danton, Marat, Robespierre und der Fanatiker des Jakobiner-Klubs beherrschten die Szene.

Im September 1792 wurden die schrecklichen »September-Massaker« verübt. 8000 Menschen wurden allein in den Gefängnissen von Paris ermordet, und viele weitere Tausend im ganzen Land.

Es sollte hier vermerkt werden, daß diese Opfer gefangengenommen und bis zum Zeitpunkt des Massakers in den Gefängnissen von einem gewissen Manuel festgehalten wurden.

Sir Walter Scott verstand offensichtlich sehr viel von den Einflüssen, die hinter den Kulissen an der Arbeit waren. In dem zweiten Band seines Buches »Das Leben von Napoleon« schreibt er: »Die Forderung des Gemeinwesens von Paris (das heißt, der Pariser Grafschaftsrat, das Gegenstück des L. C. C. in London) und des Sanhedrin der Jakobiner lautete: Blut.«

Und weiter heißt es bei Scott: »Die Macht der Jakobiner war in Paris unwiderstehlich, wo Robespierre, Danton und Marat sich die hohen Positionen in der Synagoge teilten.«

Kult des höchsten Wesens

Sir Walter Scott schreibt in dem Werk außerdem über die Gemeinde und stellt fest: »Die Hauptführer der Gemeinde scheinen Ausländer gewesen zu sein.«

Einige der Namen dieser »Ausländer« sollte man sich merken. Da war Chlodero de Laclos, Manager des Palais Royal, von dem man sagte, er sei spanischer Abstammung. Dann war da Manuel, der Zuhälter der Gemeinde, der bereits erwähnt worden ist. Er war es, der den Angriff auf das Königshaus im Konvent startete, der mit der Hinrichtung von Ludwig und Marie Antoinette seinen Höhepunkt erlebte.

Ferner gab es David, den Maler, ein führendes Mitglied des Komitees für öffentliche Sicherheit, das seine Opfer »unter Anklage stellte«. Seine Stimme war immer sehr laut und forderte den Tod. Sir Walter Scott schreibt, daß dieser Fanatiker gewöhnlich »sein blutiges Tagewerk mit der professionellen Redewendung ›laßt uns genügend Rote zerkleinern‹« einleitete.

David führte den Kult des »höchsten Wesens« ein und organisierte »die Leitung dieses heidnischen Mummenschanzes, der für jedes äußerliche Anzeichen rationaler Hingabe herhalten mußte«.

Da waren noch Reubel und Gohir, zwei der fünf »Direktoren«, die mit einem Rat der Ältesten nach dem Sturz Robespierres die Regierung, bekannt als Direktorium, bildeten.

Die Ausdrücke »Direktoren« und »Älteste« sind natürlich charakteristisch für die Juden.

Eine andere Beobachtung sollte hier erwähnt werden: Nämlich, daß dieses wichtige Werk in neueren gesammelten Werken von Sir Walter Scott, das so viel von der echten Wahrheit enthüllt, praktisch unbekannt ist, niemals neu aufgelegt wird, wenn seine Werke wieder einmal erscheinen, und fast nirgends zu erhalten ist.

Jene, die mit der jüdischen Methode vertraut sind, werden die volle Bedeutung dieser Tatsache verstehen und auch die zusätzliche Bedeutung, die dadurch Sir Walter Scotts Beweismaterial verliehen wird, was die Mächte hinter der Französischen Revolution betrifft.

Lassen Sie uns aber zum Schauplatz in Paris zurückkehren. Robespierre bleibt nun allein und offensichtlich Herr der Kulisse, aber dieses wiederum war auch nur scheinbar so. Schauen wir in das Buch eines gewissen G. Renier mit dem Titel »Leben des Robespierre« hinein. Renier schreibt, als hätte er die jüdischen Geheimnisse zu seiner Verfügung:

»Von April bis Juli 1794 – dem Sturz Robespierres – war der Terror auf seinem Höhepunkt. Es war niemals die Diktatur eines einzigen Mannes, erst recht nicht die von Robespierre. Etwa 20 Männer teilten sich die Macht. Sie gehörten zum Komitee für öffentliche und allgemeine Sicherheit.«



Der junge General Bonaparte hatte selbst die Jahre der Schreckensherrschaft kennengelernt und wartete jetzt auf seine Stunde.

Die Apostel des Atheismus

»Am 28. Juli 1794«, um Renier weiter zu zitieren, »hielt Robespierre eine lange Rede vor dem Konvent, eine Philippika gegen Ultra-Terroristen, und murmelte undeutliche allgemeine Anschuldigungen. ›Ich wage es nicht, sie zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort beim Namen zu nennen. Ich kann mich selbst nicht vollständig dazu bringen, den Schleier zu zerreißen, der dieses tiefe Geheimnis der Ungeheuerlichkeit bedeckt. Aber ich kann ganz sicher bestätigen, daß sich unter den Verfassern dieser Verschwörung die Agenten jenes Systems der Korruption und Verschwendungssucht befinden, das das einflußreichste aller von Ausländern für den Ruin der Republik erfundenen Mittel war. Ich spreche von den unsauberen Aposteln des Atheismus und der Unmoral, die dort zugrunde liegt.‹«

Renier fährt mit der vollen Befriedigung eines Juden fort: »Hätte er diese Worte nicht gesagt, hätte er doch noch triumphieren können!«

In diesem selbstgefälligen Satz ist Renier ganz unbewußt penibel, wo Robespierre es nicht war.

Robespierres Anspielung auf die »korrumpierenden und geheimen Ausländer« war insgesamt zu nah an der Grenze; ein Schritt weiter, und die volle Wahrheit wäre herausgekommen.

Um zwei Uhr wurde Robespierre in jener Nacht in den Kiefer geschossen und früh am nächsten Morgen wurde er zur Guillotine geschleppt.

Erinnern wir uns nochmals an einen Satz, der in den Protokollen der Weisen von Zion steht: »Auf diese Weise werden wir mit nicht-jüdischen Freimaurern verfahren, die zu viel wissen.«

In ähnlicher Weise wurde auch der amerikanische Präsident Abraham Lincoln von dem Juden Booth am Abend seiner Erklärung vor seinem Kabinett mit einer Schußwaffe getötet. Lincoln wollte erklären, daß er in Zukunft die Absicht habe, US-Darlehen auf einer schuldenfreien Basis zu finanzieren, ähnlich wie das schuldenfreie Geld, die »Greenbacks«, mit dem er den Bürgerkrieg finanziert hatte. □

Wetter

Großartige Tage erwarten uns!

Richard Kelly Hoskins

Seit nun schon 379 Jahren baut man in Virginia Tabak und Mais an, säte, erntete, säte und erntete Jahr für Jahr. Man tat es, ohne an daraus entstehende Folgen für den Boden zu denken. Als das Land eines Tages nichts mehr hergab, wurden Bäume angepflanzt. Nachdem das Holz im Wert gestiegen war, fällte man die Bäume, pflanzte neue und fällte auch diese. Heute geht die Baumproduktion zurück. Es gibt zuviel Schädlinge, Mehltau und Waldbrände, die mit einem Mal Zehntausende von Hektar an Waldbestand zerstören. Die Sommer sind neblig und heiß. Der Dunst meistens so stark, daß die Blue Ridge Mountains aus einer Entfernung von 20 km nicht mehr zu sehen sind. Die Winter sind strenger und länger, und sowohl der Herbst als auch das Frühjahr sind von kurzer Dauer. Jedes Jahr gibt es Hurrikane, statt wie sonst alle paar Jahre. Dazu kommen Erdbeben und Vulkanausbrüche.

Wenn ein Bauer Mais anpflanzt, die Maiskolben zur eigenen Ernährung verwendet und die Halme für das Vieh, anstatt sie dem Boden zurückzugeben, damit sich die Muttererde regenerieren kann, dann hat er alles genommen und nichts zurückgegeben. So etwas nennt man »Ausbeutung des Bodens«. Gezählt sind außerdem die Tage, in denen gestorbene Tiere und Bäume zurück in den Boden kommen, um diesen fruchtbar zu machen. Es ist heutzutage sogar in vielen Gegenden selten geworden, Mist als Düngemittel der Erde zurückzugeben.

Abfallessen als Unterlassungsfolge

Geringer werdende Ernten haben Bauern dazu gebracht, immer stärker auf Kunstdünger zurückzugreifen. Diese teuren Düngemittel bestehen aus einer Mischung von pulverisiertem Gestein und Säure. Das pulverisierte Gestein dient als Düngemittel, die Säure löst das pulverisierte Gestein auf, damit dieses von der Pflanze assimiliert werden kann.

Dieser gesamte Vorgang geschieht in einer sehr dünnen Erdschicht, in der sogenannten »Muttererde«. Diese liegt an der Erdoberfläche und besteht aus zerfallenen organischen Stoffen. Vergleicht man die Muttererde Virginias von 1607 mit der heutigen, so machte sie damals 150 bis 210 Zentimeter aus, heute sind es noch gerade 15 bis 30 Zentimeter.

Die organische Bodenoberfläche produziert in ihrem natürlichen Zustand »natürliche Säuren« oder Enzyme, die das pulverisierte Gestein angreifen und es in eine lösliche Form bringen, die von der Pflanze aufgenommen werden kann. Die Pflanzen brauchen Wasser und damit dieses erleichtert aufgenommen werden kann, graben Insekten und Würmer Gänge durch die Erde, die das Wasser besser zirkulieren lassen. Alles ergänzt sich im natürlichen Zustand.

Aufgrund von Erosion ist wenig Muttererde geblieben. Daher ist kaum noch genügend Platz vorhanden für die Bildung von natürlichen Säuren, um das pulverisierte Gestein zu lösen. Hinzu kommt, daß das Abernten der gesamten Pflanze, die die gelösten Mineralstoffe in der Erde absorbierte, den Boden seines mineralischen Inhalts beraubt hat.

Kleinere und weniger Blätter

Man glaubt, daß die Ursache für Schmerzen, Leiden und Krebserkrankungen auch im Mangel an Spurenelementen in Nahrungsmitteln gefunden werden. Es kann sein, daß ein Maiskolben alle notwendigen Spurenelemente hat, ein anderer aber kaum noch welche. Einer wird also zu einer guten, gesunden Ernährung beitragen, der andere kann es nicht mehr. Deshalb sagen viele Biochemiker, daß Amerika fast nichts als »junk food« (»Abfallessen«) produziert.

Auf allen amerikanischen Farmen und auf allen genutzten Waldflächen ist viel dem Boden genommen und kaum etwas zurückgegeben worden. Der Mineralstoffgehalt der Böden ist ständig gesunken. Der Boden ist dadurch weniger produktiv. Die Anzahl und Größe der Blätter der übriggebliebenen Pflanzen ist geringer geworden.

Weniger und kleinere Pflanzen und Bäume haben weniger und kleinere Blätter, die wiederum weniger und weniger Kohlendioxyd absorbieren und weniger Sauerstoff produzieren.

Der zunehmende Kohlendioxydgehalt der Luft gleicht der Wirkungsweise eines Treibhauses, worüber heute sehr viel geschrieben und berichtet wird. Dieses zeigt sich deutlich durch den »Sommernebel« oder den »Dunst«, der sich heutzutage überall spürbar macht.

Dadurch tendieren die Sommer dazu, immer heißer zu werden, und bringen in den gemäßigten Wetterzonen Dürreperioden. Diese trocknen die Wälder aus, Blitze stecken die Wälder in Brand, Brände, die Hunderttausende von Hektar vernichten. Brennende Wälder setzen Kohlendioxyd in der Atmosphäre frei und tragen zur Treibhauswirkung bei.

Der Austrocknungseffekt und die Hitzezunahme in den gemäßigten Wetterzonen verursachen Verkarstung im Mittleren Westen der USA und Wüsten in Afrika. Die Treibhauswirkung läßt auch die Temperatur in tropischen Zonen steigen. Erhöhte Temperaturen steigern die Verdunstung über den Ozeanen.

Lösungsvorschläge der »Experten«

Diese feuchte Luft wird durch Windströmungen in arktische Zonen transportiert, wo sie abgekühlt in Form von Schnee heruntergeht. Die polare Eisdecke nimmt zu. Kalte Luftströme über den größeren Eisgebieten erweitern diese und treiben sie südwärts.

Eine Landebahn des Zweiten Weltkrieges in Grönland, auf der nordamerikanische Flugzeuge Notlandungen machten, ist jetzt unter 13 Meter Schnee und Eis begraben.

Die Winter in der gemäßigten Zone in den USA werden strenger. Farmen im Süden Grönlands, in Island sowie im Norden Kanadas sind aufgegeben worden. In vielen Gebieten der Sowjetunion wird 120-Tage-Weizen angebaut, obwohl das Land klimatisch nur noch 90 Tage Wachstum bringt. Viele Wetterexperten sagen eine zurückkehrende Eiszeit voraus. Einige meinen, daß der Wendepunkt der vorausgesagten Eiszeit 1990 ist, und die Eiszeit selbst im Jahr 2000 eintrifft, mit der Folge, daß das verbleibende Farmland nur stark eingeschränkt benutzt werden kann.

Die Lösungsvorschläge der »Experten« für die kommende Krise sind unterschiedlich. Dennoch stimmen sie in der Theorie damit überein, daß fossilienhaltige Brennstoffe sofort abgeschafft werden müssen. Fossilienhaltige Brennstoffe jeder Art setzen Kohlendioxyd frei und erhöhen die Treibhauswirkung, was wiederum den »Eis-Effekt« erhöht. Sie empfehlen, daß der Gebrauch von fossilienhaltigen Brennstoffen durch Sonnenenergie, Windenergie, Wasserkraft, Dampfkraft und, ob man will oder nicht, durch Atomkraft ersetzt wird.

Um an der Verringerung des Kohlendioxydanteils der Luft beitragen zu können, empfehlen Experten eine massive »Wiederaufbereitung« des Landes mit Mineralstoffen. Dieses soll durch Düngemittel, wie zum

Beispiel »pulverisiertes Gestein«, erreicht werden, das auf Anbauflächen und in Wäldern verteilt wird, um das Wachstum der Pflanzen anzuregen. Erhöhtes Pflanzenwachstum verwandelt das in zu hohem Maße enthaltene Kohlendioxyd in der Atmosphäre in Sauerstoff.

Es wird vermutet, daß ein fehlendes Verbot, fossilienhaltige Brennstoffe zu benutzen, und keine »Wiederaufbereitung« durch Mineralstoffe von Land und Wald 1990 zu einer großen Eiskrustenvergrößerung an den Polen führen wird. Hierdurch werden wiederum Kanada, Grönland und Island dazu gezwungen, einen großen Bestand an Farmland aufzugeben. Außerdem wird das brauchbare Farmland in den USA und in der Sowjetunion stark eingeschränkt.

Umsiedlungen wie in Kriegszeiten

Falls das bisher Vorausgesagte eintreten sollte, werden Umsiedlungen stattfinden, die den Ausmaßen eines Krieges nahekommen. In Kanada wird die Bevölkerung sich nach Süden hin verdichten. Die Bevölkerung des nördlichen Mittleren Westens der USA wird ostwärts oder westwärts verschoben werden müssen. Die steppenartigen Gebiete in Texas, Oklahoma, Colorado, New Mexico und Arizona werden sich in Wüsten verwandeln, und es wird eine Evakuierung des größten Teils der Bevölkerung erforderlich sein.

Eine Bewegung gegen »Smog« oder »Treibhauswirkung« wird zu vielen Schließungen heutiger Industriezweige führen und die Gründung anderer erforderlich machen. Kohle wird für Heizungszwecke verboten und dann für die Plastikherstellung verwendet werden.



Es werden ganze Industriezweige notwendig sein, um Windenergiemaschinen, Sonnenheizungen und Kühlsysteme auf Sonnenenergiebasis, Wasserelektrizität und Dampfturbinen, die nur einen sehr geringen Brennstoffverbrauch haben, herzustellen. Neue Arbeitsplätze und Industrien sollte es in Fülle überall geben.

In Verbindung mit letzteren sollte auch ein Bauboom im Süden entstehen, Beschäftigung für diejenigen, die durch den Klimawechsel vertrieben werden. Häuser werden aus Plastik errichtet oder aus Holzpappe, die aus dem Wiederaufbereitungsprozeß entsteht. Es wird verboten sein, die meisten Wälder abzuholzen.

Es sollte überhaupt ein großes Wiederaufbereitungsgeschäft entstehen. Angefangen vom Abwasser bis hin zur sorgfältigsten Aufteilung des Abfalles in organisch Genießbares, organisch Ungenießbares, Papierprodukte, anorganische Plastikstoffe und anorganische Metalle. Nach allem wird Nachfrage bestehen.

Vom Blickpunkt der Wetterentwicklung her sieht man die USA als eine Nation mit Lebensmittel-Knappheit, der größte Teil von Arbeitsplätzen der Industrie nach Übersee verlagert, ein großer Teil der einheimischen Bevölkerung aus ihrer Heimat wegen der vortreibenden Wüste oder der Kälte geflohen. Tausende hungernde Ausländer, die jährlich aus Übersee einwandern, können dieses Problem noch vergrößern.

Die andere Seite der Münze trägt das Bild der Vereinigten Staaten, das neue Städte, neue Farmen, neue Industriezweige, neue Arbeitsplätze und unbegrenzte Möglichkeiten einschließt. Es wird ein Bild eines folgsamen Volkes sein, das von einem gerechten Gott gezwungen wird, gesetzesgemäß zu handeln, nach einem Gesetz, das auf alle Probleme, die das Land haben kann, eine Antwort hat. Allerdings sind wir bisher nur unsere eigenen Wege gegangen. □

Zuckerkrankheit und Alkohol

Alkohol hat einen starken Einfluß auf den Zuckerstoffwechsel.

Zum einen regt er die Insulinausschüttung aus der Bauchspeicheldrüse an, zum anderen hemmt er die Glukose-(zucker) Produktion in der Leber. Da Insulin den Blutzuckerspiegel senkt, kommt es leicht zu einer »Unterzuckerung«. Beim Gesunden ist dies kaum von Bedeutung, abgesehen von der Tatsache, daß er zum abendlichen Schoppen gern ein Häppchen ißt.

Beim Zuckerkranken, besonders beim sogenannten Altersdiabetiker, kann dies – vor allem, wenn Alkohol am Abend getrunken wird – über Nacht beziehungsweise am nächsten Morgen zu einer schweren Unterzukkerung führen. Diabetiker sollten also mit dem Dämmerschoppen besonders vorsichtig umgehen. □



Anti-Raucher-Kampagne erfolgreich

1978 untersagte die griechische Regierung jegliche Werbung für Zigaretten im Fernsehen und Radio, auch viele Zeitungen schlossen sich freiwillig diesem Werbestopp an. Der Erfolg war gleich Null. Der damalige griechische Gesundheitsminister Spyros A. Doxiadis ließ es nicht auf dem Werbestopp beruhen, sondern startete eine intensive Kampagne gegen das Rauchen über alle Medien, Schulen und Gesundheitszentren. Tatsächlich hatten in den nächsten zwei Jahren zehn Prozent der regelmäßigen Raucher aufgrund der Kampagne das Rauchen eingestellt, und der jährliche Anstieg des Tabakverbrauchs von vorher sechs Prozent war vollständig ausgeblieben.

1981, nach dem Regierungswechsel, wurde zwar das Verbot für Werbung aufrechterhalten, die Anti-Raucher-Kampagne aber wurde eingestellt. Erfolg dieser Maßnahme: Der Tabakverbrauch kletterte auf die früheren Werte zurück. Offensichtlich bedarf es, so die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin, eines aktiven Vorgehens, um dem Qualm beizukommen. Nur ein Verbot der Werbung scheint dagegen wenig erfolgreich zu sein. □



Fördern Sie die Durchblutung der Gesichtshaut mit einer seitlichen Beuge. Mobilisieren Sie Ihren Kreislauf, so daß er mühelos auch die kleinsten Blutgefäße reichlich mit lebensspendendem Sauerstoff versorgen kann.

Sterblichkeit bei Herzklappenoperationen gesunken

Wie Professor Erich Lang, Erlangen, bei den Bischofsgrüner Kardiologengesprächen berichtete, hat sich das Bild der Herzklappenerkrankungen in den letzten Jahren stark gewandelt. War vormals hauptsächlich das sogenannte »rheumatische Fieber« die Hauptursache für Herzklappenerkrankungen, so sind es heute meist Abnützungserscheinungen, die die Funktion der Herzklappen beeinträchtigen. Sind die Veränderungen der Herzklappen schwerwiegend, so lohnt sich der operative Einsatz einer künstlichen Herzklappe.

Nach Dr. Joachim Rein, ebenfalls Erlangen, wurden an der chirurgischen Universitätsklinik in Erlangen zwischen 1962 und 1984 etwas mehr als 4000 Klappenoperationen vorgenommen. Lag anfangs die Sterblichkeit bei diesem Eingriff mit rund 20 Prozent erschreckend hoch, so ist sie in den letzten Jahren auf weniger als fünf Prozent gesunken. Die operativen Eingriffe können heute wesentlich schneller und schonender als früher durchgeführt werden. □

Die Schweden trinken weniger Alkohol

Zwischen 1976 und 1982 sank aufgrund verschiedener gesetzlicher Maßnahmen in Schweden der Verkauf von Alkohol um 17 Prozent. Gleichzeitig sank in diesem Zeitraum die Sterblichkeit an alkoholbedingter Leberzirrhose und Bauchspeicheldrüsenentzündung um durchschnittlich 30 Prozent.

Diese erfreuliche Tendenz trifft allerdings nicht auf Alkoholiker zu, die in einem hohen Grad abhängig sind und ihren Alkoholkonsum nicht mehr verringern können. □

Zucker hilft bei Wundheilung

Die Behandlung infizierter Wunden mit normalem Haushaltszucker scheint die Heilung zu begünstigen. Dies berichten französische Wissenschaftler um J. L. Trouillet aus Paris. Sie streuten bei 19 schwerkranken Patienten Zucker in Wunden, die sich nach einer Operation infiziert hatten.

Gegenüber Patienten, deren Wunden bei ähnlichen Operationskomplikationen mit der üblichen Einlage jodgetränkter Gazestreifen versorgt wurden, konnten die mit Zucker behan-

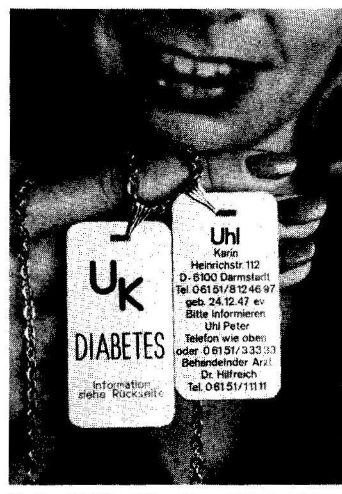


Auf die überflüssigen Pfunde am Bauch hat es der Bauchkiller abgesehen. Gleichzeitig werden die Verdauungsorgane zu schnellerer Entschlackung angeregt. Preis: DM 238,– Patricia Versand, D-6120 Michelstadt.

delten Patienten wesentlich früher die Klinik verlassen. Der Zucker hatte die Wundheilung stark beschleunigt. Die Wissenschaftler vermuten, daß Zucker durch seine wasserbindenden Eigenschaften das Bakterienwachstum beeinträchtigt und so die Wundheilung unterstützt. □

Pille aktiviert Pilze

Hefepilze, die normalerweise ein unauffälliges Dasein auf der Haut und den Schleimhäuten von Scheide, Mund, Magen und Darm führen, können sich unter dem Einfluß der Pille zu unangenehmen Schmarotzern entwikkeln. Die Pille, so berichtet Dr. K. Boettge in der Zeitschrift »Ärztliche Praxis«, schaffe quasi eine Art Reizklima, das die ansonsten harmlosen Hefepilze zum ungehemmten Wachstum veranlasse. □



Soforthilfe für den Diabetiker ist im eintretenden Notfall lebensnotwendig. Es gibt den Anhänger in Silber und Gold. Zu bestellen bei Diabetes-Inform, Postfach 12 01 45, D-6100 Darmstadt, Telefon (0 61 51) 2 11 01.

Nikotin-Kaugummi hilft Rauchern

Wer das Rauchen aufgeben will, bekommt meist Probleme. Entzugserscheinungen, vor allem bei Frauen und bei Personen über 40 Jahren, sind häufig sehr ausgeprägt. Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, konnte der schwedische Wissenschaftler A. I. M. Hjalmarson in einer Untersuchung nachweisen, daß ein nikotinhaltiger Kaugummi über diese schwere »Entzugsphase« hinweghilft. Zwar benutzten manche der Ex-Raucher den Kaugummi länger als zwei Jahre, doch sei dies immer noch besser, so der Forscher, als ein Rückfall auf die Zigarette. □

Kochsalz und Magenkrebs

Möglicherweise ist Kochsalz ursächlich mit beteiligt an der Entstehung von Magenkrebs. Diese Ansicht vertrat jedenfalls Dr. Jef. Geboers aus Belgien anläßlich eines Symposiums für Krebsvorsorge. Er begründete seine Meinung damit, daß Magenkrebs in jenen Ländern gehäuft auftritt, wo auch erhebliche Mengen von Kochsalz mit der Nahrung verzehrt werden, so in Osteuropa, Japan, Südkorea, Portugal, Kolumbien und Chile.

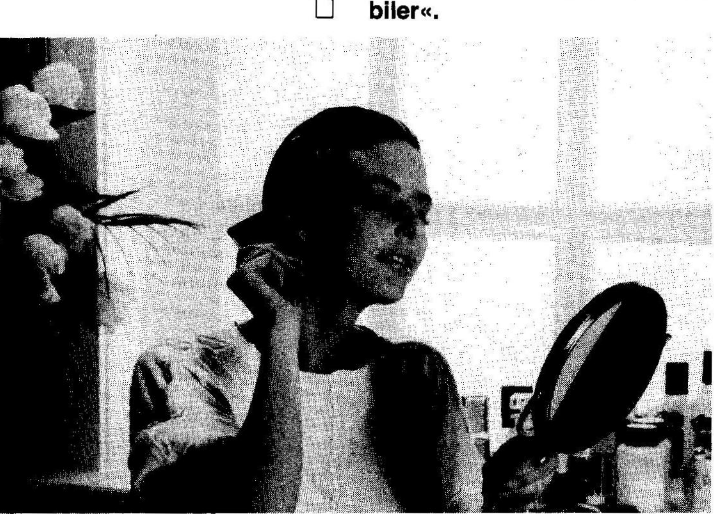
In fast allen Industrieländern sinkt dagegen die Zahl der Magenkrebsleiden, ebenso sinkt der Verbrauch von Kochsalz. Malaien auf Java verwenden so gut wie kein Salz, hier ist auch der Magenkrebs praktisch unbekannt. Dr. Jef. Geboers fand eine Erklärung für den Zusammenhang zwischen Magenkrebs und Kochsalz: Lang andauernder und reichlicher Salzverbrauch greift die Magenschleimhaut an, die im Lauf der Zeit verkümmert. Auf dem Boden einer sogenannten chronischen Gastritis kann dann unter Mithilfe von Umweltgiften wie Nitraten Krebs leichter entstehen. □



Eine Wohltat für die Füße und Beine ist das Fußgymnastikgerät »Hico-Roll«. Man kann die Behandlung mit diesem Gerät auch mit Wasseranwendungen kombinieren. Patricia Versand, Postfach 3252, D-6120 Michelstadt.

Alkohol steigert Blutdruck

Vor allem bei Menschen, die ohnedies zu Bluthochdruck neigen, kann regelmäßiger Alkoholgenuß zum entscheidenden Faktor werden. Indische Wissenschaftler um H. Malhotra nehmen aufgrund verschiedener Untersuchungen an, daß bei rund 25 bis 30 Prozent aller Bluthochdruckkranken Alkohol der ausschlaggebende Faktor ist. Ab welcher Menge Alkohol der Blutdruck bei chronischem Genuß ansteigt und warum dies nicht bei allen Menschen der Fall ist, kann allerdings noch nicht erklärt werden. □



Wenn es in den Haaren knistert, haben sie sich beim Kämmen aufgeladen. Eine schützende Pflegespülung zum Beispiel von Nivea verhindert Elektrisieren. Das Haar wird außerdem »stabiler«.

Muskelkater – was ist das?

Bisher herrschte die weitverbreitete Meinung, Muskelkater beruhe auf einer Übersäuerung der Muskulatur. Die Milchsäure, ein Abbauprodukt des Zuckerstoffwechsels, die bei Anstrengung vermehrt produziert wird, sollte für den typischen Muskelschmerz verantwortlich sein.

Marburger Wissenschaftler um Dr. Christian Eltze vertreten allerdings die Ansicht, daß Muskelkater nicht auf einer Übersäuerung des Gewebes beruhe, sondern auf einer mechanischen Überbelastung der Muskulatur mit nachfolgender Schädigung der Muskelzellen. Dafür spreche auch der Kraftverlust bei ausgeprägtem Muskelkater.

Allerdings habe diese Zellschädigung im allgemeinen keine Konsequenzen, da die Muskulatur über eine gute Selbstheilungstendenz verfüge. Die Funktion der Muskulatur nach Muskelkater wird normalerweise vollständig wieder hergestellt. Unsinnig, ja gefährlich ist es allerdings, sich in einen Muskelkater hineinzutrainieren. □

Krebs

Aus biologischer Sicht

Paul Gerhardt Seeger

Die seit zehn Jahren weltweit betriebene, gelenkte Krebsforschung hat das Krebsproblem trotz aller Mammutanstrengungen nicht lösen können. Wie vor hundert Jahren, so auch heute noch, sind die konventionellen Behandlungsmethoden nur auf den Tumor ausgerichtet. Heute wie damals gilt, daß der Krebs erst dann zu behandeln ist, wenn er mit klinischen und röntgenologischen Mitteln als solcher verifiziert werden konnte. Das ist aber erst in einem Stadium möglich, nachdem der Tumor bereits eine Wachstumszeit von 12 und mehr Jahren hinter sich gebracht hat, mit einem Durchmesser von einem Zentimeter, mit einem Geschwulstvolumen von über einer Milliarde Krebszellen. Nach Professor Wrba ist in diesem Stadium die körpereigene Krebsabwehr überrundet und die Prognose ist infaust.

Auf keinem Gebiet in der medizinischen Forschung weltweit ist ein derartiges Maß an Hoffnung und Resignation zugleich zu verzeichnen gewesen wie in der Krebsforschung. Und auf keinem anderen Gebiet in der medizinischen Forschung überhaupt wurde jemals ein derart gewaltiges finanzielles und personelles Potential zur Verfügung gestellt.

Stand der Krebsforschung

Die Tragweite dieses ganzen Geschehens sollen folgende zwei Zitate verdeutlichen:

Im Jahre 1971 wurde der »Krieg« gegen den Krebs von dem seinerzeitigen US-Präsidenten Richard Nixon verkündet. Mit generalstabsmäßiger Planung versuchte man, unter dem Einsatz der Techniken des Mondflugzeitalters den Krebs in kurzer Zeit in den Griff zu bekommen. Die »New York Times« schrieb am 9. Juni 1978 darüber folgendes: »Amerika hat im Kampfe gegen den Krebs mit einem zusätzlichen Aufwand von acht Milliarden Dollar eine Schlacht verloren. Der Kampf endete mit einer Niederlage einer überzüchteten Forschungsmaschinerie.«

In einer öffentlichen Verlautbarung des »National Cancer Institutes« in Bethesda, USA, dem größten Forschungsinstitut der Welt, heißt es 1978: »In den letzten fünf Jahren sind in den führenden Industrienationen 1,8 Billionen Dollar für die Krebsforschung ausgegeben worden, und das Ergebnis ist gleich Null. Dieser immense Aufwand brachte weder neue Erkenntnisse noch diagnostische Möglichkeiten noch neue wirksame Therapiemaßnahmen.«

Bestandsaufnahme der deutschen Krebsforschung

Um eine Übersicht über den Stand der deutschen Krebsforschung zu erhalten, beauftragte die Bundesregierung 1979 die Deutsche Forschungsgemeinschaft Bonn-Bad Godesberg, eine Bestandsaufnahme durchzuführen:

Die Umfrage richtete sich an 780 Krebsforschung betreibende wissenschaftliche Institute. Es wurden 1762 laufende Forschungsaufträge registriert. Die Forschungsaufträge wurden von 2500 Wissenschaftlern und Forschern bearbeitet. Die Bestandsaufnahme wurde 1980 in drei Bänden mit insgesamt 1900 Seiten veröffentlicht.

In der am 22. Januar 1981 erfolgten Bundestagsdebatte über das Thema Krebsforschung erklärte das Bundesgesundheitsministerium, daß trotz aller intensiver Weiterarbeit in den letzten Jahren von keiner erheblichen Verbesserung der Situation gesprochen werden kann. Noch immer würde jeder fünfte Bundesbürger im Kampf gegen die Menschheitsgeißel dem Krebs zum Opfer fallen. Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, auch Methoden zu fördern, die sich am Rande oder außerhalb der Schulmedizin bewegen.

Folgende Stimmen sollen den Stand der Krebsforschung verdeutlichen. Professor Dr. E. Krokowsky: »2500 Wissenschaftler antworten auf eine Umfrage der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die gesamte internationale Forschung hat bisher trotz aller Bemühungen die Ursache des Krebses nicht auffinden können. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, kann die systematisch durchgeführte Krebsvorsorge bisher keine gesicherten Erfolge vorweisen. Die diagnostischen Verfahren vermochten bislang nicht, in die präklinische Phase der Krebserkrankungen vorzudringen.«

Professor Dr. Dr. H. Wrba: »Viele Investitionen werden in aufwendige Apparate-Medizin fehlgeleitet. Da kann für die objektive Prüfung in Grundlagenforschung und Klinik der sogenannten Außenseitermethoden nicht viel übrigbleiben.«

Dr. J. Issels: »Eine weltweite, ungeheuer kostspielige Forschung untersucht alles, was spezifisch mit dem Krebstumor zu tun hat. Sie benennt zahllose Stoffe, Viren, Genveränderungen, die an der Entstehung von Krebszellen beteiligt sein können. Und sie induziert alle Arten von Krebstumoren, um Möglichkeiten ihrer spezifischen Beseitigungen zu studieren. So wissen wir ständig mehr über die Krebszelle einschließlich ihrer Oberflächenstruktur und nahezu alles über den Krebstumor, was sich analytisch und linear-mechanistisch über sie erforschen läßt.«

Die ausweglosen Resultate der Krebsforschung und diese Stimmen weisen eindeutig darauf hin, daß das Krebsproblem 100 Jahre lang verfehlt angefaßt wurde.

Die biologische Krebsbekämpfung

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte wurde – abseits von der gelenkten Forschung – ein umfassendes Spektrum an Spezialwissen in der biologischen Krebsbekämpfung aufgebaut. Umfangreiche Erfahrungen wurden gesammelt, unzählige Erfolgsnachweise erbracht.

Die Entdeckungen Seegers von 1938 im Robert-Koch-Institut brachten die Wellen der biologischen Krebsbekämpfung in Gang. Die in den Mitochondrien lokalisierte, durch karzinogene Stoffe zerstörte Atmungskette konnte in zahlreichen Versuchen mit Wirkstoffen aus der Nahrung (Vitamine, Enzyme) reaktiviert werden. Im Verlaufe der folgenden Jahre erhärteten sich seine Erfahrungen, die er in zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten dokumentierte.

So haben diese Forschungsergebnisse umfangreiche Ansatzpunkte erbracht, einem gestörten Stoffwechselgeschehen natürliche Mittel entgegenzusetzen, die in der Lage sind, das Weiterwuchern von Geschwülsten zu stoppen, die Bildung von Rezidiven und von Metastasen zu verhindern und unter günstigen Voraussetzungen Tumorgewebe abzubauen.

Dr. C. Eickhorn, Baden-Baden, schrieb dazu: »Seeger war maßgebend an der Aufklärung von Kanzerogenen und Krebsbildungs-Promotoren beteiligt. Er machte allgemein bekannt, daß man krebserregenden Substanzen ausweichen muß in Nahrung, Umwelt, am Arbeitsplatz. Er untersuchte typische Stoffwechselstörungen bei bestimmten Krebsarten und hob besonders die Rolle der Wasserstofakzeptoren hervor. Seine Arbeiten trugen entscheidend dazu bei, den Krebs nicht mehr als unabwendbares Schicksal anzusehen, sondern als Spätfolge von Ursachen. Er wurde so zum Initiator einer aktiven Therapie zur Vorbeugung gegen Malignome und zur Verhinderung von Metastasen und Rezidiven.«

Unabhängig voneinander sammelten zahlreiche Wissenschaftler und Ärzte umfassende Erfahrungen an inoperablen beziehungsweise unkurablen Krebskranken. Sie alle waren mitbe-

teiligt an der Schöpfung der »biologischen Krebsmedizin«.

Wege der Krebsverhütung

Verhütung ist ein Stichwort unserer Zeit. Es wird viel getan zur Unfallverhütung. Der aufgeklärte Mensch weiß heute, wie er eine Schwangerschaft verhüten kann. Aber nur wenige wissen, wie man gewisse Krankheiten verhüten kann, beispielsweise Herzinfarkt und Krebs, die tödlich ausgehen können.

Die Einsicht, sich gegen Gefahren zu schützen, kommt in den meisten Fällen erst dann, wenn man einen Schaden erlitten hat. Weil der Mensch daraus klug geworden ist, wird er durch entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen dafür sorgen, daß sich ein erlittener Schaden nicht wiederholt.

Hervorragende Wissenschaftler, Forscher und Arztpersönlichkeiten, die bereits vor 20 und 30 Jahren gegenüber der damals schon stagnierenden Krebsforschung resignierten, haben seinerzeit darauf hingewiesen, daß sich die Krebsbekämpfung und Krebsforschung nicht allein auf die Therapie konzentrieren sollte, sondern auf die Verhütung und Prophylaxe der Krankheit ausgerichtet werden müsse.

So äußerten sich unter anderen beispielsweise folgende namhafte Krebsforscher:

Dr. W. Reich, 1948: »Es wird weit leichter sein, Krebs zu verhüten, als vollentwickelten Krebs zu heilen.«

Dr. F. Wittig, 1951: »Die Forschung muß sich bemühen, die Krankheit der malignen Tumoren in einem Stadium zu erkennen, in dem noch keine Manifestation erfolgt ist.«

Dr. J. Gutschmidt, 1955: »Krebsvorgeschehen erkennen heißt Krebs verhüten.«

Dr. H. Jung, 1960: »Nicht die Atmungsschädigung ist irreversibel, sondern das Stoffwechselchaos, das sie im Laufe der Jahrzehnte verursacht hat – eine Tatsache, die uns dazu zwingt, den Kampf gegen den Krebs von der Therapie auf die Verhütung zu verlegen.«

Ebenfalls Dr. H. Jung, 1960: »Nach dem physiologisch chemischen Bild gibt es vorläufig nur eine wirksame Waffe gegen den Krebs: seine Verhütung.«

Dr. K. H. Bauer, 1963: »So groß auch die entgegenstehenden Schwierigkeiten sind, so können wir aber doch den pessimistischen Standpunkt, Krebsverhütung sei Phantasie, im Prinzip nicht anerkennen.«

Diese Formulierungen lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß die hervorragenden Persönlichkeiten, die zum Teil während ihres ganzen beruflichen Lebens ständig dem Krebs ins Auge gesehen haben, schon vor Jahrzehnten keine Möglichkeit der Bewältigung des Krebsproblems mehr sahen, ihre Hoffnung auf die Krebsverhütung setzten. Doch die Schulmedizin konnte und kann die Aufrufe dieser Krebsforscher nicht umsetzen. Die lokalistische Auffassung hindert sie daran, Forschungsansatzpunkte auf dem Gebiet der Krebsverhütung überhaupt zu finden.

Daß die Maßnahmen der offiziellen Medizin in der heutigen Form der »Krebsvorsorgeuntersuchung« wenig erfolgreich verlaufen sind, erklärt sich von selbst. Nach E. Krokowski besteht der Nachteil der Krebsvorsorgeuntersuchung darin, daß sie auf die Endphase, nämlich der sichtbaren, tastbaren Geschwulst aufbaut.

Die Krebsvorsorgeuntersuchungen sind nach Dr. E. Smoling ohne Anwendung von biologischen Krebsfrüherkennungsverfahren hinsichtlich einer echten Früherkennung für die Aufdekkung eines Krebsgeschehens in der »stummen« Phase vollkommen wertlos.

Krebs ist nur dann mit Sicherheit heilbar, wenn man ihn entdeckt, bevor er örtliche Krankheitszeichen auslöst, also bevor man ihn spürt und bevor er streut. Dies ist jedoch nur durch Frühtests möglich.

Die biologische Medizin

Dagegen kennt die biologische Medizin eine Reihe von Möglichkeiten, die auf dem Gebiete der Krebsvorbeugung und Krebsverhütung eingesetzt werden können. Die biologische Krebsmedizin stützt sich dabei auf folgende Grundlagen: die Tumor-Dynamik, das Krebs-Vor-Stadium, das körpereigene Krebsabwehrsystem, Risikofaktoren und Schutzfaktoren.

Die Tatsache, daß der Krebs bis zu seiner klinischen Erfaßbarkeit beziehungsweise bis zu seinem Ausbruch bereits eine Wachstumsphase von 12 und mehr Jahren durchgemacht hat, ist für das Verständnis einer gezielt durchführbaren Krebs-Verhütung von allergrößter Bedeutung.

Die für den an Krebs erkrankten Menschen völlig unmerkbar und symptomlos, stumm verlaufende Tumorentwicklung wird Praecancerose oder auch präklinische Phase genannt. Dieses Krebs-Vor-Stadium wird aber nicht als solches anerkannt, da ein Krebsgeschehen erst dann verfolgt wird, wenn eine vorliegende, ausgebildete Geschwulst als bösartig klinisch abgesichert ist.

Doch nach D. Bergold und M. Kokoschinegg sind sich alle Therapeuten einig, daß die Behandlung einer Neoplasmaphase so frühzeitig wie möglich erfolgen sollte, da die Erfolgschancen bei frühzeitiger Behandlung wesentlich höher liegen. Daraus folgt klar, daß die Behandlung einer Neoplasmaphase nicht, wie klinisch üblich, erst nach dem Beginn des letzten Viertels ihrer Entwicklung einsetzen sollte, sondern vorher, innerhalb der Praecancerose.

Der Begriff der Praecancerose wird von verschiedenen Autoren verschieden definiert. Schaldach definiert aus klinischer Sicht Praecancerosen als Gewebsveränderungen, die einer malignen Transformation unmittelbar vorangehen und die so häufig maligne entarten, daß bei einem Risikovergleich das Entartungsrisiko höher zu bewerten ist als das Therapierisiko beziehungsweise der therapiebedingte Defekt.

Aus morphologischer Sicht sind Praecancerosen lokale oder multiple Herde nicht ausdifferenzierter, teilungsfähiger, mehr oder weniger atypischer Regenerationszellen (Matrixzellen), die eine gewisse Neigung zur Überschreitung der Gewebsgrenzen zeigen können, aber keine destruktive Wachstumstendenz aufweisen.

Popescu nennt Praecancerosen Krankheiten, die zwar noch keine maligne Neoplasmaphase darstellen, jedoch unbehandelt mit einer bestimmten, von Fall zu Fall verschiedenen Wahrscheinlichkeit früher oder später Anlaß zur Krebsentstehung geben können. Scheidegger bezeichnet die Praecancerose als Zustand, der als Vorstadium maligner Neoplasmaphasen aufgefaßt werden kann. Nach Schroedter sind bereits alle chronisch-entzündlichen Erkrankungen als Praecancerose anzusehen.

Das körpereigene Abwehrsystem

Der Mensch ist bei seiner Geburt normalerweise mit einem perfekten Immunsystem ausgestattet worden. Dieses Wundersystem gilt es ein Leben lang zu pflegen. Die multifaktoriellen schädlichen Einflüsse und Einwirkungen, die uns das Zeitalter der Technik gebracht hat, führen uns immer mehr vom Natürlichen weg.

Der Organismus heilt selber, wenn ihm die Möglichkeiten dazu geboten werden. Dazu bezieht der Organismus die Energie zu dieser autonomen Selbstregulation, zur selbständigen Anpassung und Abwehr aus der Nahrung und dem Sauerstoff der Luft.

Die Immunlage ist daher ernährungsabhängig beeinflußbar. Menschen mit einem gut funktionierenden Abwehrsystem können mit Viren, Bakterien, Krebszellen nicht beherrscht werden.

Dem körpereigenen Abwehrsystem wurde von der Schulmedizin seither kaum eine Bedeutung zugemessen. Noch 1965 hatte der Satz: »Krebs ist die einzige Krankheit, gegen die es eine körpereigene Abwehr nicht gibt« Lehrgültigkeit, obwohl dies bereits eine Reihe bedeutender Untersuchungen widerlegt hatte.

Dagegen lautet eine Forderung Seegers: »Wenn man annimmt, daß möglicherweise in jedem Organismus Zellen zu Krebszellen entarten können, jedoch durch eine intakte Abwehr seitens der Killerzellen, Lymphozyten, Plasmazellen und Mastzellen, keine bösartige Ge-

Krebs

Aus biologischer Sicht

schwulst manifest werden kann, so muß die Forderung unterstrichen werden, diese Abwehr funktionsfähig zu erhalten und zu aktivieren.«

Entgegen der schulischen Auffassung haben bereits vor Jahrzehnten zahlreiche Wissenschaftler und Krebsforscher entsprechende Beobachtungen gemacht. Professor Hoepke wies bereits 1952/1954 darauf hin, daß der menschliche Organismus in der Lage ist, bösartige Geschwülste und Metastasen aufzulösen und abzubauen, falls es gelingt, das Immunsystem mit biologischen Mitteln zu regenerieren.

Seeger stellte als einer der ersten fest: »Das Krebsabwehrsystem des menschlichen Körpers ist mit seinem fließenden System und den angeschlossenen körperchenproduzierenden Drüsen das größte Organ und zugleich das wichtigste im Krebsgeschehen. Beim Krebskranken ist es schwer geschädigt und nicht mehr voll funktionsfähig.«

Daher muß bei der Krebstherapie als Vorgang Nr. 1 dafür Sorge getragen werden, das Krebsabwehrsystem wieder zu regenerieren. Ist das körpereigene Abwehrsystem intakt, so gibt es keinen Krebs.

Die Gefährlichkeit der Krebskrankheit besteht darin, daß ein zusammengebrochenes Abwehrsystem durch weiter schädigende Folgefaktoren in immer größere Schwäche gerät. Daher müssen alle verfügbaren biologischen Mittel eingesetzt werden, um das Abwehrsystem zu reaktivieren, sofern dies noch möglich ist. Aus diesem Grunde gilt dem körpereigenen Abwehrsystem im Krebsgeschehen allergrößte Aufmerksamkeit als fundamentales Element auf dem Gebiet der Krebsverhütung.

Biologische Früh-Diagnosemethoden

Das körpereigene Abwehrsystem arbeitet in Thymus, Milz und Lymphsystem, in einem Organsystem, das keine Nerven hat und demzufolge schmerzunempfindlich ist. Ein Warnsystem ist nicht vorhanden. Aus diesem Grunde bemerkt der Krebskranke nichts von seinem tatsächlichen Zustand. In vielen Fällen zeigen sich erst kurz vor dem Ausbruch oder vor der klinischen Diagnose gesundheitliche Mängel, wie beispielsweise: Unbehagen, Depression, Apathie, Gleichgültigkeit, Müdigkeit, Erschöpfungserscheinung, Antriebshemmung, rheumatische und Muskelschmerzen und Organschäden.

Merkwürdig ist, daß Tumorkranke anamnestisch kaum Infektionskrankheiten oder andere Erkrankungen durchgemacht haben, also nicht durchseucht sind und das Abwehrsystem deshalb nicht aktiviert worden ist. Seltsam ist ferner, daß Krebskranke in der Anamnese bereits im Kindesalter vielfach an Mandel- und Halserkrankungen gelitten hatten, das heißt, jahrelang eine Herdstreuung aus Mandeln und dem lymphatischen Rachenring, also eine Blockade des Lymphsystems vorgelegen hat und damit eine Schädigung der körpereigenen Abwehr, das heißt, eine Schädigung der Bremse gegen die Entwicklung und Proliferation von Krebszellen.

Es können in jedem Körper zu jeder Zeit Krebszellen entstehen, die jedoch nicht zur Entwicklung einer Geschwulst befähigt sind, wenn das System der körpereigenen Krebsabwehr voll funktionsfähig ist.

Die heute zur Verfügung stehenden technisch-physikalischen Hilfsmittel der Schulmedizin, wie die Röntgendiagnostik, Isotopenanwendung, Ultraschall und Echolotung und andere mehr, haben die Krebsdiagnostik zwar erweitert und verfeinert, sind jedoch nicht in den Bereich der praeklinischen Geschwulstphase vorgedrungen.

Solche technischen Mittel sind gezielt dafür konstruiert worden, um somit eine ausgebildete Geschwulst diagnostizieren zu können. Die Krebserkrankung wird also im Tumor gesucht.

Die Anerkennung der biologischen Frühdiagnosemethoden erhält daher in unserer Zeit besonderes Gewicht. Allein die Entdeckung der Tumordynamik im Geschwulstwachstum fordert diese geradezu heraus.

Abweichungen in den Körpersäften

Da sich aber nach den Auffassungen, Beobachtungen und Erfahrungen der biologischen Medizin das Krebsgeschehen im biochemischen Bereich des Organismus und im Körpersäftehaushalt abspielt, war für zahlreiche private Forscher naheliegend, die stoffwechselbezogenen Abweichungen zu untersuchen und zu analysieren.

Welche Stoffe sind in den Körpersäften des Krebskranken enthalten, die beim Gesunden fehlen? Welche Stoffe fehlen beim Krebskranken, die beim Gesunden vorhanden sind? Welche Werte sind spezifisch verschoben beziehungsweise verändert? Inwieweit hatte Hippokrates recht, wenn er vor 2500 Jahren sagte: »Bei Krebs liegt eine Körpersäfte-Entmischung vor«?

Liegt nicht doch eine Gesamterkrankung des Organismus zugrunde, die erst das Wachstum einer Geschwulst ermöglicht, das »Terrain«, das »Milieu«, wie es manche Wissenschaftler bezeichnen? Nach Dr. W. Schultz-Frise läßt sich die dem lokalen Krebsleiden vorausgehende Störung des Gesamtorganismus weitgehend aus seinen Säften ablesen. □

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir einen weiteren Beitrag von Paul Gerhardt Seeger über die Krebs-Risikofaktoren wie Falschernährung, Überernährung, Giftstoffe in Nahrung und Umwelt.

Dr. med. Dr. sc. nat. Paul Gerhardt Seeger war als Oberarzt und Leiter einer Forschungsstelle für Krebsforschung in der Charité, Berlin, mit zwei Forschungsaufträgen betraut. Er veröffentlichte mehr als 250 experimentelle Arbeiten, darunter mehrere Bücher. Seine Bücher »Leitfaden für Krebsleidende und die es nicht werden wollen« und »Krebsverhütung durch biologische Vorsorgemaßnahmen« sind im Verlag Mehr Wissen, Jägerstraße 4, D-4000 Düsseldorf 1, erschienen.

Herz-Erkrankungen

Risikofaktoren in die Wiege gelegt

Die lebensbedrohliche Entwicklung von Herz- und Gefäßerkrankungen bleibt meist über Jahrzehnte unentdeckt. Professor Kunze von der Kinderpoliklinik München forderte darum, mit entsprechenden Gegenmaßnahmen schon in frühester Jugend zu beginnen, um eine optimale Vorbeugung zu erreichen.

Herz- und Gefäßerkrankungen sind Todesursache Nummer eins in den westlichen Industrienationen. In der Bundesrepublik ist jeder zweite Todesfall auf eine solche Krankheit zurückzuführen, die durch die Arteriosklerose, die Verengung der Gefäße, hervorgerufen wird. Zu den Faktoren, die die Arteriosklerose begünstigen, gehören in erster Linie ein erhöhter Cholesterinspiegel, Bluthochdruck und Rauchen.

Daß auch schon ganz junge Menschen von der Arterienverkalkung betroffen sein können, zeigte eine WHO-Studie in erschreckender Weise. Hier wurden 18 000 Kinder zwischen 10 und 14 Jahren obduziert, und bei 10 Prozent von ihnen fanden die Mediziner bereits arteriosklerotische Ablagerungen in den Gefäßwänden.

Diese Untersuchungsergebnisse untermauern die absolute Dringlichkeit, Risikofälle dort zu ermitteln und entsprechend zu behandeln, wo die Krankheit ihren Ursprung hat – in der Kindheit. Den Risikofaktoren kommt dabei eine entscheidende Bedeutung zu. Wobei Kunze die Forderung, erhöhte Cholesterinwerte durch eine entsprechende Ernährungsumstellung zu senken, als eine der wichtigsten Maßnahmen im Kampf gegen die Arteriosklerose bezeichnete.

Fettstoffwechselstörungen führen nämlich am häufigsten zu Gefäßveränderungen.

Durch eine übermäßige Cholesterinzufuhr mit der Nahrung werden die Blutfette erhöht. Das überschüssige Fett lagert sich dann an den Gefäßwänden ab und führt zu einer Verengung der Arterien. Bei der Geburt machen die Blutfette ein Drittel, im Säuglingsalter nur die Hälfte der Erwachsenenwerte aus und fallen in der Pubertät sogar leicht ab.

Unsere Ernährungsgewohnheiten beeinflussen jedoch diese natürliche Entwicklung. Hauptverantwortlich für zu hohe Blutfette ist der steigende Verzehr von gesättigten Fetten, die in versteckter Form vor allem in tierischen Lebensmitteln (Käse, Wurst, Milchprodukte) vorkommen. Darum ist es von entscheidender Wichtigkeit, zumindest bei den sichtbaren Fetten auf solche pflanzlichen Ursprungs zurückzugreifen, die reich an mehrfach ungesättigten Fettsäuren sind.

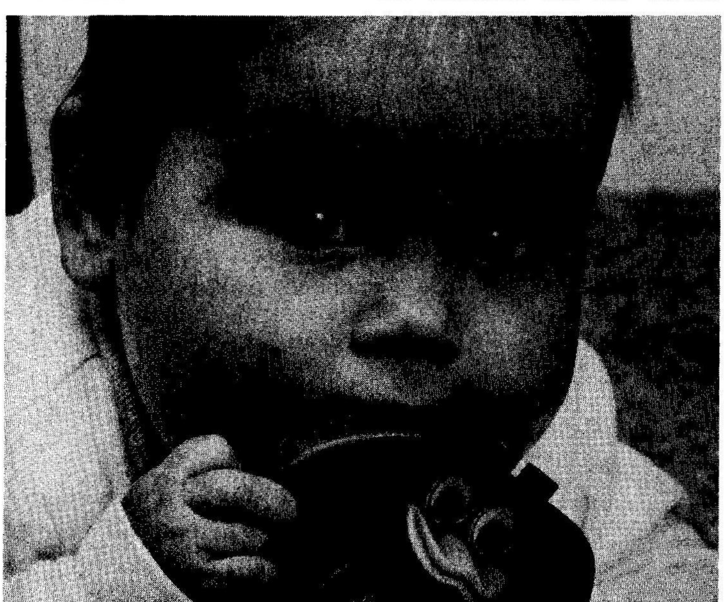
Neben dem Cholesterinspiegel spielt aber auch der Blutdruck eine große Rolle bei der Entstehung von Herz- und Gefäßerkrankungen. Er erhöht sich bereits in der Kindheit mit zunehmendem Lebensalter und muß deshalb anhand der altersabhängigen Normwerte regelmäßig überwacht werden.

Viele Studien weisen darauf hin, daß nahezu fünf Prozent unserer Kinder erhöhte Werte haben. Auch hieran ist zum großen Teil unsere Ernährung schuld: salzreiche Nahrung und Übergewicht treiben den Blutdruck in die Höhe.

Der steigende Zigarettenkonsum stellt ebenfalls ein bedeutendes Risiko für eine spätere Arteriosklerose dar. Man weiß, daß heute ungefähr ein Drittel aller Jugendlichen rauchen, wobei der Anteil der Mädchen im allgemeinen höher liegt als der der Jungen.

Das gefährliche Alter vom Übergang des Gelegenheits- zum Gewohnheitsraucher liegt zwischen elf und 13 Jahren. Zu diesem Zeitpunkt sollten deshalb auch verstärkt Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Als idealen Weg, um allen Risikofaktoren der Arteriosklerose rechtzeitig zu begegnen, bezeichnete Professor Kunze die Durchführung von Gesundheits-Erziehungsprogrammen, die in Kindergärten, Schulen, Vereinen und Betrieben für entsprechende Aufklärung und Beratung sorgen sollen. □



Schon bei Kleinkindern werden Ablagerungen in den Gefäßwänden festgestellt.

Naturarzt

Ursachen von Leber-Erkrankungen

Alfred Vogel

Bekannt ist, daß der Krebs in vielen Ländern zunimmt, und zwar vor allem dort, wo sich die Zivilisation am meisten entwickeln konnte. Interessant ist hierbei ein eigenartiger Zusammenhang mit der Steigerung der Lebererkrankungen zu beobachten. In gleichem Maße wie der Krebs zunimmt, mehrt sich auch eine Erkrankung der Leber. Daher ist es keineswegs abwegig, von einer gewissen Parallele zwischen beiden Krankheiten zu sprechen.

Krebs und Lebererkrankungen liegen beide auf einer gemeinsamen Linie, so daß jener Krebsforscher, der dies anhand von mannigfachen Erfahrungen schlußfolgerte, recht haben muß. Ein amerikanischer Krebsforscher erklärte mir bei meinem letzten Aufenthalt in New York, er habe noch keinen Krebskranken gefunden, der eine gute Leber- und Bauchspeicheldrüsentätigkeit aufweisen konnte. Diese Feststellung läßt erkennen, daß zwischen der Funktionsstörung und Erkrankung der Leber ein direkter, kausaler Zusammenhang mit der Entwicklung von Krebs beobachtet werden kann.

Verschiedene Ursachen spielen dabei eine entscheidende Rolle. An erster Stelle steht die Verschlechterung der Luft durch die Autoabgase und durch die Luftverschmutzung von den Fabriken. Auch Hast und Tempo mit den daraus entstehenden Aufregungen und Ärgernisse sind mitschuldig. Nicht vergebens heißt es im Volksmund, es habe sich einer grün und blau geärgert, oder wenn er gar der Gelbsucht erlag, es sei ihm etwas über die Leber gekrochen.

Diese Aussprüche zeigen, daß auch das Volk erfahrungsgemäß die negative Wirkung des Ärgers auf die Lebertätigkeit beobachtet hat. In unserer heutigen Zeit mit ihrem Hasten und Treiben, ihrer Jagd nach dem Geld und Besitztum, fehlt es bestimmt nicht an Aufregungen und Ärger. Auch die schwieriger werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse sorgen dafür.

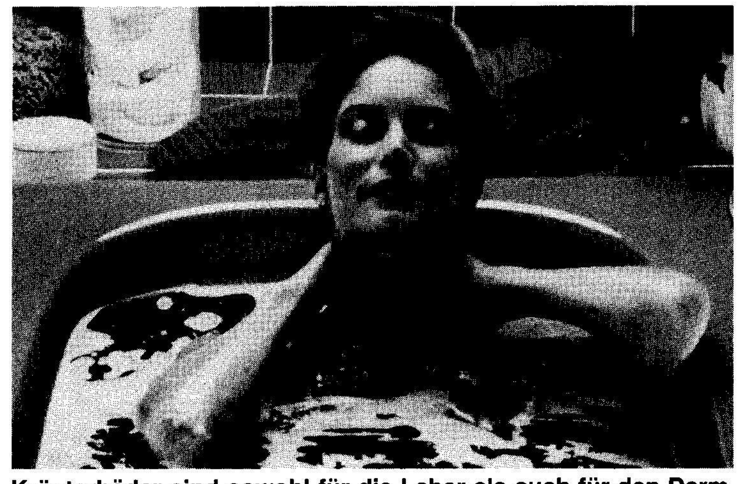
Ganz besonders steigert sich in den Ländern, die lange auf die Annehmlichkeiten guter Lebensbedingungen verzichten mußten, das Verlangen nach Besitztum in erhöhtem Maße. Damit ist auch die schwierige Anstrengung verbunden, sich das Erstrebte in möglichst kurzer Zeit anzueignen, was zu vermehrten Lasten führt. Kein Wunder, wenn daher Leberstörungen und Lebererkrankungen zunehmen.

Eine weitere Ursache solcher Zunahme liegt vor allem auch in der Ernährung. Die allgemein übliche Sitte, Öle und Fette zu raffinieren, zwingen uns mit erhitzten Fetten und Ölen vorlieb zu nehmen. Dadurch entsteht ein Mangel an Vitamin F, an hochungesättigten Fettsäuren. Auch dies hat nach neueren Forschungen einen wesentlichen Einfluß auf Leberstörungen und Leberkrankheiten, denn ein Mangel an diesen Stoffen vermindert und verschlechtert die Lebertätigkeit und kann mit der Zeit zur Erkrankung führen.

Die raffinierte Nahrung hat überhaupt Mangelerscheinungen zur Folge, die selbst mit den interessantesten Kombinationen von Vitamin-Präparaten nicht behoben werden können. Es kommt einer Fehlrechnung gleich, wenn man einesteils der Nahrung durch Raffinieren, Bleichen und Denaturieren die wichtigsten Werte entzieht, während man andernteils den Mangel, den man kennt und einsieht, durch künstliche Vitaminzuschüsse zu beheben sucht.

Ein Leber- und Gallenleiden, das durch eine Infektion verursacht wurde, wird gewöhnlich mit Übelkeit und Erbrechen der Galle beginnen. Selbst ein Brechdurchfall und sogar eine leichte Gelbsucht können sich dabei einstellen. Diese Störungen werden am raschesten durch Fasten überwunden. Wir trinken zwei bis drei Tage nichts anderes als Lehmwasser, das aus einem Teelöffel weißem oder gelbem Lehm und einem halben Glas warmem Wasser zubereitet wird und fügen diesem noch Lachesis D12 bei.

Nach diesen Fasttagen mag sich ein kleines Hungergefühl melden, worauf wir vorsichtig mit dem Essen eines geschälten und feingeraffelten Apfels beginnen. Bei Durstgefühl trinken wir saure Schotte oder verdünntes Molkosan. Auch roher Heidelbeersaft, schwarzer Johannisbeersaft und Brombeersaft sind sehr gut. Bei besonders großer Empfindlichkeit halte man sich nur an den frischgepreßten Karottensaft. Alles muß schluckweise genommen und gut durchgespeichelt werden.


Kräuterbäder sind sowohl für die Leber als auch für den Darm wohltuend.

Je länger ein Patient zu fasten vermag, um so rascher geht die Störung vorüber, weil sich der Körper auf diese Weise am besten und schnellsten erholen kann. Bei Gallenerbrechen trinkt man Zinnkraut- oder besser noch Löwenzahntee, der aus Kraut und Wurzeln hergestellt wird. Auch Löwenzahntropfen, bekannt als Taraxacum und des weiteren das aus der Echinaceapflanze gewonnene Echinaforce leisten gute Dinge.

Wenn die Störung soweit behoben ist, daß der geraffelte Apfel und die Fruchtsäfte gut vertragen werden, geht man morgens und abends zum Vollwert-Müsli und mittags vorteilhaft zu Bittersalaten über, die mit Molkosan und unraffiniertem Öl zubereitet werden.

Bis die Viren und Bakterien restlos aus dem Körper geschafft sind, darf man noch nicht auf eine normale Nahrung übergehen. Mit der Leber läßt sich nicht spaßen und die kleinsten Fehler, hauptsächlich bei der Verwendung von Öl und Fett, können im Hinterkopf oder in der Stirn einen Druck auslösen und ein eigenartiges Brechgefühl verursachen.

Die Nierentätigkeit muß durch Goldrute (Solidago virgaurea), Zinnkraut (Equisetum arvense) oder Schließgraswurzel (Agropyron repens) als Tee stets angeregt werden. Bei Fieber, das bis zu 39 Grad Celsius steigen kann, verabfolgt man Ferrum phos. D12, schwachen Stechpalmentee, Aconitum D4, oder ein anderes gutes, vor allem natürliches Fiebermittel. Dabei gilt die Grundregel, daß Fieber nie künstlich vertrieben werden soll.

Bei einem normalen Verlauf der Krankheit verschwindet es von selbst. Durch gewissenhafte Berücksichtigung der Schondiät wie auch der sorgfältigen Einnahme der Naturmittel wird der Erfolg nicht ausbleiben, besonders wenn wir die Kur noch durch Podophyllum peltatum D4 oder Chelidonium (Schöllkraut) D4 unterstützen. Auch der ein-

gedickte Karottensaft Biocarottin ist vorteilhaft. Zu empfehlen sind während der Kur noch Kräuterpackungen und Kräutersitzbäder.

Magenstörungen durch mangelhafte Lebertätigkeit

Es gibt Magenstörungen, die durch eine mangelhafte Lebertätigkeit verursacht werden. Da der Magen in solchem Fall nicht die Grundursache der Störung, sondern nur mittelbar daran beteiligt ist, kommt er nach richtiger Beeinflussung der Leber schnell wieder in Ordnung. Um diese Normalisierung zu erreichen, ist die Einschaltung einer Schondiät ohne Fruchtsäure und Fettsäure mit viel Naturreis angebracht, da dieser leicht verdaulich ist und die Leber nicht belästigt.

Der Naturreis bildet daher eine vorzügliche Grundlage zur notwendigen Diät. Abwechslungsweise kann man jedoch auch Hirse, Buchweizen, ganzen Roggen oder ganzen Weizen verwenden. Zu einem dieser Körnergerichte nehmen wir noch Karottensaft und Salate, die wir mit Molkosan zubereiten, denn der Essig bildet eine zu große Belastung für die Magenschleimhäute. Vielfach erzeugt er auch eine Leberstörung oder eine Sekretionsstörung im Magen, wodurch ein Brennen entsteht, das von zu starker Absonderung der Magenschleimhäute herrührt.

Allerdings können auch andere Ursachen dieses Brennen hervorrufen. Zu beseitigen ist dieses sogenannte Sodbrennen mit Holzasche, Holzkohle, mit rohem Kartoffelsaft, gut durchgespeichelten Haferflocken, mit Tausendgüldenkrauttee (Centaurium erythraea) oder Centaurium-Tropfen.

Ein grundlegendes Erfordernis zum Beheben von Magenstörungen ist natürlich ein gründliches Kauen und gutes Einspeicheln der Nahrung.

Leber und Galle bei Verstopfung

Infolge mancher unbeachteter Zusammenhänge liegt die Ursache einer Verstopfung nicht immer lediglich nur im Darm. An diesem Übel kann auch eine mangelhafte Funktion von Leber und Galle wesentlich beteiligt sein. In solchen Fällen wird die Verstopfung durch eine Anregung der Leber- und Gallentätigkeit behoben werden können.

Wer beispielsweise die Rasayanakur durchführt, die die Reinigung der Niere, des Darmes und der Leber vorsieht, kann erleben, daß der Darm nicht durch das spezifische Darmmittel, sondern durch dasjenige für die Leber zu arbeiten beginnt. Da man bei dieser Kur früher der Meinung war, daß erst der Darm arbeiten müsse, bevor das Lebermittel verabfolgt werden dürfe, konnte dieser Irrtum durch den Mißerfolg leicht festgestellt werden, denn sobald die Ursache der Verstopfung auf die Leber oder die Galle zurückzuführen ist, muß erst das diesbezügliche Lebermittel angewandt werden, worauf der Darm ebenfalls zu arbeiten beginnt, so daß die gesamte Kur erfolgreich durchgeführt werden kann.

Vorzüglich wird in solchem Falle auch auf die Trägheit der Organe eingewirkt, indem man warme Wasseranwendungen in Form von erweichenden Kräutersitzbädern und heißen Duschen durchführt. Ebenso gehören Bürstenabreibungen und Atemgymnastik zu den physikalischen Anwendungen, die sowohl die Leber als auch den Darm günstig beeinflussen.

Diese Doppelwirkung besitzt die frische Walnuß, also unsere gewöhnliche Baumnuß, da sie die Leber hervorragend anregen kann. Sehr wahrscheinlich ist dadurch auch die gute Wirkung auf den Darm erklärlich, denn oft vermag die Walnuß die Darmtätigkeit zu fördern, wenn Abführmittel bereits versagt haben.

Noch zu erwähnen ist, daß die Beachtung der gegebenen Ratschläge durch eine richtige Diät unterstützt werden muß, da man ohne diese nicht zum Ziel kommen wird. Auf alle Fälle müssen sämtliche stopfende Nahrungsmittel gemieden werden. Linoforce oder Sesamsamen sollten zur Unterstützung der Verdauung nicht fehlen. □

Der Schweizer Naturarzt Dr. h. c. Alfred Vogel hat sich eingehend mit der Leber beschäftigt und seine medizinischen Erfahrungen sowie Ratschläge für eine Leberdiät und Schonkost in einem neuen Buch zusammengetragen. Das Buch »Die Leber als Regulator der Gesundheit« ist zu beziehen über M. Förster, Postfach 5003, D-7750 Konstanz.

Cholesterin

Verkalkung der Arterien bei Kindern bekämpfen

Wenn Blutgefäße verkalken, nennen Experten das Arteriosklerose. Die dadurch verursachten Gefäßerkrankungen können zur Angina pectoris, zum Schlaganfall und sogar zum Herzinfarkt führen. Begünstigt und beschleunigt wird die Arteriosklerose durch hohe Konzentrationen von Cholesterin im Blut. Das haben umfangreiche Studien in aller Welt nachgewiesen.

Licht in den Ablauf des Cholesterin-Stoffwechsels haben schließlich die beiden amerikanischen Professoren Michael S. Brown, 44, und Joseph L. Goldstein, 45, von der Universität Texas in Dallas gebracht. Und dafür sind die beiden Wissenschaftler mit dem Medizin-Nobelpreis 1985 ausgezeichnet worden.

Erhöhte Blutfettwerte

Das fettähnliche Cholesterin nehmen wir vor allem durch Fleisch, Wurst, Eier, tierische Fette auf. Vom Darm aus gelangt das Cholesterin ins Blut. Brown und Goldstein fanden nun heraus, daß die Entfernung des Cholesterins aus der Blutbahn und die Aufnahme in die Zellen durch Empfangsorgane (Rezeptoren) an der Zelloberfläche ermöglicht wird. Sie funktionieren wie Transportschleusen. Wenn dieser Mechanismus gestört ist, kommt es zu einem erhöhten Cholesteringehalt im Blut. Der kann dann zur gefürchteten Arterienverkalkung führen.

Wie läßt sich nun ein zu hoher Cholesterin-Spiegel vermeiden? Die amerikanischen Medizin-Nobelpreisträger raten: »Mit vorbeugenden Maßnahmen gegen krankhafte Veränderungen der Gefäße sollten Sie schon bei Kindern beginnen.«

Der Grund ist einleuchtend: In den meisten Fällen sind erhöhte Blutfettwerte bei jungen Leuten auf falsche Ernährung zurückzuführen. Das hat in der Bundesrepublik Deutschland dazu geführt, daß etwa vier von zehn Kindern zu dick sind. Durch Ernährungsumstellung lassen sich nicht nur Pfunde, sondern auch zu hohe Blutfettwerte senken.

Warum Eltern die Eß- und Lebensgewohnheiten ihrer übergewichtigen Kinder umstellen sollten, begründen Vorsorgemediziner so: in diesem Lebensabschnitt sind Ernährungsumstellungen weniger problematisch als in späteren Jahren. So lassen sich arteriosklerotische Gefäßschäden schon im Kindesalter vermeiden. □



Beim Ernährungsverhalten der Kinder haben die Eltern einen entscheidenden Einfluß auf die spätere Gesundheit.

Ernährung

Kochen von Speisen ist ein Irrtum

Lange Kochzeiten mindern den Gehalt der Speisen. Milde Gartemperaturen dagegen schonen die Fermente. Beweis: Kohl bekommt einem auch abends. Zerkochte Speisen aber können nicht besser schmecken und der Wohlgeschmack ist der mit Abstand meistgenannte Kaufgrund für den Selbstkocher »Stuplich«.

Zu fest hängen die Menschen an Gewohnheiten. Alle Wissenschaftler raten das Essen vielseitig zu bereiten und schonend zu garen. Nur wie der Verbraucher das machen soll, sagen sie nicht. Es gibt keine schonendere Garmethode, als die mit einem Langzeit-Gartopf. Alle Zubereitungen mit einer kürzeren Kochzeit wenden mehr Hitze an, auch das sogenannte Dünsten mit kurzen Zeiten. Aber Hitze macht aus Lebensmitteln Nahrungsmittel. Seit sieben Jahren beschäftigt sich darum Rai Stuplich mit einem Langzeit-Gartopf und hat dabei erstaunliche Erfolge und Erkenntnisse erzielt. Es hat bei ihm noch kein zähes Fleisch gegeben.

Der Durchschnitt der Bevölkerung ist mit Vitamin B1 zu etwa 50 Prozent unterversorgt, aber nur wenige wissen es. Aber eine ungekochte Kornspeise aus ganzen Körnern, nicht Flocken, stellt den Tagesbedarf sicher. Die Kornspeise, zum Beispiel Hafer, abends einlegen und morgens verzehrbereit vorfinden, ungekocht natürlich, das allein sollte eine Prüfung wert sein.

Der Hafer ist gut kaubar, aber es muß auch gekaut werden, was Sinn der Sache ist. Er kann nicht wie Frischkornbrei oder Flokkenmüsli geschluckt werden. Natürlich kann man sich auch ohne den Topf von Rai Stuplich gesund ernähren, aber bestimmt nicht so praktisch und zeitsparend.

Im Institut Fresinus, Taunusstein, wurde der Gehalt von Vitamin C bei Kartoffeln untersucht. Bei vergleichenden Untersuchungen hat sich ergeben, wie nicht anders zu erwarten, daß der Gehalt von Vitamin C bei Pellkartoffeln höher lag als bei allen anderen Zubereitungsarten. Da nur je eine Probe entnommen wurde, mußte der Versuch mit zehn Kartoffeln wiederholt werden, um ein Zufallsergebnis auszuschließen. Hierbei wurden 177 Milligramm pro Kilo Vitamin C festgestellt. Das Garen im Langzeittopf mindert also den Gehalt der Speisen nicht. Das Ergebnis liegt sogar im Wert über dem durchschnittlichen Gehalt von 170 Milligramm pro Kilo bei rohen Kartoffeln.

Die Forschungsanstalt für Ernährung in Rüschlikon, Zürich, stellte fest, daß von 5 Milligramm Vitamin C bei Rohsellerie ganze 1,8 Milligramm nach der Zubereitung im Schnellverfahren übrigbleiben. Beim Kochen im Wasser, also bei 100 Grad Celsius, waren es 2,2 Milligramm, aber beim Dünsten mit geringen Temperaturen blieben von 5 Milligramm Vitamin C 4,2 Milligramm erhalten.

Fleisch bleibt zart und wohlschmeckend

Der Arbeitskreis für Ernährungsforschung berichtet über die kritischen Temperaturen bei den einzelnen Lebensmitteln und erwähnte besonders den Gartopf von Rai Stuplich. Wichtig ist, daß bei sachgerechter Anwendung in seinem Gartopf diese Temperaturen immer unterschritten werden, außer bei Fleisch. Hierbei wird die kritische Temperatur aber nur um 5 Grad Celsius überschritten, im Gegensatz zu 100 und mehr Grad Übertemperatur bei anderen Zubereitungsarten.

Die Universität München hat die Fleichzubereitung in Stuplichs Gartopf geprüft. Das Fleisch wurde als sehr zart und äußerst wohlschmeckend beurteilt, obwohl auf eine Salzzugabe, entsprechend seinen Anweisungen, verzichtet wurde.

Aber noch wichtiger erscheint die Tatsache, daß 24 Stunden nach der Zubereitung, bei der Aufbewahrung im Kühlschrank, beim Fleisch keine Keime vorhanden waren. Die Zubereitung im Langzeitverfahren fördert also keine Vermehrung der Keime, die vor der Garung vorhanden waren, wie das gelegentlich behauptet wird.

Getreide wird in einer Schale auf dem Dreibein zubereitet und nach vier Stunden Garzeit auf der zweiten Stufe erst 70 Grad gemessen. Auf der Stufe eines sind es nur 55 Grad, wohlgemerkt nach vier Stunden, weil die Wärme nur langsam ansteigt, also nicht immer gleich ist. Alle die den Frischkornbrei nicht mögen, ihn nicht, oder nicht sofort vertragen, bietet sich die elegante Möglichkeit, das Getreide morgens mundwarm vorzufinden.

Die Thermo-Grütze von Bauck und der so gehaltvolle Hafer kann sogar mit der von Rai Stuplich erdachten Intervallschaltung mit nur 41 Grad schonend aufgeschlossen werden.

Der Wohlgeschmack aller Speisen aus dem Langzeit-Gartopf ist nur das bemerkbare Anzeichen für den höheren Vitalstoffgehalt. Den Gehalt an Mineralien kann jeder leicht an sich selbst prüfen. Es gibt eigentlich keine Möglichkeit, die Lebensmittel schonender für den Verzehr aufzuschließen, und praktisch ist es obendrein. □

Garen ohne Kochen: Der Stuplich-Topf kocht Menüs ganz allein und doch wohlschmeckend.

Weitere Informationen über Langzeittöpfe erhalten Sie von Rai Stuplich, Görgenstraße 7, D-5400 Koblenz.

Gesundheit

Das sollte man vor dem Saunabesuch wissen

Immer mehr Mitbürger nutzen ihre Freizeit, um etwas für ihre Gesundheit und Fitness zu tun. Obwohl dazu schon lange das regelmäßige Saunabad gehört, werden Sinn und Nutzen der Sauna noch allzuoft falsch verstanden. Beispielsweise bei der Vorstellung an die hohe Lufttemperatur und den anschließenden Kalterwasserguß »bleibt schon manchem das Herz stehen«. Dies allein kann bereits verhindern, das Saunabaden einmal selbst auszuprobieren oder sich diesen Gesundbrunnen im eigenen Heim zu installieren.

Das wäre schade, denn in Wirklichkeit stellt das Saunabaden gerade das Gegenteil der genannten Befürchtungen dar. Die üblichen Sauna-Temperaturen werden wegen der sehr trockenen Luft als äußerst angenehm empfunden. Verspannungen lösen sich, die Alltagssorgen sind rasch vergessen. Man fühlt sich rundherum wohl, ist nach dem Aufenthalt in der Saunakabine angenehm durchwärmt und freut sich auf die Abkühlung durch frische Luft und kühles Wasser.

Körper und Geist entspannen

Schon beim ersten Saunabad werden Sauna-Neulinge bestätigt finden, was Millionen Bundesbürger seit vielen Jahren für sich nutzen: Saunabäder entspannen Körper und Geist, gleichen den Streß aus, bringen Erholung – machen Spaß. Oft wird die Wirkung des Saunabades mit einem Kurzurlaub verglichen.

Wissenschaftliche Untersuchungen bescheinigen darüber hinaus die Steigerung der Abwehrkräfte gegen Infektionskrankheiten und eine damit verbundene Abhärtung, ein schonendes Herz-Kreislauf-Training sowie eine intensive Körperpflege und Hautreinigung.

Regelmäßige Sauna-Anwendungen wirken vorbeugend gegen viele Krankheiten. Therapeutisch gelten sie als unterstützende Heilmaßnahmen, die durch Reizeffekte vegetativ und hormonal gesteuerte Reaktionen auslösen.

Anläßlich eines internationalen Sauna-Kongresses sind folgende Hauptbehandlungsgebiete festgelegt worden: Durchblutungsstörungen, Kreislauf-Regulationsstörungen durch niedrigen und hohen Blutdruck, Erkrankungen der Atemwege sowie Hilfe bei chronischem Rheumatismus.

Der gesundheitliche Nutzen des Saunabadens besteht aus der Wechselwirkung zwischen Heiß und Kalt. Der schnelle Wechsel zwischen Hitze und Abkühlung unterstützt die Anpassungsfähigkeit an die täglichen Witterungs- und Umwelteinflüsse.

In der Wärmephase wird der Körper überwärmt. Er schwitzt und entschlackt, die Blutgefäße erweitern sich, es kommt zu einer stärkeren Durchblutung, Muskeln und Psyche entspannen. In der Abkühlphase wird der Körper erfrischt, die Psyche angeregt, die Blutgefäße ziehen sich wieder zusammen – ein optimales Gefäßtraining ist gewährleistet.

Auf die innere Uhr achten

Vor dem ersten Saunagang wird im Sauna-Vorraum, unter der warmen Dusche, der Körper mit Seife oder Duschgel gereinigt und abgetrocknet. Hat man kalte Füße, empfiehlt es sich vor Betreten des Schwitzraumes ein knöcheltiefes, aufwärmendes Fußbad. Mit einem trockenen und ausreichend großen Badetuch betritt man die Saunakabine. Sie ist mit Holz ausgekleidet und enthält stufenförmig angeordnete Sitz- und Liegebänke.

Der gesundheitliche Nutzen des Saunabades besteht aus der Wechselwirkung zwischen Heiß und Kalt. (Foto: Klafs)

An der Saunadecke beträgt die Temperatur 85 bis 100 Grad Celsius. Charakteristisch ist das starke Temperaturgefälle zum Fußboden hin. Saunagänger können sich somit die individuell angenehmste Temperaturzone aussuchen. Kurz nach Betreten der Kabine beginnt man zu schwitzen. Zunächst unsichtbar, weil durch die sehr niedrige, relative Luftfeuchte von 5 bis 10 Prozent der erste Schweiß verdunstet.

Schwitzen läßt sich durch regelmäßige Anwendungen trainieren. Wurden schon einige Saunabäder absolviert und die Schweißdrüsen aktiviert, verlieren Saunagänger während eines Bades mit drei Saunagängen einen halben bis zwei Liter Flüssigkeit. Neben dem vielen Wasser aus dem Fett- und Bindegewebe werden dem Körper auch Krankheitsstoffe, Suchtgifte, Arzneimittelrückstände, Milch- und Fettsäure entzogen.

Als Mittelwert für die Dauer eines Saunabades gelten acht bis zwölf, maximal 15 Minuten. Jeder sollte sich jedoch nach seiner »inneren Uhr« richten und nicht um jeden Preis eine bestimmte Zeit absitzen wollen.

Essen und Trinken nach der Sauna

Besonders wichtig nach dem Schwitzvorgang in der Saunakabine ist die Abkühlphase. Mit frischer Luft, Gieß-Schlauch, kühler Dusche, Schwallbrause und eventuell Tauchbecken. Saunagänger mit Bluthochdruck sollten sich langsam abkühlen und das kalte Tauchbecken meiden. Für erfahrene und trainierte Saunagänger stellt das Tauchbecken dagegen den Höhepunkt des Saunabadens dar.

Es sollte zwar immer beachtet werden, daß der Körper nicht unterkühlt, die Abkühlphase jedoch mindestens so lange andauert wie der Aufenthalt in der Saunakabine. Ruhen kann man zwischen oder ausgiebig nach dem letzten Saunagang.

Was das Essen und Trinken anbetrifft, so sollte man damit bis nach dem Saunabesuch warten, da sonst die sauna-spezifische Entschlackung unterbunden würde. □

Feuer des Lebens

Es gibt keine kosmische Einseitigkeit

Josef Oberbach

Alles Leben auf Erden ist von der kosmischen Energieversorgung abhängig. Im Laufe seiner vielen Forschungsjahre mußte Josef Oberbach erkennen, daß es in der kosmischen Energieversorgung zumindest für die Erde keine Einseitigkeit gibt. Ein Plus-Pol setzt immer einen Minus-Pol voraus. Wo »actio« ist, entsteht im gleichen Moment »reactio«.

Ein jeder ist bei der Vorsorge sich selbst verantwortlich. Und jeder ist mit seiner Vorsorge ganz allein. Da das Alleinsein den meisten Menschen nicht gefällt, halten sie auch nicht viel davon. So unterbleibt ihre Vorsorge und ihre Jugendlichkeit schwindet bedenklich. Es geht ihnen mit der Jugendlichkeit die Lebensfreude, das unbekümmerte Lächeln und ihre Individualität verloren. Die Umwelt, ihr Milieu, hat verstanden, einerseits im engen Bannkreis durch Trägheit, Eigensinn und Engherzigkeit und andererseits in der weltweiten Peripherie durch Machtstreben mit politischem, religiösem oder geschäftlichem Fanatismus die Demütigung, kein Individuum mehr sein zu können oder zu sollen, fast unmerklich und undurchschaubar für die Masse zu erwirken. So wurde die Energie-Balance der politischen Polarität zwischen dem Einzelmenschen und seiner Einheitsgruppe gestört.

Atmen bedeutet Leben oder Tod

Zwei Polaritäten stehen sich gegen: Die Pluspolarität in Form des Staatsapparates – unselbständige Maschinen und Technik – leblose Materie. Die Minuspolarität, das Individuum – der selbständige Mensch und die lebendige Kreatur. Diese zwei Polaritäten finden wir auch in der Auslegung der Demokratie.

Damit will ich deutlich machen, daß die Vorsorge manipuliert werden könnte, wenn sie vertrauensvoll in die Hände eines anderen gelegt würde. Die Schöpfung hat es deshalb so eingerichtet, daß jeder selbst atmen muß, denn Atem ist Leben. Dieses Wort kommt aus dem althochdeutschen »Atum«, was »Hauch« oder »Geist« bedeutet. Mit dem Schlag auf den »Allerwertesten« war nach der Geburt die fachliche Atemschulung und Atemlehre beendet. Hängt später dieser Mensch dann an einem Atmungsgerät, erfährt er zum ersten Mal, was Atem eigentlich bedeutet, Leben oder Tod.

Es wird vom menschlichen Organismus Sauerstoff aufgenommen und Kohlenstoffdioxyd wieder abgegeben.

Über die letzten Verästelungen der Bronchien, Alveolen genannt, wird der Sauerstoff aus der Luft durch Lungenaktivität an die roten Blutkörperchen mittels elektrischer Kontakte angekettet. Im Blutstrom wird er an die Zellen zur Zellatmung und für Verbrennungsprozesse weitergeführt. Umgekehrt verläuft der Vorgang mit Transport der Verbrennungsabgase beim Rückfluß des Blutes über das Herz zu den Alveolen. Ein Teil dieses Kohlenstoffdioxyds wird auch aus der Körperhaut ausgeschieden. Das Atmen ist eine lebenswichtige körperliche Arbeit, die automatisch funktioniert.

Das genügt aber nicht. Jeder Mensch sollte bewußt atmen und das muß er richtig lernen. Um direkt durch den Willen den Gasaustausch zu forcieren, erweitert man den Brustraum durch Heben der Rippen und Absenken des Zwergfelles. Diese Technik trägt die Bezeichnung »Zwergfell-Atmung« und auch »Yoga-Tiefatmung«, wobei Zwergfell-Atmung wörtlich genommen, falsche Vorstellungen auslösen kann.

Eine richtige Aufklärung über »richtiges Atmen« ist notwendig, damit es einem nicht wie so vielen geht, denen man bei Ohnmachtsanwandlungen beschwörend zugerufen hat »tief einatmen«. Aber der Ohnmachtskandidat hat nie erfahren und weiß auch nicht, was damit gemeint ist. Er atmet in seiner Not schneller und recht tief ein und noch schneller aus, weil ja nur von »einatmen« gesprochen wurde. Und er wird doch ohnmächtig. Warum? Er hatte jetzt noch eine Sauerstoff-Vergiftung dazu.

Man sollte also einmal üben, damit man weiß, wie man sich fühlt und was dabei herauskommt, wenn man keine genaue Aufklärung abgibt. Stellen Sie sich vor einen Stuhl, so daß Sie bei Eintreten des Schwindeligwerdens sich setzen können. Nun atmen Sie etwa 20mal schnell und gierig ein und hastiger wieder aus. Danach beziehungsweise, auch schon inzwischen, nehmen Sie bewußt auf, welche Störungen sich einstellen. Dann wissen Sie, was eine Sauerstoff-Vergiftung ist.

Bevor Sie jedoch in die Knie gehen, atmen Sie sofort langsam ruhig und lange aus und ebenso wieder ruhig ein. Das wiederholen Sie einige Male und Sie sind wieder fit. Die erlebten Folgen zeigen wohl eindeutig, daß diese Atemtechnik mit dem Schlachtruf »tief einatmen« falsch ist. Darum sollte man veranlaßt werden, richtig atmen zu lernen nach energetischen Gesichtspunkten.

Das alles kann man falsch machen

Den Atem anhalten, kann zur Sauerstoff-Vergiftung führen. Den Atem verhalten, das heißt zu schwach atmen. Es führt zu Neurosen, Ängstlichkeit, physischen und psychischen Schwächezuständen und zu vegetativen Dystonien. Sogenannte »Weiberfeinde« sehen in der »flachen Atmung« bei Frauen den Grund für ihre Bewertung als »schwaches Geschlecht« in physischer und psychisch-geistiger Hinsicht. Tatsache ist jedoch, daß der Atem-Rhythmus in enger Beziehung zur allgemeinen Lebenserwartung des Menschen steht und die Atmungs-Qualität des einzelnen zu seinem Gesundheitsbild.

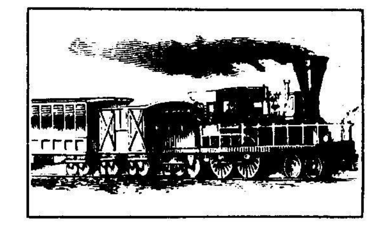
Normalerweise wird das kohlensäurehaltige Blut durch die große Lungenarterie der rechten Herzkammer befördert. Nach Durchströmen durch das Kapillarnetz um die Alveolen, fließt das jetzt sauerstoffhaltige Blut über die großen Lungenvenen in die linke Herzkammer. Dieser Vorgang wird oft umgangen bei Atem anhalten und verhalten. Das Blut kann also an den Alveolen vorbeigeführt werden, was bei vegetativer Dystonie oft der Fall ist. Es kommt dann zu einer eigenartigen Atemenge, zum sogenannten »Atemkorsett«.

Atmen durch den Mund trocknet die Schleimhäute aus und führt zu Infektionsanfälligkeit, Allergie und Asthma.

Asthmatiker sind schlechte Ausatmer, daher verstockt der Atemtrakt. Es entsteht eine energetische Blockade der Abwehrenergie, die seelische Folge hat mit Angst vor neuen Anfällen. Der Test zeigt basische pH-Werte an, was auf zu starke Minuspoligkeit hinweist. Minus bremst und verkrampft.

Stoßweises und plötzliches Ausatmen durch den Mund läßt die Lungen zusammenfallen. Folgen: Lungenreizung und Lungenriß.

Zu kalt schlafen blockiert die Aktivität der Ziliarzellen. Die Energie-Polungs-Balance wird durch Pluspol-Hemmung zerstört, da Kälte minuspolig ist. Die verstärkte Minuspol-Aktivität löst Alarm aus. Diese Kälteschmerzen wecken auf. Dies trifft besonders für den ausgeprägten Typ »Vagotoniker« zu. □



Therapie

Lichttherapie bei Schuppenflechte

Weltweit leidet jeder Fünfte – in der Bundesrepublik rund zwei Millionen – an Psoriasis (Schuppenflechte). Je größer die Distanz zum Äquator, um so mehr Menschen werden von dieser noch immer unheilbaren Krankheit befallen. Es ist offensichtlich, daß es die Sonne ist, die eine sehr wichtige Rolle im Kampf gegen die Schuppenflechte spielt.

Die Ursache der Psoriasis ist noch immer nicht eindeutig geklärt. Fest steht lediglich, daß die Veranlagung für diese Krankheit vererbt wird. Plötzlich auftretende, vermehrte Zellteilung in der Keimschicht führt zu den für die Psoriasis typischen Hautveränderungen und teilweise unerträglichem Juckreiz.

Die Zellteilung erfolgt beim Psoriatiker bis zu siebenmal schneller als beim Gesunden. Auf der Haut bilden sich rote Flecken, silberglänzende Schuppen, Eiterbläschen oder Geschwüre. Psoriasis kann in jedem Lebensalter auftreten. Manchmal sind nur Teilbereiche, oft jedoch ist der ganze Körper befallen. Die Krankheit ist zwar nicht ansteckend, führt jedoch die Psoriatiker – bedingt durch die sehr unangenehmen Begleiterscheinungen und die unabsehbare Krankheitsdauer – oftmals in die Isolation.

Energiereiche Süd- oder Sommersonne hilft den Betroffenen, sich vom Psoriasis-Befall zu befreien. Und, wie wir heute wissen, handelt es sich nur um einen Teilbereich der ultravioletten Sonnenstrahlen, der die Herde anklingen läßt und somit für die Sonnentherapie relevant ist. Da die Sonne in unseren Breiten im wirksamen Bereich zu energieschwach und daher für die Betroffenen wenig nützlich ist, muß sie künstlich erzeugt werden und den Psoriatikern zur Verfügung stehen.

Beim Arzt oder zu Hause, um regelmäßige Sonnenbäder applizieren und somit Rezidive vermeiden zu können, die Metec-Therapiesonne beispielsweise erfüllt diese Anforderungen. Dieses therapeutische Bestrahlungsgerät emittiert ein Sonnenstrahlen-Spektrum, das dem der Sonne in Israels Totem Meer sehr ähnlich ist und ohne zusätzliche Medikation Erfolgsquoten bei Psoriatikern von mehr als 90 Prozent aufweisen kann.

Seit acht Jahren sind diese Sonnen in Kliniken, bei niedergelassenen Dermatologen und bei Betroffenen zu Hause im Einsatz. Internationale medizinische Gutachten und Erfahrungsberichte von Tausenden von Heimanwendern bestätigen den Erfolg.

Durch die Möglichkeit der Heimbestrahlung soll der Arzt nicht umgangen, sondern die Behandlung durch ihn eingeleitet beziehungsweise überwacht werden. Da jedoch als Erhaltungstherapie nach Abklingen des Psoriasis-Befalls oft wöchentliche »Sonnenbäder« erforderlich sind, scheint es sinnvoll, daß die Betroffenen zu Hause bestrahlen können.

Damit entfällt die oft weite Anreise zur ärztlichen Behandlung und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten wie das Fernbleiben vom Arbeitsplatz oder von der Schule. Einige namhafte Dermatologen haben über die Erfolge der Selektiven-Ultraviolett-Phototherapie publiziert, sich zur Heimbehandlung in der Öffentlichkeit jedoch nur selten geäußert.

Erstmals hat nun ein Wissenschaftler ein Taschenbuch auf den Markt gebracht, das sich mit der Heimbehandlung der Psoriasis durch UV-Bestrahlungsgeräte (Therapiesonnen) befaßt.

Professor Dr. med. Friedrich Schröpl, leitender Dermatologe an der Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden, ist der Autor eines Taschenbuches, das einen gut verständlichen Leitfaden für Patienten, Ärzte und deren Personal darstellt. Aufklärung, Anwendungs- und Lebenshilfe zugleich. Verlegt im Gustav-Fischer-Verlag. Titel: Die Heimbehandlung mit UV-Bestrahlungsgeräten bei Psoriasis. Erhältlich im Buchhandel. □

Mach Angaben des Herstellers kann vier Wochen auf Probe gesonnt werden. Vertrieb der Geräte erfolgt direkt durch die Metec GmbH, Buttermelcherstraße 15, D-8000 München 15.

Naturheilmittel

Was müde Flieger munter macht

Nikolaus Bergmüller

Die Piloten von Düsenjägern der Bundeswehr sind häufig extremen Belastungen im Tiefstflug oder Luftkampf ausgesetzt. Oftmals liegen zwischen mehreren Phasen hoher Anspannung und Verantwortung nur kurze Ruhepausen. Viele Piloten haben dazu noch zusätzliche Aufgaben und Belastung durch Tätigkeiten im Management oder in der Ausbildung von Flugschülern zu bewältigen.

Neben der intensiven Betreuung durch hierfür speziell ausgebildete Fliegerärzte kommt auch der Ernährung der Piloten eine wichtige Rolle zu. Sie muß ausgewogen, den Belastungen angepaßt und schmackhaft sein. Sie sollte alle notwendigen Nährstoffe, Vitamine, Spurenelemente, Salze und Ballaststoffe in reichlicher Form enthalten.

Abgeschlagenheit und Nervosität

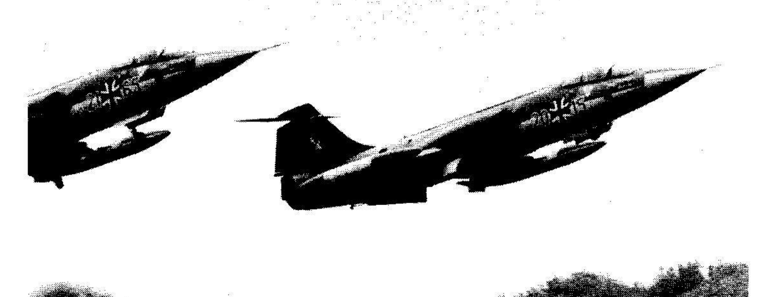
Trotz dieser scheinbar optimalen Ernährung und Betreuung klagen die Piloten der Bundeswehr wie alle Menschen in den Anfangsmonaten eines jeden Jahres über Symptome der Frühjahrsmüdigkeit, die sich beispielsweise äußern in Ein- und Durchschlafstörungen, allgemeiner Müdigkeit, Abgeschlagenheit, Konzentrationsschwäche, nachlassende Aggressivness, gelegentlich auch in Nervosität und Gereiztheit. Insgesamt herrscht das Gefühl mangelnder körperlicher und geistiger Leistungsfähigkeit. Ob dies durch jahreszeitlich bedingte Abnahme des Vitamingehalts verschiedener Nahrungsmittel verursacht oder beeinflußt wird, sei dahingestellt.

Nun haben viele Sportler nach vielfältigen wissenschaftlichen Untersuchungen entdeckt und bestätigt, daß es ein biologisches Präparat gibt, daß die Leistungsfähigkeit objektiv steigert, die Regenerationsphase verkürzt und das gesamte Immunsystem stärkt. Aufgrund dieser Erfahrungen mit Leistungssportlern und anderen wissenschaftlichen Studien, haben sich die Ärzte entschlossen, mit dem biologischen Naturpräparat »Regazell Energen« die bereits genannten Symptome der Frühjahrsmüdigkeit bei Piloten der Bundeswehr positiv zu beeinflussen. Normalerweise schließt sich das Führen eines Flugzeuges unter Einwirkung von Medikamenten aus Sicherheitsgründen aus, jedoch handelt es sich bei diesem biologischen Präparat um ein Produkt ohne schädliche Nebenwirkungen.

Im Frühjahr 1985 haben 25 Piloten der Bundeswehr eine Kur über 40 Tage mit »Regazell Energen« gemacht. Die Männer litten alle unter den Beschwerden der Frühjahrsmüdigkeit. Ein Pilot wurde allerdings von der Untersuchung ausgeschlossen, weil er das Präparat unregelmäßig beziehungsweise überhaupt nicht einnahm.

Bei den verbleibenden 24 Piloten handelte es sich um absolut gesunde Soldaten in einem guten bis sehr guten körperlichen Trainingszustand. Um akute oder latente Infekte nach Möglichkeit auszuschließen, wurden bei allen zu Beginn der Studie einige Labortests wie Blutbild, Differentialblutbild und die Blutkörperchensenkungs-Geschwindigkeit bestimmt, deren Ergebnisse sämtlich im Normalbereich lagen.

Im Unterschied zu anderen durchgeführten Studien an jungen Leistungssportlern betrug das Durchschnittsalter der Piloten 39,1 Jahre, 15 davon waren verheiratet, 16 flogen Düsenmaschinen, acht Propellerflugzeuge mit einer durchschnittlichen Flugerfahrung von rund 3000 Stunden. Der letzte Urlaub lag bei den 21 Untersuchten mehr als sechs Wochen zurück.



Die Untersuchung an Piloten hat gezeigt, daß »Regazell Energen« die Frühjahrsmüdigkeit bessern kann.

Die Piloten wurden zu Beginn der Studie, nach 20 Tagen und nach 40 Tagen nach ihren Symptomen der Frühjahrsmüdigkeit befragt. Hierbei wurde besonders Wert darauf gelegt, die Veränderung der Symptome während und nach der Kur zu erfassen, das heißt, der Pilot sollte sagen, ob sich seine Beschwerden gebessert haben, gleich geblieben waren oder sich verschlechtert hatten.

Anhand dieser Untersuchungen haben sich die Symptome der Frühjahrsmüdigkeit während einer Kur mit »Regazell Energen« nach 20 Tagen und nach 40 Tagen wie folgt verändert:

Die gelegentlichen Einschlafstörungen haben sich nach 20 Tagen bereits um 40 Prozent, nach 40 Tagen um 80 Prozent gebessert. Nach 20 Tagen der Kur waren 83 Prozent, nach 40 Tagen 92 Prozent der gelegentlichen Durchschlafstörungen beseitigt.

Eines der stärksten Symptome der Frühjahrsmüdigkeit betraf die allgemeine Müdigkeit, die nach 20 Tagen bereits mit 53 Prozent, nach 40 Tagen mit 88 Prozent als gebessert beurteilt wurde. Die Konzentrationsschwäche war nach 20 Tagen zu 80 Prozent, nach 40 Tagen zu 100 Prozent ausgeglichen.

Die befragten Piloten waren nach 20 Tagen zu 64 Prozent und nach 40 Tagen zu 86 Prozent weniger abgeschlagen. Die mangelnde Fitness, nicht nur als mangelnde körperliche Leistungsfähigkeit zu interpretieren, konnte nach 20 Tagen mit 57 Prozent und nach 40 Tagen zu 86 Prozent verbessert werden, wobei besonders hier durch die Verbesserung der Allgemeinsymptome der Frühjahrsmüdigkeit auch die Motivation zur persönlichen Fitness im Sinne der körperlichen Leistungsfähigkeit gebessert werden konnte.

Regelmäßige Wiederholung

Die Beschwerden der Nervosität wurden nach 20 Tagen bereits mit 80 Prozent, nach 40 Tagen mit 100 Prozent verbessert. Die Symptome der reduzierten mentalen Leistungsfähigkeit wurden nach 20 Tagen mit 67 Prozent und nach 40 Tagen zu 100 Prozent gebessert.

Somit ergibt sich nach Abschluß einer 40tägigen Kur eine Veränderung der Symptome im Sinne einer Verbesserung von durchschnittlich 80 bis 100 Prozent.

Dies ist unabhängig vom Lebensalter oder der jeweiligen Belastungssituation. In keinem der untersuchten Fälle wurde eine Verschlechterung der geäußerten Beschwerden angegeben, drei der untersuchten Piloten verspürten allerdings keinerlei Veränderung durch die Kur. 21 Bundeswehrkapitäne wollten von sich die Kur regelmäßig wiederholen.

Die Untersuchung an 24 Piloten der Bundeswehr hat gezeigt, daß bei einer 40tägigen Einnahme von »Regazell Energen« die Beschwerden der Frühjahrsmüdigkeit in 80 bis 100 Fällen gebessert werden können. □

Weitere Informationen über »Regazell Energen« erhalten Sie bei Ihrem Apotheker oder bei Bio-Naturkraft GmbH, Gruber Straße 64, D-8011 Poing.

Allergie

Neue Therapie ohne Müdigkeit

Für eine 28jährige Münchnerin endete der Besuch in einem Gourmet-Restaurant in der Uniklinik der Isarmetropole. Die Diagnose: Anaphylaktischer Schock – eine schwere Überempfindlichkeitsreaktion – infolge Avocado-Genusses; auf das Eiweiß der köstlichen Frucht reagierte die Frau mit einer lebensbedrohenden Allergie.

Einer anderen jungen Frau wurde ihr schöner moderner Ohrschmuck zum Verhängnis. Sie reagierte mit schwerem Ekzem auf das in den Anhängern enthaltene Zinn.

Zwei Beispiele aus einer Fülle ähnlicher. Rund 25 Millionen Bundesbürger leiden an einer Allergie. Nur, beileibe nicht alle, die juckenden Hautausschlag, Heuschnupfen haben, die sich mit Asthma herumquälen, wissen um die Ursache ihres Leidens. Wer denkt schon an eine Allergie, wenn er nach einer opulenten Fischmahlzeit Asthmaanfälle bekommt, oder wenn er nach dem Kauf einer Uhr mit Metallarmband Hautausschläge registriert?

Denn das Erscheinungsbild einer Allergie ist schillernd. Sie äußert sich nicht nur in Heuschnupfen, sieben Prozent der Bevölkerung werden von allergisch bedingter Migräne geplagt, Ekzeme mit Knötchen-, Bläschen- und Schuppenbildung zeigen sehr oft die Allergie an, fünf Prozent der Deutschen reagieren mit allergischem Asthma bronchiale, weitere fünf Prozent mit Magen-Darm-Erkrankungen, mit Nesselfieber.

So vielgestaltig sich jedoch die Allergie äußert, die zur Erkrankung führenden Mechanismen lassen sich auf wenige Abwehrprozesse unseres Körpers zurückführen. Der Leidensweg der Allergiker beginnt mit dem Kontakt eines Allergens: mit Hausstaub, mit Blütenpollen, mit Katzenhaaren, mit der Avocado-Frucht, mit Zinn im Modeschmuck.

Fast jeder Stoff in unserer Umwelt kann ein Allergen sein, das in unserem Körper eine Antikörperreaktion, eine Überempfindlichkeit auslöst. Diese Antikörper wiederum aktivieren in erster Linie das Gewebshormon Histamin, das fast überall im menschlichen Gewebe vorhanden ist und letztlich für die allergischen Erkrankungen verantwortlich ist: Überschüssiges Histamin führt zu Ekzemen, zu Magen-Darm-Allergien und zu Asthma.

Hier setzt auch die medizinische Therapie an, die die akute Therapie in den Griff zu bekommen versucht. Sie verhindert mit Antihistaminika, daß das zuviel gebildete Histamin seine negativen Wirkungen entfaltet. Doch bei der bisherigen Therapie hatte der Allergiegeplagte Nebenwirkungen in Kauf zu nehmen, die ihn stark beeinträchtigen.

Alle Antihistaminika der ersten Generation wirken ermüdend. Häufig hatte der Heuschnupfen-Allergiker also nur die Wahl, sich mit triefender Nase und gereizten Augen hinter das Steuer zu setzen oder sein Leiden mit einem Antihistaminikum zu bekämpfen – und sich ins Bett zu legen. Denn die bisherigen Mittel beeinträchtigen das Fahrvermögen. Und nicht nur das: Sie senken das Reaktionsvermögen, eine in fast allen Berufen nicht hinzunehmende Beeinträchtigung.

Bei Antihistaminika der zweiten Generation ist es gelungen, diese unerwünschten Nebenwirkungen fast vollständig auszuschließen. Der Grund: Der in dem Antihistaminikum Teldane enthaltene Wirkstoff Terfenadin kann nicht die sogenannte Blut-Hirn-Schranke überwinden.

Die gegen das Histamin gerichtete Substanz Terfenadin entfaltet also ihre Wirksamkeit im ganzen Körper, bekämpft dort die Allergie, kann aber nicht in das Gehirn gelangen und dort seine ermüdende, beeinträchtigende Wirkung entfalten.

Ein weiterer Vorteil: Die Wirkung tritt rasch ein, schon nach einer Stunde entfaltet das Medikament seine maximale Wirksamkeit. Müdigkeit tritt nicht auf, die Reaktionszeit wird nicht herabgesetzt, Konzentrations- und Leistungsfähigkeit bleiben erhalten. □

Zum Ausschneiden und Sammeln.

Tier-Journal

Schutz der Legehennen

Die erwartete Einigung im Europäischen Rat in Brüssel konnte wegen eines dänischen Einspruchs nicht erfolgen. Offen sind lediglich noch die Kontrollfrage und die italienisch-griechische Forderung nach Zahlung von nationalen Beihilfen für die Käfigumrüstung während der Übergangszeit. Deutschland und Großbritannien betonten nachdrücklich die dringende Notwendigkeit einer Beschlußfassung im Rat.

Allerdings bringt die EG-einheitliche Tierschutzmindestvorschrift für Legehennen in der Bundesrepublik nur bescheidene Fortschritte, EG-weit wäre sie jedoch ein wichtiger erster Schritt, um den Tierschutz für diese Tierart zu verbessern.

Der Kompromißvorschlag sieht vor: Nach einer Übergangszeit von zwei Jahren beträgt die Mindestfläche in neuen Käfigen 450 Quadratzentimeter, spätestens nach einer weiteren Übergangszeit von sieben Jahren beträgt die Mindestfläche in allen Käfigen 450 Quadratzentimeter. Deutschland und Großbritannien kritisierten die langen Übergangsfristen. Griechenland trat für eine Übergangsfrist von insgesamt 10 Jahren ein. □

Lufthansa tierfreundlich

Die Geschäftsführung der Lufthansa Service GmbH hat die Kritik der Freunde des Tierschutzes aufgenommen und einhellig folgende Beschlüsse gefaßt: Entenstopfleber, Froschschenkel und Schildkrötensuppe werden in der Neuauflage der Lufthansa-Broschüren nicht mehr erscheinen. Die Lufthansa-Verkäufer werden unverzüglich über die neue Situation informiert und dazu veranlaßt, die genannten Produkte nicht mehr zu empfehlen.

Die Einkaufsabteilung der Lufthansa wird diese Produkte nicht mehr beziehen, so daß in Zukunft weder Entenstopfleber noch Froschschenkel noch Schildkrötensuppe von der Lufthansa angeboten werden. □

Schmuggel mit ausgestopften Greifvögeln

127 ausgestopfte Tierkadaver von meist seltenen und vom Aussterben bedrohten Greifvögeln entdeckten Zöllner an der deutsch-niederländischen Grenze im Wagen eines illegalen Vogelhändlers. Unter den Opfern befanden sich Schleiereulen, Waldkäuze, Bussarde und sogar ein Adler. Man schätzt den Wert jedes dieser toten Vögel auf durchschnittlich 1000 Mark, so daß der Schmuggel also ein einträgliches Geschäft sein dürfte. Abnehmer sind sicherlich auch Schützen, die ihr Jagdzimmer mit entsprechenden Trophäen ausstatten wollen, um sich auf diese Weise als erfolgreiche Wildschützen brüsten zu können. Auch ein solches Verhalten trägt zur Verarmung der Natur bei. □

Saatkrähe als Opfer der Agrarpolitik

Die Saatkrähe ist vom Deutschen Bund für Vogelschutz zum Vogel des Jahres 1986 ernannt worden. Für die Kür des schwarzen Rabenvogels waren gleich mehrere Gründe ausschlaggebend. Zunächst einmal gehört die Saatkrähe zu den besonders bedrohten Vögeln. Die riesigen Schwärme, die man im Dezember und Januar beobachten kann, täuschen über die tatsächliche Bedrohung der Saatkrähe hinweg. Bei den Schwärmen handelt es sich nämlich um Wintergäste aus den großen Brutgebieten in der Sowjetunion, Polen und Ungarn.

Im eigenen Land dagegen hat es einen katastrophalen Bestandsrückgang gegeben. Brüteten um die Jahrhundertwende noch etwa 100 000 Brutpaare auf der Fläche der heutigen Bundesrepublik Deutschland, waren es 1950 noch 25 000. 1985 lag der Bestand nur noch bei 17 000 Brutpaaren. Diese Zahl ist nach Auskunft der Ökologen schon bedrohlich nahe an dem Minimum, um eine Population überhaupt aufrechtzuerhalten.

Die Vogelschützer wollen aber auch mit alten Gerüchten aufräumen: Saatkrähen sind keine Schädlinge oder Plagegeister. Sie sind es genausowenig wie sie keine grausamen Singvogelräuber sind. Der Rückgang des Singvogelbestandes ist auf vielfältige Faktoren wie etwa den Rückgang der Lebensräume und den Einsatz von Umweltgiften zurückzuführen, nicht aber auf Saatkrähen oder Elstern.

Auch die vermeintlichen Schäden für die Landwirtschaft kann man der Saatkrähe nicht anlasten. Krähen sind Wiesenvögel. Sie fressen fast alles, überwiegend aber Insekten, Würmer und Schnecken. Wenn sie jedoch keine Wiesen mehr vorfinden, weil diese für die agrarindustrielle Nutzung zu Ackerland umgebrochen worden sind, so weichen Krähen auch auf Äcker aus und fressen mitunter aufkeimende Saat.



Die Saatkrähe ist das Opfer eines katastrophalen Irrweges in der Agrarpolitik.

Für einen einzelnen Landwirt – so räumen die Vogelschützer ein – können in solchen Fällen tatsächlich Schäden entstehen, die wirtschaftlich ausgeglichen werden müssen. Auf das gesamte Streifgebiet der Saatkrähe umgerechnet entstehen jedoch nur absolut unerhebliche Verluste: bei Weizen 0,6 Prozent und bei Gerste gerade 0,3 Prozent.

Die Saatkrähe signalisiert mit dem Einfallen auf Äcker und ihren rückläufigen Bestandszahlen einen katastrophalen Irrweg der Agrarpolitik: die Umwandlung von Wiesenland in eine Agrarsteppe, auf der Nahrungsmittel produziert werden, für die es überhaupt keinen Bedarf gibt. Statt diese Mahnung ernst zu nehmen und die Fehlentwicklung zu beseitigen, versucht man, den Mahner in der Natur als Schädling auszurotten.

Aber die Saatkrähe ist nicht der einzige Mahner. Brachvogel, Bekassine, Braunkehlchen und Grauammer sind genauso von einer verfehlten Agrarpolitik betroffen. Erst wenn wir sie alle ausgerottet haben, werden wir vor der warnenden Stimme der Natur Ruhe haben. □

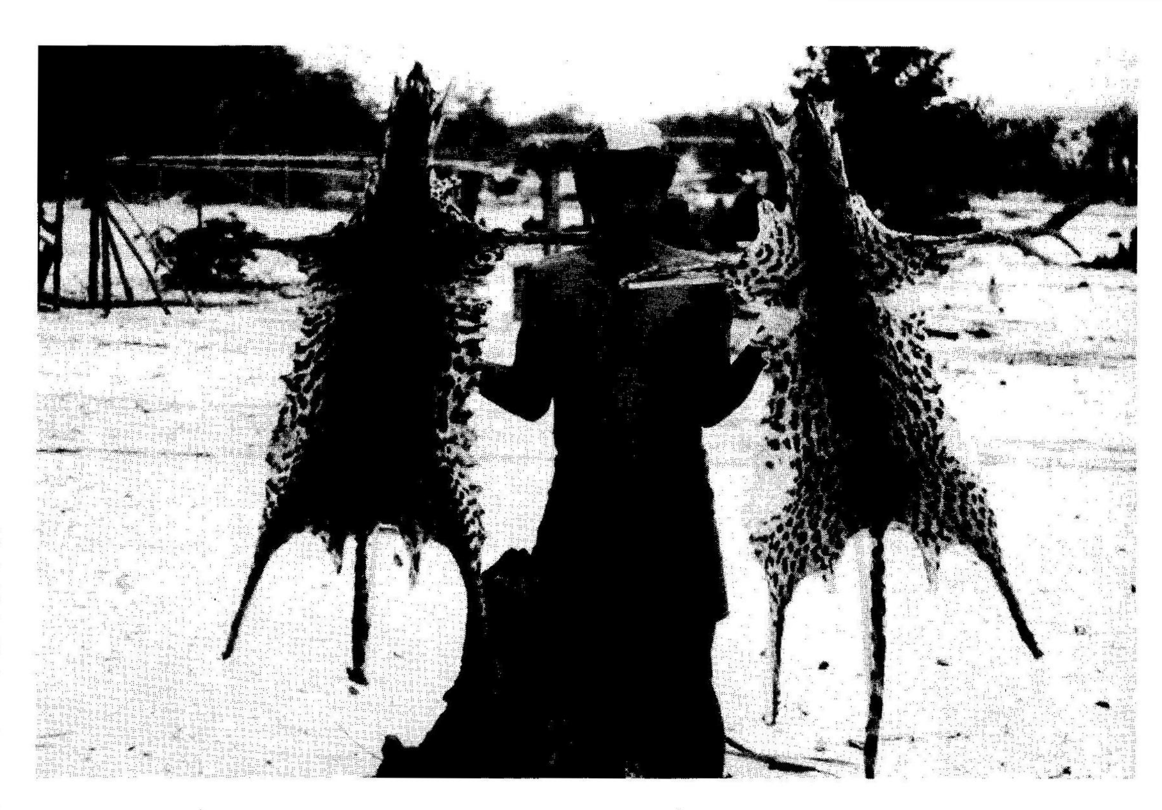
Seehundbaby starb an Geldmünzen

Zoobesucher haben oft kein Verständnis dafür, daß sie die Tiere nicht füttern sollen, und setzen sich deshalb häufig über entsprechende Bitten und Verbote hinweg. Die Tiere müssen dies meist mit Magenverstimmungen oder gar mit ernsthaften Krankheiten büßen. Noch schlimmer ist es, wenn etwa ein Seehundbaby zum Vergnügen der Zuschauer nach blinkenden Münzen taucht, und die Zoobesucher nun nach Kleingeld in ihren Taschen suchen, um sie dem Seehund zuzuwerfen.

Dieses Schauspiel hat im Nordsee-Museum im dänischen Hirthals einem Seehund das Leben gekostet. Als lebende Sparbüchse mußte er kläglich verenden. Nach seinem Tode holte man über 250 dänische, schwedische, norwegische und deutsche Münzen aus seinem Magen – ein trauriges Zeugnis für menschlichen Unverstand im Umgang mit Tieren. □

Das »grüne Herz« Südamerikas ist in Gefahr

»Wenn dem Abschlachten von Kaimanen und anderen Tieren im Pantanal nicht sofort Einhalt geboten wird, ist das Gebiet in drei Jahren zerstört«, schätzt Arturio Ferreira dos Santos, brasilianischer Naturschützer und Chef des Komitees zur Verteidigung des Pantanal.



Diese Befürchtung ist in der Tat mehr als begründet. Nach Informationen der Umweltstiftung World Wildlife Fund (WWF) betreiben Wildererbanden derzeit im Pantanal, dem größten Binnenlandfeuchtgebiet der Erde, einen unvorstellbaren Raubbau an der dortigen Tierwelt.

Der Pantanal liegt im Grenzbereich zwischen Brasilien, Bolivien und Paraguay. In diesem Gebiet, in dem die Wildererbekämpfung bislang an unzureichender Ausrüstung scheiterte, haben es die wohlorganisierten Banden vor allem auf die Kaimane, die Krokodile Südamerikas, abgesehen.

Nach Schätzung des WWF fallen der illegalen Jagd jährlich zwei Millionen Tiere zum Opfer. Der größte Teil davon stammt aus Brasilien, das strikte Schutzgesetze und ein Exportverbot für seine wildlebenden Tiere hat. Die Kaimanhäute werden deshalb auf illegalen Wegen nach Bolivien geschafft, von wo aus sie dem Reptillederhandel in aller Welt, auch in der Bundesrepublik, zugeleitet werden. Die Drahtzieher des schmutzigen Geschäfts sitzen als scheinbar ehrbare Kaufleute in Santa Cruz, der Hauptstadt von Bolivien.

Den Wilderern, meist arbeitslosen Landarbeitern, fällt es schon jetzt immer schwerer, erwachsene Kaimane aufzuspüren. So müssen selbst Jungtiere ihre – oft bei lebendigem Leibe abgezogene – Haut lassen für Krokodilledertaschen, Uhrenarmbänder und Schuhe.

Dabei sind die Kaimane die Gesundheitspolizei der Gewässer. Der Raubbau an diesen Tieren wirkt sich bereits als massive Störung des ökologischen Gleichgewichts im Pantanal aus.

Doch die Wilderer haben es längst nicht nur auf Kaimane abgesehen. Ebenso begehrte Beute sind gefleckte Katzen wie zum Beispiel der Ozelot, mit dessen Fellen sich im internationalen Handel noch immer Unsummen verdienen lassen. Andere Tiere, vor allem Papageien, versuchen die Wilderer lebend zu fangen, um sie in den Tierhandel einzuschleusen.

Besonders begehrt ist der Hyazinthara, für den Liebhaber 8000 DM und mehr pro Exemplar zahlen. Der Fortbestand dieser größten Papageienart der Erde mit dem wunderschönen blauen Gefieder ist durch solche »Liebhaberei« ernsthaft gefährdet.

Doch die Zerstörung des Pantanal hat nicht nur Auswirkungen auf die dort direkt verfolgten Kaimane, Ozelots und Papageien. Dieses Feuchtgebiet ist ein wichtiges Rast- und Brutgebiet für zahlreiche hochbedrohte Vogelarten und Lebensraum einer in Artenvielfalt einmaligen Fauna und Flora.

Nicht zuletzt trifft der Ausverkauf der Natur direkt die dort lebenden Menschen. Zwar können sie im Moment mit der Wilderei noch ihr Leben fristen. Doch es wird immer schwieriger, »Beute« zu finden. Das große Geld streichen ohnehin die wenigen Geschäftsleute in den Schaltstellen des Tier-, Fell- und Lederhandels ein.

Nach Auffassung des WWF besteht kein Zweifel, daß sich die Menschen im Pantanal durch diesen Raubbau selbst ihrer Lebensgrundlage berauben und in noch tiefere Armut stürzen. Daher unterstützt der WWF die Konzepte brasilianischer Behörden und Naturschützer zu langfristiger Sicherung von Einkommensquellen für die ausgebeuteten und arbeitslosen Landarbeiter. □

Der Pantanal, das »grüne Herz Südamerikas«, ist wegen des Raubbaus am Bestand zahlreicher Tierarten gefährdet. Reptillederhäute und Ozelotfelle kommen über den internationalen illegalen Handel auf den Markt.

Hände weg von Jungvögeln

Bald beginnt die Zeit, in der besonders Jungvögel einer vom Menschen ausgehenden Gefahr ausgesetzt sind. Auf den Wegen und auf dem Boden sitzend angetroffen, erregen die Jungvögel das Mitleid von Spaziergängern, vor allem von Kindern. In der Meinung, die Vögel seien aus dem Nest gefallen, werden diese von ihren Entdeckern mit nach Hause genommen und werden somit in den meisten Fällen zu Todeskandidaten.

Häufig versorgen sie nämlich die Finder falsch, aus Unkenntnis über die Vogelart und deren Nahrungsansprüche. Aber auch die Pfleglinge, die in menschlicher Obhut großgezogen werden, haben, wenn sie wieder freigelassen sind, kaum noch Aussicht auf ein erfolgreiches Bestehen in der Natur.

So werden alljährlich viele Jungvögel der Natur entzogen, aufgrund eines gut gemeinten, doch grundsätzlich falschen Verhaltens: Denn auch bei den Nesthockern verlassen die Kleinvögel das Nest in einem Entwicklungszustand, in dem sie weder sicher fliegen noch selbständig Nahrung zu sich nehmen können. Die Jungvögel stehen aber mit ihren Eltern durch Lock- und Bettelrufe in Verbindung und werden von diesen weiter sorgfältig beobachtet und gefüttert.

Der Vogelschutzbund bittet darum, die »gefundenen« Vogelkinder unverzüglich an den »Fundort« zurückzubringen. Auch einmal von Menschen berührte Jungvögel werden entgegen anderslautenden Gerüchten immer wieder von ihren Eltern aufgenommen und versorgt. □

Briefe

Betr.: Weltkirchenrat »Theologie-Akrobatik mit Antirassismus«, Nr. 11/85

Neben der offiziellen Staatskirche, die sich orthodoxe nennt, gibt es die wahre orthodoxe Kirche. In Rußland lebt sie im Untergrund und ist jedoch genauso groß wie die rote Kirche, mit der sie in keiner Verbindung steht. Man schätzt, daß beide Gruppen jeweils 50 Millionen Mitglieder haben. Die gleiche Lage ist auch in Bulgarien und Rumänien. In Griechenland ist neben der Staatskirche, die von den Freimaurern untergraben ist, die wahre orthodoxe Kirche, zu der ich gehöre.

1924 war dort die Kirchenspaltung, bei der der Gregorianische Kalender unter dem Druck der in der Politik sitzenden Freimaurer eingeführt wurde. Sofort haben sich viele Gläubige diesen Machenschaften widersetzt und blieben der orthodoxen Tradition treu unter Verfolgung durch die Staatsgewalt. Sicher ist unsere Elitegruppe nicht so zahlreich wie die Staatskirche, die meist nur aus Mitläufern besteht.

Die griechischen Logenbrüder, welche in der Regierung sitzen, gestehen in ihren Geheimsitzungen, daß das einzige Problem, welches ihnen noch im Wege steht, unsere Kirche ist, die treu der orthodoxen Überlieferung anhängt, unter anderem dem orthodoxen Kalender, den man im Westen mit dem Julianischen Kalender bezeichnet.

Was nun den Verfall des Protestantismus betrifft, so möchte ich kurz folgendes sagen. Die Absicht Luthers mag vielleicht gut gewesen sein, doch hat er das Kind mit dem Bad ausgeschüttet.

Priestermönch Kassian Braun,
Hermitage St. Etienne, Prades

*

Die Kirchen waren immer in der Versuchung, statt den einsamen Weg Christi des Verkanntseins und des Opfers den Weg mit den Einflußreichen, Akzeptierten, Mächtigen zu gehen. Angesichts des Zeitgeistes und des Einflusses des Sozialismus und der Zunahme sozialistischer Regimes werden immer mehr Kirchen zu Steigbügelhaltern der diese Ideologie verbreitenden Mächtigen. Weil ihr Evangelium oft rein diesseitig ist, ganz auf Menschen und deren Kollektiv abgestellt, wird die in der Bibel versprochene Neuschaffung der Weltverhältnisse von atheistischen Mächten und nicht von Gott erwartet. Aber auch in alltäglichen Dingen erwartet man viel oder gar alles vom Kollektiv, vom Staat.

Es gibt aber auch eine andere Haltung. So schreibt etwa unser Hallauer Dorfpfarrer im Kirchgemeindeblatt im Blick auf die Forderung von Pfarrern an den Staat, auszuweisende Asylanten zurückzubehalten und zu Lasten der Öffentlichkeit zu erhalten, es handle sich um eine verlogene Nächstenliebe. Christliche Nächstenliebe komme von Christus her, dem seine Menschlichkeit das Leben gekostet habe. Dadurch, daß Christus den Fluch Gottes auf sich genommen habe, könnten wir durch seinen Tod leben.

Christliche Verpflichtung zeige sich allein an dem Opfer, das man selbst zu tragen bereit sei, und nicht an der Forderung an andere. Als Beispiel eines solchen Opfers nennt der Pfarrer den Verzicht auf einen Teil des Einkommens.

Emil Rahm, Hallau

Betr.: Zitat von Richard von Weizsäcker »Christentum«, Nr. 1/86

Richard von Weizsäcker behauptet: »Der Glaube der Juden ist ein Teil unseres Glaubens geworden. Wer versucht, ein Christ zu sein, wird scheitern, wenn er vom Gott der Juden nichts weiß.«

Diese These Weizsäckers ist schlicht falsch. Denn Jesus macht einen grundsätzlichen Unterschied zwischen seinem Gott und dem der Juden! (Joh. 8,38: »Ich rede, was ich von meinem Vater gesehen habe, so tut ihr, was ihr von eurem Vater gesehen habt.«) Ja, Jesus bezeichnet den »Gott« Jahwe der Juden sogar als »Mörder von Anfang«, »Lügner« und sogar als »Teufel«! (Joh. 8,44) Der Gott des Jesus ist also nicht der weiberschändende und blutkelternde »Teufel« des Alten Testaments und der Juden.

Es wird zwar immer wieder versucht, wie auch Weizsäcker das tut, den Jesus mit dem Alten Testament in Verbindung zu bringen, aber das sind alles längst nachgewiesene Fälschungen, Einfälschungen, Interpolationen.

Helmuth Golz, Köln

Betr.: Zitat von Edward Teller »Atom-Moloch«, Nr. 11/85

Teller scheint wohl nicht zu wissen, daß die UdSSR statistisch gesehen wohl auf dem Sektor der Kernwaffenträger, nicht aber bei der Gesamtzahl der nuklearen Gefechtssprengköpfe zur Zeit Afghanistans einen »Vorsprung« hatte und unbestritten heute noch hat.

Der angebliche sowjetische »Vorsprung« nach Edward Teller zur Zeit Afghanistans bezog sich auf die Gesamtzahl der Kernwaffenträger. Das amerikanische Defizit lag zu dieser Zeit nur in MIRV-Mittelstreckenwaffensektor, nicht jedoch bei der Gesamtzahl der nuklearen Gefechtssprengköpfe. Nach Peter Koch, Autor des Taschenbuches »Wahnsinn Rüstung. Das Bomben-Geschäft mit der Angst«, hatten die USA über 50 Prozent mehr Gefechtsköpfe als die Sowjetunion. Atomminen und Atom-Artillerie nicht mitgerechnet, wobei die NATO auf dem Gebiet der Atomminen Monopolist ist und bei der Atom-Artillerie das sechsfache des sowjetischen Gefechtskopfpotentials besitzt.

Sollte die UdSSR nach Teller dennoch einen »Vorsprung« auf dem Sektor der »Kernwaffen« unter Berücksichtigung der nuklearen Gefechtssprengköpfe haben, hätte sie sich nach amerikanischer Vorstellung schon auf der Welt diktatorisch durchgesetzt. Da die UdSSR dies nicht getan hat, ist es ein Zeichen dafür, daß es keinen »Vorsprung« seitens der Sowjetunion gegeben hat und auch nicht gibt.

Die Passivität der Vereinigten Staaten in bezug auf die sowjetische Expansion auf Afghanistan ist wohl auf einem anderen Gebiet als bei einem Vergleich der Kernwaffen zu suchen.

Andreas Schmidt, Remscheid

Betr.: Berlin »Leere Kirchen«, Nr. 1/86

Bibel und Bekenntnis müssen nicht neu dem »Geist der Zeit« angemessen interpretiert werden, sondern nun endlich gelehrt und »öffentlich vorgelesen werden« (5 Moses 31,9). Christus verkündete das Evangelium der Armen, der Verdummten, daß sie sehen sollen, daß sie erkennen und das Erlaßjahr des Herrn (Lukas 3.4,18–21). Er wurde dafür und für nichts anderes gekreuzigt.

Wann werden die Kirchen diesen christlichen Auftrag endlich annehmen. Gegen die zentrale Ursache aller Übel, das Zinsnehmen, und für das Erlaßjahr predigen, statt Samaritertum von den Armen, von den Opfern zu fordern und mit Gefühlsduselei die Gläubigen in neue Sekten zu treiben.

Ob sie die Gesetze im »Jahr des Friedens« verkünden werden, wie Moses ihnen aufgetragen hatte?

Hans Werding, Stade

Betr.: Naturarzt »Selbstmedikation bei Bandscheiben-Schäden«, Nr. 1/86

Nach über 30 Jahren Schmerzen an den Bandscheiben hat mir ein homöopathisches Mittel geholfen, und zwar für die Lendenwirbel LWS Lumbale Symphytum und für die Halswirbel HWS Cervicale Symphytum. Eine Packung enthält 80 Kapseln. Zur dauernden Behebung der Schmerzen soll man 2 Packungen nehmen, jeden Tag 3 Kapseln. Es handelt sich um ein homöopathisches Mittel, also völlig unschädlich; pro Packung DM 26,–, manche Ärzte verschreiben es auch. Gegen Verspannung hat mir geholfen Ruta D 6, einige Kügelchen. Ebenfalls ein homöopathisches Mittel!

Heribert Vogelsang, Rheinzabern

*

Herr Karl-Heinz von Mellenthin denkt sehr richtig, wenn er schreibt: »Schulmedizinisches Denken ist einseitig ausgerichtet, biologische oder homöopathische Behandlungsarten werden fast durchweg abgelehnt. Völlig neue Denkformen in der Medizin sind notwendig, um uns aus dem gegenwärtigen Dilemma herauszuführen, denn der Mensch ist ein biologisches Geschöpf, ein Wesen, das dem Organischen zuzuordnen ist.«

Bertolt Brecht schrieb einmal zutreffend: »Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen, und schrien sich zu ihre Erfahrungen, wie man schneller sägen konnte, und fuhren mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen schüttelten die Köpfe beim Sägen und sägten weiter.«

Ich meine: Eine andere, vernünftige naturverbundene Entwicklung wäre denkbar gewesen, aber gegenüber fachlichen Spezialisierungen, welche zunehmend die Voraussetzung für den persönlichen Erfolg sind, treten immer mehr ganzheitliche Daseinsauffassungen und das Verständnis für ein bewußtes, naturverbundenes Leben in den Hintergrund.

W. D. Muswieck, Barsinghausen

*

Mit großem Erstaunen nahm ich zur Kenntnis, daß Sie meinen Beitrag über Bandscheibenprolaps (es war ein Selbstversuch!) mit der Berufsbezeichnung »Heilpraktiker« herausstellten. Ich bin Zahnarzt und Arzt, kein Heilpraktiker! Wie kamen Sie auf diese Feststellung?

Ich habe einige Zeit als Biochemiker beim Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen gearbeitet und wissenschaftlich die Problematik der chemischen Karzinogenese erforscht. Dann war ich als wissenschaftlicher Dokumentar und Informatiker bei medizinischen Hochschulinstituten und in der Pharmaindustrie tätig. Ich habe als Gasthörer noch Jura, Psychologie, Philosophie und Kunstwissenschaft studiert.

In den USA erwarb ich mir noch das Wissen und Können in der Astromedizin, als ich als Geschäftsführer bei einem biologischen Pharmakonzern tätig war. Ich bin durch verschiedene Publikationen bekannt; die neuerliche mir durch Sie verliehene Berufsbezeichnung eines Heilpraktikers könnte Verwirrung unter den Leuten hervorrufen.

Karl-Heinz von Mellenthin,
Hannover

Betr.: Feuer des Lebens »Die Strahlung des Menschen«, Nr. 1/86

Die Existenz eines Astral- oder Ätherkörpers im Menschen wird immer weniger bezweifelt, selbst von der herkömmlichen Wissenschaft nicht. So ist es eine Tatsache, daß sich unsere Gedanken und Empfindungen, positiv oder negativ, in eben diesem geistigätherischen Leib niederschlagen. Sie hinterlassen »Eindrücke« im wahrsten Sinne des Wortes und nehmen so Einfluß auf unser seelisches Befinden. Wird dieser Körper mit negativen Empfindungen überladen, so kann er diese eventuell nicht mehr verkraften und läßt sie in den materiellen Körper einfließen. Dies äußert sich in körperlichen Beschwerden und Krankheiten.

Harald Liedtke, Offenburg

Diagnosen
Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Limmatdruck AG., CH-8957 Spreitenbach

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 26. März 1986 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.